Donnerstag, 18. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 217 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Die „DDR" feiert den Expressionismus

Nach Luther, Friedrich II. und Bismarck präsentiert die „DDR" einen anderen „Spätheimkehrer" – den deutschen Expressionismus. Auf der Museumsinsel in Ost-Berlin wird mit der Ausstellung „Expressionisten – Die Avantgarde in Deutschland 1905–1920" das 125jährige Bestehen der Sammlungen in der Alten Nationalgalerie gefeiert. Seite 23

POLITIK

NATO: Die feste Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Allianz hat Bundeskanzler Kohl vor der „Atlantic Treaty Association" herausgestellt. Der Kanzler warnte vor Experimenten mit dem Bündnis – das wären Experimente mit der Freiheit. (S. 12)

Kernenergie: Trotz Tschernobyl ist eine Mehrheit der Deutschen dafür, die Atomenergie zur Stromerzeugung zu nutzen. Nach ersten Ergebnissen einer Allensbach-Umfrage befürworten 57 Prozent zumindest den weiteren Betrieb der 18 Kernkraftwerke.

Tarife: In der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie ist es als Reaktion auf die bisher ergebnislos verlaufenen Lohntarif-Verhandlungen zu ersten Arbeitsniederlegungen gekommen. In elf Betrieben mit 7500 Beschäftigten kam es zu kurzen Streiks.

Asyl: Als eine „ernste Belastung" für die Koalition hat der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Gerhart R. Baum, die erneuten CSU-Forderungen nach Änderung des Asyl-Artikels im Grundgesetz bezeichnet. – Ein Gespräch mit der WELT. (S. 5)

Studenten: Die Zahl der ausländischen Studenten an den Universitäten der Bundesrepublik hat im Sommersemester 1985 mit rund 51 000 einen neuen Höchststand erreicht. Innerhalb von 20 Jahren sank der Anteil jedoch von 8,2 Prozent auf 5,8 Prozent.

Besuch: Zu einem „vertrauensvollen Meinungsaustausch" hat SED-Generalsekretär Honecker den Präsidenten Nicaraguas, Ortega, empfangen. Ortega hält sich zu einem mehrtägigen Besuch – dem zweiten binnen Jahresfrist – in der „DDR" auf.

Flucht: Zwei 21 und 25 Jahre alte Männer sind aus der „DDR" über die CSSR nach Bayern geflohen. Sie überwanden nach Angaben der Bayerischen Polizei die Sperranlagen ohne Zwischenfall. Wenig später riegelten Soldaten der CSSR die Fluchtstelle ab.

Beziehungen: Israelische Diplomaten richten gegenwärtig in Warschau ein Konsularbüro ein; eine polnische Vertretung soll in Tel Aviv eröffnet werden. Warschau und Jerusalem hatten sich auf die Aufnahme „begrenzter Beziehungen" geeinigt.

Belfast: Ein 33 Jahre alter Katholik ist seit Jahresbeginn das neunte Opfer des politischen Terrors in Nordirland. Der Mann wurde in Belfast von drei maskierten Männern erschossen. Eine paramilitärische protestantische Gruppe bekannte sich zu der Tat.

Prozeß: 20 Offiziere und ein Geschäftsmann haben sich in Manila den Behörden gestellt: Sie waren von dem Verdacht freigesprochen worden, an der Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino beteiligt gewesen zu sein. Der Prozeß wird neu aufgerollt.

WIRTSCHAFT

Gatt: Rascher als erwartet ist die Gatt-Ministertagung in die Phase der Krise geraten, „in der alles zusammenzubrechen droht", wie es Bundeswirtschaftsminister Bangemann ausdrückte. (S. 14)

Finanzausgleich: Bund und Länder wollen den Finanzausgleich so rasch regeln, daß die Novelle schon 1987 in Kraft treten kann. Das Verfassungsgericht hatte sie für spätestens 1988 gefordert. Die Finanzminister beraten morgen in Braunschweig. (S. 13)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern bei ruhigem Geschäft mit neuen, meist deutlichen Kursverlusten. Am Rentenmarkt gaben die Kurse der öffentlichen Anleihen nach. WELT-Aktienindex 271,84 (278,15). BHF-Rentenindex 107,084 (107,059). BHF-Performance-Index 106,992 (106,938). Dollarmittelkurs 2,0353 (2,0525) Mark. Goldpreis je Feinunze 413,20 (417,25) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
290
280
270
4. 5. 8. 9. 10. 11. 12. 15. 16. 17.
September '86
DIE WELT

KULTUR

Geschlossen: Es heißt, Italien sei ein einziges Museum. Sein Problem: seine Museen sind meistens geschlossen, oft fehlt es an Personal. Eine Lösung des Problems bietet jetzt eine schottische Whisky-Firma, die Öffnungszeiten sponsort und ihre Kunstliebe in Riesenanzeigen feiert. (S. 22)

Breslau: Ein Höhepunkt war Beethovens Missa Solemnis, dargeboten vom Staatlichen Philharmonischen Symphonie-Orchester Posen und dem Hannoverschen Oratorienchor. Ein deutsch-polnisches Gemeinschaftswerk beim Festival „Wratislavia Cantans" in der schlesischen Metropole. (S. 23)

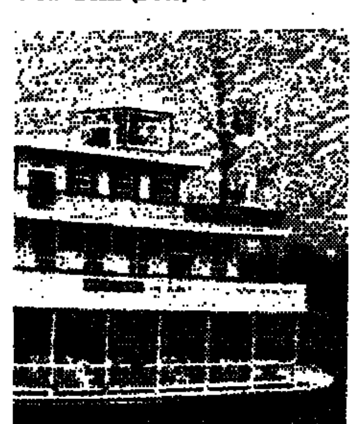
SPORT

Motorsport: Es soll auch weiter Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring geben. Das versicherte der Präsident des internationalen Automobilsport-Verbandes. Von 1987 an soll alle zwei Jahre der Große Preis von Europa in der Eifel stattfinden.

Tennis: Enttäuschung um Boris Becker bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Hamburg. Der zweimalige Wimbledonsieger schied bereits in der ersten Runde aus. Er unterlag dem Amerikaner Mel Purcell 5:7, 6:2 und 6:7. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Freizeit: Mitten in der Lüneburger Heide das Wahrzeichen von New York (Foto) und dazu noch



Nostalgie aus den US-Südstaaten – Blickfang für die Besucher des Heideparks Soltau. Mit ständig neuen Attraktionen versuchen die 45 deutschen Freizeit- und Erlebnisparks, Besucher anzulocken. 1985 waren es 13 Millionen, dieses Jahr rechnet man mit 15 Millionen Gästen – bei gutem Wetter. (S. 24)

Aufruhr: Den Ausschluß des hochverschuldeten Fußballclubs Palermo vom professionellen Spielbetrieb wollen die Fans nicht hinnehmen. Aufruhr in der sizilianischen Hauptstadt: Mülltonnen werden angezündet, Autos in Brand gesetzt, die römische Bürokratie wird vorschnell zum Schuldigen erklärt. (S. 24)

„Auch Sanktionen werden Apartheid nicht beenden"

Margaret Thatcher im WELT-Interview: Konstruktive Haltung wichtiger

BERNT CONRAD, Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat in einem WELT-Interview betont: „Wir sind absolut entschlossen, uns zu wehren und den internationalen Terrorismus zu besiegen. Unsere Politik bestand immer darin, eine feste Haltung einzunehmen und keine Konzessionen zu machen."

Die jüngsten Mordanschläge in Paris, Karatschi und Istanbul hätten wieder bestätigt, daß der Terrorismus auf Grenzen keine Rücksicht nehme, fuhr die Regierungschefin fort. Darum sei internationale Zusammenarbeit bei seiner Bekämpfung lebensnotwendig. Großbritannien werde sich während seiner Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft um eine noch bessere Kooperation bemühen.

Die von den EG-Außenministern beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika beurteilte Frau Thatcher skeptisch. „Wir haben immer gesagt, daß Sanktionen die Apartheid nicht beendeten werden; sie dienen nicht dem Zweck." Wichtiger sei eine konstruktive politische Haltung. „Denn am Ende muß es irgendeine Art von Verhandlungen zwischen der gegenwärtigen Regierung von Südafrika und den schwarzen Südafrikanern geben, die derzeit an der Regierung ihres Landes keinen Anteil haben." An der Herbeiführung solcher Verhandlungen sollten die Europäer mitwirken, „statt nur zuzuschlagen".

Als „lebenswichtig für die Zukunft der Freiheit in der Welt" bezeichnete es die Premierministerin, „daß die Vereinigten Staaten und Europa absolut zusammenstehen". Sie fügte hinzu: „Vergessen Sie alles Gerede über eine Spaltung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa."



Margret Thatcher FOTO: HANS HÖFT

Frau Thatcher bekräftigte ihre Ansicht über den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow: „Dies ist ein Mann, mit dem man reden kann. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir die Weltprobleme in ähnlicher Weise sehen. Aber ich bin fest überzeugt, daß der einzige Weg zur Verbesserung der Ost-West-Beziehung in einem umfassenderen Dialog besteht."

Die Regierungschefin teilte mit, daß die britische EG-Präsidentschaft der Sowjetunion und der „DDR" im Namen der Zwölf ihre Besorgnis über den Asylantenstrom ausgesprochen habe, der vom „DDR"-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin geschleust werde. Bei der Ausstellung von Transitvisa müßten rechtskräftige Dokumente über den endgültigen Bestimmungsort verlangt werden.

Nach Ansicht von Frau Thatcher ist es „zwingend für unsere Wirtschaft, daß die Kernenergie weiterhin eine Hauptquelle der Energiezufuhr bleibt". Auf die Frage, ob dies für zehn oder 20 Jahre oder für eine lange Zeit gelte, erwiderte Frau Thatcher: „Ich denke, für eine lange Zeit."

Seite 6: Wortlaut des Interviews

CSU-Minister lehnen EG-Beschluß ab

Zimmermann nennt Sanktionen „pure Heuchelei" / Bangemann spricht von „Unsinn"

Mk./Ha. Bonn/Punta del Este

Der Beschluß der EG-Staaten über begrenzte Boykottmaßnahmen gegen Südafrika hat gestern im Bundeskabinett tiefgreifende Differenzen über die Sanktionspolitik gegenüber Pretoria aufbrechen lassen. Die CSU-Minister Friedrich Zimmermann und Ignaz Kiechle gaben formell ihre Ablehnung der Sanktionsbeschlüsse zu Protokoll, die zuvor Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der Ministerrunde begründet hatte. Verkehrsminister Oscar Schneider und Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (beide CSU) schlossen sich der Kritik von Zimmermann, der die EG-Beschlüsse als „pure Heuchelei" bezeichnete, nicht an. Werner Dollinger, der fünfte CSU-Minister, nahm an der Sitzung nicht teil.

Der Auftritt Zimmermanns und Kiechles ist insofern bemerkenswert, als Bundeskanzler Helmut Kohl die von Genscher vertretene Handlungslinie – wie Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte – zuvor mit CSU-Chef Franz Josef Strauß ausdrücklich abgestimmt habe. Wie zu erfahren war, hat Zimmermann offenbar vor der Kabinettssitzung nicht mehr mit Strauß gesprochen. Er habe sich gegen Sanktionen gewendet, weil dies auf der allgemeinen Linie der CSU liege. Auf die Umsetzung der Beschlüsse – die EG-Außenminister hatten entschieden, die Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südarfika zu stoppen sowie Neuinvestitionen zu unterbinden – hätten die „Sondervoten" der beiden CSU-Minister indes keinen Einfluß, hieß es in Regierungskreisen.

Auch Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hält „wirtschaftliche Sanktionen für Unsinn". Gegenüber der WELT drückte der FDP-Politiker seine Skepsis aus, ob sich mit solchen Maßnahmen politisch überhaupt irgend etwas erreichen ließe.

Als die Bundesrepublik als einziges EG-Land solchen Schritten ablehnend gegenüberstand, habe auch er sich aus europapolitischen Gründen für solche Sanktionen ausgesprochen. Dem Einwurf, solche Maßnahmen träfen in erster Linie die schwarze Bevölkerung, sei dadurch begegnet worden, daß Kohle aus dem Katalog der Boykott-Produkte herausgenommen wurde. Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hält Bangemann für gering: Betroffen seien lediglich fünf Prozent der deutschen Einfuhren aus Südafrika.

Die vom EG-Ministerrat beschlossenen neuen Sanktionen werden nur geringe Folgen für die südafrikanische Wirtschaft haben. Dies gilt vor allem, weil auf die Einbeziehung der Kohle-Importe verzichtet wurde. Das ursprüngliche „Paket" der EG entsprach nach Berechnungen der Brüsseler Kommission einem jährlichen Handelswert von etwa 1,8 Milliarden Dollar (3,7 Milliarden DM). Übrig geblieben sind schließlich südafrikanische Exporte von 600 Millionen Dollar (1,2 Milliarden DM). Die Eisen- und Stahlexporte Pretorias in die EG machten 1985 etwa 424 Millionen Dollar aus und entsprachen damit rund 4,2 Prozent der europäischen Stahleinfuhren.

Geheime Schäuble-Reise zu Honecker

Gespräche über Asylstrom / SED-Chef deutet Möglichkeit des Entgegenkommens an

DIETHART GOOS, Bonn

Im Gespräch mit SED-Generalsekretär Erich Honecker hat sich Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in der vergangenen Woche darum bemüht, die „DDR" zum Einlenken in der Asylantenfrage zu bewegen. Nachdem alle bisherigen Kontakte mit der Ostberliner Führung ergebnislos geblieben waren, entschied sich die Bundesregierung zu diesem bisher geheimgehaltenen Vorstoß auf höchster Ebene. Dennoch hält der Asylantenstrom über den Ostberliner Flughafen Schönefeld nach West-Berlin unvermindert an.

Die Bundesregierung hatte der „DDR" in den letzten Wochen mehrfach öffentlich und in internen Kontakten signalisiert, daß das innerdeutsche Klima durch das Asylthema stark belastet werde. Bundeskanzler Helmut Kohl schaltete sich mehrfach direkt ein und forcierte die Bonner Demarchen in Ost-Berlin. Im Interesse positiver Verhandlungsergebnisse sprach Kohl öffentlich nur von intensiven Gesprächen auf zahlreichen Ebenen.

Um keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, fuhr schließlich Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble als Koordinator für die Deutschland- und Berlin-Politik der Bundesregierung unter strenger Abschirmung nach Ost-Berlin, um dem SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Position der Bundesregierung aus erster Hand zu verdeutlichen.

In der Unterredung, deren Verlauf von informierter Seite als nicht unfreundlich bezeichnet wurde, machte der führende „DDR"-Repräsentant dem Bonner Minister jedoch keine Zusagen zur Eindämmung des Asylantenstroms. Honecker ließ gegenüber Schäuble lediglich durchblikken, man solle in Bonn die weitere Entwicklung der Asylantenzahlen aufmerksam beobachten. Deutschlandexperten schlossen aus dieser Äußerung, daß Ost-Berlin entgegen seiner bisherigen Weigerung doch zum Einlenken bereit sein könnte. Offenbar wurde das Bonner Signal richtig verstanden, daß nämlich ohne Ostberliner Entgegenkommen in der Asylfrage nicht mit einer Unterzeichnung der praktisch ausgehandelten Rahmenabkommen zum Umweltschutz und zum Wissenschaftsaustausch gerechnet werden könne.

Die jüngsten Zahlen der registrierten Asylbewerber widerlegen die Ostberliner These, daß nur ein geringer Anteil über die Sektorengrenze in den Westen reise. Wie der Sprecher der Berliner Innenverwaltung, Hans Birkenbeul, gestern der WELT auf Anfrage mitteilte, kamen 54 Prozent der von Jahresanfang bis zum 16. September in Berlin und dem Bundesgebiet registrierten Antragsteller über Ost-Berlin. Im Juli waren es 4451, im August 5121 und vom 1. bis zum 16. September bereits 6000. „Von einem Nachlassen des Asylantenzustroms nach West-Berlin kann also keine Rede sein. Wir haben auch nach den jüngsten Kontakten von Schäuble in Ost-Berlin ein anhaltend hohes Niveau", erklärte Birkenbeul.

Pöhl schließt Zinssenkung nicht aus

Bundesbank-Chef mahnt Stoltenberg, Subventionen abzubauen / WELT-Gespräch

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank sieht wegen des befriedigenden deutschen Wirtschaftswachstum keinen Anlaß, ausländischen Forderungen nachzukommen, jetzt die Zinsen zu senken, sagte Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in einem Gespräch mit der WELT eine Woche vor seinem Abflug zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Deutschen Unternehmern und Häuslebauern empfahl er, die jetzt historisch niedrigen Zinsen für eine langfristige Finanzierung zu nutzen. Pöhl räumte allerdings ein, daß eine Zinssenkung nicht ausgeschlossen werden könne, wenn von einer unerwünscht kräftigen Aufwertung der D-Mark eine Abschwächung der deutschen Konjunktur ausgehen sollte.

Wenn es zu einer Konjunkturabschwächung kommen sollte, womit die Bundesbank freilich aus heutiger Sicht nicht rechnet, wäre nach Pöhls Auffassung auch eher die Finanzpolitik als die Geldpolitik gefordert. Pöhl hält allerdings auch den Spielraum der Finanzpolitik, die er mit Blick auf die Gesamtheit der öffentlichen

SEITE 14:
Das Gespräch

Haushalte als nicht sonderlich restriktiv bezeichnete, für sehr begrenzt, nicht zuletzt, weil das Potential für eine Steuerreform nicht verpulvert werden dürfe.

Den Finanzpolitikern empfahl der Bundesbankchef, sich auf der Ausgabenseite mehr Dispositionsspielraum durch einen Abbau von Subventionen zu schaffen statt neue Subventionen wie für Babyjahr und andere Sozialausgaben zu erfinden. Die völlig übertriebene Sparförderung könnte drastisch verringert werden, aber auch die vielen regionale Förderungsprogramme seien nicht notwendig, sagte Pöhl unter Hinweis auf das „groteske Beispiel" in Baden Württemberg. Für absurd hält er auch die Subventionierung der Landwirtschaft durch die europäische Agrarpolitik, die nicht mehr zu finanzieren sei.

Im Angehen der Subventionitis und Durchsetzen gegen partikulare Interessen in der nächsten Legislaturperiode sieht der Notenbankchef eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Steuerreform, die diesen Namen auch verdient.

DER KOMMENTAR

Unsicherheiten

FRITZ WIRTH

Ronald Reagan ist in die Zwickmühle geraten. Er steht unter Erfolgsdruck in seinen Gipfel-Bemühungen und ist zugleich unter den Druck der Öffentichkeit und vor allem seiner eigenen Parteifreunde geraten. Die fordern: Kein Gipfel ohne eine Lösung des „Falles Daniloff". Männer wie Alexander Haig, Henry Kissinger und Senator Lugar führen diesen Chor an.

Zwickmühlen sind in der Politik heikle Positionen, weil man sich selten aus ihnen befreien kann, ohne selbst Schaden zu nehmen. Die Fehler, die die amerikanische Administration in diese Lage brachte, wurden in den ersten Tagen dieser Affäre gemacht, als man sich mit ersten unsicheren Reaktionen Blößen gab.

Inzwischen hat sich Reagan auf eine Doppelstrategie festgelegt: Härte zeigen und zugleich den Weg zum Gipfel mit Gorbatschow offenhalten. Die Härte demonstriert er in der angekündigten Ausweisung von 25 UNO-Angestellten der sowjetischen Mission in New York. Die Administration hat schon vor langer Zeit gefordert, diese Mission in den nächsten drei Jahren um über 100 Beamte zu reduzieren, weil sie zu einem sowjetischen Spionagenest geworden ist.

Dennoch ist es in der gegenwärtigen Phase eine Herausforderung für die Sowjets. Sollte dieser „Plan of Action" oder ähnliche Maßnahmen, die Außenminister Shultz gestern andeutete, verwirklicht werden, wird es interessant sein zu sehen, ob die Sowjets ihre bisherige Taktik der Spiegelbild-Reflexe in der Affäre Daniloff weiter betreiben werden und 25 amerikanische Diplomaten aus Moskau ausweisen. Es gibt da Präzedenzfälle.

Diese bis zur Lächerlichkeit betriebenen Spiegelbild-Reflexe der Sowjets, unterstrichen durch die gestrige Pressekonferenz ihres der Spionage angeklagten UN-Beamten Sacharow in New York, sind indes nicht so sehr ein Zeichen ihrer Einfallslosigkeit, als ihres Minderwertigkeitskomplexes, der stets ein bedeutender Faktor der sowjetischen Politik war. Erstaunlich ist nur, in welcher Masse der angeblich so selbstsichere Michail Gorbatschow davon heimgesucht wird.

USA erwägen Ausweisung von Sowjet-Diplomaten

Shultz spricht mit Schewardnadse über Affäre Daniloff

wth. Washington

Die USA erwägen die Ausweisung von 25 Mitgliedern der sowjetischen UNO-Mission in New York nach Moskau. Sollte dieser Bericht der „Washington Post" zutreffen, wäre dies die bisher drastischste Reaktion in der Affäre Daniloff. Da die Sowjets in diesem Fall bisher jede Maßnahme der USA mit nahezu identischen Gegenmaßnahmen und Signalen beantworteten, ist nicht auszuschließen, daß die Sowjets unverzüglich 25 amerikanische Diplomaten aus Moskau ausweisen.

Die von den Sowjets überaus stark besetzte UNO-Mission in New York ist der amerikanischen Spionageabwehr seit langer Zeit ein Dorn im Auge. Washington hatte schon vor einiger Zeit die Sowjets aufgefordert, ihre Mission innerhalb der nächsten drei Jahre von 243 auf 170 Beamte zu reduzieren. Die Sowjets wären auch damit immer noch die bei weitem stärkste Mission in New York. Abgesehen davon sind noch etwa 500 weitere sowjetische Bürger bei der UNO beschäftigt, ohne Diplomatenstatus zu besitzen.

Gennadi Sacharow war einer dieser Angestellten. Er wurde am 23. August unter Spionageverdacht auf frischer Tat auf einer New Yorker U-Bahnstation erwischt und verhaftet. Sacharow wurde schon seit drei Jahren vom amerikanischen Geheimdienst beobachtet. Als Revanchemaßnahmen verhafteten die Sowjets eine Woche später in Moskau den amerikanischen Journalisten Daniloff.

Obwohl in den letzten Tagen immer häufiger im Kongreß und in der Öffentlichkeit gefordert wird, keine weiteren Gipfelvorbereitungsgespräche mit den Sowjets zu arrangieren, solange der Fall Daniloff nicht geklärt ist, bleibt die Reagan-Administration vorerst weiter auf Gipfelkurs. Das für Freitag und Samstag geplante Treffen der beiden Außenminister Shultz und Schewardnadse geht wie geplant über die Bühne. Shultz hat jedoch gestern im Senat angekündigt, den Fall Daniloff zum Thema eins dieser Gespräche zu machen. Von den Reaktionen Schewardnadses durfte weitgehend das Schicksal des für das Jahresende vorgesehenen Gipfels abhängen.

Seite 8: „Verhandlungsoper"

Südafrika: 176 Tote in Goldmine

DW. Johannesburg

Bei einem Brand in der südafrikanischen Goldmine Kinross, 100 Kilometer östlich von Johannesburg, sind mindestens 176 Bergleute getötet worden. Die Gewerkschaft schwarzer Bergarbeiter in Südafrika (NUM) forderte eine Untersuchung der Sicherheitsvorkehrungen in allen Bergwerken des Landes. Die Sicherheitslage in der Unglücksmine war kürzlich von fünf auf drei Sterne auf der internationalen Sicherheitsskala zurückgestuft worden.

Seite 24: Kumpel rannten

BKA rechnet mit neuen Anschlägen

DW. Essen

Das Bundeskriminalamt (BKA) rechnet mit einer weiteren Zunahme von Terroranschlägen in der Bundesrepublik Deutschland. Das sagte BKA-Präsident Heinrich Boge gestern bei einem Kongreß zur Sicherheitsfachmesse „Security'86" in Essen. Angriffsziele sind nach Darstellung von Boge außer militärischen und polizeilichen Einrichtungen, Kaufhäusern und Geldinstituten insbesondere Wirtschaftsunternehmen, die am Bau von kerntechnischen Anlagen beteiligt sind.

Kreml-Irrläufer beschäftigt Militärs in USA und China

Ein zweifacher Fehlschlag? / Peking hält sich bedeckt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die sowjetische Testrakete vom Typ SSN 8, die am 11. September im sowjetisch-chinesischen Grenzgebiet abstürzte (WELT v. 17.9.), hält die militärischen Stellen in Washington und Peking weiter in Atem. Die Rakete, die nach US-Informationen fast 2500 Kilometer vom Kurs abgewichen war, wurde von einem in der Barentssee tauchenden sowjetischen U-Boot der Klasse Delta II auf ein Ziel auf der Halbinsel Kamtschatka in Nordostsibirien abgefeuert. Peking hat den Einschlag der Sowjetrakete auch bisher nicht bestätigt. Bei dem Zwischenfall, glauben die USA, handelt es sich gewissermaßen um einen zweifachen Fehlschlag. Erstens, weil das Ziel – vermutlich durch einen Kurzschluß im Lenksystem – so extrem weit verfehlt wurde und zweitens, weil die Rakete sich nicht automatisch selbst zerstört hat.

Die Chinesen werden diesen Umstand sicher begrüßen, denn so können sie möglicherweise aus den geborgenen Teilen der Gefechtskopfattrappe Aufschlüsse über den Stand der sowjetischen Atomwaffentechnik gewinnen. Ähnlich wie schon bei dem sowjetisch-chinesischen Grenzzwischenfall vor zwei Monaten wird auch der sowjetische Fehlschuß kaum geeignet sein, eine Krise zwischen den beiden sozialistischen Nachbarstaaten heraufzubeschwören. Denn Peking und Moskau sind gegenwärtig darum bemüht, ihre Beziehungen zu normalisieren. Kamtschatka dient nicht nur als Zielgebiet für sowjetische Raketentests, sondern auch als Heimathafen für die mit Atomwaffen bestückten U-Boote der sowjetischen Pazifikflotte.

Bei dem sowjetischen Irrläufer handelt es sich um den zweiten dieser Art. Am 2. Januar des vergangenen Jahres landete ein Kreml-Geschoß wegen eines technischen Versehens in Finnland. Es war ebenfalls von einem sowjetischen U-Boot in der Barentssee abgefeuert worden. Das hatte einen internationalen Zwischenfall ausgelöst, nachdem der Vorfall vom norwegischen Verteidigungsministerium bekannt gemacht worden war.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Preis wird fällig

Von Peter Gillies

Vielerorts sind Fachkräfte weder mit Geld noch mit guten Worten zu bekommen. Immer mehr Unternehmen klagen über Personalmangel. Gleichzeitig bleiben rund zwei Millionen Menschen als arbeitslos registriert. 6000 von 10 000 Unternehmen der Metallindustrie können ihre Produktion nicht voll fahren, weil ihnen qualifiziertes Personal fehlt. Das Handwerk berichtet, rund 15 000 Lehrstellen könnten mangels interessierter Jugendlicher nicht besetzt werden – fast ein Treppenwitz unserer Volkswirtschaft.

Nun wird eingewendet, die Betriebe verlangten nur olympiareife Fachkräfte, und sie hätten es versäumt, sich ihren Nachwuchs zu qualifizieren. Beides ist unzutreffend. Gesucht werden nicht nur Ingenieure und Experten, die mit computergesteuerten Anlagen umgehen können, sondern auch nach wie vor Facharbeiter mit traditioneller Ausbildung. In Regionen wie dem Südwesten, wo praktisch Vollbeschäftigung herrscht, sind auch schwächer Ausgebildete gefragt. Zweitens: Neun von zehn Betrieben bieten interne Weiterbildung an, aber viele klagen über Interesselosigkeit ihres Personals.

Die Wurzel des Übels liegt wohl tiefer. Diese Zahl muß schockieren: Mehr als die Hälfte der Erwerbslosen verfügt über keine oder sehr unzureichende Qualifikation. Sie sind auch bei einer überschäumenden Konjunktur nicht unterzubringen. Lange Jahre galt es als schick, die betriebliche Ausbildung (die in Deutschland vorbildlich ist) zu verschmähen und stattdessen einen besser bezahlten Handlangerjob anzunehmen. Ein solider Lehrberuf galt nichts, Abitur und Hochschuldiplom alles. Dennoch klagen Personalchefs heute darüber, daß ihre Bewerber oft nicht einmal die Grundrechenarten und einfachste Fertigkeiten beherrschten. Der Preis für diese Lässigkeit wird heute fällig.

Die zunehmenden Klagen über den Mangel an Fachpersonal fordern die geistige wie berufliche Mobilität der Arbeitslosen und der Arbeitsplatzbesitzer heraus. Sie verbieten es, die Zweimillionenzahl als ehernen Block zu werten, den angeblich nur der Staat beiseite schaffen könnte. Nicht jeder in dieser Summe stellt ein Schicksal von gleicher sozialer Dimension dar. Im Wahlkampf wird leider zu wenig differenziert.

Hinten weit in der Türkei

Von Evangelos Antonaros

Ein hoher Gast aus Moskau weilt zu einem fünftägigen Besuch in der Türkei – kein geringerer als Marschall Sergej Achromejew, der zweite sowjetische Generalstabschef, der innerhalb von acht Jahren die Türkei besuchte. Sein Vorgänger Ogarkow reiste 1978 nach Ankara.

Die türkische Regierung ist bemüht, die politische Bedeutung der Reise mit Besuchen in einigen der wichtigsten Militäranlagen Anatoliens herunterzuspielen. Im Rahmen von regelmäßigen bilateralen Beratungen im Militärbereich seit Mitte der siebziger Jahre sei sogar der heutige Staatspräsident Kenan Evren 1976 als stellvertretender Generalstabschef in Moskau gewesen. Schließlich habe auch Ankaras Generalstabschef, General Necdet Urug, das Nachbarland im November besucht.

Die Türkei ist allerdings nicht irgendein NATO-Land. Im Fall eines Ost-West-Konflikts fiele ihr eine Schlüsselrolle zu, nicht zuletzt weil sie – neben Norwegen – als einziger Verbündeter eine gemeinsame Grenze zur Sowjetunion hat.

Obwohl die Beziehungen zu Moskau in den letzten zwanzig Jahren erheblich verbessert worden sind, haben die Türken nie verheimlicht, daß sie (anders als ihre griechischen Nachbarn) den Ostblock als ihren Hauptfeind betrachten. Dennoch ist Ankara darum bemüht gewesen, die Beziehungen „pragmatisch nachbarschaftlich" zu gestalten. Ohne weniger wachsam zu sein, geht es Militär und Regierung in Ankara vor allem darum, möglichst viele Truppenverbände von Nordost- nach Südostanatolien zu verlegen, zum Kampf gegen die Kurden. Daher die Sondierungen bei den Sowjets.

Moskau wiederum tut kaum etwas, was Ankara verärgern könnte. Denn die Türkei kontrolliert die Dardanellen, die für den Marsch der roten Armada ins Mittelmeer lebenswichtig sind. Daher haben die Türken in den letzten dreißig Jahren mehr Geld als jedes andere nichtkommunistische Land von den Sowjets erhalten. Dennoch ist keine wirtschaftliche Abhängigkeit entstanden. Die Türken haben es verstanden, die Russen auf Distanz zu halten. Auch Achromejews Besuch wird nichts daran ändern.

Neues Reizwort Cattenom

Von Heinz Heck

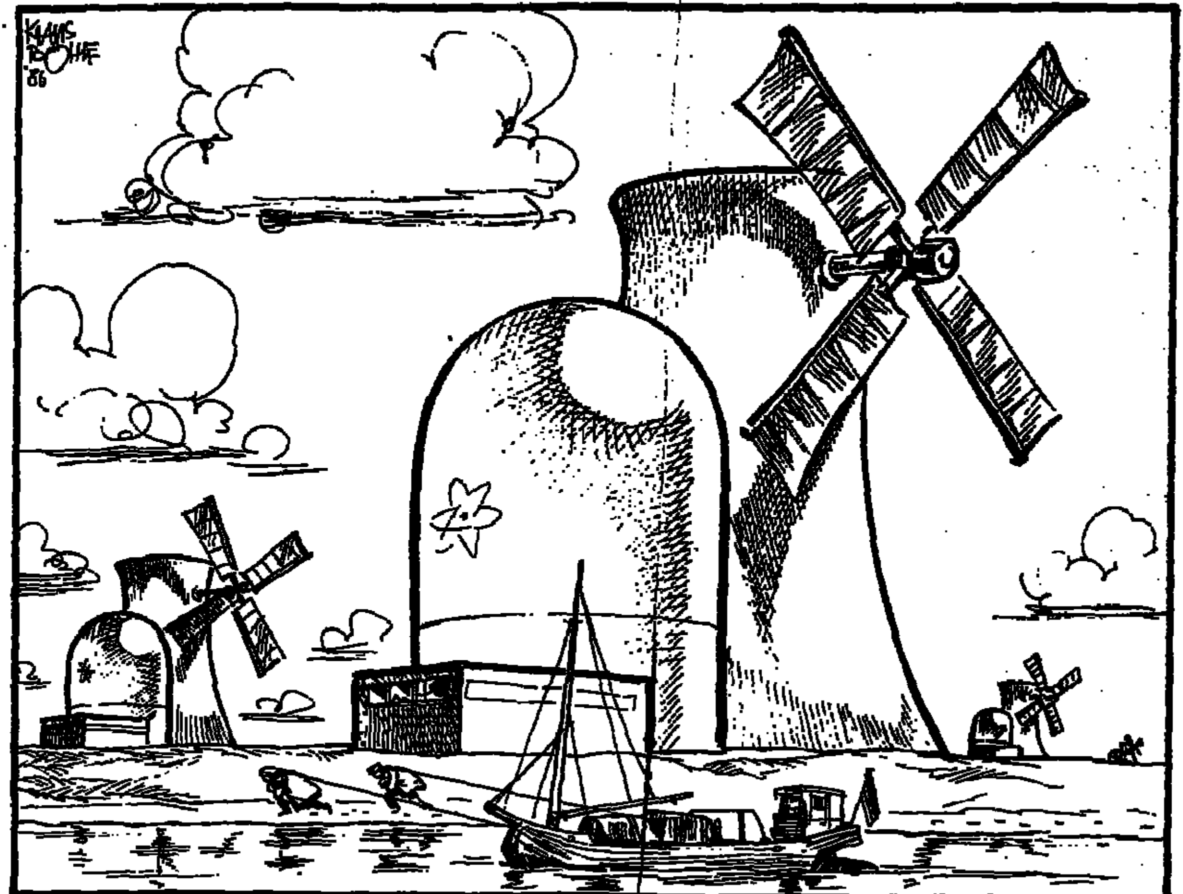
Nach Brokdorf und Kalkar erhält die deutsche Kernenergiediskussion mit Cattenom ein neues Reizwort. Der – entscheidende – Unterschied liegt darin, daß dieses Kernkraftwerk jenseits deutscher Grenzen liegt und damit deutschem Einfluß so gut wie völlig entzogen ist. Das ändert wenig oder nichts an der politischen Wirkung dieses mit vier Blöcken gigantischen Vorhabens in der deutschen Öffentlichkeit.

Diesen Umstand sollte man auch in Paris berücksichtigen, wo eigene Erfahrungen über die Empfindlichkeit der Bevölkerung nur in einem – verglichen mit der Bundesrepublik – spärlichen Umfang vorliegen. Späte oder unzutreffende Meldungen über selbst geringfügige Pannen sollten daher künftig peinlichst vermieden werden, um deutschen Befürwortern der Kernenergie, etwa Umweltminister Wallmann, zu ersparen, daß er in offene Messer läuft. Wer spät oder falsch meldet, gerät zudem selbst bei Bagatellen in Verdacht, Schlimmeres vertuschen zu wollen. Das gilt auch für solche Pannen, wie sie auch bei einem Kohle- oder Ölkraftwerk vorkommen können.

Mit der Entsendung ihres Chefs der Reaktorsicherheitskommission, Cogné, nach Mainz hat die Regierung in Paris die Flucht nach vorn angetreten und sich als lernfähig erwiesen. Sein deutscher Kollege Birkhofer, mit Cattenom bestens vertraut, hat hier wie bei zahlreichen früheren Gelegenheiten Zweifel an der Reaktorsicherheit zu entkräften versucht.

Wenn Birkhofer hier und da Zurückhaltung attestiert wird, so sollte dies nicht als Indiz gegen Cattenom interpretiert werden. Birkhofer und seine Kollegen verteilen aus grundsätzlichen Erwägungen keine Platzkärtchen auf einer internationalen Sicherheitsrangliste. Zwar gibt es gute Gründe für die Überzeugung vom hohen deutschen Sicherheitsstandard. Doch stoßen Vergleiche wegen der unterschiedlichen Sicherheitsphilosophie auf Grenzen.

Alle Bereitschaft zur Aufklärung ändert aber nichts daran, daß Entscheidungen über französische Kernkraftwerke in Frankreich fallen – und fallen müssen, so wie die über deutsche hier zu treffen sind, solange es welche gibt.



Zukunft an der Elbe

KLAUS BÖHLE

Gold und Gewissen

Von Enno v. Loewenstern

Aus Südafrika hört man von erleichterten Reaktionen auf die EG-Sanktionsbeschlüsse. Eisen, Stahl und Krügerrand werden nicht in solchen Mengen nach Europa exportiert, daß Barrieren wirklich schmerzen würden, aber Kohle ist der zweitgrößte Exportartikel des Landes nach dem Gold; das Volumen des Kohlehandels mit der EG beträgt zwei bis drei Milliarden Rand (= DM). Europa hütet sich wohl, das Gold zu boykottieren, das gelbe wie das schwarze. Immerhin sorgte sich der Johannesburger „Citizen", daß diese Sanktionsbeschlüsse „der erste Schritt" sein dürften.

Das ist nicht auszuschließen, aber in der Praxis stehen dem zwei Hindernisse entgegen. Zum einen ist die EG auf südafrikanische Kohle angewiesen. Diejenigen, die am lautesten über die Nichteinbeziehung der Kohle klagen, sind oft identisch mit jenen, die den Ausstieg aus der Kernenergie fordern und dies durch „mehr billige Importkohle" ausgleichen wollen. Zum anderen wiegt die Begründung kaum weniger schwer, die Genscher gab: ein Kohle-Importstop würde tausende schwarzer Bergarbeiter treffen und sei daher nicht vertretbar.

Diese Begründung gilt, wenn sie heute richtig ist, natürlich morgen genau so. Sie gilt allerdings auch für das Investitionsverbot, mit dem neue Arbeitsplätze verhindert werden (falls es sich überhaupt durchsetzen läßt). Sie wird dadurch akzentuiert, daß auch Afrikas Frontstaaten sich nicht auf Sanktionen gegen Südafrika einigen konnten.

Die einen sagen offen, daß sie die Auswirkungen auf das eigene Land nicht verkraften können. Die anderen geben dasselbe zu, erwarten aber, daß „der Westen" sie für Verluste aus südafrikanischen Gegenmaßnahmen kompensiert. Bei der Commonwealth-Konferenz sprachen einige Teilnehmer von der Notwendigkeit, eine „Luftbrücke wie damals für Berlin" aufzubauen.

Das würde ungeheure Summen kosten. Milliarden, die für Entwicklungshilfe in anderen notleidenden Ländern benötigt würden, wären für den Handelskrieg gegen Südafrika gebunden. Wenn aber der Westen den Frontstaaten einen Verlustausgleich in Aussicht stellt, dann müßte er wohl erklären, wieso die Schwarzen in der Kaprepublik keinen brauchen.

Bisher wurde darüber leichtfertig hinweggeredet: „Die Schwarzen wollen es so." Niemand hat bisher die Schwarzen in Südafrika gefragt, niemand hat sich bisher darum gekümmert, daß sie nur unter Zwang Streikaufrufe befolgen und heimlich ihre Firmen bitten, ihnen den jeweiligen Tag (mehr ist selbst mit Morddrohungen kaum je zu erreichen) vom Urlaub abzuziehen.

Diese Überlegungen sind bisher im moralischen oder pseudomoralischen Überschwang verdrängt worden, vor allem von den Leuten, die Sanktionen gegen Südafrika verlangen und Sanktionen gegen Libyen oder Nicaragua oder den Ostblock ablehnen, weil sie „ja doch nicht greifen" und im übrigen „den Menschen schaden". Nun sind Sanktionen gegen ein feindliches Land ohnehin eine andere Sache als Sanktionen gegen ein Land, das man zur Änderung seiner inneren Verhältnisse zwingen will. Letztere haben den Charakter eines Kreuzzuges. Da ist man doppelt gehalten, die eigene Moral auf die Goldwaage zu legen (auf die man das Gold nicht legt), und sich zu fragen, ob der Schaden nicht größer ist als der Nutzen.

Kritiker beklagen nun, daß der Druck zu gering sei, um die angeblich stur unnachgiebige Burenregierung zum Einlenken zu zwingen. Auch diese Aussage geht an den Tatsachen vorbei. Die Burenregierung hat sich bewegt. Sie macht heute geltend, daß man ihr zunächst vorgeworfen habe, der Eckstein des Rassismus seien ihre Gemischtsex- und Gemischtehe-Verbote. Als diese aufgehoben wurden, seien die Paßgesetze als Eckstein bezeichnet worden. Nachdem auch diese aufgehoben wurden, werde nicht nur neuer Druck in Richtung auf weitere Schritte gebracht, sondern der Druck werde nun gerade verschärft, so, als würdige man diese Schritte nicht als Zeichen des guten Willens, sondern als Zeichen der Schwäche.



Elend für sie, Kompensation für die Nachbarn? Kinder in Soweto

FOTO: CAMERA PRESS

Wenn dieser Eindruck sich durchsetzt, dann kränkt und verhärtet er nicht nur diejenigen Buren, die zum Einlenken unter ehrenhaften Umständen bereit sind, aber keine Demütigungen hinnehmen wollen. Es alarmiert die Buren obendrein, daß der Druck wirtschaftlich verschärft wird, in Richtung auf Arbeitslosigkeit und Chaos. Nicht nur wird so der in Burenkreisen umgehende Verdacht bestärkt, daß der Westen gar nicht Verbesserungen will, sondern wirklich das Chaos anstrebt, um denselben Kräften in die Hände zu spielen, die schon vom Chaos im übereilt preisgegebenen Angola und Moçambique profitiert haben. Sondern es wird auch gewarnt, daß nun gerade die Situation entstehe, in der weitere Lockerungen (etwa der Wohnbereichs-Trennung) riskant erschienen.

So könnte man die vielbeschworene Wagenburg-Mentalität tatsächlich hervorrufen, zum Schaden nicht nur der Weißen, sondern auch der Schwarzen. Der Westen muß sich fragen, ob sein wirkliches Ziel die allmähliche Veränderungen zum Guten oder das gute Wetter bei den weltmeinungsmarktbeherrschenden Stimmungmachern ist. Da ist es ein bedenkliches Symptom, wenn nun vielerorts zu hören ist, mit solchen EG-Beschlüssen „isolierten" wir uns, „begäben uns ins Abseits". Wenn schon moralische Politik, dann ist nicht das Abseits maßgeblich, sondern das Jenseits: die Verantwortung vor dem Gewissen. Sie bedeutet, daß wir abwägen müssen, was wir tun. Es wäre eine Ironie, wenn der Kohlemarkt ein stärkeres Argument zur Vernunft wäre als jede Gewissensprüfung der Politiker.

IM GESPRÄCH Kwesi Botchwey

Musterschüler Ghana

Von Achim Remde

Ironie der Geschichte oder was immer: das Regime des Hauptmanns Rawlings in Ghana, das allgemein als linksradikal eingestuft wird, ist zum Musterschüler des Internationalen Währungsfonds (IWF) geworden und muß sich innenpolitisch gegen Angriffe von links verteidigen. Besonders Finanzminister Kwesi Botchwey („Sekretär für Finanzen des Nationalen Volksverteidigungsrats"), Architekt des wirtschaftlichen Genesungsprogramms, muß sich gegen den Vorwurf wehren, eine unsoziale Politik zu verfolgen. Er muß beteuern, daß er Marxist ist.

Bei seinen vielen Reisen ins westliche Ausland – heute ist er wieder in Bonn – braucht er das nicht. Da schätzt man ihn, weil er als Ökonom seine Hausaufgaben gemacht hat und weil er Verhandlungen über Entwicklungshilfe nicht mit ideologischem Ballast befrachtet. Der Vierundvierzigjährige, der verheiratet und Vater von drei Kindern ist, hat Rechtswissenschaft in Ghana und den USA studiert und in Sambia, Tansania und Ghana unterrichtet, bevor er 1982 Finanzminister wurde. Je mehr er bei dem Bemühen hervortrat, die zerrüttete Volkswirtschaft Ghanas zu sanieren, um so klarer wurde, daß das Rawlings-Regime, das lange Zeit jeden Professionalismus als antirevolutionär verteufelte, in aller Stille den Amateurstatus aufgegeben hat.

Botchwey hat Abwertungen in einem Ausmaß vorgenommen, dessen bloße Vorstellung anderswo Politikern einen Schauer über den Rücken jagt. Er ist überzeugt, daß der IWF für Ghana die einzige Rettung ist. Diese Überzeugung scheint Rawlings zu teilen. Doch nicht nur für Ghana hängt alles vom Gelingen der Roßkur ab. Auch der IWF braucht dringend einen Modellfall, um den Beweis zu erbringen, daß das vielkritisierte Rezept auch wirkt. Für beide Seiten stehen die Zeichen in Ghana günstig. Hauptleidtragende der vom IWF ge-



Wird kaum mit leeren Händen ziehen: Botchwey FOTO: DIE WELT

forderten Austeritätspolitik sind nicht so sehr die verarmten Bauern, sondern die Städter, die westliche Konsum- und Lebensgewohnheiten angenommen haben und gern als „Eliten" apostrophiert werden. Sie stellen das Heer der Wirtschaftsflüchtlinge, die sich in der Bundesrepublik als Asylbewerber präsentieren, wobei sie – auch das eine Ironie – sich meist darauf berufen, daß sie wegen ihres Eintretens für Demokratie politisch verfolgt werden.

An westlichen Maßstäben gemessen, schneidet die Rawlings-Regierung in der Tat schlecht ab. Doch sie und nicht die vorhergehende Mehrparteiendemokratie war es, die bereit und in der Lage ist, die IWF-Politik zu implementieren. Das Ausmaß politischer Repression erscheint dabei, gemessen an in Afrika üblichen Maßstäben, verhältnismäßig gering.

So kommt es darauf an, das Leben in Ghana wieder lebenswert zu machen. Die Bundesregierung, die traditionell zu den größten Entwicklungshilfegebern des westafrikanischen Landes gehört, wird Botchwey kaum mit leeren Händen ziehen lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt bemerkt zu den EG-Sanktionen:

Eine Viertelmillion Schwarze aus den „Frontstaaten" arbeitet nämlich in den südafrikanischen Bergwerken und verdient dort etwa 400 Millionen Dollar im Jahr. Ein Kohleboykott hätte – wie fast jeder Boykott – vorweg die Falschen getroffen. Schwarze Arbeitslosigkeit und höhere Kohlepreise in Europa mögen ein geringer Preis für den raschen Sturz des Apartheid-Regimes sein. Nur: So schnell fällt ein System nicht, das vor der Wahl zwischen Sanktionen und Selbstmord steht. In Rhodesien hat es 15 Jahre gedauert. Pretoria kann den Gürtel enger schnallen, die Schwarzen aber sind schon beim letzten Loch.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt bejaht scharfe Maßnahmen gegen den Terrorismus:

Die Visumspflicht für Ausländer, die nicht über einen Paß oder Partner verfügen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir und die anderen Westeuropäer folgen, bedeutet das nicht, uns abzuschotten, einzuigeln, den Rest der Welt auszusperren. Es bedeutet aber sehr wohl: Künftig kann an den Grenzen wirkungsvoller gesiebt werden.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Sie schreibt zur Entscheidung der Regierung, eine Belohnung für die Ergreifung mutmaßlicher Terroristen auszusetzen:

Die Denunziation aus finanziellem Eigennutz, zu der uns die Polizei heute auffordert, steht im Gegensatz zu allen Prinzipien, die unsere Moral und unser Denken beeinflussen und selbst unsere gesellschaftliche Ordnung beherrschen. Sie ist gefährlich, da sie allen vorstellbaren Exzessen den Weg ebnet. Und in der Tat stellt sie einen Bestandteil der faschistischen Waffensammlung dar. Im Bewußtsein ihres schädlichen Charakters müssen wir aber unter den dramatischen Umständen, die unser Land durchmacht, ihre Anwendung in Frankreich ohne Scham und Unmut akzeptieren.

Frankfurter Rundschau

Sie kommentiert den DKP-Beschluß, die Wahl der SPD zu empfehlen:

Verlegen hat die SPD auf die Empfehlung an die DKP-Wähler reagiert, sie sollten am 25. Januar 1987 ihre Zweitstimmen den Sozialdemokraten oder Grünen geben ... Wie hatte die SPD gezetert, als 1969 bei der Bundespräsidenten-Wahl die NPD den Unions-Kandidaten Gerhard Schröder unterstützte. Im Wahlkampf wird es ihr jetzt wenig nützen, wenn sie beteuert, daß es die von der DKP behauptete „Fülle an Gemeinsamkeiten" gar nicht gibt; denn die SPD-Führung kann ja das angekündigte Geschenk nicht ausschlagen, sondern muß in Kauf nehmen, daß CDU und CSU mit dem Argument durch die Lande ziehen, der sozialdemokratische Kanzlerkandidat kalkuliere für seine „eigene Mehrheit" die Stimmen der Kommunisten ein.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung bewertet die Sanktionspläne:

Die zu drastischen Sanktionen neigenden Länder setzen Gesten an die Stelle von Opfern, und jene, bei denen wichtige wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, hielten sich mit strengen Maßnahmen zurück.

Hamburg will aussteigen und weiß nicht, wie

Sicher ist nur, daß eine riesige Strompreiserhöhung droht – und gewollt ist / Von Uwe Bahnsen

Mit heißer Nadel genäht, mit heißer Luft gefüllt – anders läßt sich jenes „Grobkonzept" kaum charakterisieren, mit dem der Hamburger Senat sich soeben in der Energiepolitik zu Wort gemeldet hat. Man probt, den Blick fest auf den Bürgerschaftswahltermin des 9. November gerichtet, den Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie.

Konkret geht es um die vier Kernkraftwerke Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel und Stade, an denen die mehrheitlich im Besitz der Hansestadt befindlichen Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) beteiligt sind, und zwar gemeinsam mit der Preußische Elektrizitäts AG (Preag). Keines dieser Kraftwerke steht auf hamburgischem Territorium.

Der Senat will verhindern, daß Brokdorf ans Netz geschaltet wird, und er will die drei anderen Anlagen, die Hamburg versorgen, aus „ökologischen und wirtschaftlichen Gründen" in den nächsten zehn Jahren stillegen. Dazu muß man auch wissen, daß nicht die HEW und die Preag Betreiber dieser Kraftwerke sind, sondern beider Tochtergesellschaften. Mit zwei dieser Unternehmen haben die HEW Personalgestellungsverträge für die Kraftwerke Brunsbüttel und Krümmel geschlossen und deren Betriebsführung übernommen.

Das sind die Tatsachen, die der Senat ändern will. Der HEW-Vorstandsvorsitzende Roland Farnung, von Dohnanyi selbst als Top-Manager beurteilt und für die HEW eingekauft, sagte kürzlich der WELT auf die Frage, was ein Ausstieg für die Strompreise in Hamburg bedeuten würde: „Nach überschlägigen Berechnungen würden die Strompreise für alle Kunden um 25 bis 30 Prozent steigen müssen. Die Folgen für die hamburgische Wirtschaft wären gravierend."

Vorsichtig hat die Landesregierung schon eingeräumt, daß sie für den Ausstieg „allerdings rechtliche Hemmnisse" sieht – zum Beispiel in Vorschriften des Atomgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes, die sich nur „mit einer politischen Mehrheit auf Bundesebene" ändern lassen. Offenbar schätzen die Rathausregenten die Chancen dafür gering ein.

Der Senat will „dennoch die jeweils möglichen regionalen Schritte unternehmen". Gedacht ist beispielsweise an den „Austausch von Gesellschafteranteilen bei den vier Kraftwerksgesellschaften" und an eine „Satzungsänderung der HEW". Für die vorzeitige Stillegung des Kraftwerks Stade will der Senat sich „einsetzen", gegen die Betriebsaufnahme in Brokdorf will er sich „wehren".

Wie das eine und das andere konkret aussehen soll, wird nicht gesagt – wohlweislich, denn der Senat hat keinerlei Handhabe und weiß das auch. Ferner ist Dohnanyi und seinen Kollegen sehr wohl bekannt, daß der HEW-Vorstand nach dem Aktienrecht kaum gezwungen werden kann, die HEW-Anteile an den Kernkraftwerken aufzugeben (was im übrigen an deren Existenz nicht das geringste ändern würde). Und selbst wenn der Vorstand dabei mitwirkte, müßten die Mitglieder dieses Gremiums, des Aufsichtsrates und vermutlich auch des Senats von der persönlichen Haftung freigestellt werden. Nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz könnte das nur durch formellen Beschluß der Bürgerschaft geschehen ...

Im Grunde ist Dohnanyi an dem Punkt angelangt, an dem seinerzeit Klose stürzte. Und zwar aus denselben nicht sachlichen, sondern ideologischen Gründen. Die Hamburger Wirtschaft, die das Süd-Nord-Gefälle abbauen will, ist schon dabei, nachzurechnen, was Dohnanyis Ausstiegskurs für die Standortbedingungen bedeutet. Grund zum Rechnen haben die Bürger der Hansestadt übrigens nicht nur im Hinblick auf die Strompreise.

Der Senat nämlich will den Stromverbrauch bis zum Jahr 2000 um zehn Prozent reduzieren, und zwar „insbesondere durch den schrittweisen Ersatz von Nachtspeicherheizungen". Da müssen sich in der Stadt rund 110 000 Haushalte angesprochen fühlen, die sich nicht zuletzt als Folge einer forcierten HEW-Werbekampagne (also quasistaatlichen Kampagne) dazu entschlossen haben, sich Nachtspeicherheizungen anzuschaffen und einbauen zu lassen (für 4000 bis 6000 Mark pro Wohnung). Diese HEW-Kunden zählen in aller Regel nicht zu den betuchten Hanseaten, sondern zu den Arbeitnehmern mit kleinem Einkommen. Eine Umstellung von der Nachtspeicherheizung auf ein anderes System kostet pro Wohnung rund 8000 Mark. Wer bezahlt die Milliarde – der Eigentümer? Der Steuerzahler? Einfach so, weil sich im Senat eine Mehrheit für eine Marotte gebildet hat?

Freuen werden sich auch die Hauseigentümer, die für Nachtspeicherheizungen Anschlüsse, Steigeleitungen und ähnliche Installationen herstellen ließen und die Kosten dafür nun in den Schornstein schreiben können. Dohnanyi betreibt das, was er für ein „ökologisch vertretbares Energieversorgungskonzept" hält, auf dem Rücken der kleinen Leute und will dafür am 9. November ihre Stimmen haben. Es könnte sein, daß ihm eingeheizt wird.

Punta del Este – eine in Beton gegossene Kapitalflucht

Widersprüche zwischen Reden und Realität: im uruguayischen Punta del Este und bei der Gatt-Runde zeigen sie sich besonders deutlich.

Von HANS-J. MAHNKE

All Argentinas", radebrecht in einer Mischung aus Spanisch und Englisch der uruguayische Fahrer, den die deutsche Botschaft für die Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Punta del Este für diese Woche angeheuert hat. Er nimmt beide Hände vom Steuerrad seines Wagens und zeigt auf prunkvolle Villen unter hohen Eukalyptusbäumen und Pinien unmittelbar hinter den Dünen des Atlantiks, nur wenige Kilometer von den Apartment-Hochhäusern des uruguayischen Badeortes an der Mündung des Rio de la Platas entfernt. „All Argentinas", sagt er immer wieder.

Er lächelt dabei. Kein Vorwurf, nur eine Feststellung der Besitzverhältnisse. Die Villengegend, die sich quer über die Halbinsel von Punta del Este kilometerweit erstreckt, ist fest in argentinischen Händen. Die Architekten konnten sich hier austoben. Villen in allen Stilarten und allen Größen. Zum Teil reetgedeckt oder mit kunstvoll glasierten bunten Dachziegeln versehen. Und in einer Zahl, die in Europa kaum eine Großstadt aufzuweisen hat.

Allerdings wohnt dort gegenwärtig kaum eine Menschenseele. Selten brennt dort *abends Licht. Es ist* noch zu kalt. Mitte Dezember wird es dort voll, allerdings auch nur für zwei bis drei Monate, erklärt der Fahrer. Denn es handelt sich um die Sommerresidenzen der reichen Argentinier. „Wie die wohl zu Hause wohnen?" fragt der Fahrer, ohne auf eine Antwort zu warten. Wer nicht ganz so viel Geld hat, besitzt in Punta del Este ein Apartment. Auch sie stehen jetzt leer. Rund 80 Prozent der Wohnungen und Häuser gehören in dieser Gegend Argentiniern. Uruguayer können sich die nicht leisten, noch nicht einmal einen Urlaub hier.

„Die in Beton gegossene Kapitalflucht", analysiert ein Amerika-Experte. „Wenn die Argentinier nicht so viel Geld nach draußen gebracht hätten, steckten sie jetzt nicht in der Schuldenkrise". Die Prachtbauten von Punta del Este herum fallen dabei noch nicht einmal ins Gewicht.

Der argentinische Außenminister Dante Caputo sieht das freilich anders. Vor dem Plenum der Gatt-Konferenz erklärt er die lateinamerikanische Misere damit, das gegenwärtige Handelssystem begünstige die wirtschaftlich starken Nationen. Überdies habe das hohe Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten zu einem Anstieg der Realzinsen geführt, und dadurch fließe sogar Kapital aus *Südamerika ab. So einfach ist das.*

Aber dieses ist auf der Tagung des Gatt, wo um ein flexibleres und ausbalancierteres Welthandelssystem gerungen wird, keinesfalls der einzige Fall, wo sich Realität und Anspruch, der in den Reden zum Ausdruck kommt, nicht decken. In der Gatt-Sonderbeilage von „El Dia", einer traditionsreichen uruguayischen Tageszeitung, findet sich an dem Tag, an dem über die Bekenntnisse des US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter und der EG-Repräsentanten zum Freihandel berichtet wird, als einzige Meldung, die sich nicht mit der Gatt-Tagung beschäftigt, der Hinweis, daß die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten über Spaghetti und Zitrusfrüchte gescheitert seien.

Der Kommentar eines Mitgliedes der deutschen Delegation ist nicht druckreif. Immerhin demonstriert dieses Beispiel, daß manche Hoffnung, die in Punta del Este geschürt wird, rasch wie eine Seifenblase zerplatzen kann. Und sei es sogar die Erwartung, daß während der Dauer der Liberalisierungsrunde keine neuen protektionistischen Maßnahmen ergriffen werden. Die Eigeninteressen sind schlicht stärker als das, was in dem Casinosaal des San-Raffael-Hotels abläuft, wo sonst das Glücksspiel zu Hause ist und jetzt die Vertreter der 74 nach Uruguay angereisten Staaten ihre Statements abliefern.

Hektisch, aber gesittet wie beim Glücksspiel geht es dort immer noch zu. Rechts neben dem einfachen mit blauem Tuch überzogenem Rednerpodest steht ein kleiner Tisch mit einem Dutzend Gläsern, einer Wasserkaraffe und dem Schild mit der Aufschrift „Next speaker". Wenn ein Redner fertig ist, darf er noch den Beifall und auch das Dankeschön des Sitzungsleiters abwarten. Dann erhebt sich bereits der nächste Redner. Und derjenige, der dann reden soll, quält sich aus den engen Stuhl- und Tischreihen heraus, um bereits an diesem Tisch Platz zu nehmen.

Verzögerungen gibt es nicht. Die Tagungsmaschinerie läuft wie geschmiert. Nur darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Reden, in denen jedes Land noch einmal seine Position erläutert, für die Tagung ohne Wert sind. Fensterreden. Das ei*gentliche Geschehen wird durch die* zahllosen bilateralen und Gruppengespräche bestimmt.

Die EG versucht beispielsweise intern auf einen Nenner zu kommen, will an dem Vorschlag der Schweiz und Kolumbiens, der inzwischen von 55 Staaten unterstützt wird, noch Korrekturen im Agrarteil anbringen. Dann wird der Vertreter der EG-Kommission beauftragt das mit anderen Ländern vorzuklären.

Wenn er einen Eindruck gewonnen hat, was andere mittragen würden, muß er wieder in den Kreis der Gemeinschaftsvertreter zurück, um sich das Plazet zu holen, was es in der Regel nicht gibt. Und dann beginnt die Abstimmung von vorn. Gefeilscht wird um Worte und Formulierungen, die oft noch sehr dehnbar, sehr unterschiedlich interpretierbar sind.

Rascher als erwartet ist die Tagung in die übliche Phase der Krise gekommen. Wie alles in Frage gestellt wird, wird allein aus der Tatsache, das der französische Landwirtschaftsminister Guilleaume kommt, geschlossen, nun würden die Franzosen sich überhaupt nicht mehr bewegen, könnte die Konferenz scheitern.

Die Stimmung in der deutschen Delegation ändert sich von Tag zu Tag – aus Zuversicht wird Skepsis. Und trotzdem ist Bundeswirtschaftsminister Bangemann davon überzeugt, daß sich zum Schluß doch alle zusammenraufen werden, allein weil die Konferenz nicht scheitern darf.

Die Uruguayer haben bereits die Konferenz für sich bilanziert: Drei Millionen Dollar kostet sie diese Veranstaltung; der Nutzen wird auf fünf Millionen Dollar veranschlagt. Der Badeort kommt in dieser verhältnismäßig noch kalten regnerischen Jahreszeit zu seiner zweiten Saison, je*denfalls für* eine Woche. Trotzdem haben nicht alle Restaurants geöffnet.



Gastgeber der Gatt-Runde: Uruguays Präsident Julio Maria Sanguinetti FOTO: AP

Im „Los Caracoles" an der Hauptstraße herrscht mittags und abends Hochbetrieb. Der kleine, leicht grauhaarige Mann, der an dem langen Holzgrill das Sagen hat, ist vollauf beschäftigt. Seine Spezialität sind die zwei Fäuste großen, äußerst schmackhaften und zarten Filetsteaks.

Früher machten die Uruguayer damit auch gute Geschäfte auf dem deutschen Markt. Das ist vorbei, seitdem die EG auch dieses Produkt, wenn auch nicht in annähernd solcher Qualität, im Überfluß produziert. Abgesehen von gewissen Kontingenten wird das Fleisch jetzt an der Grenze bei der Einfuhr kräftig verteuert, so daß die Absatzchancen gering sind. Und daran wird auch die Liberalisierungsrunde, wenn sie in einigen Jahren beendet sein wird, nichts ändern.

Die uruguayischen Viehzüchter hoffen, daß sie dann wenigstens wieder nach Ägypten liefern können, wo die EG sie mit subventionierten Lieferungen herausgedrängt hat. Sicher ist das auch nicht. Denn, ob sich die Franzosen von ihrer Philosophie abbringen lassen, den Agrarexport noch weiter zu forcieren, obwohl die Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte immer begrenzter wird, ist fraglich.

Gegenwärtig zählt in Punta del Este für die Einwohner auch mehr, daß bald wieder Sommer ist und die Argentinier kommen. Dann können sie die Preise, wie jetzt zur Gatt-Konferenz, noch einmal erhöhen.

Im liberalen Turin blühen die Blumen des Bösen

Schwarze Messen in entweihten Kirchen, 50 000 Okkultisten, 1350 offizielle Anträge an die Kirche auf Befreiung vom Satan. Schon fragt eine Zeitung: Was hat der Teufel gegen Turin?

Von KLAUS J. SCHWEHN

Man denkt zuerst an abgeschiedene Bergdörfer weit hinterm Ätna, an dunkelfeuchte Gemäuer in der Innenstadt von Palermo, doch das offenbar unangefochtene Zentrum des Okkultismus in Italien ist heute die weitläufige Industriestadt im Nordwesten des Stiefels, die Auto-Metropole Turin.

In diesen Monaten, da sich Papst Johannes Paul II. verstärkt mit dem Wesen der Engel, den guten und den gefallenen, beschäftigt hat, läßt der Teufel die vatikanische Administration nicht in Ruhe. In Turin, so schätzt Kardinal-Erzbischof Anastasio Ballestrero, gibt es derzeit etwa 50 000 Okkultisten. „Schwarze Messen" in entweihten Kirchen finden rasanten Zulauf, wohlsituierte Bürger sammeln sich in privaten Zirkeln um Tische, die zu wackeln beginnen; Geschäfte, die Utensilien der schwarzen Magie anpreisen, haben Hochkonjunktur. Die Zahl der „satinisti", der Teufelsanbeter, wächst.

Schwierigkeiten werden dem Teufel angelastet

„Was hat der Teufel gegen Turin?" fragt die italienische Tageszeitung „La Stampa". Der Erzbischof hat darauf eine recht einleuchtende Antwort: In dieser hochindustrialisierten Stadt, ihrer Anonymität, wuchern persönliche Schwierigkeiten, und die werden dem Teufel in die Schuhe geschoben.

Kardinal Ballestrero nimmt in seiner Erklärung indirekt Bezug auch auf die Hauptthesen jenes 30seitigen Dokuments, das die päpstlichen Sekretariate für die Einheit der Christen, für die Nichtchristen und für die Nichtgläubigen sowie der Päpstliche Rat für die Kultur am 1. Mai veröffentlicht haben. Dieses Dokument bezieht sich zwar in erster Linie auf das Sekten-Unwesen, doch trifft es genauso das steigende Interesse am Okkultismus:

„Das Phänomen ... scheint sym*ptomatisch für die entpersönlichten* Strukturen der heutigen Gesellschaft zu sein, wie sie im Westen geschaffen und weitgehend in die übrige Welt exportiert wurden." Am Anfang stehe „eine Zerstörung traditioneller Sozialstrukturen, kultureller Modelle und traditioneller Wertzusammenhänge".

Indessen, Schlußfolgerungen daraus werden auch vom Kardinal-Erzbischof nur zurückhaltend gezogen. Als Rezept hatten nämlich die vatikanischen Kommissionen ein „Überdenken des herkömmlichen Systems der Kirchengemeinden" empfohlen. Es müßten Modelle für Gemeinschaften gefunden werden, die „brüderlicher und menschlicher" seien als die Gemeinden heute.

Was aber geschieht in diesen Monaten in Turin – der hochindustrialisierten Stadt – der dynamischen Stadt, wo schon 1845 eine der ersten italienischen Eisenbahnen Richtung Genua dampfte – der aufgeklärten Stadt, die wesentliche Impulse zum Kampf um die Einheit des Landes im 19. Jahrhundert, gab?

Der wachsenden satanischen Verschwörung, die einher ging mit der Pensionierung der drei offiziell bestellten Exorzisten, suchte der Kardinal mit der Bestallung von gar sechs neuen kirchlichen Exorzisten für seine Diözese zu gegegnen. Die Namen der ausgewählten Kirchenmänner – sie sind zwischen 48 und 70 Jahre alt – bleiben geheim. Sie arbeiten nach dem 1614 zusammengestellten Rituale romano, das die verschiedenen Ritualformen des römisch-katholischen Exorzismus zur Beschwörung und Vertreibung des Teufels enthält: „Ich treibe dich aus, du unreiner Geist, ich befehle dir, entferne dich von uns" – Oder: „Geh weg, du böser Geist, laß Christus den Platz ..."

Allein zwischen 1981 und 1983, das hat ein Student bei der Vorbereitung seiner Examensarbeit in einschlägigen Archiven gefunden, stellten in der Erzdiözese Turin 1350 Menschen offiziell Anträge auf Befreiung vom Satan durch die Exorzisten der römisch-katholischen Kirche. Der 73 Jahre alte Priester Ugo Saroglia, inzwischen im Ruhestand, hat von 1968 bis 1978 nach eigenem Bekunden täglich zwei bis drei Personen auf ihre Besessenheit hin überprüft. Heute rät er zur Vorsicht, genauso wie sein inzwischen ebenfalls pensionierter Kollege Padre Agostino Gandolfo: „Ich habe nicht sehr oft das Gefühl gehabt, dem Teufel gegenüberzustehen."

Die Exorzisten i. R. konstatieren drei Arten angeblich vom Teufel Besessener:

– Psychisch Kranke, die häufig irgendeiner Autosuggestion unterliegen und in die Sprechstunde des Psychiaters gehören;
– Physisch Kranke, die aus Unwis*senheit, Mißtrauen oder Angst den* Weg zum Arzt scheuen, schließlich aber auch
– Menschen, die irre Schreie ausstoßen, wild um sich schlagen und Schaum vor dem Mund haben; Menschen, die plötzlich nie gelernte Sprachen sprechen.

Solche Phänomene, sagt Padre Gandolfo, seien Indiz für die Gewalt des Teufels. Monsignore Balducci, der in Italien den Ruf genießt, ein besonders guter Teufelkenner zu sein, will es noch handfester wissen: „Vom Teufel Besessene spuckten flüssige und feste Substanzen, Stecknadeln, Glassplitter und Nägel."

Solchen Schilderungen setzte zuletzt mehrfach Professor Michele Torre, Chef der psychiatrischen Abteilung der Universitätskliniken von Turin, in der italienischen Presse seine Meinung entgegen: „Ich habe viele Geisteskranke gesehen, ihr Delirium hat aber wenig mit diesen Dingen (der Besessenheit) zu tun. Geisteskrankheit sollte ernst genommen werden." Der Mahnung jedoch steht die offenbar nicht auszurottende alte Weissagung entgegen, in Turin werde im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts „in luziferischer Beleuchtung" sogar der Antichrist erscheinen. Und dem setzt Kardinal Ballestrero jetzt sechs neue Exorzisten entgegen.

Schuld ist die Zerstörung traditioneller Strukturen

Die „Zerstörung traditioneller Sozialstrukturen" hatten die päpstlichen Kommissionen als Grund dafür genannt, daß die „Blumen des Bösen" blühen können. Daß in Turin der Okkultismus blüht, hat vor diesem Hintergrund sehr wohl auch viel mit sizilianischen Bergdörfern oder der feucht-finsteren Altstadt von Palermo zu tun. Von dort kamen nämlich viele der Turiner Fließbandarbeiter, als „Gastarbeiter" im eigenen Land verpönt, deren schlichte kulturelle Modelle zerstört wurden, um alte Rituale freizusetzen. „Die Seelen der Italiener sind dunkel und nächtig. Wenn sie sich wohl fühlen sollen, dann müssen sie sich in dunklen Unterkünften und Höhlen verbergen können ...", schrieb D. H. Lawrence unter dem Titel „Italienische Dämmerung". Da hat der Teufel dann leichtes Spiel.

Die Damen im Magazin sind Eigenproduktion der „DDR"

Von HANS-R. KARUTZ

Wer ein „Miezekätzchen" sucht oder Damen mit „viel Spaß an Sex", kann dies jetzt auch in der „DDR" per Anzeige tun: im „Magazin".

Wer diese Zeitschrift allerdings auch noch lesen will, muß zunächst das Herz einer anderen Dame gewinnen, das der Zeitungsverkäuferin. Denn das DIN A5 große Heftchen ist das beliebteste unter allen „DDR"-Publikationen. Pralinen aus dem Westen lassen, so heißt es, das Herz der Zeitungsfrauen besonders leicht schmelzen.

„Es ist die einzige Zeitschrift, die trotz Lizenznummer 233 in keinem Laden aushängt. So schnell ist sie vergriffen", sagen die Anhänger dieser Lustbarkeit unter den vielen Partei-Postillen im Lande.

Das „Magazin" mit dem roten Herzchen statt des I-Tüpfelchens ließ schon vor 32 Jahren die Ohren der prüden Genossen erröten – das Blatt schmückt seit 1954 jede seiner Monats-Nummern mit einem ansehnlichen Aktfoto.

In der Zeit der Nach-Stalin-Ära war das „shocking", aber Chefredakteurin Hilde Eisler, Ehefrau des „DDR"-Chefpropagandisten Gerhart Eisler, ließ sich nicht beirren. Die attraktive Frau, 1979 in Pension gegangen, kannte aus ihrem US-Exil den „american way of life".

Vieles aus diesen Jahren blieb im Blatt haften, und so heftet man seit 32 Jahren monatlich mindestens zwei Pin-up-Girls in mildester Soft-Porno-Attitüde ins Blatt. Der Verdacht von Lesern, die bei den freizügigen Damen auf West-Importe getippt hatten, bewahrheitete sich nicht: „Die meisten hübschen Frauen im Magazin sind DDR-Eigenproduktion", meldete die Redaktion stolz.

Stolz ist man auch auf die 500 000 Exemplare Auflage. Die könnte höher sein, denn nicht die Nachfrage steuert die Auflage, sondern das Papierkontingent.

Weil dies, wie manches andere, in der „DDR" beschränkt ist, kommen auch die Playboys und anziehenden Herren bei der jüngsten kleinen „DDR"-Sensation nicht zügig zum Zuge, sondern müssen wochenlang auf das Erscheinen ihrer Annonce auf der einzigen Privatanzeigen-Seite warten. Das Blatt veröffentlicht nämlich seit einiger Zeit „Kontakt-Anzeigen", *die im Inhalt und dem vermit*telten Bedürfnis nichts an Phantasie zu wünschen übrig lassen.

Die Annoncentexte sind meist mit Geschmack formuliert und hangeln sich listig hart an der Grenze dessen entlang, was die Selbstzensur der Anzeigenabteilung zuläßt.

„Welcher Wassermann sucht für romantische Stunden gutaussehende, dunkelhaarige Zwillingsfrau, 42, 1,67?", fragt dort eine unternehmungslustige Dame.



Das „Magazin" ist die beliebteste Zeitschrift in der „DDR" FOTO: DIE WELT

Oder: „Knusprige Henne (39) mit 2 Küken (7, 10) und Garteninteresse sucht rüstigen Hahn zum gemeinsamen Scharren", erklärt eine andere „Magazin"-Verehrerin ihr Interesse, das sich offenkundig nicht auf die Tierzuchtproduktion der LPG „Roter Oktober" richtet.

Die Annoncen-Texter halten es mit der Sanftmut und der Turtelei:

„Schmusekater, 23/1,80, sucht schlankes Schmusekätzchen für gemeinsame zärtliche Stunden."

Ganz forsche Auftraggeber beginnen ihre Anzeige so: „Ausschneiden! Weitergeben! Er, 28, sucht alleinstehende, üppig proportionierte, erfahrene Sie (?–45 J.) zwecks Gestaltung gemeinsamer zärtlicher Stunden. Diskretion Ehrensache."

Während die Wendung „zwecks Gestaltung" vermutlich aus den von Parteiversammlungen stammt, fehlt allen diesen Anzeigen eines – das ominöse Kürzel „m.-l. WA".

Damit kennzeichnen überzeugte Sozialisten in den normalen Heirats- oder Bekanntschaftsanzeigen der „DDR"-Presse ihre „marxistisch-leninistische Weltanschauung".

In der Rubrik „Treffpunkt" trägt dieses Bekenntnis, wie sich erweist, nicht unbedingt zur Sache bei.

„Magazin" bildet für viele, die in der „DDR" leben, die vergnügliche Anleitung zum „savoir vivre" unter schwierigen Umständen. Das Blatt stößt ein Fenster zur Welt auf – durch Reportagen aus London, New York oder andernorts.

Casanova als Autor, die monatliche Umfrage – ob über Untreue, das Musical oder anderes, Unpolitisches – exzellente Farbfotos im Miniaturformat, die Umschläge des international ausgezeichneten Ostberliner Malers Werner Klemke – die Hefte sind für Leser, die weder „Time" noch westliche Kunstzeitschriften oder gar den „Playboy" zu Gesicht bekommen, ein Stück vermittelter Weltläufigkeit.

Wobei erleichtert notiert sein mag, daß zum Beispiel die Rubrik „Abgehörtes" eben wirklich nur Schallplatten-Kritiken enthält.

Zum Wechsel im Düsseldorfer WELT-Büro: Das große Stelldichein der Prominenz an Rhein und Ruhr

Wer zum Gratulieren erschien . . .

DW. Düsseldorf

Die Gäste-Liste des WELT-Empfangs (hier eine Auswahl) liest sich wie ein „Who's who" des Ruhrgebietes: Neben Ministerpräsident Rau die Kabinettsmitglieder Heinemann (Arbeit), Zöpel (Städtebau), Frau Brunn (Wissenschaft). Die WELT-Chefredakteure Gillies und Schell sowie Verlagsleiter Dr. Adler hießen ferner willkommen: Landtagsvizepräsident Klose, CDU-Oppositionschef Worms, FDP-Fraktionsführer Rohde, den rheinischen CDU-Landesvorsitzenden Pützhofen, Professor Mikat. Aus der Wirtschaftswelt: Konzernchef Henkel, West-LB-Vorstandsvorsitzender Neuber, Hoesch-Manager Rohwedder, Düsseldorfs Messechef Groth, Kaufhof-Vorstandsvorsitzender Odewald, allkauf-Geschäftsführer Viehof und Wolf, Horten-Direktor Horenburg, das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Vondran, sowie Hannen-Chef Cobusch.







Linkes Foto: Chefredakteur Gillies und Konzernchef Henkel. Mitte: Korrespondent Breuer, Herausgeber Dr. Kremp, Gratulant Rau und Ex-Mitarbeiter Herlyn. Rechts: Chefredakteur Schell mit Rheinlands CDU-Chef Pützhofen.



(v.l.) Prof. Mikat (CDU), CDU-MdL Evertz und der frühere Chefredakteur der „WZ", Eich.

Hoesch-Chef Rohwedder mit dem Düsseldorfer Beigeordneten Rößler und „RP"-Herausgeber Arnold

Auch Rau will „sich verändern"

RALPH LORENZ, Düsseldorf

Er strebe ja selbst einen „beruflichen Wechsel" an, ließ der SPD-Kanzlerkandidat augenzwinkernd wissen – deshalb fielen die Grußworte für den startenden und den ausscheidenden WELT-Landeskorrespondenten in Düsseldorf wohl auch merklich teilnahmsvoll aus: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau moderierte im „Breitenbacher Hof", einer der Nobeladressen in der Landeshauptstadt, die Stafettenübergabe der WELT-Berichterstattung von Wilm Herlyn zu Helmut Breuer. Herlyn geht zur „Bunten" nach München – Breuer kommt von der „Rheinischen Post", wo er sich vorher schon in zwölf Jahren kontinuierlicher Berichterstattung einen Namen als Landeskorrespondent gemacht hatte.

Beide sind dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten bestens vertraut, weshalb er auch von der „kritischen Begleitung" spricht, die „manchmal lästig", aber stets unverzichtbar sei. Einen „Einheitsbrei" wünscht sich Bruder Johannes in seinem zum Markenzeichen gewordenen landesväterlichen Harmoniebedürfnis gewiß nicht: Die im Programm nicht vorgesehene Stegreifrede beim WELT-Empfang in Düsseldorf wurde zu einem Plädoyer für die „Vielfalt der Presselandschaft", die Rau im einwohnerstärksten Bundesland vorbildlich gewährleistet sieht. Deshalb, und weil sich auch noch nicht herumgesprochen habe (selbst bei den Genossen nicht), daß Nordrhein-Westfalen ein „schlafender Riese" sei, exportiere NRW gerne kundige Journalisten gen Süden. Da bricht auch in anderer Hinsicht landesväterlicher Stolz durch: Die WELT sei die „große überregionale Zeitung aus Nordrhein-Westfalen".

Er werde den Ostfriesen Herlyn, der nunmehr bei der „Bunten" die Aufgabe eines geschäftsführenden Redakteurs wahrnimmt, vermissen, bekannte Rau freimütig.

Was Helmut Breuer betrifft, so hat er bei Johannes Rau ohnehin einen Fanfarenstoß der Ankündigung gut: Breuer war es, der vor acht Jahren vom damaligen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn beim Kaffeeplausch erfuhr, Kronprinz Johannes Rau werde demnächst Amtsnachfolger als Düsseldorfer Regierungschef – und dies exklusiv vermeldete. Rau: „Wann immer Heinz Kühn Helmut Breuer über den Weg gelaufen ist, da war eine Nachricht fällig."

WELT-Herausgeber Dr. Herbert Kremp bedeutete dem Kanzleramts-Bewerber Rau, daß er Vertrautes vorfinden werde, sollte er nach Bonn wechseln: „Wann immer Sie im nächsten Jahr nach Bonn kommen, und sei's schon vor den Eisheiligen, werden Sie dort eine überregionale Zeitung vorfinden, in der sie sich als Nordrhein-Westfale wiedererkennen." Und dann fiel ihm die Anekdote mit dem weißen Wal ein, der Düsseldorf mal stromaufwärts passiert habe. Kremp: „Ich sprach mit einem der Vorgänger von Herrn Rau gerade über Bonn, als uns die Wal-Kunde erreichte. Der Vorgänger meinte versonnen: Hoffentlich wagt er sich nicht so weit nach Bonn vor."

Bonn sei mehr als eine Siebenzwergestadt, Düsseldorf etwas anderes als Snobistopolis. Deshalb lege die WELT Wert darauf, in beiden Städten bestens repräsentiert zu sein.





Reihten sich unter die Gratulanten ein: dpa-Landeskorrespondent Lohaus mit Wissenschaftsministerin Brunn. Zeigte sich „WELT-offen" (Foto unten): Landesvater Johannes Rau studierte am Rande des Empfangs die druckfrische Mittwoch-Ausgabe.
FOTOS: DIE WELT

Gott dem Herrn hat es gefallen, unseren innigstgeliebten Vater, Großvater und Bruder zu sich zu rufen.

Oberforstmeister i. R.

**Ignatz Graf Praschma
Freiherr von Bilkau**

geb. 22. Februar 1908 in Rogau/OS
gest. 16. September 1986

In Liebe, Dankbarkeit und Verehrung
Marion Müller geb. Gräfin Praschma, Freiin von Bilkau
Hans-Eckard Müller
Rainer Graf Praschma, Freiherr von Bilkau
Mechthild Gräfin Praschma, Freifrau von Bilkau geb. Wygold
Andreas Graf Praschma, Freiherr von Bilkau
Heike Gräfin Praschma, Freifrau von Bilkau geb. Schäfer
Isabelle Freifrau von Vietinghoff gen. Scheel
geb. Gräfin Praschma, Freiin von Bilkau
Wolff Hasso Freiherr von Vietinghoff gen. Scheel
Marie-Antoinette Gräfin Praschma, Freiin von Bilkau
Yvonne, Jeannine, Natalie und Nadine
Friedrich Leopold Graf Praschma, Freiherr von Bilkau

4179 Weeze, Kalbeck 6

Das Seelenamt wird gehalten am Samstag, dem 20. September 1986, um 10 Uhr in der Schloßkapelle zu Kalbeck; anschließend Beisetzung auf dem Friedhof in Goch.

Statt zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für das SOS Kinderdorf Kleve-Materborn bei der Commerzbank Kleve (Bankleitzahl 324 400 23) Kto.-Nr. 8 150 005.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1986/87

Humanmedizin Vorklin.
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Frankfurt
3 Aachen	Freiburg
4 Aachen	Heidelberg
5 Aachen	Münster
6 Aachen	Mainz
7 Bonn	Hamburg
8 Bonn	München
9 Bochum	Bonn
10 Bochum	Düsseldorf
11 Bochum	Erlangen
12 Bochum	Frankfurt
13 Bochum	Freiburg
14 Bochum	Gießen
15 Bochum	Göttingen
16 Bochum	Hannover
17 Bochum	Heidelberg
18 Bochum	Hamburg
19 Bochum	Lübeck
20 Bochum	Köln
21 Bochum	Kiel
22 Bochum	Mannheim
23 Bochum	Marburg
24 Bochum	Münster
25 Bochum	München
26 Bochum	München
27 Bochum	Mainz
28 Bochum	Regensburg
29 Bochum	Tübingen
30 Bochum	Ulm
31 Bochum	Würzburg
32 Berlin	Hamburg
33 Berlin	München
34 Berlin	München
35 Berlin	Regensburg
36 Düsseldorf	Aachen
37 Düsseldorf	Bonn
38 Düsseldorf	Göttingen
39 Düsseldorf	Münster
40 Düsseldorf	Tübingen
41 Essen	Bonn
42 Essen	Berlin
43 Essen	Düsseldorf
44 Essen	Gießen
45 Essen	Göttingen
46 Essen	Hannover
47 Essen	Heidelberg
48 Essen	Hamburg
49 Essen	Lübeck
50 Essen	Münster
51 Essen	Mainz
52 Essen	Ulm
53 Essen	Würzburg
54 Erlangen	Heidelberg
55 Erlangen	Mannheim
56 Frankfurt	Bonn
57 Frankfurt	Heidelberg
58 Frankfurt	Hamburg
59 Frankfurt	Lübeck
60 Frankfurt	Mainz
61 Freiburg	Würzburg
62 Gießen	Mainz
63 Hannover	Gießen
64 Hannover	Hamburg
65 Hannover	Münster
66 Heidelberg	Hamburg
67 Köln	Bonn
68 Köln	Freiburg
69 Kiel	Bonn
70 Kiel	Freiburg
71 Kiel	Heidelberg
72 Kiel	Münster
73 Kiel	München
74 Kiel	Mainz
75 Marburg	Münster
76 Marburg	Mainz
77 Münster	Hamburg
78 Saarbrücken	Bonn
79 Saarbrücken	Düsseldorf
80 Saarbrücken	Erlangen
81 Saarbrücken	Freiburg
82 Saarbrücken	Heidelberg
83 Saarbrücken	Köln
84 Saarbrücken	München
85 Saarbrücken	Regensburg
86 Saarbrücken	Tübingen
87 Saarbrücken	Ulm
88 Tübingen	Heidelberg
89 Ulm	Bonn
90 Ulm	Göttingen
91 Ulm	Hannover
92 Ulm	Heidelberg
93 Ulm	Hamburg
94 Ulm	Lübeck
95 Ulm	Marburg
96 Ulm	Münster
97 Ulm	Regensburg
98 Ulm	Würzburg

Zahnmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	München
2 Aachen	Regensburg
3 Aachen	Ulm
4 Aachen	Würzburg
5 Berlin	München
6 Berlin	Regensburg
7 Berlin	Ulm
8 Frankfurt	Bonn
9 Frankfurt	Göttingen
10 Frankfurt	München
11 Göttingen	Erlangen
12 Göttingen	München
13 Göttingen	Regensburg
14 Mainz	Erlangen
15 Mainz	München
16 Mainz	Regensburg
17 Regensburg	Würzburg

Pharmazie
Erstsemester

von	nach
1 Bonn	Freiburg
2 Berlin	Bonn
3 Berlin	Braunschweig
4 Berlin	Freiburg
5 Berlin	Heidelberg
6 Berlin	Hamburg
7 Berlin	Kiel
8 Berlin	Münster
9 Berlin	Mainz
10 Frankfurt	Bonn
11 Frankfurt	Düsseldorf
12 Frankfurt	Münster
13 Heidelberg	Bonn
14 Heidelberg	Düsseldorf
15 Regensburg	Bonn
16 Regensburg	Freiburg
17 Regensburg	Heidelberg
18 Regensburg	München
19 Regensburg	Mainz
20 Regensburg	Tübingen

Psychologie
Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	München
2 Bielefeld	Köln
3 Gießen	Braunschweig
4 Gießen	Berlin
5 Gießen	Erlangen
6 Gießen	Göttingen
7 Gießen	Hamburg
8 Gießen	München
9 Gießen	Würzburg
10 Kiel	Hamburg
11 Landau	Berlin
12 Landau	Berlin
13 Landau	München
14 Mannheim	Tübingen
15 Marburg	Erlangen
16 Marburg	München
17 Marburg	Regensburg
18 Münster	Freiburg
19 München	Freiburg
20 Mainz	Bonn
21 Regensburg	München
22 Trier	Freiburg
23 Trier	Heidelberg
24 Trier	Hamburg
25 Trier	Köln
26 Trier	Mannheim
27 Trier	Münster
28 Trier	München
29 Trier	Tübingen

Tiermedizin
Erstsemester

von	nach
1 Berlin	Gießen
2 Berlin	Hannover
3 Berlin	München

Biologie
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Berlin
2 Bielefeld	Münster
3 Bayreuth	Bonn
4 Bayreuth	Braunschweig
5 Bayreuth	Freiburg
6 Bayreuth	Göttingen
7 Bayreuth	Heidelberg
8 Bayreuth	Hamburg
9 Bayreuth	Köln
10 Bayreuth	Kiel
11 Bayreuth	Marburg
12 Düsseldorf	Bonn
13 Düsseldorf	Berlin
14 Düsseldorf	Köln
15 Frankfurt	Berlin
16 Frankfurt	Hamburg
17 Göttingen	Berlin
18 Kaiserslautern	Hannover
19 Kaiserslautern	Hamburg
20 Kaiserslautern	Kiel
21 Konstanz	Freiburg
22 Konstanz	Hamburg
23 Marburg	Berlin
24 Marburg	Darmstadt
25 Marburg	Heidelberg
26 Marburg	Hamburg
27 Marburg	Karlsruhe
28 Mainz	Berlin
29 Mainz	Hamburg
30 Oldenburg	Osnabrück
31 Regensburg	München
32 Regensburg	München
33 Tübingen	Freiburg
34 Würzburg	Freiburg
35 Würzburg	Heidelberg
36 Würzburg	Karlsruhe
37 Würzburg	München
38 Würzburg	Stuttgart

„Juso-Pakt mit Kommunisten empörend“

gba. Bonn

Als „empörend“ hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Hochschulgruppen mit Kommunisten und Grünen an deutschen Universitäten bezeichnet. Bei der Vorstellung einer vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) erstellten Analyse wies Geißler in Bonn darauf hin, daß die Hochschulgruppen der Jungsozialisten in der SPD derzeit an 28 wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mit Kommunisten oder Grünen in den Studentenvertretungen koalierten. Zu diesen „linken Zentren“ gehören danach die Universitäten in Bonn, in Münster und Göttingen.

„Radikale aufgewertet“

Geißler erklärte, durch die Zusammenarbeit der Juso-Hochschulgruppen, deren Mitglieder alle auch das SPD-Parteibuch hätten, sei die Mehrzahl der Universitäten jetzt in „linker Hand“. Die Jungsozialisten verhinderten „durch ihre Bündnispolitik das Zustandekommen von Studentenvertretungen mit demokratischen Mehrheiten an den Universitäten“. In der Praxis hätten sie den Abgrenzungsbeschluß der SPD, nach dem es keine „Aktionsgemeinschaften“ mit den Kommunisten geben dürfe, längst über Bord geworfen. „Stattdessen werten sie politisch radikale Gruppen auf und geraten inhaltlich immer mehr ins Schlepptau der Kommunisten und Grün-Alternativen“.

Der RCDS-Vorsitzende Christoph Brand bedauerte in der Pressekonferenz mit Geißler, daß die politische Entwicklung an den Universitäten in ihrer Wirkung oft unterschätzt würden. Die Öffentlichkeit nehme sie nicht hinreichend zur Kenntnis. Brand legte die RCDS-Untersuchung „Mit Kommunisten und Grünen in die neunziger Jahre ?“ vor, die auf das „linksradikale Bündnisgeflecht“ an unseren Universitäten aufmerksam machen soll. In dieser 70 Seiten starken Dokumentation wird darauf hingewiesen, daß die Bündnisse der sozialdemokratischen Hochschulgruppen mit Kommunisten und/oder Grün-Alternativen auch dort eingegangen würden, „wo rechnerisch Mehrheiten demokratischer Studentenverbände möglich wären“.

Die Dokumentation weist weiter darauf hin, daß es nirgendwo direkte Koalitonen von kommunistischen Gruppen wie MSB Spartakus, Sozialistischer Hochschulbund (SHB) gebe. Stets wirkten die Jungsozialisten als „Scharnier“ zwischen diesen beiden Gruppierungen. Nach Einschätzung des RCDS ist diese Entwicklung an den Hochschulen auch eine der Ursachen gewesen, aus denen in der gesamten SPD die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kommunisten und Grünen wachse.

Asylstreit in der Koalition verschärft. Baum erinnert Strauß an Kompromiß

WELT-Gespräch mit dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion / Appell an Kohl

DIETHART GOOS, Bonn

Mit deutlicher Verärgerung reagiert die FDP auf neue Versuche des CSU-Koalitionspartners, in der Asylfrage bisherige Kompromisse zu übergehen und weitergehende Vereinbarungen zu verlangen. In einem Gespräch mit der WELT sagte gestern der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Gerhart Baum: „Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Münchener CSU uns schon wieder neue Forderungen präsentiert.“

Der frühere Innenminister aus der sozial-liberalen Koalition bezog sich damit auf Erklärungen des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der sich am Dienstag energisch für eine Änderung des Asylartikels im Grundgesetz ausgesprochen hatte. Baum sprach gegenüber der WELT von einer „ernsten Belastung“ der Koalition und wandte sich entschieden gegen die Forderungen aus München. „Auch wenn Strauß seine Attacken auf den Asyl-Kompromiß der Koalition an der heißen Phase des bayerischen Landtagswahlkampfes orientiert, ist das für uns nicht länger akzeptabel.“

„Kanzler entscheidet“

Völlig unannehmbar ist für die Freien Demokraten nach den Worten von Baum die Vorstellung von Strauß, den Anspruch auf politisches Asyl aus dem Grundgesetz zu streichen und durch eine sogenannte institutionelle Garantie zu ersetzen. „Mit uns Freien Demokraten läuft keine Grundgesetzänderung und schon gar nicht eine solche fundamentale Kehrtwendung. Für uns ist der verfassungsrechtlich verbriefte Anspruch auf politisches Asyl unverzichtbar.“ Wie Baum der WELT erklärte, ist für seine Partei in der Asylfrage der Bundeskanzler ausschlaggebend. „Wir halten uns an die Zusicherung von Helmut Kohl, entsprechend der Koalitionsvereinbarung möglichst schnell praktische Maßnahmen zur Beschleunigung des Asylverfahrens zu erreichen. Außerdem sind sogenannte Nachfolgegründe, die der Asylbewerber erst während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik geltend macht, auszuschließen.“ Schließlich könnten solche Asylanten keine Aufnahme in der Bundesrepublik finden, die sich vor ihrer Einreise bereits drei Monate in einem anderen westlichen Nachbarland aufgehalten hätten.

Der Bonner Koalition muß es nach Darstellung von Gerhart Baum jetzt darum gehen, diese Koalitionsvereinbarung in praktische Politik umzusetzen. Dem Innenausschuß des Bundestages liege bereits seit einiger Zeit ein Entwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes vor, der jetzt nur aktualisiert werden müsse. Die bis zum Ende der Legislaturperiode noch zur Verfügung stehende Zeit werde ausreichen, um diese neue Praxis in Kraft zu setzen.

Vorbehalte haben Baum und seine politischen Freunde in der FDP weiterhin gegen Festlegungen einer Expertenrunde, die unter Vorsitz von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, die Koalitionsvereinbarung in Verfahrensvorschriften umsetzen sollte. Streitpunkt ist dabei die Aussage, daß sich das fünfjährige Arbeitsverbot für Asylbewerber um den gleichen Zeitraum verlängern soll, wenn ein erneuter Antrag gestellt wird. Dies ist für Baum eine unzumutbare Verschärfung. Dennoch habe sich, wie der innenpolitische FDP-Experte gestern der WELT mitteilte, Kanzleramtsminister Schäuble bei einem letzten Gespräch vor wenigen Tagen nicht mehr kompromißbereit gezeigt.

Sorge der Parteispitze

Die erneute Zuspitzung des Asylantenthemas wird in der FDP-Parteiführung mit Sorge und Unbehagen verfolgt. Einerseits wollen die Liberalen um Parteichef Martin Bangemann ihre Grundsatzpositionen nicht den CSU-Forderungen opfern. Andererseits ist der FDP mit Rücksicht auf das Ansehen der Bonner Koalition und im Hinblick auf die bevorstehende bayerische landtagswahl am 12. Oktober nicht daran gelegen, den Konflikt zu schüren. „Wir verzetteln uns immer mehr im Asylstreit und vergessen darüber das gemeinsame Ziel, bei der Landtagswahl in Bayern, der Bürgerschaftswahl in Hamburg und vor allem bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 für die Koalition die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.“ So bewertete gestern ein führender FDP-Politiker besorgt den Zustand im Bonner Bündnis.

Scheels Buch zum Schicksal Deutschlands

D. G. Bonn

Ein deutschlandpolitisches Glaubensbekenntnis als Alt-Bundespräsident hat Walter Scheel gestern in Bonn präsentiert. Der Rowohlt-Verlag aus Reinbek bei Hamburg stellte im Presseclub den Band „Wen schmerzt noch Deutschlands Teilung?“ vor. Selten habe eine Buchpremiere in der Bundeshauptstadt ein so großes Interesse gefunden, meinte Vizekanzler und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, den der Verlag zur Laudatio auf seinen Amtsvorgänger und Parteifreund gewinnen konnte.

Das schmale Buch des früheren FDP-Vorsitzenden, Außenministers und Bundespräsidenten bietet vom Stoff her keine neuen Erkenntnisse. Denn es enthält zwei Reden von Walter Scheel, die er am 17. Juni dieses Jahres sowie acht Jahre zuvor ebenfalls zum Tag der Deutschen Einheit im Plenarsaal des Bundestages gehalten hat.

Brecht zum 17. Juni

Ergänzt hat der Verlag diese beiden Manifestationen mit einer bitteren Zustandsbeschreibung von Bertolt Brecht zum 17. Juni 1953, einer Beschreibung des damaligen Arbeiteraufstandes sowie der Präambel des Grundgesetzes mit dem Wiedervereinigungsgebot und dem Text des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ mit den Zusatzvereinbarungen vom 21. Dezember 1972. Abgerundet wird der Dokumentarteil schließlich mit Auszügen aus dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag.

Hans-Dietrich Genscher, der gerade eben von der EG-Außenministerkonferenz in Brüssel nach Bonn zurückgekehrt war, sieht in dem Scheel-Buch für den Verlag kein finanzielles Wagnis. Denn die Aussagen des Alt-Bundespräsidenten zum 17. Juni und zur deutschen Frage hätten herausragende Bedeutung und würden großes Interesse finden. „Walter Scheel wirft den Deutschen einen Fehdehandschuh wider die Gedankenlosigkeit hin und will zum Nachdenken über das Schicksal unseres Volkes anregen. Für ihn war der Aufstand deutscher Arbeiter am 17. Juni 1953 gegen den Stalinismus Anlaß, die deutsche Geschichte zu beleuchten und Irrwege aufzuzeigen.“

Genscher machte sich zugleich die Gedanken des Alt-Bundespräsidenten zu eigen und fügte hinzu: „Wir werden nicht umhinkommen, Fakten zur Kenntnis zu nehmen.“ Der Bundesaußenminister ignorierte nicht die Tatsache, daß besonders Scheels Rede zum diesjährigen 17. Juni bei seinen Parteifreunden Irritationen und besonders in Kreisen der CDU/CSU Ablehnung hervorgerufen hatte. „Doch Kritik hat Walter Scheel noch nie irritiert.“

Nordelbiens Kirche steht erneut Ärger ins Haus

Kreis Stormarn will Militärseelsorge reformieren

GEORG BAUER, Hamburg

Die evangelisch-lutherische Kirche Nordelbiens stellt sich auf eine neue heftige Diskussion bei der kommenden Synode Ende September in Rendsburg ein. Auslöser der Debatte ist ein Antrag aus dem Kirchenkreis Stormarn vor den Toren Hamburgs. Auf Beschluß der Kirchenkreissynode soll sich die Kirchenleitung Nordelbiens unter Vorsitz von Bischof Ulrich Wilckens um eine Revision des Militärseelsorgevertrages bemühen.

Einer der Synodalen, der SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Schulz, begründete den Vorstoß mit der Gefahr der Indoktrination der Militärpfarrer. Gegenüber der WELT sprach Schulz von der „Gefahr der geistigen *Aufrüstung*“ *der Militärpfarrer* und unter Hinweis auf Äußerungen des Militärgeneraldekans Gramm von einer „eindeutigen Orientierung an der NATO-Doktrin“.

Gegen Beamtenstatus

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Bedenkt man, daß die Kirche den Gott des Friedens verkündet und die Pflicht zum Schutz des Lebens betont, so geht die Einvernehmlichkeit zwischen Staat und Kirche im Militärseelsorgevertrag einen entscheidenden Schritt über die erforderliche allgemeine Loyalität der Christen zu unserem Staat hinaus.“

In dem Antrag wird daher gefordet, den Militärpfarrern den Status eines Beamten zu nehmen. Weiterhin wird eine stärkere Einbindung der kasernierten Soldaten in die Pfarrgemeinden vor Ort angestrebt. Der Vorstoß zielt offenbar darauf ab, der Militärseelsorge die Grundlage für ihre Arbeit zu entziehen.

Die Synodalen aus dem linken Spektrum der Kirche Nordelbiens wenden sich auch gegen die „starke Einbindung der Militärseelsorge in die militärische Hierarchie“. Schulz sprach von den fehlenden „synodalen Elementen der Militärseelsorge“.

Heftige Debatten erwartet

Die Kirchenleitung hat sich angesichts der Rechtslage – nur die EKD kann den 1957 mit der Bundesregierung abgeschlossenen Vertrag über den Weg einer Änderung ihrer Grundordnung widerrufen – gegen die Revision des Vertrages ausgesprochen. In einem Beschluß des Antrags heißt es: „Der Militärseelsorgevertrag ist in seiner Rechtsstruktur nicht revisionsbedürftig.“ Auch sichere er die Unabhängigkeit der Militärseelsorge als Dienst der Kirche. Allerdings sei zu prüfen, ob der Spielraum in der Militärseelsorge ausgeschöpft werde. Auch hier wird die Frage einer engeren Kooperation der Militärpfarrer mit den Gemeinden angesprochen.

Beobachter der Situation in Nordelbien rechnen bei der kommenden Synode vor allem mit kräftigen Debattenbeiträgen der attackierten Militärpfarrer. So hat in der Vergangenheit der Militärdekan in Kiel, Helge Adolphsen, klargestellt, daß die Militärseelsorge nicht ein Instrument der militärischen Führung sei.

Strauß-Kritik an Höffner

DW. Freising

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, die Kompetenz zur Beurteilung kerntechnischer Probleme abgesprochen. Theologische Ausbildung und moralischer Ernst genügten nicht, um komplizierte naturwissenschaftliche und technische Fragen zu lösen, meinte Strauß bei einer CSU-Wahlveranstaltung in Freising zu der jüngsten Absage des Kardinals an die Kernkraft.

Wenn eine hohe kirchliche Autorität von einer totalen Sicherheit spreche, werde von der modernsten Technik eine Leistung verlangt, die sie nicht erbringen könne, sagte Strauß. Der Vatikan hat bisher weder ein klares Ja noch ein Nein zur Kernkraft gesagt. Es gibt bisher kein Dokument, in dem ausdrücklich zum friedlichen Gebrauch von Kernenergie Stellung bezogen wird. Vatikan-Staatssekretär Casaroli hatte jüngst angekündigt, daß sich die Päpstliche Akademie mit diesem Themen auseinandersetzen werde.

Rau bekennt sich zur Nationalkultur

dpa, Bonn

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau *sieht die Frage der deutschen* Nation durch die staatliche Teilung nicht als erledigt an. Solange beide Staaten aber unterschiedlichen Bündnissen angehörten, sei die staatliche Einheit ausgeschlossen, sagte er bei einem Gespräch mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bonn. Es bleibe aber offen, ob und in welcher Form die Deutschen in einer europäischen Friedensordnung zu „institutioneller Gemeinschaft“ fänden.

In einem gemeinsamen Kommunique hieß es, es bestehe Übereinstimmung darin, daß die Pflege des Kulturerbes der Ost- und Sudetendeutschen und der Deutschen aus Siedlungsgebieten aus Ost- und Südosteuropa als Bestandteil der deutschen Nationalkultur weiterhin nach Kräften gefördert werden solle. Die SPD und die Vertriebenenführung unter ihrem Präsidenten, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja, vereinbarten, ihren Gedankenaustausch fortzusetzen.

„Lehrerbedarf steigt wieder von 1991 an“

dpa, Bonn

Wissenschaftler und Bildungsplaner *haben auf einer Veranstaltung der* Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die These unterstrichen, daß die Länder trotz rückläufiger Schülerzahlen ab 1991 jährlich wieder 17 000 Lehrer neu einstellen müssen, um Ersatz für pensionierte Pädagogen zu schaffen. Dieser Bedarf werde sich kaum mit frisch ausgebildeten Hochschulabsolventen decken lassen. Vielmehr seien erhebliche Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen erforderlich, um aus dem Kreis der heute 80 000 arbeitslosen Lehrer geeignete Kräfte zu gewinnen.

Der Essener Wissenschaftler Klemm warf dem Bildungsministerium in Bonn und dem baden-württembergischen Kultusministerium „unfairen Umgang mit Zahlen und Fakten“ vor. Es werde unterschlagen, daß es sich bei den derzeitigen Einstellungen zu großen Teilen nur um befristete oder reduzierte Teilzeitverträge und nicht um die Besetzung von vollen Lehrerstellen handelt.

Vor der Wahl spürt Bayern noch die Gotteslästerer auf

ULRICH REITZ, Bonn

Die bayerische Landesregierung will den Gotteslästerern den Mund verschließen. Spätestens seit dem Achternbusch-Film „Das Gespenst“ ist für den katholischen Süden der Bundesrepublik die Reizschwelle überschritten. Und so wird sich der Bundesrat am 26. dieses Monats, gut zwei Wochen vor der Landtagswahl in Bayern, mit einer Initiative auseinandersetzen müssen, die den alten Paragraphen 166 des Strafgesetzbuches wieder einführen will.

1969 hatte der damalige Justizminister Heinemann (SPD) eine Novelle durchgesetzt, die den 166 StGB so entschärfte, daß Verurteilungen kaum noch möglich sind. Strafbar ist die Verunglimpfung eines weltanschaulichen Bekenntnisses nur noch dann, wenn sie den „öffentlichen Frieden“ stört. Genau diese Klausel – eine „absurde Schwelle im geltenden Recht“, so das bayerische Justizministerium – wollen die Bayern via Bundesrat wieder abschaffen.

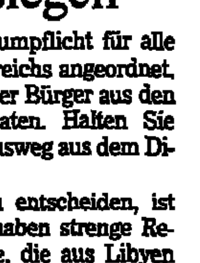
Proteste, wie es sie etwa gegen den umstrittenen Achternbusch-Streifen gab, reichen nicht aus für eine Bestrafung des Autoren. Eine „öffentliche Friedensstörung“ bedeutet, daß „man erst eine Schlägerei anfangen muß, bevor ein Protest gehört wird“, so Bernhard Knittel vom Justizministerium in München. Trotzdem – „Wir wollen keine Lex Achternbusch“, so die Bayern, auch „keine Lex katholische Kirche“, die bei CSU-Abgeordneten interveniert hat.

In CDU-regierten Ländern gibt man der bayerischen Initiative keine Chance. „Ein publizistischer Effekt für besonders Gläubige im Wahlkampf“ sei die Absicht aus München, verlautet aus Baden-Württemberg. Und man ist genauso gelassen wie in Rheinland-Pfalz: Beraten wird vor der bayerischen Wahl am 12. Oktober, entschieden danach ...

WELT-exclusiv: Interview mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher

Kernenergie – unentbehrlich für moderne Gesellschaften

Terrorismus: Wir sind absolut entschlossen, ihn zu besiegen



WELT: Die jüngsten Mordanschläge in Paris, Karatschi und Istanbul haben der Weltöffentlichkeit noch einmal massiv die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus vor Augen geführt. Sie haben damit Ihre eigenen Erfahrungen. Sehen Sie eine realistische Möglichkeit, diesen Wahnsinn zu stoppen?

Thatcher: Wir sind absolut entschlossen, uns zu wehren und den internationalen Terrorismus zu besiegen. Unsere Politik bestand immer darin, eine feste Haltung einzunehmen und keine Konzessionen zu machen. *Wenn Geiseln betroffen sind,* versuchen wir, den Fall ohne Verluste an Menschenleben zu lösen, aber auch ohne Nachgeben gegenüber terroristischen Forderungen, weil die Bedrohung sonst nur noch wachsen würde.

Weil der Terrorismus selbst *auf* Grenzen keine Rücksicht nimmt, ist internationale Zusammenarbeit bei seiner Bekämpfung lebensnotwendig. Großbritannien hat sich an diesem Prozeß voll beteiligt. Wir konsultieren und arbeiten mit unseren Partnern in Europa zusammen, *mit den* Teilnehmerstaaten der Weltwirtschaftsgipfel, im Europarat und in allen internationalen Organisationen, in denen der Terrorismus zur Debatte steht. Wir haben unter den zwölf EG-Partnern und sieben Teilnehmern des Weltwirtschaftsgipfels Maßnahmen beschlossen, die eine gute Grundlage für alle Staaten bilden, um effektiv gegen den staatlich geförderten Terrorismus vorzugehen.

Die Zusammenarbeit unter den Europäern ist gut, aber wir geben uns damit nicht zufrieden. Unter unserer Präsidentschaft wird intensiv an dem Problem gearbeitet, in engem Kontakt mit der Polizei und den Regierungen der anderen beteiligten europäischen Länder. Unser Innenminister wird seine Amtskollegen aus den anderen EG-Staaten am 25. September treffen, um mit ihnen darüber zu beraten, was noch geschehen kann, um die schon bestehende enge Kooperation zu verbessern.

WELT: Premierminister Chirac hat soeben eine Visumpflicht für alle Besucher Frankreichs angeordnet, mit Ausnahme der Bürger aus den anderen EG-Staaten. Halten Sie dies für einen Ausweg aus dem Dilemma?

Thatcher: Dies zu entscheiden, ist seine Sache. Wir haben strenge Restriktionen für alle, die aus Libyen *nach Großbritannien kommen,* seit wir die terroristischen Attacken auf unseren eigenen Straßen erlebt haben. Das heißt, wir haben ähnliche Maßnahmen ergriffen, als wir uns dem Terrorismus direkt ausgesetzt sahen. Wir bezogen das unmittelbar *auf das* Land, von dem die Aktion ausging. Sonst verlangen wir nur gezielt Visa, wenn Leute aus bestimmten Ländern bei uns einströmen und wir den Strom anders nicht bewältigen können.

WELT: Was im Augenblick in Frankreich passiert, ist praktisch ein Krieg. Sehen Sie das auch so?

Thatcher: Was in den letzten Tagen an verschiedenen Orten geschehen ist, ist außerordentlich bitter. Und es sieht so aus, als sei es sehr gut organisiert.

WELT: Von wem?

Thatcher: Es gibt viele, viele Terroristengruppen. Ich glaube, sie arbeiten zusammen, geben sich gegenseitig Unterstützung.

WELT: Arbeiten nach Ihrer Ansicht beispielsweise die irischen Untergrundkämpfer mit palästinensischen Guerillas zusammen?

Thatcher: Ich habe den Eindruck, eine Gruppe kooperiert mit der anderen. Wir bemühen uns, alle Quellen von Sprengstoffen sehr sorgfältig zu beobachten. Aber ich fürchte, es ist sehr leicht, sich hausgemachte Sprengstoffe zu beschaffen oder sie selbst herzustellen. Das ist ein Problem, und wir müssen da maximal zusammenarbeiten. Von Zeit zu Zeit meinen wir, daß wir wirklich schon maximal kooperieren. Aber von Zeit zu Zeit müssen wir unsere Vereinbarungen *auch überprüfen, um festzustellen,* ob nicht noch irgend etwas fehlt, ob irgendwo etwas versäumt wird.

Sanktionen: Sehe keinen Beweis für Wirksamkeit gegen Apartheid

WELT: In Brüssel haben sich die EG-Außenminister über Sanktionen gegen Südafrika geeinigt. Wie werden jetzt die nächsten Schritte *der britischen EG-Präsidentschaft* aussehen? Ist es nicht notwendig, politische Maßnahmen zur Erreichung politischer Ziele zu beschließen? Mit anderen Worten: Ist es nicht wichtiger, zu helfen als zu bestrafen?

Thatcher: Dies ist exakt das, worum wir uns bemühen. Wir haben immer gesagt, daß *Sanktionen* die Apartheid nicht beenden werden; sie dienen nicht dem Zweck. Militärische Sanktionen sind verhängt worden, weil man keine Waffen an eine Regierung liefert, von der man meint, daß sie einen Teil ihres Volkes unterdrückt. Aber abgesehen davon scheint es mir, wir benutzen Sanktionen als Signale der Mißbilligung des Apartheid-Systems. Und ich sehe keinerlei Beweis dafür, daß Sanktionen jemals ein Ende der Apartheid werden bewirken können.

Wir *haben immer den* Standpunkt vertreten, daß wir Hilfe leisten sollten. Deshalb habe ich Präsident Botha, als er vor einigen Jahren nach Europa kam, getroffen und mit ihm über das südliche Afrika als Ganzes und über die Probleme gesprochen, wie *wir sie sehen. Seitdem* hat er einiges getan – allerdings nicht genug. Aber ich stimme Ihnen zu: Man muß sich konstruktiv verhalten. Denn am Ende muß es irgendeine Art von Verhandlungen geben zwischen der gegenwärtigen Regierung von Südafrika *und den schwarzen* Südafrikanern, die derzeit an der Regierung ihres Landes keinen Anteil haben.

Dies ist der Brennpunkt, auf den man sich konzentrieren muß: Wie können Verhandlungen herbeigeführt werden? Und dafür müssen wir ganz klar machen, daß wir helfen wollen, solche Verhandlungen auf den Weg *zu bringen, statt nur zuzuschlagen.* Denn wenn wir nur zuschlagen, erschweren wir die Dinge, von denen ich glaube, daß auch die weißen Südafrikaner wissen, daß sie getan werden müssen.

Wir haben besondere Gelder für Bildungszwecke in Südafrika und ebenso für den Bau von Straßen bereitgestellt, damit die Frontlinienstaaten *nicht mehr ganz so abhängig* bleiben von Straßen und Verkehrswegen durch Südafrika, über die Waren herein- und hinausgelangen.

WELT: Aber sie sind immer noch davon abhängig.

Thatcher: Ja, das stimmt.

WELT: *Und das schafft Probleme* bei Sanktionen.

Thatcher: Richtig. Und ich denke, je mehr man sich mit den möglichen Folgen von Sanktionen beschäftigt und je mehr man denkbare Vergeltungsmaßnahmen ins Auge faßt, de*sto* weniger wird man bereit sein, Sanktionen zu verhängen.

WELT: Sehen Sie eine Chance, daß Europäer, Amerikaner und Japaner gemeinsam vorgehen?

Thatcher: Die Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten haben im Juni in *Den Haag* beschlossen, daß sie ihre wichtigsten westlichen Partner wegen künftiger Maßnahmen im Zusammenhang mit Südafrika konsultieren werden. Wir haben seitdem intensive Konsultationen gehabt, und wir stimmen alle überein, daß eine *Konzertierung im Interesse eines* maximalen Effekts wünschenswert ist. Doch die Verhältnisse sind unterschiedlich und eine präzise Übereinstimmung der Maßnahmen ist nicht möglich.

WELT: Beurteilen Sie die Zukunft Südafrikas auf längere Sicht optimistisch oder pessimistisch?

Thatcher: Auf längere Sicht mögen die Probleme gelöst werden – und sie werden gelöst werden. Was man versuchen muß ist, sie durch Verhandlungen zu lösen und Gewalt zu verdammen. Doch wenn man Gewalt *verdammt, dann muß man* akzeptieren, daß etwas geschehen muß, um Verhandlungen herbeizuführen. Und wenn es berechtigte Klagen gibt, dann muß man den Gründen für diese Klagen nachgehen. Darum bemühen wir uns. Und wenn das eine Anzahl von uns gemeinsam tun, ist das besser, als wenn wir es einzeln tun.



Margaret Thatcher gibt nur sehr selten Zeitungsinterviews. Manche warten seit *vielen Jahren auf* einen Termin. Londoner Korrespondenten ausländischer Zeitungen werden dafür grundsätzlich nicht zugelassen. Die WELT erhielt jetzt schon zum zweiten Mal innerhalb von *zwei* Jahren die Chance, der Premierministerin Fragen zu stellen. Die Regierungschefin legte besonderen Wert dar*auf, statt schriftlicher* Erwiderungen („die sind seelenlos") persönlich zu antworten.

USA – Europa: Wichtig ist die gemeinsame Sprache

WELT: Das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wird zumindest in den Köpfen junger Leute hier und auf der anderen Seite des Atlantik problematisch. Was können die Europäer tun, um *einer Spaltung* zwischen Amerika und Europa entgegenzuwirken?

Thatcher: Wir dürfen die Probleme innerhalb der amerikanisch-europäischen Allianz nicht übertreiben. Westeuropa und Amerika werden *nicht auseinanderfallen, denn* wir sind einer gemeinsamen Sache verpflichtet: der Verteidigung der Freiheit und Demokratie gegen die Bedrohung durch die kommunistische Tyrannei. Ein stärkeres, enger zusammenrückendes Europa kann für die weitergespannten westlichen Interessen nur von Vorteil sein, und unsere jungen Leute wissen das. Vergessen Sie alles Gerede über eine Spaltung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Das schadet uns nur selbst und spielt unseren Gegnern in die Hände.

WELT: Kann aber außer politischen und psychologischen Gründen nicht auch wachsende wirtschaftliche Konkurrenz Europäer und Amerikaner auseinanderbringen?

Thatcher: Wirtschaftliche Konkurrenz ist die Quelle unseres Wohl*stands. Sie kann* so akut werden, daß Handelskämpfe ausbrechen. Doch wir schalten das aus: Schauen Sie nur auf die Art und Weise, in der die Europäische Gemeinschaft und die USA kürzlich ihre Differenzen über Stahlimporte beigelegt haben. Oder *schauen Sie auf die kürzlich erreichte* Einigung über den transatlantischen Luftverkehr. Wir werden weiter eng zusammenarbeiten, wie wir das vierzig Jahre lang getan haben.

In den letzten Jahren haben wir besondere Betonung auf eine Kooperation bei der Bewaffnung gelegt, um Doppelarbeit zu vermeiden und den steigenden Kosten zu begegnen. Dabei hatten wir auch bemerkenswerte Erfolge, zum Beispiel beim NATO-Fregattenprojekt. Die Allianz braucht eine starke europäische Verteidigungsindustrie, und es würde niemandem nutzen, wenn hier ein ame*rikanisches Monopol* entstünde. Die amerikanische Regierung hat die Notwendigkeit, gelegentlichen protektionistischen Tendenzen im Kongreß entgegenzuwirken, klar erkannt.

WELT: Gibt es immer noch besondere Beziehungen (special rela*tions*) zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien? Oder ist das angesichts der wachsenden politischen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gar nicht mehr möglich?

Thatcher: Wir haben in der Tat eine wachsende politische Zusammenarbeit unter den europäischen Partnern und, wie ich hoffe, zwischen den Vereinigten Staaten und Europa als Ganzem. Und es gibt ganz sicher eine besondere Freundschaft: Wir sprechen die gleiche Sprache, haben im wesentlichen die gleichen Ursprünge, und wir können die Geschichte nicht verleugnen. Wichtiger als alles andere ist die gemeinsame Sprache. Sie macht es sehr leicht, zu verhandeln, miteinander zu reden, einander zu verstehen – und auch interviewt zu werden, so daß jeder verstehen kann, was man sagt. Das ist schon ein Unterschied zu anderen.

> ***„Es geht darum, die Völker in Europa durch die Arbeit als Gemeinschaft zusammenzubringen, um konkrete Ziele zu erreichen, die niemand von uns allein erreichen könnte."***

Meine Güte, ich wollte, wir *hätten* eine gemeinsame Sprache in Europa, und ich wünschte, das wäre Englisch.

WELT: Die meisten Menschen sprechen ja Englisch in Europa, besonders in Deutschland.

Thatcher: Ja, das tun sie. Aber sehen Sie, es ist sehr einfach, in den Vereinigten Staaten interviewt zu werden. Sie *machen fünf oder sechs* Fernsehinterviews am Morgen, und jeder versteht, was Sie sagen. Dies ist ein besonderes Faktum, und es trägt zu unseren besonderen Beziehungen bei.

Ich glaube, zu meiner Zeit hat sich eine besondere Beziehung zu Präsident Reagan entwickelt: Wir denken sehr ähnlich, wir haben gleiche Ziele, *wir arbeiten sehr eng zusammen* – wie auch mit Bundeskanzler Kohl. Es ist lebenswichtig für die Zukunft der Freiheit in der Welt, daß die Vereinigten Staaten und Europa absolut zusammenstehen. Und ich betrachte den Atlantik als das Zentrum der freien Welt, *mit Europa auf der einen und* Amerika auf der anderen Seite.

WELT: Europa also als ein Teil der atlantischen Gemeinschaft?

Thatcher: Ja, das ist richtig. Das ist wirklich der Mittelpunkt der Freiheit und des Rechts. Und ich möchte hinzufügen: Bundeskanzler Kohl und ich haben die gleichen Überzeugungen. Deshalb arbeiten wir besonders intensiv zusammen und haben sehr enge Beziehungen.

WELT: Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Eckstein der Europäischen Gemeinschaft. Halten Sie die Partnerschaft zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik für stark genug, um dies im Interesse des *Gleichgewichts innerhalb* der Gemeinschaft auszubalancieren?

Thatcher: Die Gemeinschaft wäre gefährdet, wenn es schlechte Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten gäbe. Es ist sinnlos, Beziehungen innerhalb Europas unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz zu sehen. Die britischen Beziehungen sowohl mit Frankreich *als auch* mit Deutschland sind ausgezeichnet, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft.

WELT: Ist eine Europäische Union oder – anders ausgedrückt – ein enger zusammengeschlossenes Europa *ein realistisches Ziel für Sie?* Und was sind Ihre konkreten Ziele für die Zeit der britischen Präsidentschaft?

Thatcher: Ein enger zusammengeschlossenes Europa ist sicher ein realistisches Ziel, aber keine Union im Sinne *einer* Föderation. Ich glaube nicht, daß heute irgend jemand in den Begriffen einer Föderation denkt. Es geht darum, die Völker in Europa durch die Arbeit als Gemeinschaft zusammenzubringen, um konkrete Ziele zu erreichen, die niemand von uns allein erreichen könnte. Darum ist die Vollendung des Binnenmarktes so wichtig. Sie wird für Wohlstand und neue Arbeitsplätze sorgen. Wir müssen dem Mann auf der Straße zeigen, daß die Gemeinschaft arbeitet und daß sie für ihn arbeitet.

Die *Ziele* unserer *Präsidentschaft* sind also tatsächlich konkret. Wir su*chen Wege, um die Bedingungen für* eine wachsende Beschäftigung zu verbessern, um die Einschränkungen für Geschäftsleute zu beseitigen, freie Kapitalbewegungen zu ermöglichen und interne Barrieren zu beseitigen, um einen wirklich gemeinsamen *Markt zu schaffen. Wir drängen auf* eine Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik, um die Überschüsse zu reduzieren, die nicht nur teuer sind und die Dritte Welt schädigen, sondern die auch den ineffektivsten Weg zur Hilfe für die Bauern darstellen.

WELT: *Trotz Ihrer* Europapolitik scheint Europa in Großbritannien immer noch recht unpopulär zu sein. Wann wird sich das ändern?

Thatcher: Sie können die Geographie ebensowenig leugnen wie die Geschichte. Und wenn heute jemand vorschlagen würde, Großbritannien solle die Europäische Gemeinschaft verlassen, so würde er wenig Unterstützung erhalten. Denn wir akzeptieren, daß wir ein Teil der Gemeinschaft sind und daß die Europäische Gemeinschaft eine enorme Rolle in der Welt zu spielen hat.

Ost – West: Keine Konzession ohne Konzession der Gegenseite

WELT: Sie waren der erste führende westliche Politiker, der mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow zusammentraf. Ihr erster Eindruck war ziemlich positiv. Wie beurteilen Sie die Politik und die Position Gorbatschows heute?

Thatcher: Ich habe seinerzeit gesagt: Dies ist ein Mann, mit dem man reden kann, und so sehe ich das heute noch. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir die Weltprobleme in ähnlicher Weise sehen. Aber *ich bin fest überzeugt,* daß der einzige Weg zur Verbesse*rung der Ost-West-Beziehungen* in einem umfassenderen Dialog besteht. Und ich denke, daß wir, obwohl wir in völlig verschiedenen Systemen leben und an völlig verschiedene Dinge glauben, auch einiges *gemeinsam* haben: Es zahlt sich sowohl für die Sowjets und die anderen Osteuropäer als auch für die Staaten der freien Welt aus, nicht miteinander in einen bewaffneten Konflikt zu geraten. Sicherheit beruht auf Gleichgewicht, aber es nutzt uns beiden, wenn dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren *statt auf* einem höheren Niveau existiert. Wir haben tatsächlich einige gemeinsame Interessen. Aber es ist notwendig, daß keine Konzessionen gemacht werden, ohne daß es auch Konzessionen der anderen *Seite* gibt. All dies berücksichtigt, liegt es im *Interesse unerer* Völker, *mehr* Kontakte und mehr Handel zu haben, wobei wir nichts verkaufen sollten, was gegen uns benutzt werden könnte. Darum geht es nicht nur um Rüstungskontrollbeziehungen, sondern um mehr Kontakte zwischen den *Völkern. Ich habe keine Furcht* davor, sondern ich wünsche mehr Kontakte.

WELT: Gorbatschow ist ein neuer Typ des Sowjetführers.

Thatcher: Ja, das ist er.

WELT: Meinen Sie, daß es leichter ist, mit einem solchen Typ zu kooperieren, oder eher gefährlicher?

Thatcher: *Es ist anders. Natürlich* sind die fundamentalen Probleme unverändert. Es handelt sich um Kommunismus, der den einzelnen dem System unterwirft und der gegen die freie Welt gerichtet ist. Das bringt enorme Schwierigkeiten mit sich. Aber wir *haben es hier mit einer* Persönlichkeit zu tun, die die Probleme und die internationalen Beziehungen in anderer Weise angeht, als dies früher der Fall war, und die sich darüber im klaren ist, daß die Sowjetunion wirtschaftlich wesentlich erfolgreicher sein könnte.

WELT: Würden Sie gern in die Sowjetunion reisen, um wieder mit Gorbatschow zusammenzutreffen?

Thatcher: Ich war mehr als einmal in der Sowjetunion, und wenn ich denke, daß es hilfreich wäre, würde ich natürlich wieder dort hinreisen. Ich habe das Gorbatschow wissen lassen. Aber ein solcher Besuch muß einen Sinn haben. Man muß das Gefühl haben, damit einen Beitrag zu leisten, um die *Dinge etwas voranzubringen.*

WELT: Meinen Sie, daß die Bezie*hungen zwischen dem* Westen und Polen nach der Freilassung fast aller politischen Gefangenen jetzt wieder normalisiert werden können?

Thatcher: Was nennen Sie Normalisierung? Soll das Polen in eine ähnliche Lage bringen *wie die anderen* Satellitenstaaten? Sehen Sie, es ist *eine Tatsache:* Polen ist anders. Polen hat eine einzigartige Geschichte. Jeder der Satellitenstaaten hat seine eigene Geschichte, seine eigene Kultur, seine eigenen Charakteristiken. Die Tschechoslowakei zum Beispiel, Ungarn, Ostdeutschland, Bulgarien. Und man muß sich sehr genau der Tatsache bewußt sein, daß sie keine Option haben außer der Mitgliedschaft im sozialistischen System. Ihnen ist keine Option darüber hinaus erlaubt. Aber innerhalb des sowjetischen Systems hat jeder seinen natio*nalen Stolz,* seinen eigenen Patriotismus. Und jeder möchte seine Individualität als Nation zeigen.

WELT: In der Bundesrepublik sehen wir uns gegenwärtig einem wachsenden Zustrom von Asylbewerbern gegenüber. Meinen Sie, daß ein demokratischer Staat die Last von hunderttausenden von Flüchtlingen tragen muß?

Thatcher: Demokratische Staaten wie Großbritannien und Deutschland haben immer Menschen aufgenommen, die begründete Furcht vor Verfolgung in ihren Heimatländern haben. In bezug auf den gegenwärtigen *Zustrom* gibt es jedoch Zweifel darüber, wieviele er Einreisenden wirklich begründete Furcht vor Verfolgung haben müssen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten spielen eine Rolle.

Ja, wir sehen Ihr Asylantenproblem mit Mitgefühl und haben als *Präsidentschaft der Europäischen* Gemeinschaft im Namen der Zwölf der Sowjetunion und der DDR unsere Besorgnis übermittelt. Wir fordern, daß der internationalen Praxis gefolgt wird und Transitvisa nur an jene gegeben werden, die über rechtskräftige *Dokumente* für ihren endgültigen Bestimmungsort verfügen.

Atomenergie: Eine Quelle mit erschwinglichen Preisen

WELT: Meinen Sie, daß die friedliche Nutzung der Atomenergie nach den Erfahrungen von Tschernobyl eingeschränkt oder *sogar gestoppt* werden sollte? Oder ist Kernener*gie* unentbehrlich für eine moderne industrielle Gesellschaft?

Thatcher: *Es ist zwingend für unsere* Wirtschaft, daß die Kernenergie weiterhin eine Hauptquelle der Energiezufuhr bleibt. Ohne sie würde unsere Wirtschaft einfach nicht mehr wachsen. Hier im Westen hat sich die Kernenergie schon erwiesenermaßen als Lieferant der billigsten Elektrizität bewährt. Sie bewahrt uns vor Krisen der Energiezufuhr, die unsere Wirtschaft in den siebziger Jahren so verheert haben. Und dies alles mit einem ausgezeichneten Sicherheitsstandard.

Blicken wir in die Zukunft, so kann die Bedeutung der Kernenergie nur noch wachsen. Eine wachsende Weltbevölkerung fällt zusammen mit schwindenden Reserven an fossilen Brennstoffen. Und es ist ausgeschlossen, daß die Bedürfnisse in den kommenden Jahrzehnten ohne einen sub*stantiellen* Beitrag der Kernenergie erfüllt werden können. Sie ist nicht nur unentbehrlich für unsere modernen Gesellschaften, sondern – als Energiequelle mit erschwinglichen Preisen für eine weitere Entwicklung – auch für die ärmeren Nationen in der Dritten Welt.

Natürlich muß die internationale Gemeinschaft sicherstellen, daß die höchsten Sicherheitsstandard im atomaren Bereich aufrechterhalten werden. Die Nuklearindustrie unter*nimmt weltweit jede Bemühung,* um zu verhindern, daß sich Fehler, wie sie in der Sowjetunion in Tschernobyl gemacht worden sind, wiederholen können. Und die Internationale Atomenergieagentur prüft gegenwärtig Vorschläge für neue Arbeiten an der nuklearen Sicherheit und sucht Wege, um die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verbessern.

WELT: *Ist Kernenergie nicht auch* viel sauberer als beispielsweise Energie aus Kohlekraftwerken?

Thatcher: Ja, sie ist viel sauberer.

WELT: *Ist es da nicht seltsam,* daß viele Befürworter des Umweltschutzes gleichzeitig die Kernenergie ablehnen?

Thatcher: Ja, *das ist geradezu* absurd. Denn diese Leute gehen nach Hause und erwarten eine gut funktionierende Zentralheizung, eine ausreichende Energieversorgung, um die Industrie in Gang zu halten und ihren Lebensstandard zu sichern. Aber es gibt keine andere Möglichkeit für die Welt, genug Energie zu erzeugen, ohne daß dabei die Kernenergie eine wesentliche Rolle spielt. Natürlich hat das Sicherheitsproblem überragende Bedeutung. Man kann in einer modernen Gesellschaft nicht alles ablehnen, das einem den Lebensstandard sichert, dessen man sich erfreut. Darum glaube ich, daß die Kernenergie auch künftig einen wesentlichen Teil unserer Energieversorgung darstellen wird.

WELT: Gilt das nur für zehn oder zwanzig Jahre oder für eine lange Zeit?

Thatcher: Ich denke, für eine lange Zeit.



Heiterkeit in der Gesprächspause: Premierministerin Margaret Thatcher mit WELT-Korrespondent Bernt Conrad FOTOS: HANS HÖFT

Das andere Bild der „Eisernen Lady"

Wer glaubt, Margaret Thatcher sei angeschlagen und nach den Mißerfolgen ihrer Partei in den letzten Monaten von Selbstzweifeln geplagt, wird im Gespräch mit der *Premierministerin schnell* eines Besseren belehrt. Diese Frau steht *unbeirrbar* ihren Mann – gelassen, kämpferisch, siegessicher. Das ist das beeindruckendste Resultat des Interviews, das die „Eiserne Lady" der WELT in der britischen Botschafterresidenz in Bonn zwischen zwei Begegnungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl gewährt hat.

Auf die Frage von Bernt Conrad, ob sie angesichts ihrer gegenwärtigen internen Probleme überhaupt realistische Chancen *für einen* Erfolg bei der nächsten Parlamentswahl sehe, *erwidert sie mit fast* heiterer Unbekümmertheit: „Natürlich, denn wir haben eine klare Richtung für einen klaren Weg nach vorn. Wir packen die Probleme an, um die es geht. Wir treiben keine Rhetorik, sondern wir machen Politik. Und diese Politik bewährt sich."

Das klingt schon beinahe wie eine Wahlrede. Aber es ist die nüchterne Aussage einer Politikerin, die nicht den geringsten Zweifel daran hat, daß die Wähler im entscheidenen Augenblick die heute noch vielfach geschmähten Leistungen der Kon*servativen honorieren werden.* Auch die hohe Arbeitslosigkeit glaubt sie am Ende in den Griff zu bekommen, „mit Initiative und Unternehmungsgeist". Dazu ihr bissiger Kommentar: „Eine sozialistische Regierung hätte niemals eine Chance, diesem Problem beizukommen."

Aber warum schlägt sich die ungebrochene Erfolgssicherheit der Premierministerin nicht schon heute in den Reaktionen der britischen Öffentlichkeit nieder? Die hartgesottene Praktikerin *winkt* lächelnd ab: „Weil es heute nicht um die Wahl einer neuen Regierung geht. Darum geht es nur bei einer allgemeinen Wahl." Wann es dazu kommen wird, läßt sie offen: „Spätestens im Juni 1988."

Kein Zweifel – die Haltung dieser Frau ist von metallener Festigkeit. Doch der Humor, mit dem sie immer wieder das Gespräch würzt, ihr freundlicher, manchmal sogar herzlicher Umgangston, ihre bei aller Entschiedenheit weibliche Art entsprechen gar nicht dem Bild der "Eisernen Lady", wie es sich die Öffentlichkeit von ihr macht. Empfin*det sich Margaret Thatcher* nach all ihren Erfahrungen eigentlich selbst als „Eiserne Lady"?

Die Antwort kommt bedachtsam: „*Kämpfen* Sie *sich* Ihren Weg voran mit einem klaren Sinn für die Richtung und einem klaren Zweck, dann müssen Sie standhaft sein und die Menschen müssen sehen, daß Sie standhaft sind. Ob man das eine Eiserne Lady nennt oder nicht, weiß ich nicht. Ich glaube, es sind Standfestigkeit und eine klare Führung, die zählen." Frau Thatcher erinnert sich an einen Satz, den sie schon *1975* geschrieben hat: „Regierungen können nicht jeden zufriedenstellen, aber *sie können sich darum* bemühen, fair zu sein gegenüber allen Bürgern. Und das versuche ich tatsächlich zu tun. Fairneß, gesunder Menschenverstand und der Mut, die schwierigen Probleme anzupacken. Darum geht es mir." – Ein einfaches Erfolgsrezept.



F-501 Nikon AF

Die Kamera des Jahres 1986 in Europa.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa", gewählt von Fachjournalisten aus neun Ländern, heißt Nikon F-501.

Sie macht das Fotografieren fast so einfach wie das Sehen.

Denn alles, was beim Fotografieren Routine ist, stellt die F-501 automatisch richtig ein.

Zum Beispiel die Schärfe.

Als einzige Kamera der Welt hat sie zwei Autofokus-Funktionen: Autofokus-Priorität und Auslöse-Priorität.

Bei der Autofokus-Priorität löst sie erst aus, wenn das Bild, auch technisch gesehen, scharf ist.

Arbeiten Sie mit Auslöse-Priorität, etwa bei Objekten, die ständig ihre Entfernung ändern, wird die Schärfe nachgeführt. Sie lösen aus, wann Sie wollen. Und so oft Sie wollen. Denn der eingebaute Motor transportiert den Film automatisch weiter.

Automatisch ist natürlich auch die Belichtungsmessung und das Einstellen von Blende und Verschlußzeit durch die Programme P und P HI und eine spezielle Dual-Programm-Automatik. Und wenn Sie die Blende vorgeben wollen, dann führt die Zeitautomatik A die Belichtungszeit automatisch nach. Bei Blitzaufnahmen sorgt die TTL-Blitzprogrammsteuerung dafür, daß Ihre Fotos automatisch richtig belichtet sind.

Doch die F-501 ist nicht nur die sehr handfeste Form einer hochsensiblen Technik.

Sie ist vor allem und insbesondere eine Nikon. Mit dem bewährten Bajonett für alle Nikon-Objektive.

Deshalb lassen sich neben den neuen Autofokus-Objektiven nahezu 30 vorhandene Objektive mit Hilfe eines Konverters als AF-Objektive einsetzen.

Die „Kamera des Jahres 1986 in Europa" ist also mehr als die Kamera eines Jahres.

Sie verbindet die Jahrzehnte.

Und wir denken dabei nicht nur an die Jahrzehnte, die hinter uns liegen.



Nikon GmbH, Tiefenbroicher Weg 25, 4 Düsseldorf 30
Telefon 02 11/41 5 70

Verzweifelte Sowjetbürgerin schreibt an Kohl

dpa, Moskau

Die Moskauer Soziologin Inna Fljorow hat Bundeskanzler Kohl um Hilfe für ihre Ausreise aus der UdSSR gebeten. Sie werde vor die Wahl gestellt, entweder ihrem todkranken Bruder in Israel zu helfen oder das Glück ihrer eigenen Familie aufs Spiel zu setzen, schrieb sie.

Der an Blutkrebs erkrankte Bruder könne nur gerettet werden, wenn sie als seine leibliche Schwester Knochenmark spende. Seit März werde ihr die Reise verweigert. Deshalb habe nun die Familie die Emigration beantragt. Allerdings dürfe nur sie und ihre beiden Kinder ausreisen, während ihrem Mann die Emigration verweigert werde.

Neue Spuren im Fall Ali Agca?

dpa, Rom

Ein italienischer Untersuchungsrichter hat ein drittes Ermittlungsverfahren zur Aufklärung des Attentats gegen Papst Johannes Paul II. von 1981 eingeleitet. Er hat bereits den türkischen Papst-Attentäter Ali Agca verhört. Die Ermittlungen richten sich nungegen Mitglieder der rechtsextremen türkischen Gruppe „Graue Wölfe" in *Deutschland.*

Deserteur erhält zwölf Jahre Haft

dpa, Frankfurt

Der in Afghanistan desertierte sowjetische Soldat Ryschkow ist nach der Rückkehr in seine Heimat zu zwölf Jahren Straflager verurteilt worden. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mitteilte, war er 1983 zu den Widerstandskämpfern übergelaufen und später in die USA ausgewandert. *Im Winter 1984/85 kehrte* er in die Sowjetunion zurück, nachdem ihm der damalige Botschafter Dobrynin Straffreiheit zugesichert hatte.

In Moskaus „Verhandlungsoper" fallen die Würfel im dritten Akt

Fortschritte bei den fünf Abrüstungsrunden / Weg zu einem Abkommen ist noch weit

FRITZ WIRTH, Washington

Unter den altgedienten amerikanischen Rußlandkennern von Paul Nitze bis Edward Rowny kursiert ein Leitsatz über den Umgang mit sowjetischen Unterhändlern und deren Verhandlungstaktik, der angeblich auf den ehemaligen sowjetischen Außenminister Gromyko zurückgeht. Nach Gromyko *besteht eine sowjetische* „Verhandlungs-Oper" aus drei Akten.

Der erste Akt – zwei bis drei Monate lang – besteht aus einer Einführung der *Mitspieler. Man* versucht, Fuß zu fassen. Der zweite Akt konzentriert sich auf ein Abtasten und ein Testen der anderen Seite und kann zwei bis drei Jahre dauern. Die wirklichen Entscheidungen fallen im dritten Akt, und da erst in den letzten 20 Minuten.

Am heutigen Donnerstag gehen die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, die im März vorigen Jahres be*gannen, in* die sechste Runde. Morgen werden sich in Washington Außenminister Shultz mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse treffen, um den Verhandlungsprozeß in einen Gipfel einmünden zu lassen.

Trotz Daniloff bleibt der Gipfel vorrangiges Ziel

Darüberhinaus hat es im letzten Jahr ein halbes Dutzend angeblicher Grundsatzreden Michail Gorbatschows gegeben. Dennoch gestand ein hoher Beamter der Administration: „Wir können nicht sagen, in welchem Akt der Oper wir uns gerade befinden."

Sicher ist: Es wurden Fortschritte in den letzten vier Monaten erzielt. Sicher ist allerdings auch, daß die Schwierigkeiten, den gegenwärtigen Verhandlungs-Standort genau festzulegen, durch den „Fall Daniloff" nicht geringer geworden sind.

Um zunächst bei dieser Affäre zu bleiben. Die Entscheidung der Reagan-Administration, sich dem wachsenden öffentlichen Druck zu widersetzen, das Gespräch Shultz-Schewardnadse abzusetzen und den „Fall Daniloff" nicht zum Anlaß zu nehmen, das geplante Gipfeltreffen Reagan–Gorbatschow entgleisen zu lassen, beruht auf dieser Lageeinschätzung: Die Sowjets haben den Fall Daniloff nicht inszeniert, um den Gipfel zu Bruch gehen zu lassen.

Hätten sie dies gewünscht, hätten sie publikums- und propagandawirksamere Anlässe gewählt als diesen, bei dem ihre Karten sehr schlecht aussehen. Etwa die Weigerung *Reagans, sich dem sowjetischen nu*klearen Testmoratorium anzuschließen.

Man geht deshalb in Washington davon aus, daß die Sowjets weiter einen Gipfel wollen – wie die USA. Also wird weiterverhandelt. Die große Frage bleibt: in welche Richtung und mit welchem Ziel? Antwort eines hochrangigen Beamten: „Wir haben keine Präferenzen." Sicher ist nur: Es *könnte ein Abkommen beim Gipfel*treffen geben – sollte es stattfinden –, wenn die Sowjets ein solches Abkommen wünschen. Ob sie es wollen, vermag niemand auf der amerikanischen Seite mit Sicherheit zu sagen.

Das ist nach anderthalbjährigen Verhandlungen erstaunlich. Beleuchtet *man jedoch die bisherigen fünf* Runden, wird diese Unsicherheit schnell begreiflich. Hier läuft die altvertraute sowjetische Verhandlungsoper nach Gromyko-Muster ab.

Als Ronald Reagan die amerikanischen Unterhändler im März vorigen Jahres nach Genf entsandte, gab er ihnen eine Anweisung mit auf den Weg: „Versucht als erstes herauszufinden, ob sie es wirklich ernst meinen." Es dauerte nahezu ein Jahr, bis die amerikanischen Unterhändler melden konnten, es gebe erste Anzeichen dafür.

Denn in der ersten Verhandlungs*runde legten die Sowjets keinerlei* Vorschläge auf den Tisch, sondern hantierten nur mit Slogans. Ein amerikanischer Unterhändler: „Mit Slogans kann man nicht verhandeln."

In der zweiten Verhandlungsrunde kam ihnen ihr Chef, Regisseur und Stichwortgeber Gromyko abhanden. Er war von Gorbatschow abberufen worden. Sein Nachfolger Schewardnadse war sämtlichen sowjetischen Unterhändlern fremd. Die Verhandlungen kamen vorübergehend praktisch zum Stillstand, belebt lediglich durch Gorbatschows Rede in Paris, in der er von einer 25prozentigen Raketenreduzierung im „Start"-Bereich sprach.

Der Haken: Keiner der sowjetischen Unterhändler wußte etwas davon, ebensowenig die Amerikaner, bis sie herausfanden, daß Gorbatschow einen alten Vorschlag aus dem Jahre 1983 hervorgeholt hatte.

Anfang 1986 folgte dann die aufsehenerregende Null-Lösung Gorbatschows. Auch hier herrschte Verwirrung in der sowjetischen Delegation. *Julij Kwizinskij verbreitete beispiels*weise in Bonn, daß dieser Vorschlag mit Bewegungen im Bereich der Weltraumverteidigung gekoppelt sei.

Andere sowjetische Unterhändler reagierten mit Schulterzucken, bis die sowjetische Nachrichtenagentur Tass schließlich meldete: Es gibt keine Kopplung zwischen Fortschritten im Mittelstreckenbereich und im Bereich der Weltraumverteidigung.

Ständig neue Vorschläge von Michail Gorbatschow

Die Bilanz der Amerikaner nach dem ersten Verhandlungsjahr: spürbare Verwirrung und Mangel an Koordination auf sowjetischer Seite. Es ist unmöglich, auszumachen, woher der Wind weht. Zugleich aber wurde deutlich eine sowjetische Doppelstrategie erkennbar: Während Gorbatschow mit Reden in Paris, Ost-Berlin und im sowjetischen Radio immer neue und oft exotische Vorschläge auspackte und damit gewissermaßen öffentliche Verhandlungen führte, rührte sich in Genf nichts.

Der Wendepunkt kam in diesem Sommer und bemerkenswerterweise kurz nachdem Reagan bekanntgege*ben hatte, daß er aus dem SALT-II-*Vertrag aussteigen werde. Während Kritiker im Westen dem amerikanischen Präsidenten vorwarfen, damit die Rüstungskontrollverhandlungen zu torpedieren und seiner eigenen Delegation in den Rücken zu fallen, ist aus zuverlässiger Quelle zu erfahren: *Diese Entscheidung* Reagans war für die amerikanischen Unterhändler eher hilfreich. Sie machte den Sowjets deutlich, daß die USA auf sowjetische Vertragsverletzungen nicht mehr nur mit Rhetorik reagierten, und daß es sinnlos sei, in Genf Abmachungen auszuhandeln, die nicht Hand und Fuß haben. Die Verhandlungen kamen in Bewegung.

Zwei Null-Lösungen stehen sich gegenüber

Es war der Punkt, an dem die amerikanischen Unterhändler zum ersten Mal sicher waren, daß die Sowjets es ernst meinten in Genf: Sie konzentrierten sich vor allem auf den Bereich der Mittelstrecken-Raketen. Sichere Anzeichen dafür waren, daß man dieses Thema von der SDI-Frage abgekoppelt hatte und aufhörte, die britischen und französischen nuklearen Gefechtsköpfe mitzuzählen.

Sie bevorzugten offenbar diesen Bereich, weil hier im Vergleich zu den beiden anderen Verhandlungsebenen („Start" und Weltraumverteidigung) am schnellsten Ergebnisse zu erzielen waren, und zwar zu einem relativ geringeren Preis als es in den „Start"-Verhandlungen der Fall wäre.

Haupthürde in diesen Verhandlungen: Dem europäischen Null-Lösungsvorschlag Gorbatschows steht eine globale Null-Lösung Ronald *Reagans gegenüber.*

Die immer konkreter werdenden Gespräche in Genf wurden indes durch immer lauter werdende Propagandafanfaren Gorbatschows begleitet. Im amerikanischen Rüstungskontroll-Establishment glaubt man dafür eine Erklärung gefunden zu haben: Es ist eine verbürgte Tatsache, daß Gorbatschow wegen seiner Vorstellung auf dem ersten Genfer Gipfel *daheim in Moskau beim militäri*schen Establishment und innerhalb der Partei auf Kritik stieß. Er habe zu wenig handfeste Dinge mit heimgebracht und Reagan zu leicht den Gipfel überlassen.

Die Folge war, daß Gorbatschow seit Januar dieses Jahres versucht, die Regie des zweiten Gipfels fest in die Hand zu nehmen und Reagan mit immer neuen Vorschlägen und Manövern in die Defensive zu drängen. Reaktion eines hohen amerikanischen Regierungsbeamten: „Irgendwie will er uns mit diesen Manövern die Botschaft nahebringen: Ihr habt euch das Recht zu verdienen, daß ich euch in *Washington besuchen komme."*

Schlußbilanz der Amerikaner nach fünf Verhandlungsrunden: Es hat Fortschritte gegeben, bis zu konkreten Abkommen ist es noch ein weiter Weg. Die Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg der nächsten Verhandlungsrunde liegt bei den Sowjets. Ein zweitrangiges Abkommen wird von uns nicht unterschrieben werden. Gorbatschow mag in der Sa*che etwas flexibler sein,* die sowjetische Verhandlungstaktik ist jedoch so unverändert wie in Gromykos Tagen: die alte Oper.

Schickte Castro das Kommando gegen Pinochet?

DW. Brüssel/Santiago

Die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben gestern die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Chile gefordert. In einem Kommuniqué appellieren die EG-Außenminister an die chilenische Regierung, den Prozeß der Demokratisierung des Landes wieder aufzunehmen und zu beschleunigen. Verhaftete Oppositionelle sollten so*fort freigelassen werden.*

Das Attentat auf Präsident Pinochet am 7. September ist nach Meldungen der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera" von einem auf Kuba *stationierten* Selbstmordkommando ausgeführt worden. Das Blatt zitiert ein Mitglied der für den Anschlag angeblich verantwortlichen „Vaterländischen Front Manuel Rodriguez", wonach alle Attentäter unversehrt seien. Eine Gruppe sei bereits wieder in Havanna, die anderen würden bald folgen.

Wie das amerikanische „Wall Street Journal" unter Berufung auf hohe US-Beamte berichtet, schicken die Sowjetunion und Kuba der Kommunistischen Partei Chiles derzeit verstärkt Waffen, damit diese den Kampf gegen das Militärregime weiterführen könne. Die USA sähen sich jedoch außerstande, die wachsende kommunistische Gefahr zu bannen, da es unmöglich sei, Pinochet zu verteidigen.

Unterdessen nimmt das Militärregime unter dem Ausnahmezustand weitere Hausdurchsuchungen vor. Ein Studenten-Führer der katholischen Universität von Santiago ist entführt worden. Bereits in der vergangenen Woche waren vier Regimegegner verschleppt worden. Die Bischöfe der nordchilenischen Stadt Iquique und der Erzbischof von Concepcion haben das traditionelle Te Deum zum Unabhängigkeitstag abgesagt. Sie protestieren damit unter anderem gegen die Anschläge, die Anhänger des Militärregimes ungestraft verübten.

Gegenüber den Liberalen legt Owen sich nicht fest

SDP plädiert für baldige Wahlen / Parteitag beendet

R. GATERMANN, Harrogate

David Owen, Chef der britischen Sozialdemokraten, unterließ es in seiner vielumjubelten Rede zum Abschluß des Parteikongresses, mehr Klarheit in die beiden wichtigsten Fragen der Zusammenarbeit mit den Liberalen zu bringen. Er ging mit keinem Wort auf die Verteidigungspolitik ein, und er sagte nichts über eine mögliche Verschmelzung der beiden Parteien.

Er widmete seine Rede ausschließlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der er auch den Wahlkampf zu bestreiten gedenkt. Er soll unter dem Motto „Wohlstand erreichen – Armut beenden" stehen.

Es wird nun an den Liberalen liegen, die sich zu ihrem Jahreskongreß in der nächsten Woche treffen, zu verdeutlichen, wie einig die Basis der Allianz und wie stark ihr politischer Zusammenhalt ist. Während des fünftägigen SDP-Kongresses wurde David Owen kritisiert, die Vereinigung mit den Liberalen nicht intensiv genug zu betreiben.

Er sieht dafür auch nach der nächsten Wahl offenbar keinen Grund und würde ein weiteres organisatorisch getrenntes Nebeneinander einer direkten Vereinigung vorziehen. Vor jedem Abdriften warnte jedoch der frühere Parteiführer Roy Jenkins: „Wer nicht mit den Liberalen zusammenarbeiten kann, kann es mit niemandem."

Bei den Liberalen wird sicher auch der Widerstand gegen die von einer gemeinsamen Kommission erarbeiteten Verteidigungspolitik mit der Beibehaltung einer „minimalen europäi*schen nuklearen Abschreckung"* auf größere Kritik als bei der SDP stoßen. David Steel, der Führer der Liberalen geht gleichwohl davon aus, dafür eine Mehrheit zu bekommen. Von der SDP-Vorsitzenden Shirley Williams wurde Owen in Harrogate aufgefordert, nicht nur von Verteidigung zu reden, sondern mindestens in gleichem Maße auch von Abrüstung.

Eines hob Owen ganz deutlich hervor: Sollte in der nächsten Wahl keine Partei eine eigene Mehrheit bekommen, würde die Allianz „gegen jede Thronrede der Königin stimmen, an deren Ausarbeitung sie nicht beteiligt war". Auch wenn dies eine baldige Neuwahl bedeute. Die Forderung der Allianz nach Einführung des proportionalen Verhältnis-Wahlrechts unterstrich Owen mit den Worten: „Außerhalb der kommunistischen Welt sind wir die am stärksten zentralisierte Nation der Welt."

In einem weiteren Punkt erscheint es fraglich, ob die beiden Allianzpartner einen gemeinsamen Weg finden können. Der SDP-Kongreß in Harrogate beschloß mit knapper Mehrheit, die bestehenden Kernkraftwerke weiterzubetreiben. Im Bau befindliche sollen zwar fertiggestellt, aber solange nicht ans Netz angeschlossen werden, bis eine eingehende Studie über alle Aspekte der Kernenergie von der Sicherheit bis zu ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit vorliegt. Neue Projekte nicht geplant. Die Liberalen plädieren dagegen allerdings schon seit langem für Baustopp und Ausstieg.

Als Alternative zu der nach ihrer Meinung ruinösen Sozial- und Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung sind die Sozialdemokraten bereit, die „Steuern für ein Drittel der Zahler leicht anzuheben, um sie für zwei Drittel senken zu können." Die Arbeitslosigkeit wollen sie mit höheren öffentlichen Ausgaben, einer zehnprozentigen Senkung der Sozial*abgaben für Arbeitgeber sowie einem* umfassenden Altbausanierungsprogramm bekämpfen. Damit könnten bis 1988 eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die dazu notwendige Erhöhung der öffentlichen Nettoverschuldung um ein Prozent sei vertretbar.

Eine Sprache gewinnt Eigengewicht

ROLF GÖRTZ, Barcelona

„Red' gefälligst christlich!", riefen Zuhörer der ersten Wahlversammlungen nach dem Ende der Franco-Ära in den Industrie- und Armenvierteln Barcelonas. Mit „christlich" meinte man hier „verständlich", also Kastilisch.

Das Katalanische der Wahlredner verstanden nur die wenigsten der vielen, vor allem aus Andalusien in die katalanische Industriezone zugewanderten Bewohner der Arbeiterviertel. Das war so vor zehn Jahren, als Katalanisch nur von den Einheimischen *gesprochen, aber auch von ihnen* kaum gelesen oder geschrieben wurde.

Inzwischen hat sich die Situation vollständig gewandelt. Die Orts- und Straßennamen sowie offiziellen Behördenschilder der neu geschaffenen Landesregierung Katalonien und der Stadtverwaltungen glänzen in katalanischer Sprache auf neuen Schildern. Gerona heißt heute „Girona" und Le*rida* „Lleida". Die Geschäfte lassen sich Zeit. Ihre Firmenschilder bleiben noch beim Kastilischen.

Aber auch hier macht sich ein Wandel bemerkbar, der in weiteren zehn Jahren das Bild umkehren wird. Dann wird man nur noch wenig Kastilisches finden. Denn die Kinder lernen in den Schulen in zunehmendem Maße Katalanisch sprechen, schreiben und lesen. Eines Tages wird dann auch die wichtigste Zeitung Kataloniens, „La Vanguardia", in katalanisch erscheinen. Das wäre dann allerdings ein Beispiel nachteiliger Isolierung, denn als verläßliche Informationsquelle rangiert die Zeitung heute noch vor den Zeitungen Madrids an erster Stelle.

*Sprachforscher in den Universitä*ten kümmern sich um die Eingliederung moderner technologischer Begriffe, um der alten Sprache neues Leben zu geben. Katalanische Theatergruppen wie „Els Seglars", eine eigene Literatur, aber auch Rock-Gruppen, Radiosender und das vom Madrider Fernsehen zugestandene Landes-TV festigen das Bewußtsein für die eigene Sprache.

Zwischen den Wahlreden von 1976 und heute lag der Autonomieprozeß, dessen Eigendynamik niemand absehen kann und der weitgehend von der Entwickung der Sprache abhängt. In der spanischen Verfassung heißt es im Artikel 3: „1. Das Kastilische ist die offizielle Sprache des Staates. Alle Spanier *haben die Pflicht,* sie zu kennen und das Recht, sie zu benutzen. 2. Die übrigen spanischen Sprachen sind in den autonomen Gemeinschaften (Ländern) und gemäß ihren jeweiligen Statuten ebenfalls offiziell."

Im Statut der Autonomie von Katalonien heißt der Artikel 3: „1. Die eigene Sprache Kataloniens ist das Katalanische. 2. Das Katalanische ist die offizielle Sprache Kataloniens, *wie das Kastilische die offizielle* Sprache im gesamten spanischen Staat."

Daß die Sprachen in den Autonomiestatuten eine andere Reihenfolge als in der spanischen Verfassung haben, zeigt an, daß hier ein weitreichender Prozeß seinen Anfang nimmt. So heißt es in den Statuten auch: „Katalonien konstituiert sich als eine Nationalität, und um seine Selbstregierung als autonome Ge*meinschaft zu erreichen."* „Selbstregierung" (autogobierno) liest sich in Madrid als Selbstverwaltung und in Barcelona eben als Regierung. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sehr klar und verständlich

Serie zu dem Buch von Hans-Peter Schwarz: „Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952": WELT vom 1., 3. und 6. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sehr verdienstvoll, daß Sie drei umfangreiche Kapitel aus dem neuen Buch von Professor Schwarz über meinen Großvater vorab veröffentlicht haben.

Auch wenn Sie aus Platzgründen verschiedentlich kürzen mußten, läßt sich doch schon jetzt erkennen, daß der Autor die von Ihnen herausgegriffenen Lebensabschnitte Adenauers sehr klar und verständlich schildert, ohne schmückendes Beiwerk, aber



Dr. Konrad Adenauer

auch ohne den Ton der Verehrung oder der Ironie. Der Leser kann die Vorgänge sehr gut nachvollziehen und sich in die persönlichen und politischen Situationen hineindenken.

So erfährt man zum Beispiel eindringlich, in welche wirtschaftlichen Schwierigkeiten Adenauer durch das Hereinbrechen des Dritten Reiches gestürzt wurde und welchen physischen und psychischen Druck das Regime auf ihn und seine Familie gerade in der Endphase des Zweiten Weltkrieges ausgeübt hat.

Die Darstellung der Vorgänge um die Stalin-Note vom 10. März 1952 dürfte gerade in diesem Jahr, in dem auch in Ihrer Zeitung darüber kontrovers diskutiert worden ist, auf reges Interesse stoßen. Ob der bekannte Streit über die wahren Absichten der Russen und Adenauers Wiedervereinigungswillen damit ad acta gelegt werden kann, ist allerdings zu bezweifeln.

Ich vermisse noch eine Würdigung und Wertung der Person und der Taten Adenauers, die sicherlich in anderen Teilen des Buches bzw. dem zweiten Band erfolgen wird. Man darf wohl erwarten, daß die Biographie von Schwarz, die auf die neuesten Einzeldarstellungen zurückgreifen und sehr viele persönliche Gespräche und Nachforschungen des Verfassers berücksichtigen konnte, zum Standardwerk über den ersten deutschen Bundeskanzler werden wird.

Mit freundlichen Grüßen
Konrad Adenauer,
Köln 1

Die Wahrheit

„Kompromißloser Intellekt": WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Müller-Borchert hat völlig recht.

Wenn man die Geschichte des Wahljahres 1979 kennt und weiß, daß Allende nur mit der Hilfe der „Democracia Christiana" zur Macht kam – nur weil man verhindern wollte, daß die „Partido Nacional" (Las Momias) die Regierung übernahm –, versteht man das tiefe Mißtrauen der heutigen Machthaber gegen alle Politiker der alten Schule.

Es ist zwar verständlich, daß man von Beamten eine gewisse Reserviertheit hinsichtlich offizieller Äußerungen erwartet; unverständlich ist aber die promarxistische Politik einer „christlichen" Regierung (siehe Comandantes in Nicaragua, ANC in Südafrika, Swapo in Namibia usw.).

Wie glaubwürdig kann jemand sein, der stets ohne gründliche Analysen auf dem linken Auge zwinkert?

Mit freundlichen Grüßen
Egon F. Breckner,
Grafenhausen-Mettenberg

*

„Undiplomatischer Attaché": WELT vom 11. September

Sehr geehrte Herren,

ich kenne Chile. Nur kommunistische Gruppen führen die Sprengstoffanschläge und Attentate aus. Oberstleutnant Müller-Borchert sagte die Wahrheit.

Undiplomatisch verhielt er sich nicht gegen Chile, sondern höchstens gegen bestimmte deutsche Politiker, denen er zu nichts verpflichtet ist.

Mit freundlichen Grüßen
Claus Plantiko,
Bonn 1

Wort des Tages

» Friede ist Freiheit in Ruhe. «

Marcus Tullius Cicero, römischer Staatsmann und Autor (106–43 v. Chr.)

Auch England

Sehr geehrter Herr Reitze,

mit großem Interesse und großer Zustimmung habe ich Ihre Serie über Schulbücher in der WELT gelesen.

Es wird Sie vielleicht interessieren, daß England vor ähnlichen Problemen steht. Ihre Arbeit, sehr geehrter Herr Reitze, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es geht nicht darum, gehorsame Untertanen, sondern kritische Staatsbürger zu erziehen. Die Erziehung muß jedoch gewährleisten, daß der junge Mensch genügend objektive Informationen erhält, um seine eigenen Entscheidungen zu treffen. Eine Indoktrinierung muß unter allen Umständen verhindert werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Detlev Kaut,
Hamburg 55

Mehrverbrauch

„Dollinger kritisiert Autofahrer": WELT vom 10. September

Sehr geehrte Herren,

beim Fahren mit bleifreiem Benzin (auch bei Super) benötigen meine Freunde und ich rund acht bis zehn Prozent mehr Treibstoff. Um Fahrer älterer Fahrzeuge zum „bleifrei" zu reizen, sollte der Preis durch Steuerermäßigung entsprechend herabgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Puell, Dipl.-Ing.
München 40

Für Unfrieden

„Vorschläge für Nobelpreis": WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

sollte sich die Friedensnobelpreiskommission für einen der in Ihrer Ausgabe vom 12. September genannten Kandidaten entscheiden, so schlage ich eine Umbenennung dieses Preises in „Unfriedensnobelpreis" vor.

Ist schon in den letzten Jahren die Auswahl der Friedensnobelpreisträger allgemein auf heftige Kritik gestoßen, so dürfte bei einer Ehrung eines dieser Kandidaten der absolute Höhepunkt an Geschmacklosigkeit erreicht worden sein.

Während das Ehepaar Mandela sich bisher nur durch Haß, Aufruf zur Gewalt sowie durch Billigung der „Halskrausetötung" hervorgetan hat, sind die schlagenden Friedensbeweise der Watschenlady Beate Klarsfeld, deren Opfer der damalige Bundeskanzler Kiesinger war, noch allen in frischer Erinnerung.

Franz Storch,
Passau

Personen

GEBURTSTAG

Natürlich wird es ein großes Fest: 200 Gäste, Mitarbeiter, Freunde und die große Familie, werden **Liselott Diem** heute zu ihrem 80. Geburtstag gratulieren. Die Witwe Carl Diems gilt als First Lady der olympischen Bewegung im Sinne Pierre de Coubertins, des Begründers der modernen Olympischen Spiele. Unbestritten ist sie die „Eiserne Lady" der internationalen Leibeserziehung. Bereits zu Beginn der zwanziger Jahre trat sie für den Frauensport ein. 1946 übernahm sie die Frauenausbildung an der Deutschen Sporthochschule in Köln, von 1965 bis zu ihrer Emeritierung 1974 hatte sie eben dort den Lehrstuhl für Didaktik und Methodik der Leibeserziehung inne. Rechtzeitig zu ihrem Geburtstag erscheint von Liselott Diem, der Autorin zahlreicher Fachbücher, die dreibändige Autobiographie „Leben als Herausforderung" im Verlag Hans Richarz. Am 30. Oktober wird der Jubilarin von dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, **Juan Antonio Samaranch**, der olympische Orden überreicht.

VERANSTALTUNG

Fast alle, die einen Namen in der deutschen Kommunalpolitik haben, waren am Dienstagabend in den Kristallsaal der Kölner Messe gekommen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, **Herbert Schmalstieg**, hatte zu einem Abschiedsessen für sein geschäftsführendes Präsidialmitglied, Dr. **Bruno Weinberger**, geladen, der am Monatsende nach fast 27jähriger Tätigkeit für den Verband in den Ruhestand tritt. Schmalstieg, Minister **Oscar Schneider** für die Bundesregierung, **Herbert Schnoor** als NRW-Innenminister und Bundesumweltminister **Walter Wallmann** würdigten Weinberger, der maßgebliche Verdienste an der positiven Entwicklung der deutschen Städte in den letzten drei Jahrzehnten habe.

EHRUNGEN

In der Schweiz wurden die Balzan-Preise 1986 vergeben worden. Dem vom Schweizer **Jean-Pierre Hocke** geleiteten UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen ist der mit 500 000 Schweizer Franken dotierte Friedenspreis zugesprochen worden. Weitere Preise, dotiert mit je 250 000 Franken, wurden für Beiträge auf den Gebieten der Klimatologie, Wissenschaftsgeschichte und Menschenrechte vergeben. Preisträger sind der 77jährige Klimatologe **Roger Revelle** aus La Jolla in Kalifornien, der 87jährige **Otto Neugebauer** für seine Forschungen an der Brown-Universität in den USA auf dem Gebiet der antiken Astrologie und der französische Jurist **Jean Rivero**.

MEDIEN

Chefredakteur einer neuen, zweiten Schweizer Sonntagszeitung „Neues Sonntagsblatt" ist **Karl Lüönd**, der zugleich Chefredakteur der „Züri-Woche" ist. Die Zeitung erscheint ab 7. Dezember mit einer Startauflage von 440 000 Exemplaren. Sie wird als erste schweizerische Sonntagszeitung in sechs Regionalausgaben für Basel, Bern, Zürich, die Ostschweiz, die Zentralschweiz und Graubünden auf den Markt kommen. Sechs schweizerische Zeitungsverlage haben sich dafür zu einem der größten Gemeinschaftswerke der Schweizer Presse zusammengetan. Die Verlage der „Basler Zeitung", der „Berner Zeitung", der „Bündner Zeitung", des „St. Galler Tagblatts", des Luzerner „Vaterlands" und der „Züri-Woche" haben gemeinsam eine Aktiengesellschaft gegründet, die das „Neue Sonntagsblatt" herausgeben wird.

Der steigende Nitratgehalt im Grundwasser, verursacht vor allem durch die Düngung in der Landwirtschaft, erschwert immer mehr die Trinkwasseraufbereitung. Ein neues Verfahren zur Nitratentfernung wird zur Zeit im Wasserwerk Rasseln bei Mönchengladbach getestet.

Hungrige Bakterien sorgen für sauberes Trinkwasser

Von LUDWIG KÜRTEN

Als Folge der landwirtschaftlichen Düngung gerät immer mehr Nitrat durch Auswaschung aus dem Boden ins Grundwasser. Bei der Gewinnung von Trinkwasser muß es mühsam wieder entfernt werden. In bestimmten Regionen sind auch schon tiefe Wasserschichten mit Nitraten verunreinigt und stellen die Wasserwerke vor immer größere Probleme. Durch die Herabsetzung des erlaubten Grenzwertes von 90 auf 50 Milligramm (mg) pro Liter wurde es notwendig, neue Verfahren zu entwickeln. Die Stadt Mönchengladbach hat im Frühjahr eine Anlage zur Nitratentfernung errichtet, in der die Fähigkeit bestimmter Mikroorganismen ausgenutzt wird, zusammen mit Wasserstoffgas Nitrate zu zersetzen. Die Anlage wurde von der Schweizer Firma Sulzer geplant und gebaut.

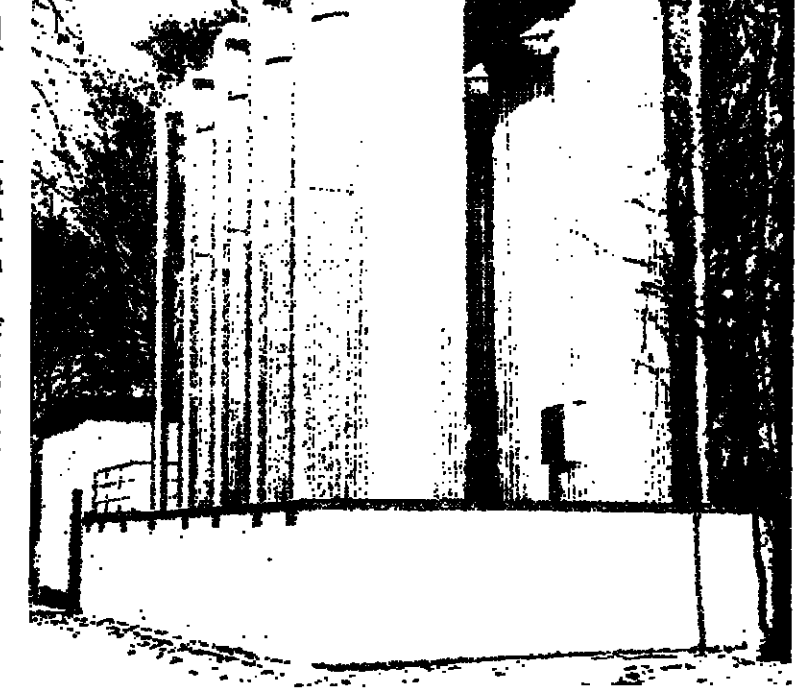
Die benutzten Bakterien kommen auch natürlich in Seen, Bächen und im Grundwasser vor. Sie zersetzen das Nitrat zu den ungefährlichen Substanzen Stickstoff und Wasser. Die hauptsächliche Nährsubstanz der Mikroorganismen ist dabei Wasserstoff, der in der Anlage zugegeben wird. Voraussetzung ist nur, daß bei dem Prozeß kein Sauerstoff vorhanden ist, daß er also unter „anaeroben" Bedingungen abläuft.

Dieses biologische Verfahren besitzt den großen Vorteil, daß keinerlei schädliche Endprodukte auftreten, wie etwa nitrathaltige oder andere Salze. Diese müßten wiederum aus dem Wasser entfernt werden. Überflüssiger, von den Bakterien nicht verbrauchter Wasserstoff hingegen kann bei der abschließenden Entgasung des Wassers zusammen mit dem Stickstoff leicht entfernt werden.

Die Bakterien nutzen Wasserstoff und Nitrat zu ihrer eigenen Energiegewinnung. Die Sauerstoffatome des Nitrats benötigen sie dabei, um den Wasserstoff zu Wasser zu „Verbrennen" (oxidieren). Für die Entfernung von 100 mg Nitrat werden nur etwa 9 mg Wasserstoff benötigt. Da die Mikroorganismen sich vermehren, muß die Anlage alle zwei bis vier Wochen von überschüssigen Bakterien „gereinigt" werden.

Die Vorteile dieses Verfahrens und die leichte Steuerbarkeit des Prozesses veranlaßten die Stadtwerke Mönchengladbach, es in einer Großpilotanlage einzusetzen. Das Projekt wurde durch Mittel des Bundesforschungsministeriums sowie der Firma Sulzer unterstützt.

Die Bakterien benötigen für ein optimales Wachstum ganz spezielle Bedingungen, denen die Anlage Rechnung tragen mußte. Die Zahl der Mikroorganismen pro Volumeneinheit muß möglichst hoch sein, da die Bakterien nur eine geringe Wachstumsrate besitzen. Die an der chemischen Zersetzung beteiligten „Partner" – das Nitrat des Grundwassers, das Wasserstoffgas und die Bakterien – müssen in sehr engen Kontakt gebracht werden. Man benötigte daher ein Trägermaterial, das diese Bedingungen erfüllte. Sulzer entwickelte



Außenansicht der Anlage zur Nitratentfernung
FOTO. STADTWERKE MÖNCHENGLADBACH

ein Füllmaterial aus Polypropylen mit einer dreidimensionalen Parallelstruktur, das für eine gute Verteilung des Wassers sorgt und ein Ausschwemmen der Kleinstlebewesen verhindert.

Die Anlage in Mönchengladbach ist dafür ausgelegt, pro Stunde 100 Kubikmeter Trinkwasser bereitzustellen, dessen Nitratgehalt unter 40 Milligramm pro Liter liegt. In dem eigentlichen Prozeß wird dabei die ursprüngliche Nitratkonzentration des Grundwassers (ca. 80 mg) auf nur 5 mg reduziert. Anschließend kann dann dieses hochgereinigte Wasser mit unbehandeltem bis zum Erreichen des vorgeschriebenen Wertes „verschnitten" werden.

14 Meßgeräte überwachen ständig alle chemischen Verbindungen, die für den Abbauprozeß notwendig sind oder die in der Anlage entstehen. So wird laufend die Qualität des Wassers geprüft. Die ersten Erfahrungen zeigen, daß bei entsprechender Verweildauer des Wassers in der Anlage das Nitrat vollständig entfernt werden kann. Die Betriebskosten betragen etwa 26 Pfennig pro Kubikmeter Wasser. Sie lassen sich mit Hilfe der praktischen Erkenntnisse, die man in dem Pilotprojekt gewonnen hat, noch weiter senken.

Ein Genuß mit verheerenden Folgen

Alkoholkonsum der Mutter ist die häufigste Ursache für Behinderungen bei Kindern

Von VERA ZYLKA

Alkoholkonsum während der Schwangerschaft ist die heute mit Abstand häufigste Ursache von Schädigungen beim Kind. Diese als Alkohol-Embryopathie (AE) bezeichnete Krankheit äußert sich vor allem in geistiger Behinderung und Wachstumsverzögerung. Während sich die USA und Schweden seit Jahren mit diesem Problem intensiv auseinandersetzen, ist die AE in der Bundesrepublik erst seit 1973 im Gespräch. Ein von der „Stiftung für das behinderte Kind" veranstaltetes Symposium in Frankfurt hat sich jetzt den Abbau dieses Defizits zur Aufgabe gemacht.

Da bislang in Deutschland die Häufigkeit der AE noch nicht bekannt ist, nehmen die Mediziner ähnliche Zahlen wie in Frankreich und Schweden an. Hier weist von 600 Neugeborenen in Schweden bzw. 212 in Frankreich jeweils ein Kind die charakteristischen Schäden auf, die durch Alkoholkonsum der Mutter während der Schwangerschaft entstehen.

Körperliche und geistige Entwicklung wird gestört

Auffälligstes Merkmal der Kinder mit Alkohol-Embryopathie stellt die geistige Entwicklungsverzögerung dar. Circa 90 Prozent dieser Kinder sind minderbegabt und entsprechen intellektuell nur den Anforderungen von Sonderschulen.

Die Krankheit äußert sich daran, daß die Entwicklung der Kinder im Mutterleib verzögert abläuft, so daß sie durchschnittlich ein um 1200 Gramm geringeres Geburtsgewicht aufweisen. Zur Zeit der Geburt sind ihre Körpermaße verkleinert, sie besitzen aber normale Proportionen. Mit zunehmendem Alter bleibt jedoch die Größenentwicklung des Kopfes zurück.

Obwohl diese Kinder „essen können, was sie wollen", sind sie in den ersten Lebensjahren erheblich untergewichtig. Das Längenwachstum der alkoholgeschädigten Kinder bleibt während ihrer gesamten Entwicklung zurück, so daß sie als Erwachsene höchstens 1,50 Meter groß sind.

Während Art und Ausmaß der Schädigungen unterschiedlich und nicht vorhersehbar sind, haben alle Fälle ein gemeinsames Merkmal: die Veränderung der Gesichszüge. Diese ist so typisch, wie Dr. F. Majewski vom Institut für Humangenetik in Düsseldorf erläuterte, daß man die Diagnose der AE bereits nur vom Anblick der Säuglinge und Kleinkinder her stellen kann, also ohne Kenntnis der mütterlichen Alkoholkrankheit. Ihre Stirn ist niedrig und gerundet, die Lidöffnungen klein, die Nase verkürzt, die Oberlippen schmal, und das Kinn weicht zurück. Je älter die Kinder werden, um so mehr gehen diese Auffälligkeiten zurück.

Häufig leiden die alkoholgeschädigten Kinder an schweren Mißbildungen innerer Organe, die monatelange Krankenhausaufenthalte erforderlich machen und ihre Lebensfähigkeit einschränken. Charakteristisch sind hier Herzfehler sowie Fehlbildungen von Nieren und Harnleitern.

Die Schädigung von ungeborenem Leben durch Alkohol wurde zwar in Tierexperimenten untersucht, die Entstehungsweise beim Menschen ist heute jedoch noch unklar. Entsprechende Studien werden dadurch erschwert, daß nur die wenigsten Frauen glaubhafte Angaben über ihre tatsächlichen Trinkgewohnheiten machen. Es scheint sich allerdings abzuzeichnen, daß der Grad der Schädigung des Kindes weder von der Alkoholmenge noch von dem Zeitraum der Alkoholkrankheit vor bzw. während der Schwangerschaft abhängt. Auch die bevorzugte Alkoholsorte (Bier, Wein, Schnaps) hat wohl keinen Einfluß auf die Art der Schädigung des Fötus.

Epidemiologische Studien aus den USA, die Frau Prof. R. Little in Frankfurt vorstellte, zeigen, daß Minderwuchs und Gesichtsveränderungen mit dem Genuß „großer" Alkoholmengen verbunden sind.

„Gesellschaftstrinken" schädigt den Keimling

Fehlfunktionen des Gehirns treten aber bereits bei „mäßigem" Trinken auf. Ein oder zwei Drinks pro Tag, also sogenanntes „Gesellschaftstrinken", vermindern die geistige Leistung der Kinder erheblich. Prof. Little warnte vor jeder Art von Alkholkonsum während der gesamten Schwangerschaftszeit, da es „weder eine richtige Zeit noch eine richtige Dosis gebe", die eine Schädigung ausschließen könnten.

Tierexperimente von Prof. S. Sandor aus Rumänien beweisen, daß bereits das befruchtete Ei im Eileiter „wie in Alkohol schwimmt", da die Alkoholkonzentration der Eileiterflüssigkeit der des Blutes entspricht. Die Zellkerne dieser Keimlinge sind eingefurcht, eine Veränderung, die eine Entwicklungsstörung vorprogrammiert. Demnach spielt schon die erste Schwangerschaftswoche eine entscheidende Rolle bei der Enstehung von alkoholbedingten Mißbildungen, ein Zeitraum, in dem die Frauen noch nicht einmal Kenntnis von ihrer bestehenden Schwangerschaft haben!

NOTIZEN

Wiederaufarbeitung

Karlsruhe (DW.) – Eine neuartige elektrochemische Verfahrenstechnik zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen hat das Institut für Heiße Chemie der Kernforschungsanlage Karlsruhe entwickelt. Dabei werden Uran und Plutonium ohne Zusatz von Chemikalien voneinander getrennt, wodurch der Entsorgungsprozeß zuverlässiger und technisch einfacher wird. Bei bisherigen Verfahren fielen die Rückstände der eingesetzten Chemikalien als radioaktive Abfälle an.

Gefährliche Chemikalien

Berlin (DW.) – Das Gefährdungspotential von Chemikalien für Wasserlebewesen und für Menschen hat jetzt das Umweltbundesamt in einem Bericht zum Gewässerschutz vorgelegt. Hierbei sind 19 Einzelstoffe weitverbreiteter Industriechemikalien als gefährlich eingestuft worden, die der Wasseraufbereitung entgehen.

Samstag auf der Wissenschaftsseite

„Henne oder Ei: Das Rätsel ist gelöst" – Ralf Lattuseck beschreibt Forschungen zur frühen Evolution des Lebens.

*

Über ein neues Therapiekonzept bei Arthrose berichtet Vera Zylka – „Gestreßte Gelenke leben am Rand des Existenzminimums."

*

Dänemark entwickelt sich zum Erdölland – „Vor Bornholm liegt die Konkurrenz für Thyra" von Harald Steinert.

NACHRICHTEN

Formel 1 alle zwei Jahre

München (dpa) – Der Grand Prix von Europa, ein Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, soll ab 1987 alle zwei Jahre auf dem Nürburgring ausgetragen. Diese Zusicherung gab Jean-Marie Balestre, der Präsident der Internationalen Automobil-Vereinigung, in München bei einem Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz, Hans-Eberhard Schleyer. Der Große Preis von Deutschland wird weiter auf dem Hockenheimring verastaltet.

Später Weltrekord

Taschkent (dpa) – Marina Stepanowa aus der Sowjetunion, mit 36 Jahren die älteste Europameisterin von Stuttgart, lief in Taschkent Weltrekord über 400 m Hürden. In 52,94 Sekunden blieb sie als erste unter der 53-Sekunden-Grenze. Bereits in Stuttgart hatte sie mit 53,32 Sekunden eine Bestzeit aufgestellt.

Millionenklage

Riverhead (sid) – Vor einem Gericht in Riverhead/New York begann gestern ein Prozeß gegen Martina Navratilova. Der Fotograf Arthur Seitz hatte die weltbeste Tennispielerin auf Schadenersatzzahlung von zwei Millionen Dollar verklagt. Er beschuldigt sie, ihn 1982 beim Turnier in Flushing Meadow am Arm verletzt und Filme im Wert von 50 000 Dollar zerstört zu haben, als er sie nach dem Spiel gegen Pam Shriver fotografieren wollte. Martina Navratilova wirft dem Fotografen vor, er habe sie bestürmt und sie habe sich bedroht gefühlt.

Favoriten ausgeschieden

Los Angeles (sid) – Vier gesetzte Spieler sind beim Tennis-Turnier von Los Angeles (315 000 Dollar) bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Tim Mayotte (Nummer 3) unterlag seinem amerikanischen Landsmann Mike Leach 6:7, 7:5, 3:6, Jimmy Arias (7) verlor gegen Todd Witsken 6:7, 1:6. Am Tag zuvor hatten bereits Anders Jarryd (4) und Paul Annacone (5) verloren.

Vertrag bis 1989?

Hannover (sid) – Jürgen Wähling, Trainer des mit 16:0 Punkten gestarteten Fußball-Zweitligaklubs Hannover 96, wird seinen Vertrag wahrscheinlich schon jetzt um zwei Jahre bis 1989 verlängern. Hannover wird gleichsam zu einer schnellen Entscheidung gezwungen, weil sich auch der dänische Verein Aalborg um den Trainer bemüht. Wähling hatte zwölf Jahre in Dänemark gearbeitet.

Ausländer im Tor

Elsenfeld (dpa) – Der 33 Jahre alte Marian Hirner von Lokomotive Trnava wird ein Jahr für den Handball-Bundesligaklub TV Großwallstadt spielen. Der Torwart aus der Tschechoslowakei (100 Länderspiele) ist der erste ausländische Spieler, der das Trikot des fünfmaligen deutschen Meisters trägt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europapokal, Pokalsieger: Fram Reykjavik – Kattowitz 0:3, 1903 Kopenhagen – Vitoscha Sofia 1:0. – **UEFA-Cup:** FC Groningen – Galway United 5:1, Xamax Neuchâtel – Lungby Kopenhagen 2:0, Jeunesse Esch – AA Gent 1:2. – **Freundschaftsspiel:** Bochum – Dynamo Dresden 0:1.

TENNIS

Internationale Deutsche Meisterschaften in Hamburg, 1. Runde: Svensson (Schweden) – Ostoja (Jugoslawien) 6:1, 6:4, Muster (Österreich) – Agenor (Haiti) 7:5, 6:2, Pimek (CSSR) – Luna (Spanien) 7:6, 6:3, Mattar (Brasilien) – Schapers (Holland) 7:5, 5:7, 7:6, Hlasek (Schweiz) – Werner (Bundesrepublik Deutschland) 4:6, 7:6, 6:2, Davin (Argentinien) – Keretic (Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:1, Stenlund (Schweden) – Cane (Italien) 6:4, 7:5, Perez-Roldan (Argentinien) – Perez (Uruguay) 1:6, 6:0, 6:4, Sundström (Schweden) – Vojtisek (CSSR) 4:6, 6:4, 6:2). – 2. Runde: Mecir (CSSR) – Gunnarsson (Schweden) 6:1, 6:1, Sanchez (Spanien) – Svensson 6:4, 6:2, Perez-Roldan – Slozil (CSSR) 6:3, 2:6, 6:2, Muster – Tulasne (Frankreich) 7:6, 6:2, Nystroem (Schweden) – Mattar 6:3, 1:6, 6:3, Davin – Stenlund 6:4, 6:2.

FUSSBALL / Zuschauerpleite in Gladbach

Heynckes will neuen Stürmer, doch Manager Grashoff hat kein Geld

HOLTHOFF, **Mönchengladbach**

Das Tageslicht war soeben der anbrechenden Nacht gewichen, als die Fußballspieler von Mönchengladbach zum Dienst antraten. So mußten sie am Bökelberg das Fluchtlicht einschalten, um zu erhellen, was besser im dunkeln geblieben wäre.

Dort, wo sie einst rauschende Fußball-Feste feierten, erleben sie jetzt das jämmerliche Erwachen. Wie ein morgendlicher Kater nach durchtanzten Nächten. Bonjour Tristesse. Die Zeit der Feste ist vorbei. Nicht erst seit der spärlichen Leistung beim 1:0-Sieg gegen Partizan Belgrad.

Was sie in Mönchengladbach derzeit zelebrieren, hat mit Feiern nichts mehr zu tun. Das ist Dienst nach Vorschrift. Und die besagt: „Das Spiel kontrollieren. Den Ball möglichst lange in den eigenen Reihen halten und ruhig aufbauen." So hat es Trainer Jupp Heynckes angeordnet.

Aus gutem Grund. „Wir können nicht mehr so schnell und dynamisch spielen wie früher. Dafür haben wir nicht die richtigen Leute", sagt Heynckes. Und: „Wir können nicht immer nur nach vorne rennen, wenn wir die Tore nicht machen."

Früher sind sie am Bökelberg gerannt, als ginge es um ihr Leben. Doch damals hatten sie auch noch richtige Stürmer und torgefährliche Mittelfeldspieler, die mit ihren Toren für die vielen Laufkilometer entschädigten. Über die Jahre haben sie sie alle verkauft. „Aus wirtschaftlichen Gründen", sagte Manager Helmut Grashoff jedesmal. Weil das Stadion zu klein ist und die Kasse deshalb ständig leer war.

Zuletzt haben sie den quirligen Frank Mill verkauft. Dafür haben sie jetzt Günter Thiele. Der ist genau das Gegenteil zu Mill: Dunkelhaarig, groß, kräftig, antrittschwach, unbeholfen und – erfolglos. In sieben Pflichtspielen für Mönchengladbach hat er noch kein Tor erzielt. Gegen Belgrad wurde er nach siebzig Minuten sogar ausgewechselt.

1,2 Millionen hat Grashoff für den sogenannten Stürmer nach Düsseldorf überweisen müssen. Jetzt ist die Kasse natürlich wieder leer. Und das Geld wird zusehends knapper, weil keine Zuschauer mehr kommen. Gerade 5000, darunter knapp 2000 Jugoslawen, kamen noch zum UEFA-Cup-Spiel gegen Belgrad.

Trotzdem hat Mönchengladbach 500 000 Mark eingenommen. Das Honorar für die Fernseh-Live-Übertragung und die Gelder aus der (nicht einmal komplett verkauften) Bandenwerbung machten es möglich. Sie polieren die Bilanzen und stellen den Kaufmann Grashoff zufrieden. Denn der ist schließlich nur für die wirtschaftliche Solidität des Klubs verantwortlich. Die ist ihm allemal wichtiger als die sportliche Leistung.

„Für Fluidum kann ich mir nichts kaufen", sagte Grashoff, nachdem Trainer Heynckes besorgt festgestellt hatte: „Wir hatten heute kein Europacup-Fluidum. Gerade die Atmosphäre hier war es doch, die uns früher so stark gemacht hat. Das war doch mal was, Europacup in Gladbach."

Im Zeichen des Mißerfolgs bröckelt auch die Fassade der heilen Welt, die der Klub einst so gern der Öffentlichkeit vorführte. Trainer und Manager ziehen längst nicht mehr am selben Strang. Manager Grashoff scheut jegliches finanzielles Risiko, Trainer Heynckes aber ist nicht bereit, langfristig auf den sportlichen Erfolg zu verzichten, der unter Grashoffs Finanzpolitik erheblich leidet.

Heynckes, selbst für die Verpflichtung von Günter Thiele verantwortlich, sucht schon seit sechs Wochen nach einem weiteren Stürmer, weil der verletzte Torjäger Hans-Jörg Criens noch bis Mitte Oktober ausfallen wird. Er wollte den Dänen Lars Lunde haben, der bei Young Boys Bern spielt und jetzt zu Bayern München wechselt.

„Wir waren schon an ihm dran, als die Bayern noch keinen Kontakt aufgenommen hatten. Alle drei Tage habe ich mit ihm telefoniert. Aber die waren hier ja nicht in der Lage, kurzfristig das Finanzielle zu regeln", sagt Heynckes. Die Ablöse für Lunde sollte eine Million Schweizer Franken betragen. „Auch an Marcel Witeczek waren wir interessiert, als er 16 war. Schon damals aber stand eine Ablöse von 200 000 Mark im Raum." Witeczek ging zu Bayer Uerdingen.

Fehlende Stürmer und Zuschauer haben den Trainer alarmiert. Die Kulisse von 5000 Zuschauern war die kleinste, die der ehemalige Publikumsliebling Mönchengladbach seit seinem Bundesliga-Aufstieg 1965 jemals registriert hat. „Selbst wenn das Fernsehen nicht übertragen hätte, wären höchstens 5000 Leute mehr gekommen", sagte Heynckes, lehnt im Gegensatz zu Manager Grashoff aber generell eine Live-Übertragung bei Heimspielen ab.

„Ein Spiel läuft einfach anders, wenn mehr Stimmung ist. Davon haben wir doch früher gelebt. Aber wenn das so weitergeht, spielen wir eines Tages in leeren Stadien nur noch vor Fernsehkameras." Was Heynckes vergaß: Mit einer besseren Leistung hätte Mönchengladbach neunzig Minuten lang live für sein nächstes Heimspiel werben können. Doch auch die Chance wurde vertan.

TENNIS / Sensation in Runde eins: Boris Becker ist schon ausgeschieden

● Die Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften haben ihre große Attraktion verloren. Boris Becker ist bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Es bleibt dabei: Der so erfolgreiche Weltklassespieler, der auf Platz zwei der Weltrangliste steht, hat stets Schwierigkeiten mit dem ersten Spiel eines Turniers. Diesmal unterlag er dem gleichmäßiger spielenden Amerikaner Mel Purcell (67. der Weltrangliste).

● Boris Becker hat zweimal das Turnier von Wimbledon gewonnen, ein Rasen-Turnier. Ein großer Erfolg auf einem Asche-Platz fehlt ihm noch. Ist er einer der Spezialisten, die es für die einzelnen Beläge immer häufiger gibt? Die großen Turniere werden auf vier verschiedenen Belägen entschieden. Außer auf Rasen und Asche (wie die Internationalen Deutschen Meisterschaften) noch auf Zement und Supreme Court.

● Hans-Jürgen Pohmann, WELT-Mitarbeiter und selbst einmal erfahrener Daviscup-Spieler, hat vier verschiedene Ranglisten aufgestellt, getrennt nach den Belägen. Nur in einer kann Boris Becker bisher auf Platz eins stehen, die drei anderen werden von Ivan Lendl angeführt, der auch in der Weltrangliste an der Spitze steht. Die Zahlen in Klammern hinter den Namen bedeuten die Weltranglistenplätze der Spieler.

Hechtsprung, Asse, geballte Faust – alles vergebens, die Geduld fehlte

C. H. **Hamburg**

Die Überraschung ist perfekt. Boris Becker, der Favorit der Internationalen Tennismeisterschaften von Deutschland in Hamburg, ist bereits in seinem ersten Spiel des Einzelwettbewerbs gescheitert. Er unterlag dem Amerikaner Mel Purcell mit 5:7, 6:2 und 6:7.

Ein Hechtsprung, vier abgewehrte Matchbälle, ein As zum rechten Zeitpunkt und dann die geballte Faust – Becker bot den gut 9000 Zuschauern in Hamburg in seinem ersten Spiel alles, was zu einem spannenden Tennisspiel gehört, wenn er mit von der Partie ist. Doch schließlich auch, wie so oft zuvor, die Niederlage im ersten Spiel eines Turniers.

Denn wieder bot Becker auch jene Ungeduld, die auf dem langsamen Boden eines Sandplatzes schnell auf die Verliererstraße führen kann. Mit offensiven Schlägen hatte Becker immer wieder den schnellen Punktgewinn gesucht. Doch der wieselflinke Amerikaner, nur die Nummer 67 der Weltrangliste, aber ein ausgesprochener Spezialist für solche Böden, brachte immer wieder selbst hart geschlagene Schmetterbälle zurück und brauchte in wichtigen Phasen des Spiels lediglich auf Fehler seines Gegners zu warten.

Ein ungemein spannendes Spiel, vor allem in jener Phase, als Becker seinen Rhythmus gefunden zu haben schien, geduldiger auf seine Chance wartete und seine Angriffe besser vorbereitete. In diesen Momenten gelangen Mel Purcell dann auch selbst Passierschläge, Lobs oder Stop-Bälle, die ihm schließlich im Tie-Break des dritten Satzes den Sieg brachten. 9000 Zuschauer verfolgten erst begeistert, dann ungläubig den Verlauf des Hauptereignisses des Tages.

Auch dem Doppelwettbewerb galt gestern wieder große Aufmerksamkeit. Schließlich könnten in Hamburg in diesem Wettbewerb einige Fragen beantwortet werden. Kann



Fast schaut es so aus: Der Meister (Becker) gibt dem Lehrling (Jelen) Tips. Doch im Einzel sind sie schon beide ausgeschieden. FOTO: AP

das deutsche Paar Becker/Jelen die jahrelange Misere beheben? Sind diese beiden das erste deutsche Daviscup-Duo von Weltklasse seit den Zeiten der Hans-Jürgen Pohmann und Jürgen Faßbender?

Der erste Sieg mit 6:4, 6:3 über die harmlosen Michael Westphal und Christian Saceanu (Pinneberg/Neuss) war noch keine Offenbarung. Mehr als das Spiel beeindruckte die Kulisse. Der mehr als 11 000 Zuschauer fassende Centre Court war fast voll besetzt. So viel Menschen haben wohl selten ein dazu noch langweiliges Erstrunden-Doppel erlebt. Gestern hatten Becker und Jelen die wesentlich stärkeren Schweden Gunnarsson/Nyström zum Gegner. (Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

Das Problem wird bleiben, daß Jelen, ebenso wie vor ihm Andreas Maurer, nicht mit Becker in Grand-Prix-Turnieren zusammenspielt. Dies soll sich in Zukunft ändern. Aber ohnehin tritt Jelen trotz seiner aggressiven Spielweise so selten im Doppel an, daß er in Hamburg an der Seite Beckers nicht aufgrund der Plazierung in der Doppel-Weltrangliste, sondern mit einer sogenannten Wild Card des Veranstalters ins Hauptfyeld kam.

Beckers Trainer Günther Bosch sieht darin aber keine große Schwierigkeit: „Hauptsache, zwei Spieler haben die Waffen, ein gutes Doppel zu spielen. Zivojinovic und Gomez haben in Flushing Meadow auch zum erstenmal zusammen gespielt – und gewonnen."

Möglicherweise bleibt den beiden Deutschen in der nächsten Woche Zeit einige gezielte Doppel-Übungen. Jelen reist mit Becker zum gemeinsamen Höhentraining im schweizerischen Crans Montana.

Rasen

1. Boris Becker (2), 2. Ivan Lendl (1), 3. Stefan Edberg (4), 4. Henri Leconte (7), 5. Slobodan Zivojinovic (27), 6. Tim Mayotte (14), 7. Mats Wilander (3), 8. Jimmy Connors (6), 9. Kevin Curren (23), 10. Pat Cash (95).

● Der Rasen ist der schnellste Belag. Er begünstigt die Spieler mit einem starken Aufschlag, also die, die das Serve-and-Volley-Spiel beherrschen. Da gibt es keinen Zweifel über Beckers Spitzenstellung. Die Fachzeitung „Tennis Weekly" nennt ihn „King of Grass". Auf Rasen (zum Beispiel in Wimbledon) tauchen ausgesprochene Spezialisten auf. Zu ihnen gehören auch der Australier Cash und Beckers Doppelpartner Zivojinovic.

Asche

1. Ivan Lendl, 2. Boris Becker, 3. Henri Leconte, 4. Mats Wilander, 5. Andres Gomez (10), 6. Joakim Nystroem (8), 7. Miloslav Mecir (9), 8. Yannick Noah (5), 9. Stefan Edberg, 10. Michael Pernfors (11).

● Asche ist der langsamste Belag, die Bälle springen auf ihm am höchsten. Deshalb die langen Ballwechsel, bei denen die Spieler auch Geduld für hartnäckige Grundliniienduelle haben müssen. Sie fehlt Becker mitunter. Mit ein wenig mehr Ruhe könnte er seine Fähigkeiten auch auf diesem Belag besser umsetzen.

Zement

1. Ivan Lendl, 2. Boris Becker, 3. Henri Leconte, 4. Stefan Edberg, 5. Andres Gomez, 6. Yannick Noah, 7. Joakim Nystroem, 8. Mats Wilander, 9. Jimmy Connors, 10. Miloslav Mecir.

● Auch auf den in den USA häufigen Hartplätzen (zum Beispiel in Flushing Meadow) kann Becker an Lendls Thron noch nicht rütteln. Aber er kommt auch hier immer besser zurecht.

Supreme

1. Ivan Lendl, 2. Boris Becker, 3. Mats Wilander, 4. Henri Leconte, 5. Andres Gomez, 6. Tim Mayotte, 7. Joakim Nystroem, 8. Jimmy Connors, 9. Yannick Noah, 10. Anders Jarryd (17).

● 90 Prozent aller großen Hallenturniere werden auf dem Supreme Court ausgetragen, einer vier Millimeter hohen Gummimatte, die langsamer als Zement, aber schneller als Asche ist. Hier ist Becker der Nummer eins der Weltrangliste schon dicht auf den Fersen.

Kein Ausweg aus dem Teufelskreis?

Von 100 000 Mark, die der Basketball-Nationalspieler Lutz Wadehn bei Bayer Leverkusen pro Jahr verdienen soll, muß der Bundesliga-Konkurrent und Aufsteiger Ludwigsburg seinen gesamten Saison-Etat bestreiten.

Der Eishockey-Bundesligaverein Düsseldorfer EG hat für die neue Saison 4,5 Millionen Mark Kosten veranschlagt. Von dieser Summe könnten die drei Konkurrenten Landshut, Kaufbeuren und Rießersee fast gemeinsam leben.

Ein Drittel des 15-Millionen-Etats macht beim Fußballmeister Bayern München die Werbung aus. Das Olympiastadion zweimal ausverkauft, bringt drei Millionen Mark. Damit muß Fortuna Düsseldorf eine ganz Saison lang auskommen.

Die Voraussetzungen mögen unterschiedlich sein, eines haben Bayer Leverkusen, die Düsseldorfer EG und Bayern München auch über die verschiedensten Sportarten hinaus gemeinsam: Geld. „Money makes the sport go round" – wo es fehlt, herrscht Mittelmaß, und die Suche nach Lösungsmöglichkeiten gleicht oft der Quadratur des Kreises.

Der Kreislauf für finanzschwache Vereine im Spitzensport sieht so aus: Kein Geld, keine lukrative Mannschaft. Keine lukrative Mannschaft, kein Erfolg. Kein Erfolg, keine Zuschauer und weniger Interessenten aus der Industrie und Wirtschaft, die sich selbstverständlich prominente Werbeträger suchen. Und damit also kein Geld.

Die Suche nach dem Ausweg mündet oft in die Abhängigkeit. Sogenannte Mäzene tauchen auf, und wenn sie dann wieder abtauchen, hinterlassen sie verbrannte Erde. Was bleibt, ist nicht selten der Gang zum Konkursrichter. Der Traditionsverein 1860 München, in die erste Amateurklasse des Fußballs verbannt, ist nur ein mahnendes Beispiel.

STAND ● PUNKT

Die Hintergründe für chronische Finanzprobleme treten besonders beim Eishockey kraß zu Tage. Den bayerischen Traditionsklubs wie Rießersee, Kaufbeuren oder Landshut fehlen die Sponsoren im positiven Sinne. Die Klubs aus den Großstädten locken die Talente, die es in der bayerischen Provinz immer noch häufiger gibt als in nordrhein-westfälischen Ballungszentren, aus der Heimat.

Wo in den Großstädten Weltfirmen den Sport als Werbe-Lokomotive entdeckt haben und entsprechend zahlen, oder – wie Bayer – erfolgreich an das eigene Werk anbinden, fehlt der Konkurrenz aus der Provinz die industrielle Unterstützung. Von mittelständischen Unternehmen kann man nicht leben, die ohnehin oft genug mit sich selbst zu tun haben.

Was bleibt, ist wohl die Einsicht in das Machbare, die Rückbesinnung von der Illusion in die Realität. Sich mit Mittelmaß bescheiden ist allerdings schwer in einer Zeit, da das Beste gerade gut genug ist, den Bundesbürgern via Werbefernsehen permanent neue, teure Quellen für den Anstieg der Lebensqualität zum erschließen. Und Sportzuschauer sind letztlich ein Spiegelbild des Bundes-Querschnitts mit seinem Streben nach Perfektion. B. S./sid

Handball-Sieg, aber Sorgen bleiben

dpa, **Lemgo**

Für den Notfall läßt sich Simon Schobel noch ein Hintertürchen offen – doch der Kader der Handball-Nationalmannschaft nimmt nach den Testländerspielen gegen Island in Wermelskirchen (19:19) und Lemgo (20:15) auf dem Weg zur B-Weltmeisterschaft im Februar in Italien feste Formen an. Erhard Wunderlich fehlte gegen Island und wird, wie mit Schobel abgesprochen, auch beim Vierländerturnier im Oktober in Stuttgart und Offenburg nicht dabei sein. Außerdem steht der 29jährige frühere Weltklassespieler seit dem 1. Juli nicht mehr in der Sportförderung und zählt damit nominell nicht mehr zum erweiterten DHB-Kader.

Nach den Achtungserfolgen gegen den WM-Sechsten Island, der der deutschen Mannschaft DHB-Auswahl in der Schweiz den Olympia-Qualifikationsplatz für Seoul wegschnappte, bleiben Schobel noch 45 Vorbereitungstage mit insgesamt 19 Testspielen. „Ich lasse mich nicht mehr von Erfolgen so schnell blenden, doch die beiden Spiele haben eine Menge gebracht", resümierte er. „Wunderlich wird auch nicht beim Vierländerturnier dabei sein, denn ich will sehen, wie sich dieser Kader weiterentwickelt." Die Zukunft von Wunderlich („Ich brauche mich nicht mehr zu verkaufen und warte auf ein Wort von Schobel") wird in der Nationalmannschaft immer ungewisser.

Dabei läßt Schobel sich selbst nicht von der Tatsache beirren, daß gerade auf Wunderlichs Position im linken Rückraum noch vieles verbesserungswürdig ist. Neitzel (Gummersbach) und der Düsseldorfer Schöne konnten gegen die Isländer keineswegs überzeugen. „Wir müssen gerade Neitzel nach seiner langen Sperre noch Zeit geben. Ihm fehlt die Spielpraxis, aber er soll in dieser Mannschaft eine dominierende Rolle spielen", sagt der Bundestrainer.

Nach dem Hickhack um die Sperre der Essener Spieler Fraatz, Hecker und Quarti sowie den verletzten Dörhöfer und Löhr wollte Schobel nicht den Tag vor dem Abend loben: „Aber ich bin mehr als zufrieden mit der positiven Bilanz, die auch spielerische Hoffnungen weckt." Erfreulich war die gute Form und körperliche Verfassung nach dem Bundesligastart sowie die Abwehrarbeit mit der 3:2:1-Deckung. Im Angriff fehlte noch die konzentrierte Auswertung aller Chancen. Die positiven Aspekte hießen Reiner Bauert (Hofweier) als Alternative zu Linksaußen Fraatz oder aber Walter Schubert. „Schubert bringt viele neue Ideen und macht das Spiel schnell", lobte Schobel den Düsseldorfer, der von seinen Nebenleuten akzeptiert wurde.

Kopfzerbrechen bereitet Schobel auch Linkshänder Ratka, der im Schatten des kurzfristig berufenen Schwalb (Großwallstadt) stand. „Ratka hat sich selbst unter enormen Erwartungsdruck gestellt", nahm Schobel den 22jährigen Düsseldorfer in Schutz. Mit Schwalb wird es eng auf der halbrechten Angriffsposition, wo auch Dörhöfer seine Anwartschaft geltend macht.

18 Spieler umfaßt zur Zeit der Kader: Thiel (Gummersbach), Hecker (Essen), Krieter (Kiel), Bauert (Hofweier), Neitzel, Fitzek, Lehnertz (alle Gummersbach), Schöne, Schubert, Ratka (alle Düsseldorf), Müller, Schwalb (beide Großwallstadt), Roth, Dörhöfer (beide Schwabing), Löhr (Milbertshofen), Fraatz, Quarti, Happe (alle Essen).



Der oft vertretene Standpunkt, automobiler Fortschritt führe zwangsläufig zu Kompromissen im Design, wird von Fiat nicht geteilt. Schließlich zeigt der neue Croma deutlich, wie sich aus einem innovativen Automobil-Konzept ein neues, schnörkelloses, individuelles Design ergeben kann. Klare Linien und gelungene Proportionen harmonieren mit einer konsequent angewandten Aerodynamik (cw-Wert: 0,32).
Die Idee der fünften Tür wurde so elegant gelöst, daß trotzdem ein Stauraum von 1,4 m^3 zur Verfügung steht. Diese Fiat-Raumökonomie wurde allerdings erst möglich durch eine neu entwickelte Einzelradaufhängung in Verbindung mit Frontantrieb und neuen, quer integrierten Triebwerken.
1. Der Croma 2000 CHT (Controlled High Turbulence) ist der erste Motor in der Automobilgeschichte mit zwei unterschiedlich dicken Ansaugkanälen. Das verringert den Verbrauch bei Teillast um 20%.
2. Der Croma 2000 i.e. Die elektronischen Steuergeräte für Einspritzung und Zündung wurden in einem neuen Zentralcomputer zusammengefaßt.
3. Der Croma Turbo i.e. Sein Garrett-T3-Turbolader ist gekoppelt mit einer elektronischen Bosch-Einspritzung. Außerdem verfügt dieser Motor über Microplex-Zündung und Klopfsensor.
4. Der Croma Turbo Diesel. Ladeluftkühler, Schnell-Glühkerzen und Diesel-Vorwärmung im Winter.
Jedes Croma-Triebwerk ist in seiner Kategorie richtungweisend in puncto Kraftstoffausnutzung und Schadstoffemission. Ebenfalls überdurchschnittlich ist die Liste der serienmäßigen Ausstattung: Zentralverriegelung inkl. der Heckklappe, 5 Gänge, Servolenkung, athermische, getönte Scheiben, Heckscheibenwischer/-wascher, elektrische Fensterheber vorn, höhenverstellbares Lenkrad. Und als besondere Extras sind für manche Modelle ABS und Niveau-Regelung erhältlich. Eine Welt voller Technik, die so mancher Automobilhersteller nördlich der Alpen gerne im Angebot hätte.

CROMA 2000 CHT. 66 kW (90 PS).
Spitze 182 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,8 Sek.
23.650,– DM*.

CROMA 2000 i.e. 88 kW (120 PS).
Spitze 192 km/h, 0 auf 100 km/h in 9,9 Sek.
26.700,– DM*.

CROMA 2000 i.e. Kat. 83 kW (113 PS).
Spitze 191 km/h, 0 auf 100 km/h in 10,4 Sek.
28.200,– DM*.

CROMA Turbo i.e. 114 kW (155 PS).
Spitze 210 km/h, 0 auf 100 km/h in 7,8 Sek.
32.990,– DM*.

CROMA Turbo Diesel. 74 kW (100 PS).
Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek.
31.900,– DM*.

*Unverbindliche Preisempfehlung zzgl. Überführungskosten. Stand August 1986.

FIAT

FIAT CROMA. Der große Fiat.

Die Geheimakten wurden noch nicht einmal gezählt

W.K. Düsseldorf

Groteske Nachlässigkeit im Umgang mit Geheimakten aus dem Verteidigungsbereich wurden im Prozeß gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Kolbow vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht aufgedeckt. Der 42jährige frühere stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses muß sich wegen Weitergabe von Teilen der geheimen Bundeswehrplanung bis 1997 verantworten. In der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß im Verteidigungsministerium derartige Geheimakten in Panzerschränken gesichert werden, während im Fall Kolbow ein „schließbares Behältnis" im Abgeordnetenhaus am Tulpenfeld genügte. Damit nicht genug: Als der Haushaltsausschuß des Parlaments im Mai 1984 die jetzt vor Gericht diskutierte geheime Planung beriet, wurden eilends 20 Exemplare des Bundeswehrplans an Mitglieder verteilt, nach der Sitzung die Rückgabe aber nicht namentlich registriert. Die eingesammelten Akten wurden nicht einmal gezählt.

„Ich nehme an, daß die maßgebenden *Leute in Zukunft zählen werden*", bemerkte der Vorsitzende des 4. Strafsenates, Wagner, sarkastisch. In dem Verschwinden einer Kopie des Plans aus dieser Haushaltsausschuß-Sitzung sieht Kolbow seine Chance, daß er nicht wegen Preisgabe eines Staatsgeheimnisses verurteilt wird.

Kohl: Östliche Bedrohung wird in westlichen Demokratien verharmlost

Vor Mitgliedern der Atlantischen Gesellschaft betonte der Kanzler die Bedeutung der NATO

RÜDIGER MONIAC, Mainz

Eindeutig hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl erneut zur NATO und zur Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden bekannt. Die Bedeutung des Bündnisses für die europäische und insbesondere die deutsche Sicherheit betonte er auf der 32. Jahresversammlung der „Atlantic Treaty Association" (ATA), die diese Woche in Mainz tagt. Vor der ATA, in der alle nationalen atlan*tischen Gesellschaften aus den* NATO-Ländern zusammengeschlossen sind, verdeutlichte Kohl wichtige Grundelemente seiner Regierungspolitik.

„Einheit in Freiheit"

Die deutsche Beteiligung an der Bildung eines vereinten Europas stellte der Kanzler in Zusammenhang mit dem „Auftrag der Geschichte und einem unverzichtbaren deutschen Selbstverständnis" – „die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden". Dabei müsse die Wiedervereinigung des *deutschen Volkes* Teil *eines Prozes*ses sein, in dem die Spaltung ganz Europas überwunden werde. Der Kern der „deutschen Frage" sei die Freiheit, die er nicht nur für alle Deutschen wolle, sondern auf die auch alle östlichen Nachbarn der Deutschen einen „unverzichtbaren Anspruch" hätten. *Diese Politik verfolge, wie* Kohl unterstrich, keine aggressiven Absichten. Es gehe lediglich um die Schaffung einer Friedensordnung für ganz Europa, „in der die Völker ungeachtet ihrer heutigen Gesellschaftsordnungen ohne Angst gleichberechtigt und im gegenseitigen Vertrauen miteinander leben können".

Nachdrücklich wandte sich der Regierungschef gegen „diejenigen Kräfte in unserem Lande, die, unter welchem Vorwand auch immer, mit dem Bündnis experimentieren". Sie spielten mit der deutschen Freiheit und letztlich mit dem Frieden in Mitteleuropa. Ohne die Sozialdemokraten zu erwähnen, kritisierte er sie mit den Worten, es genüge nicht, Lippenbekenntnisse zur NATO abzulegen, wenn *gleichzeitig politische und militärische* Schritte gefordert würden, die das Bündnis militärisch und psychologisch schwächten. Selbstverständlich müßten deutsche Interessen in der NATO gewahrt werden, setzte der Kanzler hinzu, nur müsse man die gesamte Allianz im Auge behalten und sie *nicht* „am deutschen Wesen genesen lassen wollen".

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern überall in den westlichen Demokratien ist nach Meinung des Kanzlers eine Tendenz zur Verharmlosung der sowjetischen Be*drohung, gepaart mit einer wachsen*den kritischen Einstellung zur westlichen Schutzmacht USA festzustellen. Den Grund dafür sieht er in der mehr als drei Jahrzehnte langen Wahrung von Frieden und Freiheit durch die NATO. *Dadurch sei ihre Identität als* „Wertegemeinschaft" verschwommen. Ein derartiger Realitätsverlust berge die Gefahr der politischen und schließlich geistigen Trennung Westeuropas von Nordamerika.

Defensive Verteidigung?

Auf der ATA-Tagung sprachen auch der oberste NATO-Befehlshaber Europa, General Rogers, und Generalinspekteur Wolfgang Altenburg. Der amerikanische General lehnte Forderungen nach einer „defensiven Verteidigung" ab. Diese würde den Westen allein schon wegen der Bedrohung durch massive konventionelle Streitkräfte des Warschauer Paktes politisch erpreßbar machen. Altenburg wies auf die weiterwachsende militärische Bedrohung durch *den Osten hin. Sie gehe im* wesentlichen auf qualitative Verbesserungen der Offensivfähigkeit der dortigen Armeen zurück. So würden beispielsweise die technischen Mittel zur Operationsführung ausgebaut, die Beweglichkeit am Boden und in der Luft verbessert und auch die Fähigkeit *zum Blitzangriff* vergrößert.

Offene Diskussion in Ständiger Vertretung

AP/dpa, Ost-Berlin

Erstmals seit ihrem Bestehen ist es in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin zu einer offenen Diskussion zwischen hochrangigen „DDR"-Politikern und Vertretern des Westens gekommen. In diplomatischen Kreisen Ost-Berlins wurde es gestern als eine „politische Sensation" gewertet, daß sich SED-Politbüromitglieder im Anschluß an einen Vortrag des westdeutschen Atomphysikers und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker, am Dienstag abend freimütig zum Thema „Fragen der Friedenssicherung in Europa" äußerten.

Zur „DDR"-Abordnung, die einer Einladung des Ständigen Bonner Vertreters, Hans-Otto Bräutigam, gefolgt war, gehörten unter anderen SED-Chefideologe Kurt Hager, der Außenpolitiker Hermann Axen, Umweltminister Hans Reichelt sowie der engste Mitarbeiter von Parteichef Erich Honecker, Frank-Joachim Herrmann. Während Weizsäcker unter anderem erklärte, der Friede sei ein Weg zur Abrüstung, nicht umgekehrt, entgegnete Axen, hinsichtlich der Vorstellung „erst Frieden, dann Abrüstung", gebe es Differenzen. Hager bekundete Weizsäcker, „daß ich ihren Standpunkt sehr achte", vermißte jedoch ein Eingehen auf die aktuelle politische Situation im Ost-West-Verhältnis.

Skandinavier über Pariser Visa-Politik verstimmt

Chirac verschiebt Kanada-Reise / Mitterrand in Indonesien

P. RUGE/DW. Stockholm/Paris

Die nordischen Länder fühlen sich durch die Entscheidung der französischen Regierung, für alle Ausländer mit Ausnahme von EG-Bürgern und Schweizern die *Visa-Pflicht einzuführen*, brüskiert. Schweden hat Norwegen und Finnland zu umgehenden Beratungen aufgefordert, um gegebenenfalls gemeinsame Gegenmaßnahmen zu verabschieden. Aus Stockholm verlautete, die nordeuropäischen Länder könnten Frankreich um eine Sonderregelung bitten, wie sie für Schweizer gilt. Andernfalls würde wahrscheinlich die Visa-Pflicht für Franzosen bei der Einreise in skandinavische Länder verhängt werden.

„Nation im Stich gelassen"

Zu einem solchen Schritt hat sich bereits Kolumbien entschlossen. Das Außenministerium in Bogotá erklärte, diese Maßnahme entspreche dem Prinzip der Gleichbehandlung.

Unterdessen erregen sich in Frankreich die Gemüter über Staatspräsident Mitterrand, weil er trotz der Terrorwelle eine Reise nach Indonesien angetreten hat, während Premierminister Chirac einen dreitägigen Besuch Kanadas verschoben hat. Mitterrand muß sich von den Medien vorhalten lassen, er habe die Nation in einem Augenblick der Bedrohung, der Nervosität und der Angst im Stich gelassen. Der Elysee-Sprecher sah sich in Djakarta genötigt zu erklären: „Nicht nach Indonesien zu fahren, hätte bedeutet, den Terroristen gegenüber einzugestehen, daß der Präsident sein Handeln von Attentätern bestimmen lasse."

Der Sprecher Chiracs verteidigte den Staatspräsidenten: „Jeder hat seine Funktion. Frankreichs Verpflichtungen in der Welt und insbesondere seine ökonomischen Interessen müssen gewahrt bleiben." Es bestehe ein ständiger Kontakt zum Präsidenten.

Zur Verschiebung der Kanada-Reise Chiracs sagte er, angesichts der Serie von Bombenanschlägen halte es der Regierungschef für geboten, in Paris zu bleiben. Allerdings werde er wie vorgesehen am 24. September eine Rede vor der Vollversammlung der *Vereinten Nationen in New York* halten.

Inzwischen sind die Sicherheitsvorkehrungen vor allem um den Elysee-Palast, dem Amtssitz von Präsident Mitterrand erheblich verschärft worden, nachdem das „Komitee für Solidarität mit arabischen und nahöstlichen Gefangenen" (CSPPA) gedroht hatte, die Schutzwand um den Palast zu zerstören. Die CSPPA, die die Freilassung des mutmaßlichen Chefs der „Libanesischen bewaffneten Revolutionsgruppe" (FARL), Georges Ibrahim Abdallah, fordert, *gibt sich als Urheber der jüngsten* Terrorwelle aus.

Familie verübt Terror

Dem FARL-Führer werden zwei Morde zur Last gelegt. „Wir sind in der Lage, für eine Explosion nach der anderen zu sorgen. Wir schlagen überall zu, wo wir hinreichen", hieß es in einer handschriftlich abgefaßten Erklärung.

Der französische Geheimdienst ist davon überzeugt, daß die Familie von Abdallah für den Bombenterror verantwortlich ist. Mindestens zwei seiner insgesamt sechs Brüder sollen sich zur Zeit in Frankreich aufhalten. Die Polizei hat Fahndungsfotos im ganzen Land ausgehängt.

Vranitzky setzt sich gegen neuen FPÖ-Chef durch

cgs. Wien

In der ersten „Scheidungsrunde" der von den Sozialisten aufgekündigten Wiener *Regierungskoalition hat* sich Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gegen den neuen Parteivorsitzenden der Freiheitlichen, Jörg Haider, durchgesetzt. Nach stundenlangen Beratungen, bei denen noch Bundespräsident Kurt Waldheim eingeschaltet war, fiel die Entscheidung, *daß die Minister* und *Staatssekretäre* der FPÖ – einschließlich des abgewählten bisherigen Parteichefs, Vizekanzlers und Handelsministers Norbert Steger – bis zum Wahltag am 23. November in der Regierung verbleiben.

Der neue FPÖ-Chef Haider hatte anfangs die sofortige Entlassung Stegers aus dem Kabinett gefordert. Vranitzky wiederum hatte gesagt, er sei nur bereit, entweder alle FPÖ-Minister in ihren bisherigen Ämtern zu belassen – also einschließlich Stegers – „oder aber es müßten alle FPÖ-Regierungsmitglieder zurücktreten. In diesem Falle hätte Österreich für die Zeit bis zum Wahltag eine Minderheitenregierung bekommen. Aus den Kreisen der FPÖ-Minister wiederum war zu hören, wenn Vranitzky einen Rücktritt wünsche, dann solle das gesamte Kabinett zurücktreten – einschließlich der Sozialisten.

Steger hat der neuen Parteiführung eine Loyalitätserklärung abgegeben. Außerdem haben sich die freiheitlichen Minister verpflichtet, bis zum Wahltag die Regierungspolitik mitzutragen.

Rappe: Mehr Geld für die Gemeinden

gba. Hannover

In den Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages wird sich nach *Ansicht des IG-Chemie-Vorsit*zenden Hermann Rappe erweisen, „ob die Regierungskoalition den politischen Willen hat, tatsächlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen". Statt, wie geplant, im Zuge der Steuerreform Gelder an gut Ver*dienende zurückzugeben*, sollten die*se freiwerdenden Mittel* besser *den* Städten und Gemeinden für arbeitsmarktwirksame Maßnahmen zur Verfügung stehen. In den Gemeinden, so Rappe bei der Jahrespressekonferenz seiner Gewerkschaft, gebe es eine Vielzahl unbesetzter, aber notwendiger Stellen. Als Beispiel nannte er den Sozialbereich, aber auch personalintensive Baumaßnahmen, etwa in der Stadtsanierung. Er könne sich vorstellen, daß durch Stellenvermehrung bei den Städten und Gemeinden mit Hilfe von Bundesgeldern in den nächsten zwei bis drei Jahren 600 000 bis 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Weitere sinnvolle Verwendung könnten die Staatsgelder in Qualifikationsmaßnahmen und bei der „Frühverrentung" von Arbeitnehmern finden.

Es sei nicht den Unternehmern anzulasten, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht zurückgegangen sei. „Sie stellen nur so viel Leute ein, wie sie brauchen", sagte Rappe. Die Erfahrung zeige, daß die rund zwei Millionen Arbeitslosen bei konjunktureller Belebung nicht gebraucht würden, um Wachstum zu erzielen.

Die Kennedys betreten wieder ihren Siegespfad

wth, Washington

Die Kennedys kamen in Scharen, um einen Kennedy zu feiern. Mehr als das: Sie wollten Signale setzen, daß die dritte Generation der Kennedys die politische Bühne betreten hat. Joe Kennedy heißt der neue Mann. Im achten Distrikt von Massachusetts tat er am Dienstag das Erwartete: Er gewann die Vorwahlen für das Repräsentantenhaus. An seinem Einzug ins Hohe Haus bei den Kongreßwahlen am 4. November gibt es keine Zweifel. Die Republikaner waren in Massachusetts niemals ernsthafte Gegner für die Demokraten gewesen. Und ein Kennedy hat noch niemals in diesem *Staate eine Wahl* verloren.

Grund genug also, um aus der Siegesfeier ein Familienfest zu machen. Die zehn Geschwister waren in die Stadt gekommen, seine Mutter Ethel und Onkel Edward. Sie feierten mehr als einen Sieg. Sie feierten die Gewißheit, daß der Name Kennedy zumindest in Massachusetts die alte magische Wirkung besitzt. Am Ende hatte er ein Drittel mehr Stimmen als sein nächster Rivale.

In diesem Kampf der Nachfahren großer politischer Familien mußte James Roosevelt, der Enkel des Franklin D. Roosevelt, erfahren, daß der Ruhm seines Namens dahingewelkt ist. Er vermochte seine 4947 Stimmen – gegenüber den 51 888 Stimmen, die Joe Kennedy gewann – nur bei der älteren Generation einzusammeln. Es war dennoch keine historische Wahl, es war, was den Glanz und die Magie der Namen beim Wähler anging, eine Sache des besseren Gedächtnis.

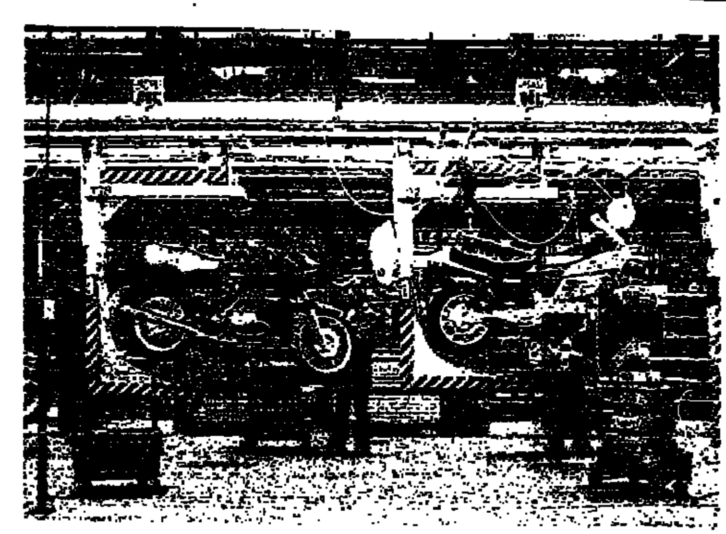
Joe Kennedy, der Sohn des ermorderten Robert Kennedy, der es trotz seiner 33 Jahren schon zu beträchtlichem Wohlstand gebracht hat, ließ *sich seine Wahl eine Million Dollar* kosten, fast doppelt soviel, wie seine zehn übrigen Bewerber für ihren Wahlkampf zur Verfügung hatten.

Dennoch tat sich Kennedy in diesem Wahlkampf erstaunlich schwer. Seine zunächst hohe Führung vor seinem engsten Rivalen Bachrach schmolz im letzten Monat plötzlich rapide zusammen, als Bachrach sich darauf konzentrierte, Kennedy einen „konservativen Demokraten" zu nennen, was im liberalen Boston nahezu ein politisches Schimpfwort ist. Bachrach belegte seine Vorwürfe mit dem Hinweis, *daß Kennedy für die* Todesstrafe eintrete und die amerikanischen Vergeltungsschläge gegen Libyen gut geheißen hatte.

Das Blatt wandte sich erst wieder zugunsten Kennedys, als der Vorgänger Kennedys in diesem Wahlbezirk, Rip O' Neill, sich öffentlich für Kennedy als seinen Nachfolger stark machte. Vor O' Neill hatte John F. Kennedy von 1946 bis 1952 diesen Wahlbezirk im Repräsentantenhaus vertreten.







Der Bestand an motorisierten Zweirädern hat den höchsten Stand seit 20 Jahren erreicht. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 61 200 Krafträder neu zugelassen. Die Aussteller gehen mit Optimismus zur Internationalen Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung (Ifma), die von heute bis Montag in Köln ihre Pforten öffnet. (S. 16) FOTO: BMW

FÜR DEN ANLEGER

Zinsen: Die Bundesbank denke nicht daran, ihre Zinsen zu senken, nur weil amerikanische und andere ausländische Politiker einen größeren Beitrag zur Stärkung der Weltkonjunktur fordern, sagte Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in einem Gespräch mit der WELT. (S. 14)

Krügerrand: Das von der EG beschlossene Importembargo für Goldmünzen aus Südafrika hat bisher zu keinen Auswirkungen auf Preis und Angebot geführt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 271,84 (278,15); Chemie: 161,79 (164,78); Elektro: 324,96 (333,39); Auto: 717,46 (740,45); Maschinenbau: 149,76 (154,28); Versorgung: 153,61 (155,61); Banken: 399,41 (407,96); Warenhäuser: 167,38 (168,33); Bauwirtschaft: 530,81 (535,37); Konsumgüter: 181,42 (185,70); Versicherung: 1438,15 (1470,50); Stahl: 151,06 (154,21).

Kursgewinner:	DM	+ %
Veith-Pirelli	560,00	4,67
Banco Santander	61,00	4,27
Barlow Rand	10,00	4,17
Mitsui Eng.	2,50	4,17
Kochs Adler	302,00	4,14

Kursverlierer:	DM	– %
Adler	302,00	4,14
Dt. Texaco	239,50	3,90
Allweiler St.	305,00	3,39
Dyckerhoff St.	265,00	2,71
Arbed S.A.	114,00	2,70

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Abwartend

WELTWIRTSCHAFT

USA: Die Industrieproduktion in den USA ist im August im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozent gestiegen.

Frankreich: Die Arbeitslosigkeit hat sich im August von 10,5 auf 10,7 Prozent erhöht.

IWF: Der Internationale Währungsfonds stellt den Industrieländern in seinem Jahresbericht eine gute Note aus. Sie hätten vielversprechende Maßnahmen ergriffen, um die Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalpolitik untereinander besser abzustimmen.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	16. 9. 86	15. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	184,50	189,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	119,00	123,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	71,00	76,50	74,50	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

VW: Vorstand und Gesamtbetriebsrat zahlen der Belegschaft eine Sonderprämie. Für den überwiegenden Teil der Belegschaft beträgt sie 700 DM.

Bosch: Am 23. September feiert das Unternehmen den 125. Geburtstag von Robert Bosch und das 100jährige Bestehen der Gruppe. (S. 16)

Siemens: Das Unternehmen dementiert Gerüchte über eine Übernahme der zu 75 Prozent zu ITT gehörenden spanischen Standard Electrica.

Matsushita: Der japanische Konzern für Unterhaltungselektronik wird in Neumünster eine Fabrik aufbauen, in der 70 Angestellte 35 000 Fotokopiergeräte pro Jahr herstellen sollen.

Ernährungsindustrie: Die Branche steigerte den Umsatz um 0,3 Prozent auf 76,3 Mrd. DM.

Übernahme: Die schweizerische Unternehmensgruppe Forbo will von der BBC Mannheim eine Mehrheitsbeteiligung an der 100prozentigen Tochter Resopal Werk H. Römmler erwerben.

NAMEN



Opel: Der Vorstandsvorsitzende Horst W. Herke wurde in den Verwaltungsrat der amerikanischen Handelskammer in Deutschland berufen. Die Kammer vertritt die Interessen von 2100 Mitgliedern.

Triumph-Adler: Francesco Tató (54) wurde vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung zum Vorsitzenden des Vorstandes berufen.

Bundesbank: Leonhard Gleske, seit 22 Jahren Mitglied des Zentralbankrates, wird heute 65 Jahre. Der in Bromberg geborene Nationalökonom ist in der Bundesbank für die internationale Währungspolitik zuständig.

WER SAGT'S DENN?

„Es gibt tiefsinnige, hochintelligente Gehirne. Meins ist flach, aber breit und funktioniert wie eine Telefonzentrale."
Hans Werthén, Vorsitzender des Aufsichtsrates Electrolux, Stockholm

Neuregelung des Finanzausgleichs soll schnell vorangebracht werden

Folgerungen aus dem Karlsruher Urteil – Bundesländer untereinander nicht einig

HEINZ HECK, Bonn

Bund und Länder sind sich offenbar weitgehend einig, die gesamte Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs so rasch voranzubringen, daß sie schon 1987 in Kraft treten kann. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte mit seinem Urteil vom 24. Juni verfügt, daß die Novelle spätestens „mit Wirkung für das Haushaltsjahr 1988" gelten müsse. Morgen beraten in Braunschweig die Finanzminister und -senatoren von Bund und Ländern zum ersten Mal über die aus dem Urteil zu ziehenden Schlußfolgerungen.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Länder herrschen über die Frage, ob eine Teilregelung im Wege *eines Vorschaltgesetzes bereits* jetzt in Kraft gesetzt werden kann. In dieser Frage ist keine rasche Einigung zu erwarten, da vor allem Länder, die insgesamt schlechter abschneiden, also weniger Geld aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen erhalten dürften, auf einer Gesamtregelung bestehen werden.

Zu den zentralen Fragen, die durch das Urteil aufgeworfen werden, gehört auch die nach der vollen Anrechnung der Gemeindeeinnahmen beim jeweiligen Bundesland (zur Zeit zur Hälfte). Da das Karlsruher Urteil die volle Anrechnung der Einnahmen aus der Förderabgabe auf die Öl- und Gasproduktion verfügt, fordert zum Beispiel Niedersachsen auch eine entsprechende Regelung bei den Gemeindeeinnahmen.

Der Streit um die Anrechnung der Förderabgabe im Finanzausgleich hatte letztlich die Klagen von sechs Bundesländern in Karlruhe ausgelöst. Das Urteil des Verfassungsgerichts geht in seinen Regelungsvorschriften und -vorschlägen aber weit über diesen Punkt hinaus.

Nicht zuletzt unter Hinweis auf die nur 50-prozentige Anrechnung der Gemeindeeinnahmen hatte Niedersachsen nach langen Verhandlungen einer ebenfalls hälftigen Berücksichtigung der Förderabgabe zugestimmt. Müßten die Länder sich die Gemeindeeinnahmen künftig voll anrechnen lassen, so wäre vor allem Baden-Württemberg mit seinen steuerstarken Gemeinden stark betroffen. Die Regierung in Stuttgart lehnt daher diesen Vorschlag ab.

In diesem frühen Verhandlungsstadium enthält der Katalog der Finanzreferenten der Länder für die Finanzministerkonferenz am Freitag mehr Fragen als Antworten.

Wie die strukturelle Eigenart der Stadtstaaten künftig zu berücksichtigen ist (bisher in Form der sogenannten „Einwohnerveredelung", also eines Zuschlags von 33 Prozent je Einwohner), soll nach dem Vorschlag der Länder eine Arbeitsgruppe klären.

Nach dem Karlsruher Urteil ist die Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) an die finanzschwachen Länder neu zu regeln. Dabei steht es dem Gesetzgeber frei, entweder deren Finanzkraft allgemein anzuheben oder Sonderlasten einzelner Länder zu berücksichtigen oder beides miteinander zu verbinden. Werden Sonderlasten anerkannt, so müssen sie benannt und begründet werden. Außerdem müssen sie „in angemessenen Abständen auf ihren Fortbestand" überprüft werden.

Die Neuregelung der BEZ gehört zu den schwierigsten Verhandlungspunkten. Über diese Frage hatte es bereits in der Vergangenheit erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen, vor allem mit Blick auf die für Bayern und Nordrhein-Westfalen vereinbarten Dotierungen, gegeben. Karlsruhe hat dem Bund eine besondere Verantwortung bei der Neuverteilung zugewiesen. Die Richter hatten die bisherige „Zurückhaltung" des Bundes mehrfach kritisiert.

Leistungen im Finanzausgleich dürfen nicht, so eine weitere Anweisung aus Karlsruhe, zu einer Veränderung in der Reihenfolge der Finazkraft der Länder führen. Die unterschiedliche Finanzkraft darf nur angemessen und ohne Nivellierung ausgeglichen werden. Es ist nun zu prüfen, wie dieses „Nivellierungsverbot" technisch umgesetzt werden kann.

Neue Lust am Buch?

adh – Es wird wieder mehr gelesen. Das signalisieren die neuesten Zahlen aus dem Buchhandel. Offenbar hat sich herumgesprochen, daß das Angebot von Buchhandlungen und Bibliotheken vielfältiger und kontrastreicher ist, als der auf dem Bildschirm gebotene Einheitsbrei. Die Furcht der Büchermacher und ihrer Verkäufer vor den neuen Medien scheint unbegründet gewesen zu sein. Die Lust am Lesen lebt.

Ein Grund für Sorglosigkeit bei Verlegern und Buchhändlern ist das freilich nicht. Denn die Zeitbombe Bevölkerungsentwicklung tickt auch für sie. Bei den Schulbuchverlagen, die langsam immer weniger werden, sind die Folgen des Geburtenrückgangs schon angekommen, verschärft werden sie übrigens durch gekürzte Lehrmitteletats in den einzelnen Bundesländern. Deutlich nach unten zeigen bereits die Zahlen bei Jugendbüchern.

Auch die Anbieter von Literatur jeder Art, besonders der Belletristik, werden demnächst spüren, daß wir weniger werden. Denn gerade die jüngeren Leute sind die emsigsten Buchkäufer, besonders, wenn es um Taschenbücher geht.

Mit Hilfe von Demoskopen ist der Börsenverein deshalb darangegangen, eine „Lesertypologie" zu erstellen. Sie soll helfen, „Leserreserven" zu erschließen. Bisher machen die Ergebnisse allerdings nicht allzuviel Mut. Denn was bisher immer galt, stimmt offensichtlich nicht mehr. Die Bildungswelle hat mit alten Traditionen gebrochen.

Die Bindung ans Buch, die in früheren Jahren ein Mensch mit Abitur sein Leben lang behielt, spielt heute keine Rolle mehr. Eher schon bestimmt eine sehr persönliche Neigung unabhängig von der Ausbildung die Freude am Buch. Sehr persönlich bestimmt und völlig unabhängig von der Einkommenshöhe scheint auch die Preissensibilität gegenüber Büchern. Neue Leser zu locken wird nicht einfacher.

Das Lesen kostet die Deutschen neun Mrd. DM

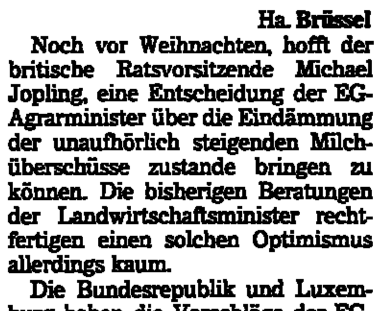
adh. Frankfurt

„Das Buch liegt gut im Trend". Hinter der wieder optimistischeren Aussage von Günther Christiansen, Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, steht eine insgesamt positive Bilanz des vergangenen Jahres für die rund 3500 Sortimentsbuchhandlungen und die gut 1900 Verlage, die dem Börsenverein angehören.

1985 brachte die Buchhändler nämlich mit einem Plus von sechs Prozent an die Spitze der Umsatzentwicklung im Facheinzelhandel; auch in diesem Jahr hält die Entwicklung an. Anhaltend aber auch der Umsatztrend der Warenhäuser (plus zehn Prozent), deutlich verloren haben dagegen die Buchgemeinschaften.

Insgesamt knapp 9,2 (8,8) Mrd. DM ließen sich die Bundesbürger die ungebrochene Liebe zum Buch kosten. Dabei sind die Ladenpreise im Durchschnitt leicht gestiegen. Das positive Klima sorgte übrigens auch dafür, daß – erstmals seit 1981 – im Buchhandel nicht mehr mit roten Zahlen gearbeitet wird. Das gilt auch für die Mehrzahl der Verlage, wobei freilich die Schulbuchverlage angesichts sinkender Kinderzahlen nach wie vor Probleme haben.

AUF EIN WORT



„Bevor man sich mit jemandem streitet, sollte man ihn sich gut ansehen. Wenn er mehr als dreimal stärker ist, streitet man nicht mit ihm."

Hans Werthén, Vorsitzender des Aufsichtsrates Electrolux, Stockholm. FOTO: DIE WELT

Agrarminister: Baldige Einigung nicht zu erwarten

Ha. Brüssel

Noch vor Weihnachten, hofft der britische Ratsvorsitzende Michael Jopling, eine Entscheidung der EG-Agrarminister über die Eindämmung der unaufhörlich steigenden Milchüberschüsse zustande bringen zu können. Die bisherigen Beratungen der Landwirtschaftsminister rechtfertigen einen solchen Optimismus allerdings kaum.

Die Bundesrepublik und Luxemburg haben die Vorschläge der EG-Kommission für eine Abschaffung des überregionalen Austausches von Milchquoten und eine Einschränkung der Interventionen bei Milchpulver abgelehnt. Andere Länder wollen sich wenigstens einer Diskussion darüber nicht verschließen. „Alle sind sich einig, daß etwas zur Verringerung der Milchproduktion geschehen muß", sagte Jopling, „aber niemand will, daß sein Land die Folgen davonträgt."

Mit Mehrheit beschloß der Rat, der mit den USA ausgehandelten Vereinbarung über die künftigen Einfuhren von Mais und Sorghum zuzustimmen. Falls die US-Lieferungen nach Spanien nicht eine bestimmte Menge erreichen, muß die EG künftig ihre Einfuhrabschöpfungen herabsetzen.

„Gewerbesteuer-Abbau vordringlich"

BDI und Institut der Deutschen Wirtschaft sehen Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) fordert neben der Senkung der Einkommensteuer für die nächste Legislaturperiode auch *eine Strukturreform der Unternehmensbesteuerung.* BDI-Präsident Langmann befürwortete vor Journalisten zwar „eine deutliche Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression", für die Wirtschaft bleibe der Abbau vor allem der Gewerbe- und Betriebsvermögensteuer jedoch „vordringlich".

Der Spitzenverband hält es für „ungewiß", ob im Zuge der Tarifkorrektur auch der Spitzensatz der Einkommensteuer und der Einbehaltungssatz bei der Körperschaftsteuer gesenkt werden. Gäbe es hierfür eine Chance, so ließ Langmann durchblicken, dann könnte man „über die Gewerbesteuer auch anders reden". Das unternehmernahe Institut der Deutschen Wirtschaft hat gestern eine Untersuchung „Alte Steuer – gute Steuer?" vorgelegt, in der die fast 200 Jahre alte Gewerbesteuer als „dringend reformbedürftig" bezeichnet wird. Sie diskriminiere das steuer*pflichtige Einkommen des gewerbli*chen Unternehmens gegenüber gewerbesteuerfreien Einkommensarten. Sie verstoße gegen das Gebot der gleichmäßigen Besteuerung, da sie die Steuerlast der Unternehmen um rund 30 Mrd. Mark jährlich erhöhe und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtige.

Das BDI-Reformmodell sieht vor, die Gewerbesteuer um zwei Drittel zu senken und die Gemeinden zum Ausgleich mit einem bestimmten Prozentsatz an den Umsatzsteuereinnahmen zu beteiligen. Dabei soll sich die Verteilung auf die Gemeinden nach dem Betriebskapital und der Lohnsumme der ortsansässigen Unternehmen richten. BDI-Steuerexperte Willemsen räumte ein, daß im Gegensatz zur Gewerbesteuer kein Hebesatzrecht vorgesehen sei. Das restliche Drittel der Einnahmen soll mit Hilfe einer modifizierten Gewerbeertragsteuer (unter anderem Kopplung der *Hebesätze mit der Grundsteuer)* hereinkommen. Nach Meinung von BDI-Hauptgeschäftsführer Mann fährt „die große Masse der Gemeinden damit besser".

Der BDI plädiert im Zuge einer „nachhaltigen" Steuersenkung für einen „sinnvollen Subventionsabbau" zum Teilausgleich der Einnahmeausfälle. Bestimmte Sonderregelungen und -vergünstigungen verlören dann ihren Sinn, auch könne man über Abschreibungssätze reden. Alle Subventionen müßten auf den Prüfstand und – falls entbehrlich – stufenweise abgeschafft werden. Ausnahmen seien unter anderem die Berlinförderung und Subventionen für den Steinkohlenbergbau, der sonst nicht überlebensfähig sei.

Wink mit dem Zaunpfahl

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Der Internationale Währungsfonds (IWF), häufig auch „Weltnotenbank" genannt, ist mit der Bundesrepublik nur halb zufrieden. Er lobt zwar die in Deutschland erreichte hohe Preisstabilität, beklagt aber zugleich das „relativ bescheidene und bis vor kurzem weitgehend exportabhängige Wirtschaftswachstum". Offensichtlich ist der Output-Stoß im zweiten Quartal (real 3,3 Prozent), ausgelöst durch mehr Inlandsnachfrage und Investitionen, noch nicht zu ihm gedrungen oder er hält auch dieses Tempo für unzureichend.

Genaueres ist in dem jetzt vorgelegten Jahresbericht der multilateralen Organisation, der inzwischen 151 Nationen angehören, nicht zu erfahren.

Nur halb zufrieden mit Bonn ist der IWF. Er bemängelt das „exportabhängige Wirtschaftswachstum", obwohl im zweiten Quartal eine deutliche Belebung der Inlandsnachfrage spürbar war.

Eher sibyllinisch heißt es nur, daß zwar eine kurzfristige stimulierende Nachfragesteuerung nicht gerechtfertigt sei, Möglichkeiten für eine Stärkung der Inlandsnachfrage aber durchaus bestünden. Folgt man dem IWF, dann muß in Deutschland die Steuerabsenkung Vorrang vor dem weiteren Abbau der Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand haben.

Für den Fonds reichen die bisherigen deutschen Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung aus, worüber sich trefflich streiten läßt. Er blickt aber über die Bonner Steuerpläne für 1988 nicht hinaus, hält sich also mit Vorschägen zurück. Vermutlich wollte sich der IWF nicht in den Streit zwischen den USA auf der einen sowie Deutschland und Japan auf der anderen Seite über eine zusätzliche Konjunkturankurbelung hineinziehen lassen.

Der IWF hat indes immer schon aggressivere wirtschaftspolitische Empfehlungen abgegeben als die konservativere Weltbank. Vielleicht sagt der Fonds im „Economic Outlook", der am 29. September fällig ist, was er wirklich meint. Aber dieses Papier stammt vom Stab, dahinter stehen nicht die Regierungen.

Zu bedauern ist, daß der Fonds auf die wichtigsten wirtschaftspolitischen Länderanalysen diesmal verzichtete. Statt dessen blickt der Jahresbericht nur zurück und serviert weitgehend bekanntes Zahlenmaterial. Denkansätze können nur aus den Überwachungsvermerken herausgefiltert werden. Worauf der IWF in diesem Zusammenhang aufmerksam macht, sind die „schwerwiegenden Ungleichgewichte in der US-Wirtschaft" und die Tatsache, daß „die Ausweitung des Defizits im Bundesbudget auch zur Explosion des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beigetragen hat".

Weiter schreibt der Fonds: „Die Kapitalzuflüsse, die zur Finanzierung der externen Defizite nötig sind, geben Anlaß zur Sorge hinsichtlich der Verwendung des Weltsparvolumens und der Auslandsverschuldung der USA."

Als Ausweg wird indirekt die Lösung der amerikanischen Fiskalprobleme genannt. Trotz der stark gestiegenen Geldmenge erhält die US-Notenbank gute Zensuren; das monetäre Rezept passe zur niedrigen Inflationsrate und der abgeschwächten Konjunktur. Der Reagan-Administration stärkt der IWF den Rücken im Kampf gegen die protektionistische Welle im Kongreß.

Noch stärker als Deutschland wird Japan daran erinnert, wie wichtig ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum in dem fernöstlichen Inselreich für die Weltwirtschaft ist. Dabei dringt der Fonds auf einen Ausgleich der wechselkursbedingten Ausfuhrverluste, wobei zugleich Tokios frühere „flexible Handhabung der Fiskalpolitik" gepriesen wird – zweifellos ein Wink mit dem Zaunpfahl. Ende 1985 reagierte die dortige Notenbank auf die Aufwertung des Yen mit einer Geldverknappung. Beifall erhält Japan dafür, daß „seine Kapitalexporte international die Zinsen niedriggehalten haben".

Nicht darüber vergessen werden dürften aber kompatible Politiken, mit denen sich harmonische äußere Wirtschaftsbeziehungen herstellen ließen, meint der IWF. Als hilfreich nennt er in diesem Zusammenhang Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung.

Bei der Bewältigung der Schuldenkrise spielte der IWF wieder eine zentrale Rolle; seit Beginn der 80er Jahre arrangierte er für zwei Fünftel der Mitglieder Bereitschafts- und Erweiterte Kreditvereinbarungen. Eine noch größere Bedeutung erhielten Anpassungsprogramme.

Die ausstehenden Fondskredite blieben 1985 mit 31,6 Mrd. Sonderziehungsrechten (SZR) oder 87 Mrd. DM praktisch konstant; die Ziehungen sanken von 6,1 auf 3,9 Mrd. SZR, was auf die verbesserten Leistungsbilanz- und Reservepositionen einiger Mitgliedsländer zurückzuführen ist.

Zwei Mitgliedern wurde die Inanspruchnahme von Fondsmitteln entzogen; Ende April addierten sich die Rückstände auf 1,1 Mrd. Dollar.

Karl Otto Pöhl: Wozu eigentlich die Zinsen senken?

„Wir können im Inland keine Dinge tun, die wir für falsch halten, nur weil von außen Druck ausgeübt wird" – „Wir tun bereits genug"

Die Bundesbank denkt nicht daran, ihre Zinsen zu senken, nur weil amerikanische und andere ausländische Politiker von der Bundesrepublik einen größeren Beitrag zur Stärkung der Weltkonjunktur fordern. Die Bundesrepublik habe unter allen großen Industrieländern nicht nur die niedrigsten Zinsen, sondern auch das stärkste Wirtschaftswachstum. Wenn es zu einer Abschwächung käme, sei die Finanzpolitik gefordert, sagte Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl in einem Gespräch mit der *WELT*.

Die ständigen öffentlichen Diskussionen und Aufforderungen an die Bundesbank, dies oder jenes zu tun, hält der Bundesbank für schlechten Stil. Schließlich sei die Bundesbank eine unabhängige Einrichtung; sie lasse sich nicht unter Druck setzen, schon gar nicht durch „öffentliche Äußerungen ohne Quellenangabe". Die Bundesbank müsse ihre Entscheidungen nach den Kriterien treffen, „*die für uns maßgeblich sind.* Wir können im Inland nicht Dinge tun, die wir für falsch halten, nur weil von außen Druck ausgeübt wird", sagte *Pöhl, der heute in einer Woche* zusammen mit Bundesfinanzminister Stoltenberg zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds nach Washington fliegt.

Er rechnet damit, daß die Bundesrepublik auch dort gedrängt wird, mehr für die Weltkonjunktur zu tun. „Aber Stoltenberg und ich haben dort meines Erachtens eine gute Position; wir können uns dort gut verteidigen", meint Pöhl unter Hinweis auf das 3,3prozentige Wirtschaftswachstum, *die Zunahme des privaten Konsums* um fast fünf Prozent und die Investitionen um knapp elf Prozent. Außerden nähmen die Importe real stärker zu als die Exporte. „Damit bewegen wir uns tendenziell in die richtige Richtung."

Die Bundesrepublik müsse natürlich zum weiteren Wachstum der Weltwirtschaft beitragen. Darin ist sich Pöhl mit seinem amerikanischen Kollegen Paul Volcker völlig einig. Er stimmt dem amerikanischen Noten*bankchef zu, wenn er sagt, die Über*schußländer müßten alles in ihren Kräften stehende tun, um ihre Volkswirtschaften zu expandieren und einen Beitrag zur Beseitigung der Zahlungsbilanzungleichgewichte leisten. „Wir sind der Meinung, daß wir bereits genug tun." Seine amerikanischen Kollegen seien zwar durchaus beeindruckt von den neuesten deutschen Konjunkturdaten, doch gebe es immer noch Zweifel, ob das wirklich ausreiche, den Anpassungsprozeß *von deutscher Seite in Gang zu* halten.

Ein starkes Wachstum müsse die Bundesrepublik nicht nur im internationalen Interesse, sondern auch im nationalen Interesse anstreben. „Aus *heutiger Sicht haben wir zwar keinen* Grund zu der Annahme, daß sich diese Entwicklung nicht fortsetzt; aber es sind doch einige Risiken klar er*kennbar", gibt* Pöhl zu bedenken. Das eine sei der Wechselkurs, und zweitens fielen zwei wichtige Stimulantien weg, nämlich die Ölpreissen*kung und die Steuersenkung.* „Das sind drei Faktoren, die wir zumindest sehr aufmerksam beobachten müssen".

Mit Blick auf diese Risiken will der Bundesbankpräsident denn auch nicht ausschließen, daß die Notenbankzinsen doch noch einmal sinken. *Sorge macht ihm besonders die* Gefahr eines weiteren Drucks auf den Dollar und eine Aufwertung der Mark. Was geschieht mit der deutschen Konjunktur, wenn *eine* zu starke Aufwertung die Erträge der Wirtschaft komprimiert und wenn deswegen die Investitionstätigkeit zurückgeht? Und wenn sich außerdem eine weitere Abschwächung der US-Wirtschaft bremsend auf die Weltkonjunktur auswirkt? Derartige Annahmen seien zwar aus heutiger Sicht spekulativ, meint Pöhl, aber er räumt ein, daß die Bundesbank auch dieses negative Szenario nicht außer Betracht lassen könne.

Ob die Bundesbank wohl auch aus der Überlegung, für einen solchen Fall ihr Pulver trocken zu halten, dem internationalen Drängen nach einer Zinssenkung zum jetzigen Zeitpunkt so energisch widersteht?

Der Notenbankchef will solche Spekulationen verständlicherweise *nicht nähren.* Er betont nur, daß es aus heutiger Sicht für die Bundesbank keinen Grund zum Handeln gebe und verweist darauf, wie großzü*gig die* Bundesbank das deutsche Kreditgewerbe und damit die Wirtschaft mit Geld versorgt. Niemand könne im Ernst behaupten, das Wirtschaftswachstum werde durch die Geldpolitik gebremst. Eigentlich sei die Geldversorgung schon zu großzügig, wenn man sie am Geldmengenziel messe.

Würde eine weitere Zinssenkung Gefahren für die Geldwertstabilität heraufbeschwören, wie von verschie*denen Seiten gewarnt wird?* „Eine Zinssenkung für sich hat sicherlich keine aktuelle Relevanz für die Preisentwicklung" meint Pöhl. Aber eine *noch weitergehende Zinssenkung* trage sicherlich dazu bei, daß sich die Ausweitung der Geldmenge und Liquidität noch weiter beschleunigt, und damit würde die schon sehr lokkere monetäre Bremse für potentielle Preiserhöhungen weiter gelockert. Aber bei der derzeitigen Wechselkursentwicklung sieht der Notenbankchef keine Preisgefahren heraufziehen.

Die Betrachtung der Geldmenge ist für Pöhl in der Geldpolitik nur ein Gesichtspunkt unter anderen. „Wir müssen auch die konjunkturellen Entwicklung und die Wechselkurse bei unseren zinspolitischen Überlegungen sehr aufmerksam beobachten." Auf die Frage, ob bei den bereits hoch ausgelasteten Kapazitäten nicht Preisüberwälzungsspielräume entstünden, antwortet er mit dem Hinweis auf die nachlassende Dynamik der Auslandsnachfrage.

Preisprobleme könnte man eher von der Lohnentwicklung her vermuten, obwohl es dafür bisher keinen Anlaß gebe. Ein wichtiger Grund für die Preisstabilität sei ja neben dem Ölpreisrückgang und der Markaufwertung auch die sehr zurückhaltende *Lohnentwicklung gewesen,* die einen Rückgang der Lohnstückkosten in der Industrie möglich gemacht habe. „Eine wesentliche Voraussetzung für niedrige Zinsen und Preisstabilität wird auch in Zukunft sein, daß die Lohnentwicklung in einem vernünftigen Rahmen bleibt."

Auch die in der allerjüngsten Zeit an den amerikanischen Finanzmärkten hochgekommene Inflationsangst hält der Bundesbankpräsident für etwas übertrieben. Er sieht – anders als *in früheren Konjunkturzyklen – nach* vier Jahren moderater Aufwärtsentwicklung der Konjunktur in einigen Industrieländern keinerlei Engpaßprobleme. „Das ist der große Unterschied zu früher: Wir haben keine überzogenen Lohnforderungen, keine bottlenecks und keine Überhitzungserscheinungen. Weder in den USA noch hier. Das Wirtschafts*wachstum in den USA ist eher zu* schwach als zu stark. Insofern sehe ich nicht so recht, wo dort Inflation herkommen soll." Nach Pöhls Meinung tun die Notenbanken zwar bei der Geldversorgung eher zuviel des Guten, und damit entstünde potentiell die Gefahr, daß diese Liquidität auch einmal genutzt werde; aber er sieht diese Gefahr nicht für die nähere Zukunft.

Wird die „Inflationshysterie" in den USA Einfluß auf die geldpolitischen *Entscheidungen* der amerikanischen Notenbank haben, der viele Auguren unterstellen, sie werde im Oktober abermals den Diskontsatz senken? Nach Pöhls Eindruck hat auch die Fed gemerkt, daß man Marktzinen nicht einfach durch eine Senkung der Notenbankzinsen drükken kann, sondern daß eine Notenbankzinssenkung am Markt möglicherweise den gegenteiligen Effekt auslösen kann. Das müßten Notenbanken generell berücksichtigen, empfiehlt Pöhl.

Recht bedeckt hält sich der Bundesbankchef bei der an den Finanzmärkten immer wieder diskutierten Frage, ob die Amerikaner zu kursstützenden Interventionen bereit wären, wenn der Dollar so stark ins Trudeln *geraten sollte, daß das* Vertrauen der Märkte in die US-Währung erschüttert zu werden droht. „Alles, was ich dazu sagen kann, ist, daß diese Frage *ernstlich bisher in irgendwelchen da*für geeigneten Gremien nicht erörtert worden ist."

Interventionen seien ja nicht unproblematisch, auch aus deutscher Sicht. Pöhl verweist auf die Vereinbarung, daß man intervenieren werde, wenn es zweckmäßig erscheine, was *bisher allerdings nur für Dollarver*käufe bei steigendem Kurs galt. Doch diese sehr weite Formulierung sei auch anwendbar, wenn es in die andere Richtung ginge. Für den Fall, daß es zu einem „overshooting" nach unten käme, was für die USA und die Bundesrepublik nicht wünschenswert wäre, sollte man, auch die Möglichkeit konzertierter Interventionen nicht ausschließen. Ob sich die USA daran beteiligen würden? Die Frage läßt Pöhl offen mit dem Hinweis, daß *sich die USA dann in fremder Wäh*rung verschulden müßten, weil sie selbst nicht genug Währungsreserven besitzen. Das sei die Problematik.

Ein weiteres Pobiem sieht der Bundesbankpräsident darin, daß Notenbanken, wenn sie in großem Umfang Dollar kauften und damit das amerikanische Leistungsbilanzdefizt finanzierten, letztlich auch das US-Haushaltsdefizit finanzieren.

Bei der Behandlung der internationlaen Schuldenkrise sind seit einem Jahr nach Pöhls Urteil keine großen Fortschritte erzielt worden. Aus den im Baker-Plan angestellten Überlegungen, die marktorientierte binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen in den Schuldnerländern und Finanzhilfe des IWF, internationaler Institutionen einschließlich Weltbank und Kredite der privaten Banken vorsehen, sei nicht viel geworden. Erkennbar werde allerdings, daß die Konditionalität des IFW, also seine mit strengen Auflagen verbundene Politik, geschwächt worden sei. Stattdessen werde die Weltbank zunehmend in die ihr ursprünglich nicht zugedachte Rolle gedrängt, *Zahlungsbilanzkredite zu geben.*

Auch der Bundesbankchef plädiert dafür, daß Austerity-Politik in den Schuldnerländern nicht bis ins Extrem getrieben werden dürfe, daß unerwünschte politische Reaktionen hervorgerufen werden. Andererseits warnt er davor, unter dem Deckman*tel struktureller Anpassung praktisch* unkonditionierte mittel- und langfristige Kredite zu geben. Ein schwieriger Balanceakt also.

Überhaupt nichts hält Pöhl von Vorschlägen, man sollte den hochverschuldeten Entwicklungsländern Teile ihrer Schulden streichen. Dann entstünde sofort die problematische Frage: Wessen Schulden und in welchem Umfang? Und wessen Forderungen sollen eigentlich vernichtet werden? Die der öffentlichen Hand? *Dann müsse der Steuerzahler zahlen.* Oder die Banken? Man könne ihnen ja nicht zumuten, daß sie Forderungen streichen. Warum sollten sie auch auf Forderungen gegenüber reichen Ländern mit großen Rohstoffvorräten wie Mexiko und Brasilien einfach auf Forderungen verzichten?

Gangbar ist nach Pöhls Meinung nur dieser Weg: Die Schuldnerländer müssen mit einer Änderung ihrer Politik Vertrauen schaffen, das die Ursache der Kapitalflucht beseitigt und Auslandsinvestitionen anlockt. Und die Industrieländer müssen mit Wachstum den Entwicklungsländern Absatzchancen bieten. Pöhl hält es für absurd, *daß immer nur* über die finanzielle Seite des Problems geredet wird und immer neue Kredite gegeben werden, damit die Zinsen auf alte Kredite *gezahlt* werden können.

CLAUS DERTINGER

Morgen in einer Woche beginnen entscheidende Vorgespräche zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds in Washington. Bundesbank-Präsident Pöhl und Finanzminister Stoltenberg müssen dort die deutsche Politik verteidigen. Aus diesem Anlaß sprach die *WELT* mit Karl Otto Pöhl über die aktuellen Währungsprobleme.

FOTO: DPA

Die Bombe tickt im US-Defizit

Sorgen bereiten dem Bundesbankpräsidenten die großen internationalen Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen, besonders zwischen den USA und Japan, ein Thema, das im Mittelpunkt der Diskussionen auf der Währungstagung des Internationalen Währungsfonds Ende der kommenden Woche steht. In diesen Ungleichgewichten und ihren Auswirkungen auf die Wechselkurse, vor allem im „*unglaublich" ho*hen amerikanischen Defizit, sieht Pöhl das größte Risiko für die Stabilität des Weltwährungs- und Wirt*schaftssystems.* Je länger das amerikanische Defizit anhalte, um so mehr steige die Verschuldung der USA im Ausland. Oder anders ausgedrückt: Die Ansammlung von Dollarguthaben *in Händen von Nichtamerika*nern nimmt rapide zu.

„Um so empfindlicher werden die Märkte reagieren, wenn das Vertrauen der *Dollarbesitzer aus irgendei*nem Grunde erschüttert würde und sie beginnen würden, Dollar zu verkaufen oder nicht mehr im bisherigen Umfang zu kaufen, wie es nötig ist, um das amerikanische Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren." Das würde einen enormen Druck auf den Dollarkurs ausüben, befürchtet Pöhl. Und *vor diesem Hintergrund* werden denn auch seine häufigen Hinweise auf das Wechselkursrisiko für die deutsche Konjunktur verständlich.

Mit der Abwertung des völlig überzogenen Dollarkurses ist nach Pöhls Einschätzung schon ein wichtiger Beitrag zu einer Korrektur der Leistungsbilanzungleichgewichte geleistet worden. Er glaubt auch, daß sich über kurz oder lang zeigen wird, daß diese enorme Dollarabwertung dazu beitragen wird, die amerikanische Leistungsbilanz etwas mehr in die Richtung eines besseren Gleichgewichts zu bringen.

Aber das allein reiche natürlich nicht aus. Auch die übrigen Industrieländer, nicht nur Japan und die Bundesrepublik, müßten durch Abbau ihrer Überschüsse dabei mithelfen, besonders Japan.

Wieviel Mark-Aufwertung gegenüber dem Dollar und anderen wichtigen Währungen kann die deutsche Wirtschaft auf Sicht von sechs bis zwölf Monaten noch ertragen? Verständlicherweise nennt der Notenbankchef keine konkrete „Schmerzschwelle". „Aber eine Fortsetzung der D-Mark-Aufwertung im bisherigen Tempo dieses Jahres hätte – nicht, daß ich die etwa prognostizieren wollte – negative Auswirkungen für die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik."

Industrie macht mageres Plus

US-Leistungsbilanz weist hingegen ein Rekorddefizit auf

H.-A. SIEBERT, Washington

Während sich die Ausgangsposition der USA weiter verschlechtert, hat die Industrieproduktion den Tiefpunkt überwunden. Das signalisieren zwei wichtige volkswirtschaftliche Daten, die jetzt in Washington veröffentlicht wurden. So hat das Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz im zweiten Quartal 1986 eine neue Rekordhöhe erreicht. Gegenüber der Januar-März-Periode stieg es von 34 (revidiert) auf 34,7 Mrd. Dollar. Hält dieser Trend an, ist für das Gesamtjahr mit einer Lücke von 137 Mrd. Dollar zu rechnen. 1985 betrug der Passivsaldo bereits 117,7 Mrd. Dollar.

Andererseits scheint die Talfahrt der US-Industrieproduktion gestoppt. Im August ermittelte das Federal Reserve Board immerhin ein mageres Plus von 0,1 Prozent. Außerdem sind die negativen Ergebnisse im Juni und Juli nach oben korrigiert worden. Unterm Strich nahm der Ausstoß gegenüber dem Vorjahrsmonat um 0,3 Prozent zu, liegt aber noch um 1,1 Prozent unter dem Januar-Niveau. Auf eine leichte Verbesserung hatte schon die Beschäftigungszunahme ebenfalls im August hingewiesen.

Zwischen der Leistungsbilanz und der Industrieproduktion besteht insofern eine Wechselbeziehung, als das Außendefizit hauptsächlich aus dem riesigen Handelsdefizit resultiert, das wiederum die inländische Wertschöpfung bremst. Nach Angaben des US-Handelsministeriums hat sich jedoch das Minus im Warenverkehr von 36,4 auf 36 Mrd. Dollar verringert. Es schlug nicht durch, weil sich gleichzeitig einseitige Zahlungen an Entwicklungsländer um 1 auf 4 Mrd. Dollar erhöhten. Zudem sanken die Einnahmen aus Dienstleistungen um netto 0,1 auf 5,3 und das Investitionseinkommen um 1,2 Mrd. Dollar. Die reduzierten Erträge der US-Öltöchter im Ausland drückten die repatriierten Gewinne um 1,3 auf 9,4 Mrd. Dollar. Andererseits warfen ausländische Direktinvestitionen in den USA statt 2,4 nur 1,8 Mrd. Dollar ab.

Gatt: Alles droht zusammenzubrechen

„Abgehakt ist noch nichts" – Bangemann hofft jedoch auf Kompromiß „im dritten Akt"

H.-J. MAHNKE, Punta del Este

Rascher als erwartet ist die Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, Gatt, in Punta del Este in die Phase der Krise gekommen, „in der alles zusammenzubrechen droht", wie es Bundeswirtschaftsminister Bangemann ausdrückt. Trotzdem bleibt der Minister zuversichtlich, daß im „dritten Akt" zum Wochenende ein Kompromiß gefunden werden kann.

Fest steht bisher nur, daß von den drei Entwürfen für die Schlußerklärung nur der Vorschlag der Schweiz und Kolumbiens eine Rolle spielt, der inzwischen von 55 Staaten getragen wird. An ihm wird heraumgefeilt. Wegen der ablehnenden Haltung Frankreichs hat die EG bisher nicht zustimmen können. „Abgehakt ist noch nichts", sagt Bangemann. Die wichtigsten Streitpunkte zur Halbzeit der Ministerkonferenz sind:

Landwirtschaft: In diesen Bereich bemüht sich die EG immer noch um eine intern-einheitliche Haltung. Es geht darum eine Formel zu finden, in der nicht nur Subventionen, sondern auch andere Maßnahmen einbezoge werden, die einen Einfluß auf den Handel haben. Und gleichzeitig soll sichergestellt sein, daß es nicht um die Abschaffung der Beihilfen geht, sondern nur um die Beseitigung der negativen Folgen für den internationalen Handel.

Dienstleistungen: Dieses Thema wurde in den letzten Jahren vor allem von den USA forciert. Für den Bereich von Banken, Versicherungen oder dem Verkehrsbereich sollen – soweit es um Leistungen geht, die über die Grenze erbracht werden – ähnlich wie für den Warenverkehr verbindliche Codices festgeschrieben werden. Allerdings hat Indien in diesem wichtigen Bereich bereits seine strikte Ablehnung noch einmal deutlich gemacht. Es wird jetzt der Versuch unternommen, Indien von den anderen rund zehn Entwicklungsländern, die bisher auch noch die Einbeziehung der Dienstleistungen in das Gatt ablehnen, zu isolieren.

Schutz des geistigen Eigentums: Auch hier haben Indien und einige andere Entwicklungsländer sich entschieden dagegen ausgesprochen, dieses Thema im Gatt überhaupt zu behandeln. Hier geht es um die Nachahmung bestimmter Produkte – von Uhren bis hin zu neu entwickelten Pharmazeutika. Die Entwicklungsländer fürchten den Protektionismus durch die Hintertür.

Auslandsinvestitionen: Für viele Entwicklungsländer ist der Schutz von Auslandsinvestitionen ein Reizthema, das erst in der letzten Phase der Vorbereitungsverhandlungen von den USA vorgebracht wurde.

Gleiche Rechte und Pflichten: Hier geht es vor allem darum, daß der Nutzen aus dem freien Welthandel nicht einseitig verteilt werden darf. Hier wehren sich vor allem die Japaner mit ihrem gewaltigen Exportüberschuß gegen eine klare Verankerung dieses Prinzips im Gatt.

Länder folgen Bundeskurs nicht

Bundesbauminister legt Raumordnungsbericht vor

hg. Bonn

Die Erholung der Konjunktur hat sich auf die regionalen Arbeitsmärkte in der Bundesrepublik Deutschland sehr unterschiedlich ausgewirkt. Der jüngste Raumordnungsbericht, den Bundesbauminister Oscar Schneider gestern der Bundesregierung vorgelegt hat, konstatiert ein „deutliches" Süd-Nord-Gefälle. Schneider führt dies zum Teil auf die mangelnde Bereitschaft einiger Landesregierungen zurück, den wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung zu stützen.

Der Bericht, der alle vier Jahre erstellt wird und darüber Auskunft geben soll, wie die Bundesregierung ihrer in der Vefassung verankerten Pflicht zur Herstellung gesunder und gleichartiger Lebensbedingungen in allen Teilbereichen des Bundesgebietes nachkommt, stellt als zusammenfassendes Ergebnis eine „günstige dezentrale Siedlungsstruktur" heraus. In allen Teilräumen seien heute leistungsfähige Zentren vorhanden, betonte der Minister; dazu habe die Raumordnungspolitik einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur habe die Bundesregierung von 1982 bis 1985 rund 11 200 Investitionsvorhaben mit einem Volumen von 42 Mrd. DM unterstützt. In den Fördergebieten seien 155 400 Arbeitsplätze neu geschaffen und etwa 293 000 gefährdete gesichert worden. Rund 35 Prozent der Fördermittel entfielen auf Investitionen im Zonenrandgebiet.

Probleme werden sich künftig aus der Veränderung der Altersstruktur ergeben, heißt es: In den Ballungsräumen werde die Zahl älterer Menschen stark ansteigen, und in den ländlichen Räumen werde weiterhin ein großer Anteil junger Menschen Arbeitsplätze nachfragen.

Der Bericht stellt fest, daß in den kommenden Jahren eine abflachende Tendenz bei der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungszwecke zu erwarten ist. Dies müsse, so Schneider, durch politische Maßnahmen noch verstärkt werden.

Internationale Finanzen

H. WI. Bonn

Fusion: Die London Stock Exchange und die International Securities Regulatory Organisation wollen sich laut gemeinsamer Mitteilung zusammenschließen. (Längerer Bericht folgt morgen)

Optionen: Die Anträge der New York Mercantile Exchange zur Aufnahme des Handels in Optionen auf Rohöl- und Heizölterminkontrakte hat die Commodity Futures Commission gebilligt.

Kanada: Das Finanzministerium hat den Ausgabekurs der 900 Mill. Kandollar-Anleihe zu 8,5 Prozent auf 99 Prozent festgelegt.

Hiram Walker: Die Gesellschaft hat für den 15. Oktober eine Aktionärsversammlung zur Beratung über den geplanten Verkauf des Spirituosenbereichs einberufen.

Bank of Amerika: Ein Sprecher der Fed wies alle Berichte zurück, wonach die Notenbank Gespräche mit dem Institut über dessen finanzielle Schwierigkeiten führe.

Gold: Die Südafrikanische Produktion ging im August im Vergleich zum Vormonat um 660 auf 53 845 Kilogramm zurück.

PERSONALIEN

Bruno J. Neumann, früherer Mitinhaber des Bankhauses Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, wird am 19. September 75 Jahre.

Wolfgang Bergner, Geschäftsführer der Rheinischen Kalksteinwerke GmbH und der Dolomitwerke GmbH, beide Wülfrath, übernimmt am 1. Oktober 1986 die Leitung des Bereichs Beteiligungen der Thyssen AG, Duisburg. Sein Nachfolger ist Dr. **Andreas Nordmeyer.**

Hans Keilwerth, Geschäftsführer der Augsburger NCR GmbH und General Manager der PC-Division, wird am 19. September 60 Jahre.

Günter Marx, Vorstandsmitglied der Magdeburger Sachversicherungs-AG, Hannover, wird Ende 1986 aus dem Vorstand ausscheiden, um eine neue Position außerhalb der Magdeburger Gruppe zu übernehmen.

Norbert Meyer, verantwortlicher Verlagskoordinator für „Bildwoche" im Axel Springer Verlag, Hamburg, tritt am 1. Oktober 1986 in den Verlag Aenne Burda, Offenburg, ein.

Peter Kellerhoff wird zum 30. September 1986 aus dem Vorstand der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin, ausscheiden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Sowjetische Bank-Pleite

Zürich (AP) – Vor dem Bezirksgericht Zürich kommt es zum gerichtlichen Nachspiel einer der außergewöhnlichsten Bankaffären in der Geschichte des Schweizer Finanzplatzes: Angeklagt ist der 38jährige Schweizer Bankbeamte Werner Peterhans, der als Chef des Gold- und Devisenhandels der sowjetischen Wozchod-Handelsbank in Zürich innerhalb von rund zwei Jahren den Zürcher Ableger des staatlichen Sowjetbanksystems durch eine schwindelerregende Spirale von Fehlspekulationen und Vertuschungsmanövern in eine Verlustposition von dreiviertel Milliarden Schweizer Franken gestürzt haben soll.

China-Kreditkarte

Peking (AFP) – Die Bank von China will die äußerst erfolgreiche lokale Kreditkarte von Peking auch für Ausländer einführen und landesweit die Benutzung der Karte zulassen. Die in Yuan ausgestellte Kreditkarte „Große Mauer" ist in den vergangenen drei Monaten bereits an ausländische Geschäftsleute, Diplomaten und Bewohner vergeben worden. Das Kreditkartensystem wurde nun auch auf Tianjin ausgeweitet, Schanghai und Kanton sowie möglicherweise alle großen chinesischen Städte sollen folgen.

Pfund unter drei Mark

London (VWD) – Trotz Intervention der Bank von England rutschte das Pfund unter die Drei-Mark-Grnze und notierte in Frankfurt bei 2,994 (Geld) bzw. 3,008 (Brief).

Handel mit Österreich

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bedeutung der Bundesrepublik als Österreichs mit Abstand wichtigster Handelspartner nimmt ständig zu. Der österreichische Export in die Bundesrepublik wuchs im 1. Halbjahr 1986 um 4,9 Prozent auf 55,3 Mrd. Schilling (7,9 Mrd. DM), die Importe nahmen um 1,5 Prozent auf 87,4 Mrd. Schilling (12,5 Mrd. DM) zu. Derzeit haben 43 Prozent der österreichischen Importe die Bundesrepublik als Ursprungsland und 32 Prozent der österreichischen Exporte diese als Bestimmungsland.

Gaspreise bröckeln

Frankfurt (dpa/VWD) – Für Millionen Erdgaskunden sinken jetzt die Preise deutlich und auf breiter Front. Nachdem das Heizöl binnen Jahresfrist um gut die Hälfte billiger wurde, ziehen die meisten der mehr als 500 örtlichen Gasversorgungsunternehmen zum 1. Oktober nach. Die Abschläge beim Erdgas betragen in Einzelfällen bis zu 35 Prozent. Viele Unternehmen reduzieren bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr die Gaspreise. Heizöl hat jedoch nach dem drastischen Preisverfall immer noch „die Nase vorn": Bundesbürger mit einem Öltank im Keller müssen für Heizung und Warmwasser durchweg weniger ausgeben als Erdgaskunden.

D-Mark verkauft

Paris (VWD) – Die französische Notenbank hat im Interbankenhandel im größerem Umfang D-Mark verkauft, um einen weiteren Rückgang des Franc-Kurses zu verhindern. Nach Angaben von Devisenhändlern hat sie bei einem Kursniveau von etwa 3,2760 F/DM eingegriffen. Das Volumen der Interventionen wird von Devisenhändlern zwischen 200 Mill. und 500 Mill. DM veranschlagt. Die Bank von Frankreich gab dazu keinen Kommentar ab.

Apotheker suchen neues Profil

Die Zukunft liegt bei Service und fachkundiger Beratung

JUTTA VOSSIEG, Neuss

Vom Image der „Schubladenzieher" weg möchten die Inhaber von über 17 000 öffentlichen Apotheken in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt ihrer Jahrestagung in Düsseldorf stehen daher das neue Berufsbild des Apothekers und das Leistungsspektrum einer Apotheke. Wegen der „Übermacht der pharmazeutischen Industrie" versteht sich ein Apotheker heute nicht mehr als Arzneimittelhersteller, sondern hauptsächlich als fachkundiger Berater von Kunden und Ärzten, also als Angehöriger der Heilberufe.

Um dieser Aufgabe stets auf dem neuesten Stand der Dinge nachkommen zu können, hat die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) eine zentrale Datenbank aufgebaut, in der Informationen zu fast 20 000 Fertigpräparaten, 14 000 Einzelwirkstoffen und 55 000 ausländischen Produkten mit ihren Nebenwirkungen und Überkreuz-Reaktionen verzeichnet sind. Allerdings ist die Datei nur über Btx abrufbar.

Während vor zehn Jahren noch 500 neue Apotheken jährlich eröffneten, waren es 1985 nur noch 294, denen 73 Schließungen gegenüberstanden. Doch selbst dieser geringe Neuzuwachs hat für die bestehenden gravierende wirtschaftliche Konsequenzen. 40 Prozent aller Apotheken schreiben heute rote Zahlen, obwohl der Gesamtumsatz 1985 um rund sechs Prozent auf 23,2 Mrd. DM gestiegen ist. Einige machen allerdings mit einem Angebot, das auch Diätartikel und Kosmetik umfaßt, gute Gewinne. Dennoch ist die Apotheke auch mit diesem neuen Gesicht keineswegs auf dem Weg zum „Drugstore".

Konkurrenz sieht die ABDA vor allem beim Selbstbedienungsverkauf nicht verschreibungspflichtiger Medikamente in Supermärkten. Gerade bei der „Selbstmedikation" sei fachliche Beratung besonders wichtig. Als bedenklich bezeichnete ABDA-Sprecher Johannes Pieck die Praxis der Tierärzte, Medikamente nur in Verbindung mit einer honorarpflichtigen Behandlung abzugeben, während die Pharmakonzerne diese Produkte überhaupt nicht mehr an Apotheken liefern.

Zur Abhilfe wünscht sich die ABDA – neben der Abschaffung dieser wettbewerbsverzerrenden Mißstände – bei Preisgleichheit für Medikamente höhere Gewinnspannen.

Die KWS will wieder acht Mark zahlen

dos, **Einbeck**

Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, will für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) mindestens wieder eine Dividende von 8 DM ausschütten. Nach Angaben des Vorstands ergibt sich nach vorläufigen Zahlen ein Jahresüberschuß von 7,9 (8,9) Mill. DM. Zwar sei der Umsatz der AG um gut 4 Prozent auf 161 (154) Mill. DM gestiegen; höhere Ausgaben hätten sich aber ergebnisschmälernd ausgewirkt. Für 1984/85 hatte KWS zusätzlich einen Jubiläumsbonus von 2 DM je 50-DM-Aktie gezahlt.

Wie der Vorstand schreibt, blieb der wichtigste Umsatzträger, die Zuckerrübe, trotz des Rückgangs der Anbauflächen nur knapp unter dem Umsatzniveau des Vorjahres, während Mais deutlich zulegte. KWS investierte im Berichtsjahr 6,1 (7) Mill. DM. Die Mitarbeiterzahl stieg um 40 auf 757 Beschäftigte.

Vorteile aus Betriebsvereinbarungen

Wegfall nur bei Entzug der Geschäftsgrundlage – Entscheidung des Arbeitsgerichts

SIEGFRIED LÖFFLER, **Kassel**

Vertraglich begründete Ansprüche der Arbeitnehmer auf Sozialleistungen können nach einem Beschluß des Großen Senats des Bundesarbeitsgerichts in Kassel durch Betriebsvereinbarungen „in den Grenzen von Recht und Billigkeit beschränkt werden, wenn die Neuregelung insgesamt bei kollektiver Betrachtung nicht ungünstiger ist".

Wenn demgegenüber eine Betriebsvereinbarung insgesamt ungünstiger ist, so kann sie nach der Dienstagabend verkündeten Entscheidung GS 1/82 vom 16.9.1986 nur dann als zulässig angesehen werden, „so weit der Arbeitgeber wegen eines vorbehaltenen Widerrufs oder Wegfalls der Geschäftsgrundlage die Kürzung oder Streichung der Sozialleistungen *verlangen kann*".

Die Richter in den roten Roben haben zwischen „umstrukturierenden" und „verschlechternden" Betriebsvereinbarungen unterschieden. Zur ersten Kategorie gehören solche, die im Vergleich zu der vorangegangenen Regelung für die Gesamtbelegschaft nicht ungünstiger sind, zum Beispiel nur andere Verteilungs*grundsätze verwirklichen* oder unpraktikabel gewordene Regelungen auf den neuesten Stand bringen. Sie sind zulässig wenn sie die Besitzstände der Arbeitnehmer „unter Berücksichtigung von Recht und Billigkeit" wahren. Wenn also früher ein Arbeitnehmer eine Jubiläumszuwendung erwarten durfte und diese gestrichen wurde um auf der anderen Seite Weohnachtsgratifikationen zu sichern bzw. zu erhöhen, muß er die Umstrukturierung hinnehmen, auch wenn es sich dabei um einen Härtefall handelt. Eine hundertprozentige Garantie gibt es eben auch hier nicht.

Wenn allerdings durch eine Be*triebsvereinbarung die vorher gültige* Einheitsregelung insgesamt verschlechtert wird, also auch unter dem Strich ein Minus bleibt, dann ist sie unzulässig. Eine Ausnahme gilt nur, wenn die bisherige Rechtsposition des Arbeitnehmers in ihrem Bestand nicht geschützt war, wenn sich der Arbeitgeber eine „Hintertür" für eine Reduzierung oder den Wegfall einer *Sonderleistung offen gelassen hatte.*

In einem großen Unternehmen der Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen war durch Betriebsvereinbarung der Anspruch auf Zahlung einer Jubiläumszuwendung und eines arbeitsfreien Tages nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit abgeschafft worden, gibt es Jubiläumsgeld und freien Tag jetzt nur noch bei 25-, 40- und 50jähriger Betriebszugehörigkeit. Der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichtes hatte wegen der grundsätzlichen Frage, ob ein Abbau von Vergünstigungen durch Betriebsvereinbarung zulässig ist, bereits vor knapp vier Jahren den Großen Senat ange*rufen, der nur tätig wird, wenn es um* die Fortbildung des Rechts geht. Der 5. Senat muß nun den konkreten Fall aus NRW entscheiden, nachdem der Große Senat auf die Fragen antwortete.

Fahrräder haben Mopeds und Mofas überholt

Internationale Fahrrad- und Motorradaustellung mit Teilnehmern aus 35 Ländern

HARALD POSNY, **Köln**

Die deutsche Zweirad-Industrie, technisch auf dem modernsten Stand der Entwicklung, zeigt gegenwärtig eine gespaltene Konjunktur. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres zeigten nur die Hersteller von Fahrrädern und Rahmen mit 2,18 Mill. Stück (plus 7,4 Prozent) ein Produktionsplus. Bei Mofas, Mopeds und Mokicks wurden fast 19 Prozent weniger gefertigt.

Während allerdings bei Fahrrädern die Hersteller noch bei den Exporten 605 000 nach 562 000 Zuversicht signalisieren, ist die ohnehin geringe Ausfuhr von Mofas und Mopeds weiter zurückgefallen.

Schon im *letzten Jahr ist die Zahl* der in der Bundesrepublik gefertigten Motorzweiräder über alle Gruppen hinweg um 28,5 Prozent auf 193 000 Stück zurückgefallen. Hier konnten jedoch die Fahrradproduzenten dank einer Ausfuhrsteigerung schlimmeres verhindern.

Anläßlich der Internationalen Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung (IFMA) in Köln (18.–22.9.), an der 1317 Unternehmen aus 35 Ländern teilnehmen, betonte Klaus Masseck vom Verband der Fahrrad- und Motorrad-Industrie, daß die großen Inlandslieferungen, *also einschließlich* der weiterhin hohen Importe, zum höchsten Bestand an Fahrrädern (35 Mill. Stück) geführt haben. Außerdem hat auch der Bestand an motorisierten Zweirädern den höchsten Stand seit *20 Jahren erreicht. Allein die Nachlie*ferung für diese hohen Bestände sicherten der Zweiradindustrie in den nächsten Jahren gute Absatzzahlen. Die hohen Bestände seien zugleich eine große Chance für die Zubehör- und Teileanbieter.

Ein positives Signal von der IFMA ist die Neuzulassung von Krafträdern *in der Bundesrepublik.* Wurden im ersten Halbjahr 1985 noch 62 200 Stück neu zugelassen, waren es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 61 200. Dies entspricht einer nur noch leichten Abnahme um 1,6 Prozent. *Die übrigen Bereiche liegen* weiterhin tief im Minus.

Die deutsche Produktion von Motorrädern brachte es 1985 nur auf eine Fertigung von 40 225 (41 295) Stück. Die Neuzulassungen sanken von *98 900 weiter auf 80 150 Stück.* BMW hatte daran mit rund 9 500 (10 000) einen Anteil von zwölf Prozent.




Technologische Sprünge: Der Treibriemenwald in einer Werkstatt von Bosch um 1920, in der aus Speckstein Isolierkörper für Zündkerzen hergestellt wurden (linkes Foto) und die Endmontage einer pneumatischen Steuereinheit heute. FOTOS: DIE WELT

Der „Bosch-Geist" beflügelt das Wachstum

Die Firma feiert hundertjähriges Jubiläum und den 125. Geburtstag des Gründers

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

„Immer soll nach Verbesserung des bestehenden Zustandes gestrebt werden, keiner soll mit dem Erreichten sich zufriedengeben, *sondern* stets danach trachten, seine Sache noch besser zu machen." Diese von Robert Bosch, dessen 125. Geburtstag am 23. September in Stuttgart in einem Doppeljubiläum – die Bosch-*Unternehmensgruppe blickt* auf ein 100jähriges Bestehen zurück – festlich begangen wird, vorgegebene Leitlinie, findet in dem Investitionstempo des Konzerns ihre konkrete Untermauerung.

Für das Jubiläumsjahr ist eine Aufstockung der Sachinvestitionen in der Gruppe auf weltweit rund 1,7 (1985: 1,4) Mrd. DM auf den Weg gebracht worden. Und für das kommende Jahr zeichnet sich eine weitere *beträchtliche Steigerung ab. Dabei ist* es geradezu selbstverständlich, daß dieses Wachstum, das vor allem auch in dem im vergangenen Jahr um 15,5 Prozent auf 21,2 Mrd. DM erhöhten Gruppenumsatz zum Ausdruck kommt, „*von innen heraus*" bewältigt, also selbstfinanziert wird.

Längst, und als einer der ersten, hat dieser Konzern über seine traditionelle Stärke in der Kraftfahrzeug-Ausrüstung hinaus, um die sich im Laufe der Zeit eine *vielseitige* und bunte Palette von Gebrauchsgütern (u. a. Hausgeräte, Elektrowerkzeuge) und Produktionsgüter (beispielsweise Verpackungsmaschinen, Industrieausrüstung) rankte, auch den Bereich der heute so im *Blickpunkt* stehenden Kommunikationstechnik erschlossen. Schon zu Beginn der dreißiger Jahre engagierte sich Bosch mit wachsenden Erfolgen in den Bereichen der Rundfunk- und Fernsehtechnik.

Begonnen hatte alles damit, daß der im württembergischen Albdorf Albeck geborene, aus einem bäuerlichen Umfeld stammende Tüftler Robert Bosch (1861 bis 1942) einen Magnetzünder entwickelte, ohne den die Aufwärtsentwicklung im Motoren- und Automobilbau nicht denkbar gewesen wäre. Die Nähe zu den Automobil-Pionieren Karl Benz und Gottlieb Daimler kam seinen eigenen Aktivitäten zugute.

Aus kleinsten Anfängen heraus mauserte sich die Firma zu einem großen *Unternehmen: 1901 beschäftigte* Bosch 45 Mitarbeiter, drei Jahre später waren es gut 260 und weitere zwei Jahre danach über 600. In 1912 zählte das Unternehmen bereits 4500 Mitarbeiter.

In diesser knappen *Aufzählung* statistischer Daten liege, wie es der frühere Bundespräsident Theodor Heuss, der eine vielbeachtete Darstellung von Leben und Leistung dieses großen Industrie-Pioniers erarbeitet hatte, beschreibt, „eine ungeheure menschenökonomische und technisch-sachliche, aber auch eine persönlich-biographische Problematik".

Denn: Anfangs stellte Bosch die Mitarbeiter selbst ein, zuerst auf Probe, was nicht jedem paßte. Wer sich bewährte, dem war eine ziemliche Freiheit der Arbeitsdisposition gelassen. Rationalisierung war noch nicht im Schwange.

Zeitnahme gab es nicht, aber Zeitverschwendung sollte es auch nicht geben. „Bei Bosch wird für das Bükken nichts bezahlt", war ein geflügeltes Wort. Fest und sparsam sei die Arbeitsdisziplin gewesen, die den jungen Betrieb bestimmt habe.

Das bleibend Wichtige dieser Übergangszeit zwischen Handwerkertum und industriellem Großbetrieb sei – so urteilt Heuss weiter – eben dies, „daß der fordernde, prüfende, ent*scheidende Mann, immer* gegenwärtig, immer in wacher, sachlicher Gespanntheit, durch seine Haltung und durch sein Handeln eine ungewöhnliche Erzieherkraft ausstrahlt". Jene Haltung, die sich in übertragener *Form auch auf seine Nachfolger* an der Unternehmensspitze fortpflanzte, wird allgemein als der „Bosch-Geist" apostrophiert.

Im Zeichen der emporschnellenden Zündernachfrage gab es bei Bosch die Notwendigkeit einer veränderten Arbeitsdisposition. Nachdem bereits von Anfang an im Akkord-Verfahren gearbeitet wurde, ging Bosch – um Lieferfristen halbwegs einhalten zu können, schon im Jahre 1905 auch zur besseren Ausnutzung des Maschinenparks zur Einführung einer Doppelschicht über. Zugleich reduzierte er die tägliche Arbeitszeit – wie vor ihm schon Ernst Abbe von Zeiss – auf acht Stunden, nachdem er schon 1894 auf einen Neun-Stunden-Arbeitstag zurückgegangen war.

Auch bestimmte er neben dem Ostermontag und Himmelfahrt schon sehr früh den 1. Mai zum arbeitsfreien Tag, was ihm, der den Sozialismus für „etwas Großes, Edles" hielt, denn auch da und dort eher gehässig den Beinamen „roter Bosch" eintrug. Seine Kritiker beschämte er letztlich unter anderem mit seinem Mäzenatentum.

Inzwischen ist die Unternehmensgruppe (über 140 000 Beschäftigte), die sich um das Stammhaus, die Robert Bosch GmbH, ihrerseits zu 90 Prozent im Besitz der Robert Bosch Stiftung, gruppiert, unter der Ägide Hans L. Merkles und Marcus Bierichs in neue technologische und geschäftliche Dimensionen aufgebrochen. Über so bedeutende Innovationen im Kfz-Bereich hinaus wie elektronisch gesteuerte Einspritz- und Regelsysteme sowie das Antiblockier-System oder auch die Lambda-Regelung (bei der Katalysator-Technik) ist der Konzern Zug um Zug dabei, immer weiter in den Bereich der Telekommunikation vorzustoßen.

Alfa Romeo unter neuer Haube

ds. **Mailand**

Die Firmenleitungen von Ford und Alfa Romeo haben eine Vereinbarung über die finanziellen Einzelheiten der Kontrollbeteiligung des US-Konzerns getroffen. Nach „Il Mondo" soll es sich dabei um 700 Mrd. Lire handeln. Darüber hinaus soll Ford die Verpflichtung übernommen haben, zwischen 1987 und 1995 Investitionsausgaben in Höhe von 3600 Mrd. Lire zu übernehmen. Das Abkommen, das noch von dem italienischen Staatsbeteiligungsministerium und der Regierung in Rom genehmigt werden muß, sieht eine Anfangsbeteiligung des US-Konzerns in Höhe von 30 Prozent vor. Diese Quote soll in den nächsten drei Jahren auf 51 Prozent erweitert. Das Produktionsabkommen zwischen den beiden Unternehmen sieht vor, den jetzigen Alfa-Ausstoß bis 1990 von 180 000 auf 390 000 Fahrzeuge zu erhöhen. Davon werden 50 000 auf den Ford Escort entfallen.

Neue Konzeption für Oltmanns

Engere Kooperation mit dem Fachhandel angestrebt

JB. **Hamburg**

Die Wienerberger Baustoffindustrie AG, Wien, Österreichs größter Ziegelhersteller, will der im Juni diesen Jahres aus Familienbesitz erworbenen Oltmanns-Gruppe, Jeddeloh bei Oldenburg, neue Impulse verleihen. Wie der Vorstandsvorsitzende Erhard Schaschl erklärt, habe man mit der Oltmanns Ziegel und Kunststoff GmbH ein gutes, aber mit Führungsvakanzen belastetes Unternehmen übernommen.

Die Probleme der Oltmanns-Gruppe waren nach Angaben von Schaschl einmal das Resultat zu viel und zu breit angelegter Innovationen und zum anderen eines fehlenden Marketing-Konzepts. Außerdem habe sich das Verblender-Werk in Neustadt bei Hannover als Investitionsflop erwiesen. Diese Fabrik ist von Wienerberger nicht übernommen worden. Die Gruppe besteht nunmehr aus der Oltmanns Ziegel und Kunststoff GmbH, in der drei Ziegeleien zusammengefaßt sind. Ihr angeschlossen ist das Kunststoffwerk Ekern GmbH mit drei deutschen und zwei französischen Tochtergesellschaften. Das Nominalkapital der Gruppe beträgt 13,8 Mill. DM, beschäftigt werden nach der Übernahme 410 Mitarbeiter.

Die Gruppe werde in diesem Jahr den Umsatz von 120 Mill. DM halten, betonen die Geschäftsführer Franz Förster und Detlef Prinzler. Rund 85 Mill. DM entfallen auf den *Bereich* Kunststoffe mit den Produktschwerpunkten Kanal- und Drainagerohre. Den Rest steuern Ziegel/Keramik bei. Die neue Konzeption sieht vor, das Unternehmen marktorientiert zu steuern und eine enge Kooperation mit dem Fachhandel zu praktizieren. In der Programmpolitik soll die Produktionspalette in Richtung „Systemhaus" ausgeweitet werden. Absatzschwerpunkt bleibt Norddeutschland.

Ohne Krankenkasse kein Studium

Ohne Krankenkasse bleiben Studienwünsche unerfüllt. Wer der Universität oder Fachhochschule nicht die Versicherungsbescheinigung einer Krankenkasse vorlegt, der wird nicht als Student eingeschrieben.

Pflichtversicherung: Alle eingeschriebenen Studenten der staatlichen und der vom Staat anerkannten Hochschulen sind Mitglied der „Studentischen Krankenversicherung", sofern nicht eine Familienmit- oder Privatversicherung besteht. Der Schutz der Familienmitversicherung besteht bis zum 25. Lebensjahr – nach Wehrdienst sogar noch darüber hinaus.

Die **Beiträge** sind – bei allen gesetzlichen Krankenkassen einheitlich – in Höhe von 60,35 DM monatlich zu zahlen. BAföG-geförderte Studenten bekommen ein um 38 DM höheres Monatsdarlehen, zahlen selbst also nur 22,35 DM.

Leistungen: erhalten Studenten wie alle anderen gesetzlich Kran*kenversicherten – mit* Ausnahme von Krankengeld, weil bei Krankheit kein Verdienstausfall eintritt.

Privat krankenversichert: Studenten sind für 62 DM monatlich versichert. Der Beitrag *verringert* sich ggf. auch um den 38 DM-BAföG-Zuschuß. Studenten mit privatem Krankenversicherungsschutz können sich von der gesetzlichen



Krankenversicherungspflicht befreien lassen. Dazu haben sie zu jedem Semester neu Gelegenheit – jeweils innerhalb von drei Monaten. Eine einmal ausgesprochene Befreiung kann allerdings für die Dauer des Studiums nicht widerrufen werden. Umgekehrt haben eingeschriebene Studenten, die privat krankenversichert sind, das Recht, diesen Vertrag vorzeitig zu kündigen, wenn sie pflichtversichert werden.

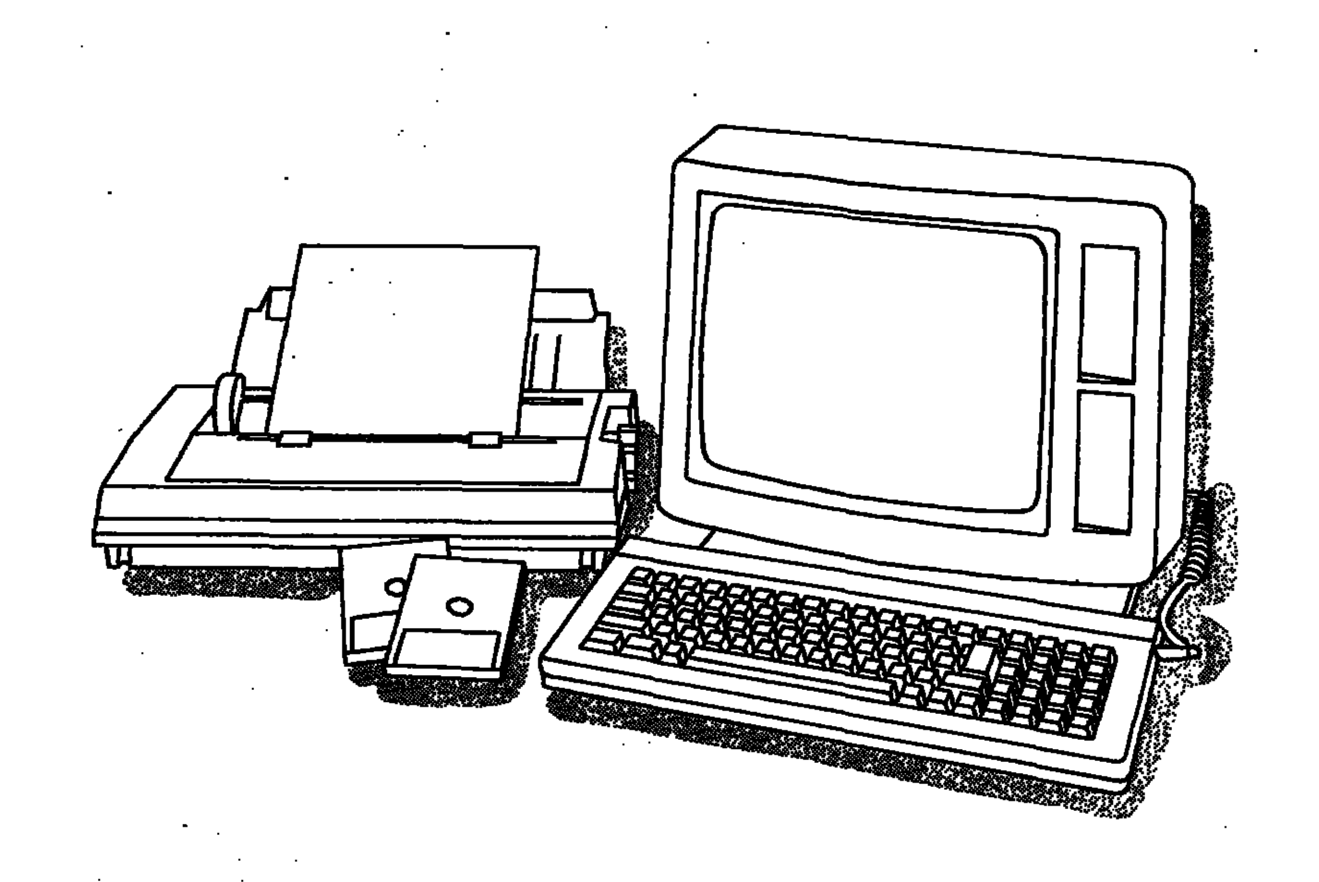
Rentenversicherung: Schul- und Hochschulzeiten werden in der gesetzlichen Rentenversicherung als Ausfallzeiten auf die spätere Rente angerechnet: maximal vier Schuljahre ab 16 Jahren und weitere fünf Studienjahre (falls das Studium erfolgreich abgeschlossen wurde). In den ersten fünf *Berufsjahren* besteht nur ein eingeschränkter Rentenversicherungsschutz. Wer diese Lücke schließen will, kann eine kombinierte Berufsunfähigkeits- und Lebensversicherung abschließen. Je früher das geschieht, desto günstiger ist der Beitrag.

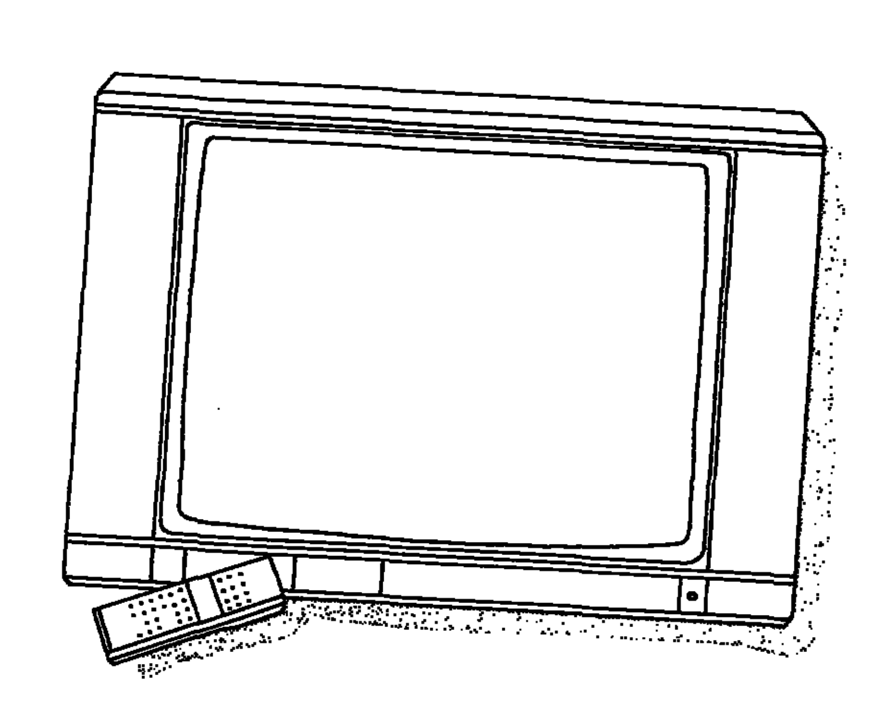
Unfallversicherung: Studenten sind bei Unfällen auf dem Gelände der Universität sowie auf den Wegen dorthin (und *von dort zur Wohnung* zurück) kostenfrei gesetzlich unfallversichert.

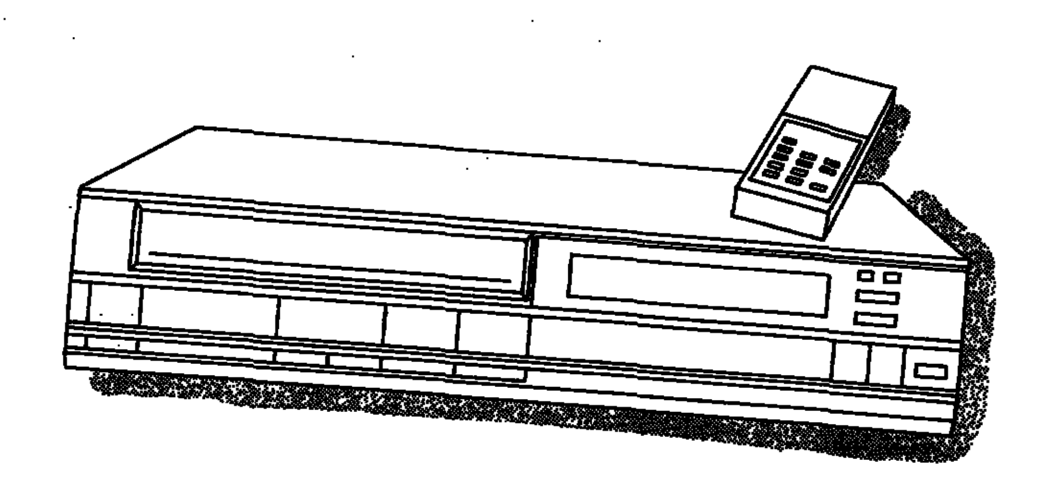
WOLFGANG BÜSER

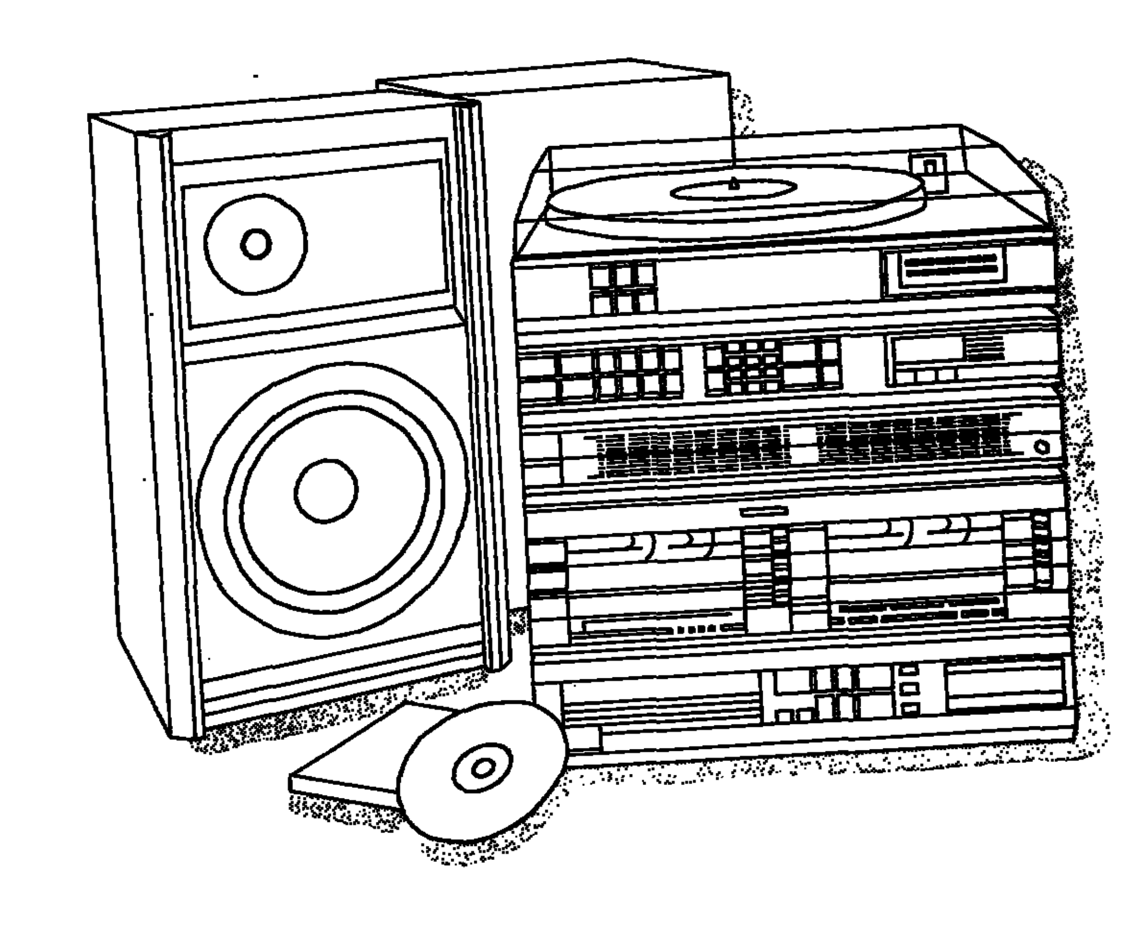
Eine Information zur Börseneinführung

Wo andere ausstiegen, stiegen wir ein. Mit Erfolg.







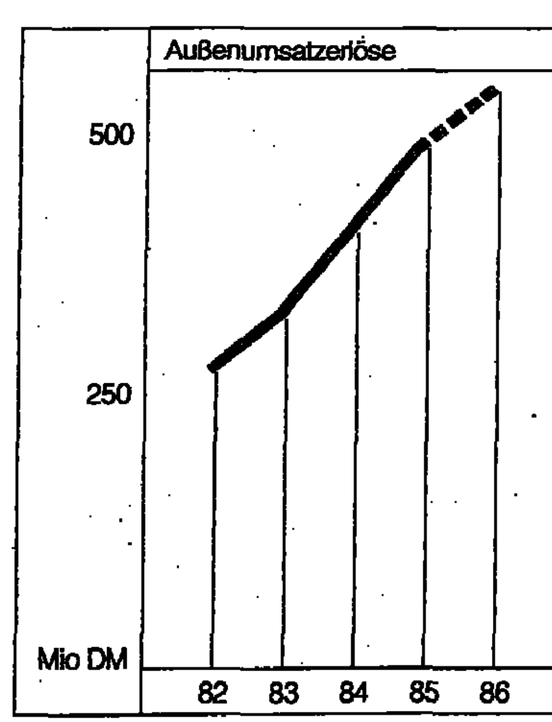


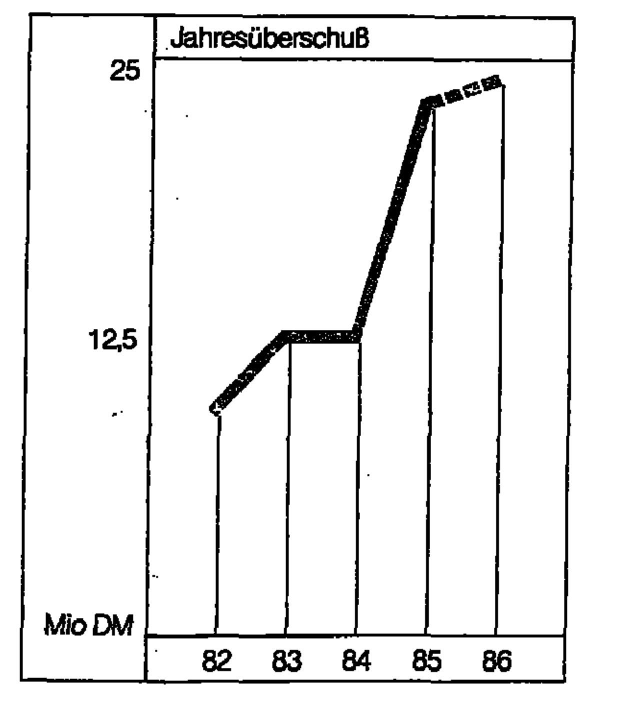
Große Marktbewegungen bieten stets große Chancen. *Schneider nutzte sie konsequent.* Während andere deutsche Unternehmen in den letzten Jahren aus der Unterhaltungselektronik ausstiegen, bauten wir unser Angebot Schritt für Schritt aus. Und verdoppelten in nur 5 Jahren den Umsatz auf rund 430 Mio DM. Grundstein des dynamischen Wachstums ist unsere Maxime:

1. Rationell sein. Schneider steigerte die Produktivität jährlich um mehr als 10%.
2. Sparsam wirtschaften. Schneider kommt mit deutlich geringeren Verwaltungs- und Vertriebskosten aus, als in der Branche üblich.
3. Technisch vorn sein, Markttrends früh erkennen und flexibel umsetzen. Auf dieser Basis haben wir seit Jahrzehnten Erfolg.

In den 60er Jahren mit Musiktruhen.
In den 70er Jahren mit Radio/Phono-Kompaktanlagen.
In den 80er Jahren mit HiFi-Anlagen und Compact-Disc-Playern, TV- und Video-Geräten und ... Computern.

Die erst 1984 aufgebaute Schneider Computer Division für den Home- und Profi-Bereich trägt heute mit rund 130 Mio DM schon fast 1/3 zum Gesamtumsatz bei. Entscheidend für unseren schnellen Markterfolg: Schneider bietet mit „JOYCE" ein vollausgebautes Textverarbeitungssystem zu einem Preis, der mit dem einer *Speicher-Schreibmaschine vergleichbar ist.* Mit Produkten, die durch ein herausragend gutes Preis-Leistungs-Verhältnis gekennzeichnet sind, wird Schneider weiter wachsen. Bis 1990 ist eine weitere Verdoppelung des

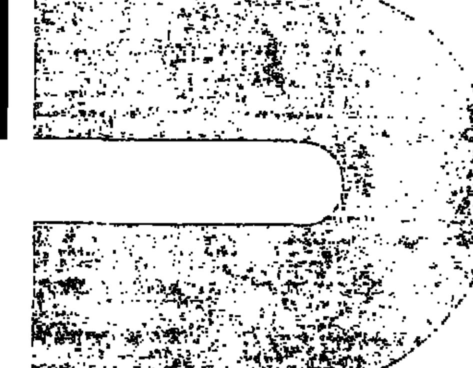




Umsatzes ein realistisches Ziel. Dementsprechend öffnet sich Schneider dem Kapitalmarkt. Die Ausgabe von Aktien ist in Vorbereitung.

Schneider Rundfunkwerke AG,
8939 Türkheim/Unterallgäu





Öffentliche Anleihen schwach

Da sich nach Meinung der Rentenmarktexperten die Chancen auf eine weitere Zinssenkung verringert haben, kam es in den langlaufenden öffentlichen Anleihen zu neuen Abgaben. Verkäufer sollen in erster Linie Banken gewesen sein, aber auch aus dem Ausland dürfte Material zurückfließen. In der Spitze wurden die Kurse öffentlicher Langläufer bis zu 0,70 Prozentpunkte zurückgenommen. Am Pfandbriefmarkt war die Lage im wesentlichen unverändert, es kamen kaum Umsätze zustande.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Fest bis gut behauptet notierte Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	16.9.	15.9.
Sept.	262,00	258,50
Dez.	259,75-259,50	258,25-258,00
März	253,50-254,00	252,50-252,75

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

16.9.	15.9.
28,00	28,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

Genußmittel

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Baumwolle

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Die Dollar- und DM-Zinssätze notierten am 17. 9. unverändert. Am Terminmarkt gab es kaum Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,31-0,21	0,80-0,70	1,51-1,31
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,40-1,37	2,78-2,75
Pfund/DM	2,10-0,70	5,10-3,70	9,40-8,00
FF/DM	15+1	32-16	53-37

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17.9.: Tagesgeld 4,40-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 17.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6-6⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	4½-4⅝
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
12 Monate	6⅛-6⅜	4½-4¾	4½-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 17.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 17.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	205,00	259,92	36,26
20 ffr. Napoleon	5,8070	159,00	209,76	36,12
20 sfr Vreneli	5,8070	183,00	237,12	40,83
½ Sovereign (E.II)	3,6610	101,00	137,94	37,68
1 Sovereign Neu	7,3220	187,00	241,68	33,01
1 Sovereign Alt	7,3220	195,00	250,80	34,25
100 Kronen Öster.	30,4880	775,00	951,90	31,22
20 Kronen Öster.	6,0980	157,00	201,78	33,09

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,40.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 17.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,444	6,30
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,25	6,42
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,50	6,92
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	140,80	8,95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,84	5,25
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,36	5,25
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,67	6,40
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,30	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,50	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,32	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,02	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,04	7,00
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,91	6,90
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,54	7,02
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,51	6,75
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,69	6,05
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,15	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,50	6,91
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,20	6,98
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,80	4,26
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,90	5,05
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,15	5,36
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,90	5,56
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,25	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	116,50	6,92
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,00	9,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	132,00	8,58
Prud Realty	$ 100	15.1.99	68,50	9,13

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,60)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	4,80 (4,80)	100,4	102,1	103,9	105,8	107,7	109,5
3	5,07 (5,07)	99,80	102,3	105,0	107,7	110,4	113,1
4	5,50 (5,48)	97,90	101,4	104,9	108,4	111,9	115,4
5	5,76 (5,75)	96,35	101,0	104,8	109,1	113,3	117,5
6	6,00 (5,97)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,23 (6,21)	92,65	98,75	103,7	109,2	114,8	120,3
8	6,52 (6,51)	90,20	96,25	102,3	108,4	114,4	120,5
9	6,75 (6,73)	88,00	94,56	101,8	107,7	114,3	120,8
10	6,76 (6,75)	86,85	93,90	101,7	108,1	115,2	122,2
15	7,00 (7,00)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

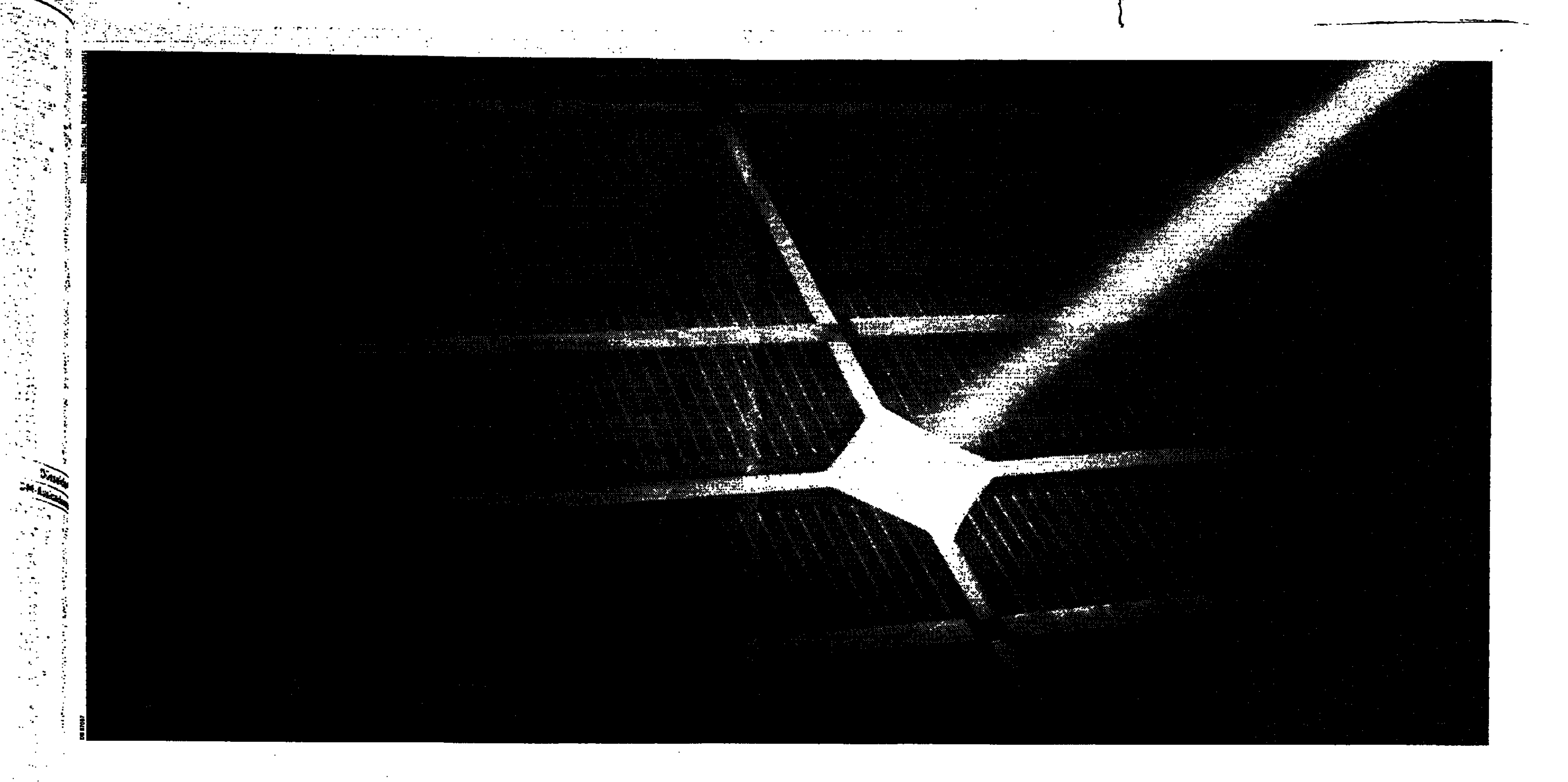
*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,912 (112,948)
Performance-Rentenindex: 247,406 (247,413)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	16. Sept.	5,819-5,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,80
	60-270 Tage	5,35
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,805
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,70
	2 Monate	5,70
	3 Monate	5,70
	6 Monate	5,70
	12 Monate	5,85
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,12
	26 Wochen	5,33



Synergie schafft neue Energie.

Synergie ist bekanntlich das Zusammenwirken verschiedener Kräfte zu einer gemeinsamen Leistung.

Für uns bedeutet das, die vielfältigen Möglichkeiten in unserem erweiterten Konzern, dessen Stärken im Automobilbau, in der Luft- und Raumfahrt, der Antriebstechnik, der Elektronik oder zum Beispiel der Informations- und Kommunikationstechnik liegen, bestmöglich zu nutzen.

Mit dem Ziel, als Ganzes mehr zu erreichen, als es mit der Summe seiner Teile möglich wäre.

Für eine solche Zusammenarbeit von Daimler-Benz, AEG, Dornier und MTU ergeben sich unter mittel- und langfristigen Gesichtspunkten viele neue Ansatzpunkte. Zum Beispiel bei der gemeinsamen Forschung nach alternativen Energietechniken.

Auf diesem besonders zukunftsweisenden Gebiet haben die gemeinsamen Bemühungen bereits zu ersten positiven Ergebnissen geführt: Bei der Erforschung der Anwendungsmöglichkeiten von Solarzellen im Automobil und bei der Entwicklung eines Wasserstoff-Energie-Konzeptes.

Ein anderes Beispiel ist das O-Bahn-System, ein flexibles Personennahverkehrssystem, das auf der Bustechnologie basiert.

So gibt es viele Gebiete, auf denen eine enge Zusammenarbeit mit hohen synergetischen Effekten möglich ist.

Wir stehen hier erst am Anfang eines langen, aber vielversprechenden Weges.

Das Automobil wird dabei nach wie vor Mittelpunkt unserer Tätigkeit bleiben. Es kann keinen Zweifel geben, daß wir auch weiterhin das Ziel verfolgen, in dem anspruchsvollen Markt hochwertiger Personen- und Nutzfahrzeuge führend zu sein.

Unsere unternehmerischen Aktivitäten werden dem Automobil neue Dimensionen erschließen. Wir werden die gegenseitigen Synergieeffekte nutzen und damit die Voraussetzungen schaffen, unseren Vorsprung in den Weltmärkten weiter auszubauen.

Damit werden zusätzliche langfristige Perspektiven für unser Unternehmen eröffnet und seine Zukunft auf breiter Basis stabil abgesichert.



Weiterer Schwächeanfall

Aktien litten unter der Unsicherheit auf den Finanzmärkten

DW. – Das Ausbleiben einer nachhaltigen Kurserholung an der New Yorker Börse läßt auf dem deutschen Aktienmarkt die Nervosität wachsen. Sorge schienen vor allem Gerüchte über Schwierigkeiten bei großen US-Banken zu bereiten. Die Neigung, Kursgewinne zu realisieren, nahm deshalb zu. An den ohnehin begrenzten Abgaben waren kaum Ausländer beteiligt. Hauptabgeber waren die Börsenkulisse. Obwohl die Kurse fast aller Standardwerte kräftig zurückgenommen wurden, blieben bis zum Schluß Rückkäufe aus.

Die Unsicherheit auf den internationalen Finanzmärkten machte sich besonders kursdrückend bei den Bankaktien bemerkbar. Selbst die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Börseneinführung in Tokio favorisierte *Commerzbank* geriet unter Druck. Bei den VW-Aktien gab es Abgaben, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Kapitalerhöhung zu erklären sind und die den Kurs um mehr als 15 DM drückten. Auch die anderen „Flaggschiffe" des deutschen Aktienmarktes wie Siemens und Deutsche Bank erwiesen sich als anfällig. Zum ersten Mal seit Tagen häuften sich die Gewinnmitnahmen bei den Titeln der *Großchemie*. Die sich wieder verschärfende Kernkraftdiskussion löste bei den Stromversorgern neue Kurseinbußen aus. Die Aktie der HEW, wo der Kernkraftausstieg per Satzung beschlossen werden soll, gaben um knapp 5 DM nach.

Frankfurt: Kochs Adler gewannen 12 DM und Traub 5 DM. Asko fielen um 40 DM, Lahmeyer um 45 DM und Leifheit um 25 DM. Deckel büßten 9 DM und Didier 10 DM ein.

Düsseldorf: Aigner verminderten und Dortmunder Ritter verminderten um 13 DM, Riedel um 15 DM und Springer um 7 DM. Braun VA verbesserten sich um 15 DM, Leffers um 7 DMNN und Keramag um 5 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank wurden um 7 DM zurückgenommen. HEW und Felten gaben um je 4,50 DM nach. Bremer Vulkan und Phoenix Gummi büßten je 4 DM ein.

Berlin: Bergmann konnten 5 DM zulegen. Berliner Elektro St. schwächten sich um 25 DM, Berliner Elektro Vz. um 20 DM und Schering um 8 DM ab. Herlitz St. wurden um 6,50 DM und Springer um 6 DM zurückgenommen.

München: Binding gaben um 4 DM, Dywidag um 5 DM und Hochtief um 30 DM nach. Je 10 DM schwächer lagen Krones, Leonische Draht und NAK.

Stuttgart: Bei den Automobilwerten verloren Daimler 31, Mercedes 40, Porsche 30 und VW 16,50 DM. Deutsche Bank lagen 17 DM schwächer. DLW wurden nach Doppel-Minusankündigung mit 430 gesucht. Mineralbrunnen lagen nach Abschlag Gratisaktien (4:1) mit 480 im Markt.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 271,84 (278,15)
WELT-Umsatzindex: 3024 (3290)
Advance-decline-Zahl: 54 (102)
38-Tage-Linie: 275,11 (274,68)
200-Tage-Linie: 277,89 (277,79)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		17.9.	16.9.
H	Aach M Betl 12,5	2400	2500
H	Aach. M. Vers. 7	1940	1940
D	Aach. Rück. 9	2500	2530
D	Aseag *4	380T	380T
M	Ack-Gögg. 8	161	162,5
H	Adca 5	182	184
D	Adler 12+16	285	290G
F	AEG 0	309,5	315,5
D	AEG KABEL 9	455G	440G
S	Aesculap 9	425bG	430
F	AGAB 5	165	167

		17.9.	16.9.
F	Cabl. Genußsch.	120,5	120,5
D	Conc. Chem. 4,5	258G	270bB
B	Conc. Spinne * 0	555T	535T
D	Contigas 8	355	355
D	Conti Gummi 5	315,5	321,5
D	Dahlb. St. 7,75	265	270
D	dgl. Vz. 14,75	401G	405G
S	Daimler 12+2,5	1235	1266
M	*Deckel AG 6*	*230bG*	*232bG*
D	Dt. Atl. Tel.10	790T	790T
D	Dt. Babcock St. 3	203,5	207
D	dgl. Vz. 3,5	192,5	196
F	Dt. Bank 12	767	785
D	Dt. Centrboden 12	850	850bG
D	Dt. Conti Rück 0	3850T	3900T

		17.9.	16.9.
H	HEW 5,5	124	128,5
H	Hdl. Löb. 9	655	665
Hn	Hann. Papier 6	255	255,5
H	Harmstorf 0	33	37
D	Harpener 11+1	320	320
F	Hartm. & B.St. 6	3070T	3040T
F	dgl. Vz. 6	1600bG	1570
M	Hasen-Bräu 9	1028G	1028G
S	Heidelb. Zem. 7	700	695
M	Hellt & W. 5	270G	270G
D	Hein, Lehm. *6	285G	282bG
D	Heinr. Ind. *16+2	630	630
D	Henkel 3	428	436
F	Henninger 2	170	168
B	Herlitz 0	177	181,5
B	dgl. Vz. 0	144	149

		17.9.	16.9.
F	MAB 7,5	350G	350G
F	dgl. Vz. 7,5	348G	348G
D	Mannesmann 6	178,8	182,5
F	Mannh. Vers. 8	890	892
H	Maritz & K. 8	215	215
F	MAN St. 5,8	230,5	239
F	dgl. Vz. 5,5	194	195
F	MAN-Rol. 20,2	588bG	588
F	Masco	495	509
S	M.Müll.Weing. *0	339	335bG
D	Mauser 0	82,2bG	82,4bB
F	Mercedes 10,5	1105	1153
F	Metallges. 6	317	337,9
S	Met. u. Lack 0	99,7	98bG
S	Milag 6,5	465G	465G
F	Moenus 0	109	109,3

		17.9.	16.9.
F	KKK St. 8	760	765
F	dgl. Vz. 8,5	660	640G
D	Lehnkering 7	220G	228bG
F	Maingasw. 5,5	245T	240rG
M	Markt & Technik 11	660TB	670bBr
F	MCS Modul 7	471G	470,5
Hn	Meinecke *24+6	1285	1280B
S	Moto Meter 6+1	265G	265
H	NY H. Gummi 0	67	68,5
H	Nordd. Hypo 4	250T	250
H	Oelmühle 10	241,5	243
Hn	Phywe *0	115B	115
B	Pom.Zuck 10	1275T	1300T
D	Rösler 4	380G	390

		17.9.	16.9.
M	Inv. Propert Int.	22G	–
M	Uoc **0	0,5bB	0,5bB

Ausland in DM

		17.9.	16.9.
M	Abbott Labor	86	87
F	L'Air Liquide	215	225
D	Akzo	136	138
F	Alcan	65,5	66,9
F	Alcoa	79	77
F	Alg. Bk. Nedld.	485	498
F	All Nippon Air	11,8	12T
F	Allied Corp.	80,5	82
M	ALPS El.	24	23,5

		17.9.	16.9.
M	Digital Equipm.	198,5	199
M	Disney Prod.	78,9	80,2
M	Dome Petroleum	1,55	1,6
D	Dow Chemical	110,2	113
D	Dresser	33G	33G
M	Driefontein Cons.	34,3	34,6
D	DuPont	165,5	165,5
H	Dunlop	–	–
D	Eastern Air Lines	17,9	17,7
F	*Eastman Kodak*	108	109,5
F	*Eaton*	134G	135G
F	Elf Aquitaine	103	105
F	Elsem	31	30,6
F	Emhart	66G	67G
D	Ericsson	70T	71

		17.9.	16.9.
F	Mitsui & Co.	9,25	9,6G
F	Mitsui Engin.	2,5	2,4G
F	Mitsui O. S. K.	4,4T	4,4T
F	Mitsumi El.	15,2	15,9
H	Mobil Corp.	74	75
F	Monsanto	138,1	141
F	*Montedison*	4,8	4,71
F	Murata	28T	28TxD
F	RJR Nabisco	94,5	98
M	Nat. Semicond.	18,9	19,2
M	*Navistar Int.*	14,4	14,7bG
M	NCR	102,4	105,9
D	Nat. Westminster	16,5	16,9
F	NEC Corp.	24,7	24,4
F	Nestle	10400	10600

		17.9.	16.9.
F	Warner Lambert	108,5	113
F	Wells Fargo	192G	200
M	Western Deep L.	78,9	80
M	*Western Mining*	5,4	5,45
M	Westinghouse El.	110,5	111,5
M	Weyerhaeuser	71	72,6
D	Xerox Corp.	110,5	111,5

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos.= ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck: in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Das Britische Pfund gab am 17. September um ein Prozent auf 3,001 nach. Die Bank of England griff gegen Dollar stützend ein, um ein weiteres Abgleiten zu verhindern. Die Belastung kam vom Ölpreis, der erneut schwächer tendierte, nachdem offensichtlich ein verstärkter Lagerabbau in den vergangenen Wochen abgeschlossen wurde. Auch der Dollar geriet erneut unter Druck und konnte seine Eröffnungskurse von 2,0475 bis 2,0495 nicht halten. Bundesbankpräsident Pöhl schloß in einem Interview, daß er der „Financial Times" gab, eine deutsche Zinssenkung aus und stellte dafür den Amerikanern Hilfestellung beim Dollarkurs in Aussicht. Dies führte zu einem Verlust von einem Pfennig auf 2,057. Nach der Notiz von 2,0553 wurde bis 2,2079 gehandelt. Die „housing starts" in den USA enttäuschten. Neben dem Britischen Pfund fielen das Irische Pfund, die Pesete und die Finnmark auf neue historische Tiefstkurse. US-Dollar in Amsterdam 2,2985, Brüssel 42,42; Paris 6,712; Mailand 1406,10; Wien 14,307, Zürich 1,6448; Ir. Pfund/DM 2,747, Pfund/Dollar 1,4745, Pfund/DM 3,001.

Devisen und Sorten

17.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0513	2,0593	2,0576	1,98	2,08
London[2]	10,0	2,994	3,008	2,967	2,94	3,09
Dublin[2]	14,5	2,740	2,754	2,708	2,69	2,84
Montreal[1]	8,56	1,4625	1,4705	1,4553	1,41	1,51
Amsterd.	5,00	88,48	88,70	88,44	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,64	123,84	123,66	122,25	125,00
Brüssel	8,00	4,818	4,838	4,796	4,68	4,86
Paris	9,50	30,44	30,60	30,305	29,65	31,50
Kopenh.	7,00	26,35	26,47	26,11	25,30	27,25
Oslo	8,00	27,81	27,95	27,26	27,00	28,75
Stockh.	8,00	29,455	29,615	29,24	28,50	30,25
Mailand[3]**	12,0	1,444	1,454	1,4265	1,415	1,495
Wien	4,00	14,209	14,249	14,197	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,517	1,527	1,496	1,47	1,59
Lissabon**	14,5	1,380	1,400	1,35	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,3065	1,3095	1,3115	1,27	1,33
Helsinki	8,50	41,44	41,64	40,745	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,62
Budap.* **	–	–	–	–	2,60	4,10
Athen* **	20,5	1,483	1,537	–	1,05	1,80
Ankara* **	–	–	–	–	0,21	0,40
Sydney*	–	1,259	1,278	–	1,21	1,33
Johannbg.*	10,5	0,873	0,907	–	0,67	0,97
Hongkong *	–	25,93	26,21	–	25,00	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Lebenserinnerungen der Gräfin Maria Maltzan

Standesgemäß furchtlos

Daß Maria Gräfin von Maltzan ihre Erinnerungen geschrieben hat, verdanken wir einem rührenden TV-Melodram in amerikanischer Kino-Manier, in dem Jacqueline Bisset die Rolle der Autorin spielt. Sie wollte die Dinge richtigstellen. Gräfin Maltzan gehörte zu jenen Deutschen, die während des Krieges in Berlin Juden halfen und in ihren Wohnungen versteckten. Aus Anständigkeit und Furchtlosigkeit. Sie hatte keine politischen Interessen, aber ein intaktes Rechtsgefühl und ein untrügliches Gewissen.

Gräfin Maltzan verbrachte ihre Kindheit auf dem schlesischen Besitz ihres Vaters, auf Schloß Militsch, das *heute noch steht. Ihr Vater starb früh.* Von ihrer Mutter fühlte das jüngste



von sieben Kindern sich ungeliebt. Während ihre fünf Schwestern, intelligent, hübsch, von ihr aber kaum beachtet, Ehen schlossen, die zu jener Zeit als „standesgemäß" galten, machte sie gegen den Willen der Familie Abitur und studierte Veterinärmedizin. Ihr Bruder, der der Mutter nahestand, verwies sie des Hauses, was für sie der schlimmste Einschnitt in ihrem Leben war.

Er war aber nicht jener wilde Nazi, als den sie ihn darstellt. Seine Begeisterung darüber, daß es wirtschaftlich in Deutschland wieder aufwärts ging nach 1933, ließ den Gutsbesitzer im Grenzgebiet sich zu den neuen Herren in Berlin bekennen. Nach dem Röhmputsch im Juni 1934 erkannte auch er, worauf er, Mitglied der SA, sich eingelassen hatte. Bei Kriegsausbruch meldete er sich an die Front, obwohl u. k. gestellt, und fand den Tod in Frankreich. Eine ihrer Schwestern, die den blauäugigen Nazi-Idealismus ihres Mannes nicht ertrug, ließ sich 1936 scheiden. Sie gehörte dem Kreis um Stefan George an. Auch davon findet sich nichts in dem Buch.

Aber die Beschreibung ihrer schlesischen Kindheit, einer für immer vergangenen Welt, die heute verkannt wird, gibt dem Buch Gewicht. So schreibt sie: „Zu den Selbstverständlichkeiten in den großen Herrschaften gehörte es auch, daß für begabte Kinder der Angestellten die gesamten Ausbildungskosten für eine höhere Laufbahn bezahlt wurden. Das ging so weit, daß jemand auf Kosten eines jüdischen Landbesitzers katholische Theologie studieren konnte." Über solchen „Paternalismus" lohnte es sich schon nachzudenken, um unser Bild von der Vergangenheit zu entzerren.

Viel ist über das mutige Eintreten der Gräfin für die Verfolgten während der Terrorjahre in Berlin geschrieben worden. Es liest sich hier *nüchterner* und *somit* eindringlicher. Sie hielt einen Mann versteckt, der offiziell als tot gemeldet war und dessen Mutter, eine jüdische Patriotin, in Theresienstadt ums Leben kam. Ein Kind wurde geboren und starb, dessen Vater er war. Nach dem Kriege heiratete sie ihn, ließ sich von ihm scheiden und heiratete ihn wieder. Ein Russenmädchen lebte an Kindes Statt versteckt bei ihr, wurde nach der „Befreiung" von den Russen vergewaltigt und verschleppt.

Dieser Nachkrieg wurde für die Autorin zu einem Sturz ins Nichts; sie griff zur Droge, um weiterleben zu können. Sie verlor ihre Approbation als Tierärztin. „Ich war von der Putzfrau bis zur Packerin im Kaufhaus so ziemlich alles, was man sich nur denken kann ... weil ich es beschämend fand, als Mensch mit gesunden Knochen der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen."

Sie beschreibt ihre Anstrengungen, wieder hinaufzukommen und prakti*zieren zu dürfen, und ihre Rückfälle.* Und schließlich gewann sie wieder die Oberhand kraft ihres eisernen Willens. Heute lebt sie mit ihren Tieren in dem heruntergekommenen Viertel nahe dem Berliner Oranienplatz. Punker und arbeitslose Ausländer, Bohemiens und Aussteiger sind ihr Verkehr. Sie ist eine Zuflucht für Ausgestoßene.

Maria Gräfin Maltzan verkörpert ein deutsches Schicksal. Sie lebte und lebt, wie es der Anstand und die moralische Tradition ihrer Familie sie gelehrt hat. Das ist für unsere Zeit zum Außergewöhnlichen geworden.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Maria Gräfin von Maltzan: „Schlage die Trommel und fürchte dich nicht" – Ullstein Verlag, Berlin, 272 Seiten, 38 Mark



Amerikas Kunst macht sich selbständig: „Badende Nymphen" von Eilshemius (1917), aus der Kölner Ausstellung „Amerika / Europa" FOTO: MUSEUM LUDWIG

Köln: „Amerika / Europa – Geschichte einer künstlerischen Faszination"

Nordatlantisches Bündnis der Kunst

Das Kölner Museum Ludwig gibt seinen Einstand im neuen Haus mit einer Ausstellung, die gleichermaßen den Dimensionen dieses Hauses und dem Schwerpunkt der Sammlung Ludwig entspricht; ihr Titel: „Europa / Amerika – Die Geschichte einer künstlerischen Faszination seit 1940". Das Thema ist nicht unbedingt neu; es hat in diesen vier Jahrzehnten immer wieder für Diskussionsstoff gesorgt und Ausstellungen angeregt, von denen viele zudem gezeigt haben, daß die Faszination, die hier auf zeitgenössische Kunst und Künstler eingeschränkt wird, viel älter ist. Rafael Jablonka (neben Siegfried Gohr mitverantwortlich für die Ausstellung) beginnt seine schweifenden Kommentare im Katalog mit der Begegnung Cortez – Montezuma, die bekanntlich kein gutes Ende nahm.

Mit der Jahrhundertwende versuchte die amerikanische Kunst, sich von europäischen Einflüssen zu befreien, selbständig und „amerikanisch" zu werden. Aber dann fand 1913 in New York die berühmte „Armory Show" statt mit den Hauptmeistern der europäischen Moderne, und alle guten Vorsätze waren dahin, alle Vorbehalte gegen die experimentelle Kunst Europas schwanden. Ein breiter Zustrom moderner Kunstideen setzt ein, dem nach 1933 der lebendige Strom europäischer Einwanderer folgte; Josef Albers, Feininger, Moholy-Nagy, Leger, Max Ernst, Masson, Mondrian, Lipschitz, Zadkine, Tanguy waren darunter. Sie sind nicht alle aufzuzählen.

Mit der Nackkriegssituation setzt die Kölner Ausstellung ein. Sie will erklärtermaßen nicht kunsthistorisch betrachtet werden. Es ist ihr nicht um Stilabfolgen, um Schulen oder Richtungen zu tun; es sollen weder Einflüsse noch Abhängigkeiten aufgezeigt werden (was allerdings vielfach gar nicht zu vermeiden ist). Sie will, wenn wir das richtig sehen, mehr oder weniger zufällige, zeitbedingte Parallelen, gleichzeitig auftretende Impulse, Tendenzen, Ausdrucksmittel oder Gestaltungsprinzipien diesseits und jenseits des Atlantiks aufzeigen. Das aber tut jede Ausstellung, die, auch ohne den Kölner Titel, die Entwicklung der westlichen Kunst seit 1940 darstellt.

Wie gründlich der gegenseitige Austausch aus Wechselwirkungen besteht, zeigt zum Beispiel die Tatsache, daß einige der wichtigsten Anreger aus Amerika keine Amerikaner sind. Albers kam aus Bottrop, Hans Hofmann war Bayer, Lindner (der in Köln vermißt wird) war Hamburger, Duchamp Franzose, de Kooning Holländer, Gorky Armenier, Rothko Russe. Andererseits aber lassen die Gegenüberstellungen und Nachbarschaften in Köln auch die ehrlichen Auseinandersetzungen und Unterschiede der „Verwandtschaften" erkennen, etwa zwischen Franz Kline und Soulages, zwischen Pollock und Dubuffet, zwischen Wols und Guston.

Es wurden offenbar keine Kosten gescheut, um ein imponierendes euro-amerikanisches Panorama zu erstellen. Kaum ein wichtiger Name fehlt. Auf diese Art und Weise werden die klaffenden Lücken in der hauseigenen Sammlung, die den Besuchern in diesen Eröffnungswochen sonst überdeutlich auffallen müßten, durch die Leihgaben geschickt kaschiert. Das war vielleicht der wichtigste Grund für diese Ausstellung (Bis 30. 11. 86; Katalog 35 Mark)

EO PLUNIEN

Italiens Museen: Mehr Service durch Sponsoren

Whisky statt Touristen

Mit Recht nannte der große italienische Kunsthistoriker Giulio Argan einmal ganz Italien ein einziges, riesiges Museum. Nirgendwo in der Welt sind so viele Kunstschätze aus so vielen Epochen auf so engem Raum versammelt – sei es innerhalb geordneter Sammlungen oder im freien Feld. Eine unvollständige und vorläufige Liste nach einer Zählung des Ministeriums für Kulturgüter ergab vor einigen Jahren mehr als 12 000 Museen.

Diese Museen und ihre potentiellen Besucher leben mit einem Problem, das seit Jahrzehnten einer Lösung harrt. Sie sind fast immer geschlossen. Der kleine Vorteil, daß die Sammlungen so zumindest vor dem eventuellen Vandalismus extremer Besucher sicher sind, steht in keinem Verhältnis zu dem Verlust, der durch die Vorenthaltung eines immensen kulturellen Reichtums entsteht. Es gibt wichtige Sammlungen, die jahrelang nicht zugänglich sind. In Rom war das in den vergangenen Jahren die Galerie der Villa Borghese.

Die anderen Museen halten mühsam die gesetzlich vorgeschriebenen Öffnungszeiten durch: täglich vormittags, mit Schließung jeden Montag und an vielen Feiertagen. Roms größte Tageszeitung, „Il Messaggero", titelte kürzlich in einer Schlagzeile: „Museen, ob mit oder ohne Personal – geschlossen sind sie immer." Bis vor fünf Jahren mochte die Ausrede der zuständigen staatlichen Stellen teilweise gelten, daß bei den damals lächerlichen Eintrittspreisen von einer oder zwei Mark die hohen Unterhaltungskosten einfach nicht bezahlt werden konnten. Der Staat weigerte sich, angesichts immenser Defizite an allen Fronten, auf dem Kultursektor zu investieren, dessen Lobby höchstens aus meuternden Touristen bestand, die ja nach ihrem mißlungenen Bildungsurlaub wieder nach Hause fuhren.

Doch, nachdem die Eintrittspreise kräftig angehoben wurden – der Besuch etwa des Forum Romanum kostet nun runde acht Mark, unter fünf Mark kommt man nirgends weg – fiel diese Entschuldigung weg. Die Besucherzahlen blieben hoch, man kappte die vielen Gratisbilletts. Trotzdem kam es im vergangenen Jahr wegen der Öffnungszeiten zum Aufstand der Möchtegern-Besucher in Florenz, als mitten im Sommer in der Hochsaison Tausende von Eintrittheischenden tagelang vor den geschlossenen Portalen der Uffizien standen. Dieser Zwischenfall erregte Aufsehen. Besserung wurde gefordert.

Nicht nur sollten wenigstens die offiziellen Öffnungszeiten eingehalten werden, sondern endlich europäische Verhältnisse eingeführt werden: nämlich Öffnung auch nachmittags, möglichst durchgehend, und an mehreren Tagen der Woche auch abends, was bisher nur bei teuren, extravaganten Ausstellungen der Fall ist, wo noch mehr Geld mit Eintritt und Katalogen zu scheffeln ist.

Das Ministerium für Kulturgüter blieb nicht untätig. Minister Nino Gullotti setzte durch, daß fast zweitausend neue Wächter und Türhüter *für Italiens Museen angeheuert* werden. Schon hagelte es Garantieerklärungen von zuständiger Stelle: mit dem neuen Personal, das sich dem bereits vorhandenen von rund 10 000 hinzugesellt, sei es möglich, die unermeßlichen Kunstschätze des Landes besser zu sichern und eine Öffnung zumindest der wichtigsten Museen auch nachmittags zu gewährleisten.

Kein Mensch glaubt daran. Die Neueinstellungen verteilen sich über mehrere Jahre. Viele Museen wurden neu strukturiert und erweitert – wie in Urbino – und haben deshalb doppelten und dreifachen Personalbedarf. In Florenz wurden 240 neue Kräfte eingestellt, aber die Gewerkschaften erklärten bereits, daß nur von einer begrenzten und experimentellen zusätzlichen Besuchszeit der Uffizien und anderer wichtiger Museen in der Arnostadt die Rede sein könne.

Eine Lösung des Problems ist trotzdem denkbar, ja, bereits teilweise in die Tat umgesetzt. Mailands bedeutendste Kunstgalerie, die Brera, ist auch nachmittags geöffnet – dank einer schottischen Whiskyfirma, die ihre Kunstliebe in Riesenanzeigen feiert. Der gleiche Konzern sponsert auch die teilweise Öffnung an Nachmittagen im Schloß von Urbino. Geplant ist dieses alkoholische Mäzenatentum (es handelt sich um die Edelmarke Chivas Regal) auch bei der Nationalpinakothek Umbriens in Perugia.

Der Schnapsproduzent hat in Mailand sogar über Monate hinweg die vormittägliche Besichtigung der Brera ermöglicht, wozu Stadt und Staat wegen Finanz- und Personalschwierigkeiten nicht in der Lage waren.

JÜRGEN VORDEMANN

Hamburg mit Wehmut: Ein verhaltenes Bild von der „kleinen Weltstadt"

Helmut Schmidt und seine Stadt

Es sollte kein Film über Hamburg werden, sondern ein Streifen unter dem Motto: „Ein Mann sieht seine Stadt". Ein subjektives Panorama also, und da dieser Mann Helmut Schmidt heißt, eine Bildfolge, in der nach den Worten des ehemaligen Bundeskanzlers „meine subjektive Liebe zu dieser Stadt zum Ausdruck kommt".

Ein bißchen Pathos durfte es denn schon sein – wer wollte anderes erwarten, wenn der Autor und Sprecher, der dazu noch die Würde eines Hamburger Ehrenbürgers besitzt, den 60-Minuten-Film mit dem Bekenntnis beginnt: „Ich liebe diese Stadt mit Wehmut". Und fortfährt: „Natürlich sind wir Lokalpatrioten".

Ein Mann und seine Stadt – ARD, 20.15 Uhr

Schmidt legt Wert auf die Feststellung, daß die Leute vom NDR lange Zeit aufwenden mußten, um ihn zu diesem Porträt zu überreden. Was dabei herauskam ist ein verhaltenes Bild von der „kleinen Weltstadt", in der er zwar über Jahre hinweg eine gewisse Müdigkeit diagnostiziert – jetzt sei die Stadt „aufgewacht" –, in der er sich aber auch mit dem Wort Wolfgang Borcherts identifiziert: „Hamburg – das ist unser Wille, zu sein".

Bei Helmut Schmidt kommt – trotz mehr als zwei Jahrzehnten Zeitunterschied – optisch das zum Ausdruck, was der damalige Hamburger Innensenator in einem aufsehenerregenden drei-Sterne- Artikel „Brief an einen Hamburger Freund" Anfang der sechziger Jahre in der WELT geschrieben hatte: Die Mahnung, die Entwicklung der modernen Industrie nicht zu verpassen, und der Appell an die Kaufleute, sich der großen Tradition des Mäzenatentum in einer Stadt, in der Lessing, Brahms und Gründgens wirkten, bewußt zu bleiben. Politisch hält sich Schmidt zurück; daß Herbert Weichmann der „geistig größte Bürgermeister dieses Jahrhunderts" gewesen sei, wird auch von der CDU nicht bestritten. Die Aussage, daß der „Typ des sozialdemokratischen Facharbeiters" ein Typ ist, „der die Stadt repräsentiert", ist allerdings ein bißchen gewagt.

Hamburg hat mit diesem „Jungfilm-Macher", wie Schmidt sich bei der Pressevorführung selbstironisch vorstellte, einen partriotischen Interpreten gefunden. Wer wäre kompetent, ein vergleichbares Porträt über Bonn zu zeichnen?

HERBERT SCHÜTTE



Altbundeskanzler Schmidt hinter der Kamera als „Jungfilm-Macher" FOTO: AP

KRITIK

Der Zweiäugige als König

Wie das so geht beim Deutschen Fernsehen – und das gilt für beide Kanäle: Kultur gibt's nur nachts. Sie gilt als etwas, das nur für Intellektuelle bestimmt ist, und die gehen spät zu Bett. Der **Theaterabend mit open end** (ARD) hätte freilich alle anderen kaum interessiert. Die Fachleute waren unter sich – Kurt Hübner, Hans Neuenfels, Jürgen Flimm, Ivan Nagel und sein Oberspielleiter Arie Zinger, aus Wien eingespielt Claus Peymann, aus der Konserve Luc Bondy, dazu etliche Schauspieler, zwei Kritiker und DDR-Dramatiker Heiner Müller, der in dieser Nacht eine schlechte Figur machte. Man sieht: Man war auch in der Couleur unter sich. Für die Blinden ist der Einäugige eben König, für die Einäugigen der Zweiäugige, aber Proporz war wohl nicht gefragt.

Es ging um die Liebe, jedenfalls zunächst, die Müller auf „Beziehungskisten" einengen wollte. Kann man das noch spielen? Die kritischen Pappkameraden, die die von ihnen Kritisierten grundsätzlich mit „Du" und beim Vornamen ansprachen, hatten nämlich einen irrwitzigen Ansatz. Es gebe doch so viel Bedrohung..., und dann kam, was kommen mußte: die Hochrüstung und, natürlich, Tschernobyl. Wohl deshalb sei Brecht („ein sehr toter Autor"!) immer der Meinung gewesen, so eine Geschichte zwischen Mann und Frau sei nicht mehr abendfüllend. Aber siehe da, die ihn einst zum Säulenheiligen und Klassiker verklärten, sind inzwischen dahintergekommen: „Deswegen sind seine Stücke auch so langweilig." Die wirklich klassischen Stücke, bislang immer als Besitz des „Bildungsbürgers" denunziert, sie stellen sich in ihrem Wert heraus. Die Schauspielerin Elisabeth Trissenaar bezeichnete sie als „Märchen – im Sinne von Menschheitsgeschichten." Wie wahr!

Das immer wieder versuchte Gerede von „Widerstand" oder schlechter Politik in Bonn – „das geht durch alle Parteien" – blieb dabei zwangsläufig auf der Strecke. Theatermacher sprechen doch lieber nur über Theater, davon verstehen sie mehr. Sie stritten sich dann, ob die Diktatur der Bühnenbildner vorbei sei, ob es immer noch das Theater der Regisseure gebe oder ob nicht doch der Schauspieler wieder interessant werde. Für das Publikum sei er das immer gewesen, „weil er etwas Lebendiges ist". Und das ist ja richtig: Unter anderem unterscheidet sich das Theater durch den lebendigen Menschen von Film und Fernsehen.

So oder so (Regielöwen wie Peymann widersprachen prompt): Solche Fragen sind allzu spezialistisch. Und so blieb denn nicht nur die Eingangsfrage unbeantwortet. Trotz eingespielter Aufführungs-Ausschnitte kam auch ein Panaroma des gegenwärtigen Theaters nicht in Sicht. Und das hatte man doch vor.

KATHRIN BERGMANN

Radio ffn setzt auf Aktualität

Wir machen Radio für Hörer von 15-45", sagt Torsten Römling, Programmdirektor von Radio ffn, dem niedersächsischen Privatsender, der ab 1. Januar 1987 die UKW-Skala zwischen 100 und 104 Megaherz um ein flottes Programm bereichern will. Die älteren Hörer will das 25köpfige Redaktionsteam „Radio Niedersachsen" überlassen, dem Landesprogramm des Norddeutschen Rundfunks. Die Mannschaft um Römling, der 15 Jahre für den NDR arbeitete, hat in Isernhagen bei Hannover in einer unter Denkmalsschutz stehenden Villa ein prachtvolles Funkhaus zur Verfügung, von Insidern bereits als „schönstes Funkhaus Deutschlands" eingestuft. 58 niedersächsische Verleger tragen die Gesellschaft mit dem umständlichen Namen Funk und Fernsehen Nordwestdeutschland. Geschäftsführer Günther Drossart rechnet vor, daß der sich allein aus Werbung finanzierende Sender „in zwei bis drei Jahren kostendeckend arbeiten" dürfte.

Werbung soll in stündlich zwei Blöcken ins Programm kommen – deutlich von Nachrichten und Moderation getrennt. Aus dem Programm will Redaktionschef Römling „langatmige und ermüdende Wortbeiträge" verbannen. Standardlänge für aktuelle Beiträge wird eineinhalb Minuten sein. Dabei setzt der 37jährige Rundfunkprofi auf ein Kriterium, das die Chance des Radios schlechthin ausmacht: „Aktualität schlägt alles!" Wichtige Nachrichten sollen demnach sofort ins Programm – gleichgültig welche Sendereihe gerade vorgesehen sein mag. Schnell aber nicht kleinkariert wollen die Nidersachsen sein. Drömling: „Wir machen keinen Bürgermeisterrundfunk."

Ein flächendeckendes Korrespondentennetz in Nordwestdeutschland wird durch die 58 Verlagshäuser garantiert. Die 25 angestellten Redakteure im Isernhagener Funkhaus sind journalistische Profis, die „Musikfarbe" wird von Fachredakteuren gestaltet. Die Römling-Drossart-Crew setzt ganz offensichtlich auf Professionalität aller Mitarbeiter und wird sich damit von der manchmal flapsig-unbedarften Machart von Radio Schleswig-Holstein abheben.

Der Dritte im Bunde, Radio Hamburg, hinkt seinen ursprünglichen Plänen hinterher. Die Studios sind noch eine Baustelle, die Gesellschafter konnten sich noch nicht auf einen endgültigen Programmdirektor einigen. Nachdem man ursprünglich in diesem Herbst auf Sender gehen wollte, wird der Starttermin jetzt mit dem 1. Januar 1987 angegeben.

HARALD FRITZ

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau
Tagesthemen
10.23 Fußball-Europa-Pokal
11.55 Umschau
12.10 Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.20 Sport extra
Internationale Tennis-Meisterschaften von Deutschland
15.50 Tagesschau
16.00 Oscar Peterson in Berlin
Ausschnitte eines Konzerts in der Berliner Philharmonie am 2. Juni 1985
16.45 Bodo Brösel
Ferien auf dem Lande
17.05 Good Neighbour Nudnik
17.15 Achtung Klappe!
Sail '86
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Mann und seine Stadt
Film von Altkanzler Helmut Schmidt über seine Heimatstadt Hamburg
21.15 Der 7. Sinn
21.18 Extratour
Warum ist Deutschland nicht Fußball-Weltmeister geworden? Warum fahren die Deutschen in Urlaub? Ist Gloria von Thum und Taxis der Künstlername von Nina Hagen? Zitate aus dem Tagebuch eines Prominenten
Regie: Michael Leckebusch
22.30 Tagesthemen
23.00 Stachel im Fleisch
Buch, Regie: Heidi Genée
0.25 Tagesschau
0.30 Nachtgedanken

16.00 heute
16.04 Flüchtlinge in Thailand
Von Karl J. Joeressen
Seit 1979 stehen die Vietnamesen in Kambodscha und unterstützen ein Regime, das von den Vereinten Nationen als nicht rechtmäßige Vertretung des Khmer-Volkes angesehen wird. Das Filmteam besuchte die Lager Khao-I-Dang und Khao Jai.
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
Nach Susanne Zanke
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Der Roßtäuscher
19.00 heute
19.30 Circus
Freddy Quinn präsentiert Magier, Tiere und Artisten
21.00 Früher war ich ein fescher Kerl
Wie es ist, über 80 zu sein?
Aus der Reihe „Kontakte – Magazin für Lebensfragen
Über die Einsamkeit im Alter
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
23.55 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Die Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit Norma Shearer, Joan Crawford, Rosalind Russell
Regie: George Cukor
22.20 Ein Sommerend
Film von Dieter Fietzke
22.50 Kulturszene
23.35 Tips für Leser
0.15 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Gib deinem Herzen Flügel
Von Christian Modehn
Mireille Nègre tanzt, Bruder Otger kümmert sich um „Penner", Irmgard Bsteh hat Zeit für die Probleme anderer Leute – Beispiele von Leuten, denen eines gemeinsam ist: der Versuch, einen „zärtlichen Lebensstil" zu entwickeln.
19.15 Die Löwen von Etoscha
Von Jen und Des Bartlett
20.00 Tagesschau
20.15 Revolverlady
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Shelley Winters, Joel McCrea, Paul Kelly, Elsa Lanchaster
Regie: Louis King
Frenchie Fontaine sucht den Mörder ihres Vaters.
21.30 Bücherjournal Extra
Von Ulrich Schwarz
22.15 Unterm Funkturm
Ulrich Wickert, ARD-Korrespondent in Paris
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Bande der Ehrlichen
Italienischer Spielfilm (1956)
Mit Totò, Peppino de Filippo
Regie: Camillo Mastrocinque
21.10 Aktuell/Neues
21.25 Politik/Transparent
21.55 Sport unter der Lupe
22.40 Lee plus 5
Lee Horwin-Show
23.35 Schach-WM '86
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hauptsache Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Parteien zur Wahl
19.05 Wallfahrt nach Aachen
89. Deutscher Katholikentag
19.36 Nach der Wallfahrt
Bericht vom 89. Deutschen Katholikentag in Aachen
20.05 35. Internat. Musikwettbewerb
Preisträger 1986 stellen sich vor
22.15 Rundschau
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau
23.20 Die Körperfresser kommen
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Mit Donald Sutherland, Brooke Adams
Regie: Philipp Kaufman

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Das Super T-Shirt
Englischer Jugendfilm (1978)
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
Bekanntschaft mit Kapitän Anders
Anschließend: Zaubergarten
18.30 APF blick
18.45 Aufgeblättert
Tips und Trends
19.45 Herrin der Gesetzlosen
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Yvonne de Carlo, John Ireland, James Craig, Forrest Tucker
Regie: Jerry Hopper
21.30 APF blick
22.15 Konzert: Wien
22.45 Tennisschläger und Kanonen
Wie Danny Preston das Lachen verlernte
23.35 APF blick



19.00 Ratgeber: Essen und Trinken
19.45 Internationales Kochbuch
Portugal: Der treue Freund und eine antike Suppe
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke (10)
21.05 The Turn of the Screw
Oper von Benjamin Britten
Mit Helen Donath, Ava June
Leitung: Sir Colin Davis
23.05 Pete Kelly's Blues
Amerikanischer Spielfilm (1955)
0.40 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Eine Falle für Derrick
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Achtung, Visite!
Tschechoslowak. Spielfilm (1981)
Regie: Karel Kachyna
Der alte Prepsl wird als möglicher Bazillenträger einer Typhus-Epidemie auf unbestimmte Zeit in ein Krankenhaus eingeliefert. Er entwickelt sich zum Schrecken des Pflegepersonals.
23.10 Kennwort: Kino
23.20 Nachrichten



18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Komm doch in die Küche
Kochen mit keinen Kniffen
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Eva erbt das Paradies
Österreich. Spielfilm (1951)
Mit Josef Meinrad, Gunther Philipp, Maria Andergast, Annie Rosar, Josef Egger, Susi Nicoletti
Regie: Franz Antel
22.20 RTL-Spiel
22.25 Popeye
22.30 Neu im Kino
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Gast in der Hofburg

egw. – Jubiläen, hundertste Geburts- und Todestage berühmter Männer werden entsprechend gefeiert, bei Dichtern vorwiegend mit Lesungen aus ihren Werken, unter Umständen sogar mit Errichtung eines Denkmals. Und hier hat sich nun das Wiener Denkmalamt wohl die originellste Form einer Ehrung ausgesucht: Indem es die vom PEN-Club angebrachte Gedenktafel für Alexander Lernet-Holenia in der Hofburg, wo er bis zu seinem Tode gewohnt hatte, beanstandete. Zum zehnjährigen Jubiläum seines Dahinscheidens.

Die Marmortafel war seinerzeit mit Zustimmung der zuständigen Verwaltung angebracht worden, dem Bundesdenkmalamt sind nun aber Bedenken gekommen, sie könne „Nachfolgewünsche" auslösen. Weil ja, wie allseits bekannt sei, in der Vergangenheit fast alle Räume der Burg von Dichtern bewohnt worden seien, deren Nachkommen sich jetzt auf Lernet berufen und Gedenktafeln für ihre berühmten Vorfahren anmahnen könnten!

Die Gefahr ist aber in Wahrheit nicht gar so groß, weil nachweislich kein einziger Dichter oder berühmter Mann je in der Hofburg Unterschlupf gefunden hat. Nicht einmal der intime Freund des Kaisers Josef II., Suliman, ein schwarzhäutiger Gelehrter hohen Grades, Schwiegervater des Dichters Hoffmann von Fallersleben, erhielt dort Quartier. Wenn man nicht die unfaßliche Tatsache dafür nehmen will, daß er nach seinem Tod ausgestopft und in der Hofburgbibliothek ausgestellt wurde. Diesem monströsen Zustand machte, unwillentlich, erst der Feldherr Fürst Schwarzenberg ein Ende, bei der Belagerung Wiens im 48er Jahr, wo eine Kanonenkugel das Museum in Brand setzte.

Übrigens: Das Bundesdenkmalamt, das erst nach zehn Jahren auf die „Nachfolgegefahr" aufmerksam geworden war, fand jetzt auch gleich die Größe der Gedenktafel unpassend. Kein Zweifel, die Sorgfalt steigt mit der Verspätung.

Zum 75. Geburtstag des Lyrikers Semjon Lipkin

Über das Volk der Adler

Eigentlich ist Semjon Lipkin ein Dichter. Als solcher hat er 1928 mit siebzehn Jahren seine ersten Gedichte in sowjetischen Zeitungen untergebracht, als solcher kann er heute, wenn er morgen seinen 75. Geburtstag feiert, seine neuen Gedichte nur noch im Westen publizieren.

Über drei Jahrzehnte lang – während der Zeit von Stalins Terror – blieben seine Gedichte im Schreibtisch oder irgendwo versteckt. Der Lyriker, der ein Ingenieurstudium abgeschlossen hatte, studierte orientalische Sprachen und wurde zu einem der besten Übersetzer alter orientalischer Epik in der Sowjetunion. Es ist ein schmaler Trost, daß die Unterdrückung des eigenen Schaffens vieler Lyriker durch die sowjetischen Machthaber dazu geführt hat, daß der sowjetische Leser einige überragend gute Übersetzungen erhielt.

Lipkin übersetzte Volksdichtung von kaukasischen und mittelasiatischen Völkern, die unter sowjetischer Herrschaft zu leben genötigt sind, aber auch das weltberühmte persische Shah-Namé von Ferdausi. Er studierte die Geschichte der Völker, er versetzte sich in ihren Geist, und er trug zu ihrem Überleben bei.

Heute sind selbst seine Übersetzungen in der Sowjetunion verboten, nicht nur seine Lyrik, von der 1967 die erste, zensurgemäß verstümmelte Sammlung erschien. In den Augen der sowjetischen Bürokraten, die das Literaturleben gängeln, hatte er das Verbrechen begangen, 1979 nicht nur an dem Plan eines zensurfreien Sammelbandes mitzuwirken, dem berühmten „Metropol", der dann im Westen erschien, sondern er war auch aus dem Schriftstellerverband ausgetreten.



Lyriker, Übersetzer, Orientalist und Ingenieur: Semjon Lipkin FOTO: KONTINENT

Er hatte diesen Schritt gemeinsam mit seiner Frau, der Lyrikerin Inna Lisnjanskaja, vollzogen, um den Ausschluß der jungen „Metropol"-Autoren wie Jewgeni Popow zu verhindern. Zivilcourage können Funktionäre nicht vertragen – das beweisen die Schicksale Solschenizyns, Wojnowitschs, Axjonows oder Kopelews. Aber jene wurden zur Emigration genötigt, Lipkin und Inna Lisnjanskaja blieben in Moskau. Klein wird der Kreis derjenigen sein, die mit ihm feiern.

Aber groß ist der Kreis derer, die in der Heimat und im Westen an die beiden denken und um ihre hohe Begabung als Dichter wissen. Seitdem er in der Sowjetunion Berufsverbot hat, erschienen mehrere Bücher im Westen: eine Sammlung seiner Gedichte, ein Buch mit Erinnerungen an seinen Freund Wassili Grossman, dessen Roman „Leben und Schicksal" auch nur im Westen erscheinen durfte, und vor allem der Roman „Das Volk der Adler" (deutsch 1984, Vorabdruck in „Kontinent" 3, 1984).

In dichterischer Gestaltung hat er hier als erster die Geschichte eines jener Kaukasusvölker festgehalten, die unter Stalin bei Nacht und Nebel gewaltsam aus ihren Dörfern geholt und in Viehwagen in unwirtliche Gegenden abtransportiert wurden. Es war nicht einmal die Hälfte, die das Ziel lebend erreichte. Lipkin macht das Verbrechen des Staates an einzelnen Menschenschicksalen deutlich und beweist, daß er auch ein guter Prosaiker ist.

In einem Gedicht von 1953, dem Todesjahr Stalins, dem das sogenannte „Tauwetter", die Hoffnung auf Liberalisierung, folgte, warnt er einen Spatz, den ersten Sonnenstrahlen zu glauben, hat Verständnis für sein Tschilpen: Ein Lied zu singen sei nicht möglich und schweigen so schwer. Heute unter Gorbatschow bewegt sich wieder etwas in der sowjetischen Literaturszene. Aber Semjon Lipkin darf nicht einmal tschilpen.

WOLFGANG KASACK

Theatergastspiele bei den Berliner Festwochen

Alles bewegt der Tod

Die 36. Berliner Festwochen stehen heuer unter dem etwas vagen Generalthema: „Begegnung der Künste – Kunst der Begegnung". Musik, wie alljährlich, dominiert. Die großen Gastorchester rauschen eins nach dem anderen auf. Tanzgruppen präsentieren sich weidlich und ehrenvoll. Der Kammermusik wird gehuldigt. Ausstellungen sind zu sehen, die sich vornehmlich mit der Kunst des Ostens beschäftigen. Der Theaterfreund aber ist, eigentlich wie immer bei solchen Großfestivals, unterprivilegiert.

Aber Tadeusz Kantor war hier. Ihm galt eine offizielle „hommage" mit der großen Ausstellung seiner Kunst in der Galerie Poll. Er führte mit zwei Stücken sein Ensemble aus Krakau vor: „Wielopole" und „Die Künstler sollen krepieren". Beide Male war man bewegt und begeistert. Kantor, vorsätzlich am Rande der europäischen Gegenwartstheaters operierend, wirkte wie ein freundlicher Mystiker der Bühne.

Er ist, als Autor und Regisseur, immer mit auf der Szene. Er wirft, genau wie in seinen Bildern, Visionen menschlicher Abnutzung und Vergänglichkeit. Der Tod ist immer im Spiel. Der Tod bewegt und adelt alles. Vorgänge, die wie aus tiefen Träumen geschaffen scheinen. Das war schön. Es war kühn und gedankenvoll. Kantor und seine freie Truppe wurden weidlich gefeiert.

Aus Moskau reiste der Estraden-Poet, der Versammlungslyriker, der Showman unter den Literaten, Jewgenij Jewtuschenko zu. Erst las Heiner Müller auf deutsch des Russen geballte Verse. Dann trat der gefeierte „Weltfreund" ans Mikrophon, sich darbietend wie ein gefeierter Pop-Sänger einer unverblümten, raffinierten Herzlichkeit. Rezitierend, singt er die Worte. Sein persönlicher Charme wird unausweichlich. Er *donnert gegen alle Grenzen, alle Mauern* und Menschheitsbehinderungen. Er spricht verschämt Patriotisches. Er äußert Zweifel. Er singt immer wieder das Hohelied der Menschenliebe. Er brachte die Menge bald zum Kochen, ein lyrischer Rattenfänger, ein großer Rezitator.

Was dann das Moskauer Majakowski-Theater mit seinen zwei doch recht angegilbten und sonderbar rückständigen Produktionen (einmal einer zu Recht vergessenen Komödie von Tolstoi, dann mit einer Leskow-Bearbeitung) vorwies, war auf negative Weise verblüffend. Die Truppe, die einst doch der große Theaterrevolutionär Meyerhold vor einem halben Jahrhundert zu Weltruhm gebracht hatte, siehe, sie spielte wie aus Großmütterchens Theaterträumen.

Stagnation der Ausdrucksmittel, sonderbar überholt und effektlos, wurde ausgebreitet. Eingetrocknetes Spiel ließ den neugierigen Zuschauer höflich befremdet. Es war sicher ein Irrtum, das Majakowski-Theater nach Berlin zu exportieren. Eine beklemmende Enttäuschung.

FRIEDRICH LUFT

„Unruhevolle Erberezeption": Wie sich Ost-Berlin vor den einst verdammten Expressionisten verbeugt

Zwangsjacke mit Fledermausärmeln

Luther, Friedrich II. (aber nicht als „der Große") und Bismarck sind schon heimgeholt ins große sozialistische Vaterland „DDR". Jetzt drückt Erich Honecker einen anderen Spätheimkehrer an die patriotische Brust: den deutschen Expressionismus. Plakate mit dem „Turm der blauen Pferde", Franz Marcs Farbfanfare aus dem Jahre 1913, prangen unübersehbar im Ostberliner Stadtbild. Sie weisen den Weg zur Museumsinsel, wo die „Alte" Nationalgalerie mit der Ausstellung „Expressionisten – Die Avantgarde in Deutschland 1905 – 1920" das 125jährige Bestehen ihrer Sammlungen feiert.

Mit beträchtlichem publizistischem Aufwand in Presse, Funk und Fernsehen wird das Ereignis begleitet. So begann das Bilderblatt „Neue Berliner Illustrierte" schon vor der Eröffnung damit, ganzseitige Farbbilder expressionistischer Gemälde abzudrucken. Roland März, Kustos der Galerie und maßgebender Organisator der Ausstellung, gab in Interviews mit Ostberliner Zeitungen ausführliche Erläuterungen.

In einem Gespräch mit der „Neuen Zeit" betonte er – was auch die offizielle Lesart ist –, es sei „die erste umfassende Ausstellung zu diesem Thema in der DDR". In der Tat konnten deren Bürger bislang nur Ausstellungen einzelner Künstler wie Barlach und Schmidt-Rottluff sehen oder solche zu Themen jener Zeit, wie 1971 „Stilkunst um 1900 in Deutschland" – und das erst in den letzten Jahren.

Zuvor hatte der Expressionismus in diesem Teil Deutschlands nach 1945 ein Schicksal, das dem von vor 1945 nicht viel nachstand. Die Interviewerin der „Neuen Zeit" fand dafür die unnachahmliche Formulierung, man habe sich mit dieser Kunstrichtung „in der weiter zurückliegenden Vergangenheit ein wenig schwer getan", und nannte das eine „unruhevolle Erberezeption". Auf diesen Nationalpreis-verdächtigen weichen Klotz setzte Roland März einen ebenso weichen Keil, indem er von einer „in den Zeiten sehr unterschiedlich geführten Debatte" sprach. Im übrigen verwies er auf einen Beitrag zu dem Thema im Katalog.

Dieser aber, ein stattliches Kunstbuch mit dem für die „DDR" stattlichen Preis von 78 Ostmark, war sofort nach Eröffnung der Ausstellung ebenso rasch vergriffen wie ein kleiner Führer zu fünf Ostmark und sogar das verkäufliche Plakat mit dem „Turm der blauen Pferde".



Wirbt als Plakat für die Ostberliner Expressionisten-Schau: Franz Marcs „Turm der blauen Pferde" von 1913 FOTO: INTERPRESS

Die „Happy few", die einen Katalog ergatterten, werden darin von dem Kunstwissenschaftler Willi Geismeier auf einen mit kunsthistorischer Fachsprache und Parteichinesisch *reichlich* bestückten Lehrpfad geschickt, an dessen Ende dann etwa die Frage steht: War da eigentlich was? Als halbwegs begreifbare Mitteilung referiert der Autor nur sehr allgemein „das in der Expressionismusdebatte der dreißiger Jahre zwar heftig umstrittene, aber letzten Endes doch für lange Zeit dominierende Verdikt ..., das einen direkten Zusammenhang zwischen Expressionismus und Faschismus unterstellt hatte".

Ein paar konkrete Zitate hätten Geismeiers gesammeltes Gesäusel bestimmt bereichert. Zum Beispiel die Anschuldigung gegen Nolde und die „Brücke"-Maler, sie begäben sich „statt ins Volksnahe ins Gutbürgerlich-Brutale" und die Diffamierung des Expressionismus als Kunst des „verwesenden, verfaulenden Kapitalismus". Oder aus der bitteren Polit-Groteske in der (Ost-)„Berliner Zeitung" vom 22. Mai 1949. Das SED-Blatt zitierte eine Meldung aus Rom, Kokoschka werde Papst Pius XII. in vollem Ornat malen, „und zwar in expressionistischem Stil". Das ließ den Verfasser zu der Erkenntnis kommen: „Die Kirchen sind Gegner des Realismus ... Und eben hierin treffen sie sich mit den Expressionisten."

In dem gleichen Beitrag wurden Lesefrüchte aus Zeitschriften der damaligen Westzonen als „vereinigte katholisch-evangelische Sanktionierung des Expressionismus" verkocht.

Solche und ähnliche oder noch bösere Zitate könnte Geismeier in Ost-berliner Archiven zuhauf finden. Doch die heutigen „DDR"-Kulturweichensteller sehen das wohl nicht so eng als notwendige Vergangenheitsbewältigung, sondern als sie nicht mehr sonderlich tangierendes Geschwätz von gestern.

Der Katalog feiert die Künstler der „Brücke" und des „Blauen Reiters" als „tragende Säulen" der Ausstellung, in der Herwarth Walden, der einst auch in happigster Weise sein Fett abbekam, geradezu zu einem Erzvater der SED-Kunstpäpste von heute hochstilisiert wird.

Zu sehen sind im Mittelgeschoß des Museums rund 300 Werke der Malerei, Graphik, Plastik, Buch- und Plakatkunst. Getreu der Konzeption, kein „bürgerliches kunsthistorisches Schubkastendenken zu präsentieren", sind nicht alle 44 ausgestellten Künstler „klassische" Expressionisten. Beispiele: Delaunay, Severini und Picasso. Knapp 70 der gezeigten Werke sind Gemälde, 20 Skulpturen und Plastiken, der große Rest Graphik und andere Meisterstücke der Druckkunst. Über 200 Exponate kommen aus Museen Ost-Berlins und der „DDR" – wobei selbst Kennern unter den westlichen Besuchern erstmals deren großartige Bestände bewußt wurden.

Exakt 88 Werke steuerten insgesamt 25 Leihgeber aus sechs Ländern bei. Diese überwiegend hochkarätigen Stücke stellen nach vorsichtiger Experten-Schätzung einen Versicherungswert von etwa 50 Millionen D-Mark dar – für die „DDR" auch ein hohes Devisen-Risiko.

Wenn auch überall beflissen auf die – zweifellos bedeutenden – Leihstükke der Ostblock-Museen hingewiesen wird, der Löwenanteil kommt doch aus dem Westen. Es sind 40 „allein aus der BRD und West-Berlin", wie Roland März mitteilte, und das ohne Auseinanderdividieren der Zahlen, angemessen dem Jahr 1 nach dem Kulturabkommen. Erste Adressen von Seebüll bis Stuttgart, von Hannover bis Essen sind auf der Ostberliner Museumsinsel vertreten.

Drei der Leihgaben stellte Florian Karsch von der traditionsreichen Westberliner Expressionisten-Galerie Nierendorf. Berlinisch-trocken umschreibt er, wie sich die „DDR"-Kunstpolitik in der Nationalgalerie (bis 16. Nov.) neu gewandet zur Schau stellt: „In locker geschnittener Zwangsjacke mit Fledermausärmeln."

HEINRICH KÖNIG

Breslaus Musikfestivals „Wratislavia Cantans"

Der Choral von Leuthen

Alljährlich im September prägt, nun schon zum 21. Male, ein musikalisches Ereignis von Rang die alte schlesische Metropole Breslau. Chöre, Solisten und Orchester aus Ost und West trafen sich auch dieses Jahr, um zehn Tage lang in festlich-historischen Räumen moderne und klassische Musik mit dem Schwerpunkt Oratorium und Kirchenmusik aufzuführen. Dieses Festival „Wratislavia Cantans" ist nicht nur das größte Ereignis dieser Art im heutigen Polen, es ist auch Mitglied der noblen „Europäischen Vereinigung der Musikfestspiele" in Genf, die für Darbietungen von Rang bürgt.

Am Beginn des Festivals stand die Uraufführung der Markus-Passion des Breslauer Komponisten Ryszard Bukowski durch den Philharmonischen Chor und das Philharmonische Orchester Oppeln in der gotischen Maria-Magdalenen-Kirche. Es war der Versuch, in freier Entfaltung der Musik die Passion Christi darzustellen. Es hätte des lateinischen Textes nicht bedurft, um dem Gang der Handlung mühelos folgen zu können, denn das Geschehen wurde musikalisch eindringlich geschildert und vergegenwärtigt. Da gellte der haßerfüllte Schrei des Kaiphas, unterstrichen von einem schrillen Trompetensolo, da spürte man förmlich, wie die eindringlichen Mahnungen der Frau des Pilatus ihren Mann ins Schwanken bringen, bis dann das furchtbare „Crucifige!", das fanatische Geschrei des Pöbels, unterstrichen von Dissonanzen des Orchesters, die Entscheidung herbeiführten. Bis an die Grenzen der Realistik gingen auch die Peitschenhiebe der Geißelung.

Auf der anderen Seite des weitgespannten Programms dieses Festivals stand das Konzert des Chores der St.-Hedwigs-Kathedrale Berlin und des Sinfonischen Orchesters Berlin unter Roland Bader. Zur Aufführung gelangten die Messa di Gloria von Puccini und die Quattro pezzi sacri von Verdi. Der Gegensatz zur Markus-Passion hätte nicht krasser sein können. Puccinis Messe wirkte wie italienische Opernmusik mit liturgischem Text. Aldo Baldins jubelnder Tenor fügte sich dem nahtlos ein.

Chor und Orchester aus Berlin gastierten am folgenden Abend nochmals in der Magdalenenkirche. Mit drei Bruckner-Motetten wurde der Abend weihevoll eingeleitet. Johannes Brahms' „Schaffe in mir Gott ein reines Herz" war an dieser Stelle mehr als nur ein Chorlied. Dieses Gebet aus dem 51. Psalm gehörte nämlich zur alten Liturgie der evangelischen Kirche in Schlesien. Nun erklang es wohl erstmals wieder seit über vierzig Jahren in deutscher Sprache in dieser ehemals evangelischen Kirche. Erst der wohlverdiente Beifall verdrängte die etwas wehmütigen Gedanken.

Es kann nur hoffnungsvoll stimmen, wenn solche Kostbarkeiten deutscher Musik, dargeboten von deutschen Musikern, wie die auf Brahms folgende zweite Symphonie („Lobgesang") von Felix Mendelssohn-Bartholdy im heutigen Breslau wieder erklingen. Kunstsinnige Hörer, darunter auffallend viele junge Menschen, drängten sich, bis in die Seitenschiffe und auf den Stufen der Kanzel. Wer aber von den Anwesenden war sich wohl dessen bewußt, daß das „Nun danket alle Gott", als achter Choral eingebaut, als der berühmte „Choral von Leuthen", nur zwanzig Kilometer von hier entfernt, auf dem Schlachtfeld von 1757 in die Geschichte einging?

Daß für die bereits ausgedruckte Aufführung der Via Crucis von Franz Liszt die Noten aus Budapest nicht rechtzeitig beschafft werden konnten und statt dessen kurzfristig auf seine Missa Choalis umdisponiert werden mußte, wirft ein kleines Schlaglicht auf die riesigen organisatorischen Schwierigkeiten, die unter den gegebenen Verhältnissen einem solchen östlichen Festival entgegenstehen.

Nichtsdestoweniger wurden Edmund Kajdasz und seine Cantores Minores Wratislawienses auch damit fertig. Liszts Werk, in der Tat kein Ohrwurm, wurde von dem 1956 gegründeten Chor in der wohl schönsten Kirche des heutigen Breslau gesungen, der aus völliger Zerstörung wiedererstandenen gotischen Kirche St. Maria auf dem Sande. Die „Kleinen Breslauer Sänger", auf ihren Dirigenten seit 30 Jahren eingeschworen, zelebrierten diese schwierige Messe Liszts mit Klarheit und Disziplin. Man mag sich streiten, ob die „Sandkirche" oder die Magdalenenkirche die bessere Akustik hat, jedenfalls sind solche gotischen Gewölbe wie geschaffen für Chorwerke.

Ein weiterer Höhepunkt dieses Festivals: Beethovens Missa Solemnis, dargeboten durch das Staatliche Philharmonische Symphonie-Orchester Posen und den Hannoverschen Oratorienchor unter der Leitung von Hans Herbert Jöris. Ein deutsch-polnisches Gemeinschaftswerk also. Diese Tatsache verdient bemerkt zu werden, ebenso wie die, daß die Kirche bis zum letzten Stehplatz gefüllt war.

SIGISMUND von ZEDLITZ

Paris ehrt den Maler und Zeichner André François

Warnende Zifferblätter

Auf eine echte Staffelei ist ein Bild montiert, auf diesem wiederum eine Staffelei mit Bild abgebildet, daneben der Maler einen kritisch-ironisierenden Blick zur Seite werfend; auf der gemalten Palette liegen wirkliche Farbtuben, eine richtige Vase *enthält gemalte Blumen, im Hinter*grund gibt das Atelier den Blick auf die Landschaft frei – das Ganze ein Selbstporträt von André François, dem das Centre National des Arts Plastiques im Pariser Palais de Tokyo eine reichhaltige Retrospektive widmet.

Schwindel könnte einen beim Betrachten dieses sich jedem konkreten Zugriff entziehenden Selbstporträts erfassen. Es verwirrt das Auge, läßt es zwischen Realität und Illusion hin- und herirren. Eine völlige Verwirrung empfindet man überhaupt ob der schier unendlichen Fülle der hier ausgebreiteten, keine Grenzen der Phantasie kennenden Werke von André François.

Der heute 71jährige gebürtige Rumäne André François, der seine ersten zeichnerischen Gehversuche bei Cassandre in Paris unternommen hatte, begann seine Karriere während des Krieges als Karikaturist für Zeitungen im unbesetzt gebliebenen Frankreich. Es brauchte eine gewisse Zeit, bis er sich mit seiner ihm eigenen Art des Sehens durchzusetzen vermochte. In der englischen satirischen Zeitschrift „Punch" wie auch in „Lilliput", später vor allem im „New Yorker" fand er, weit mehr als in Frankreich, das ihm entsprechende Publikum.

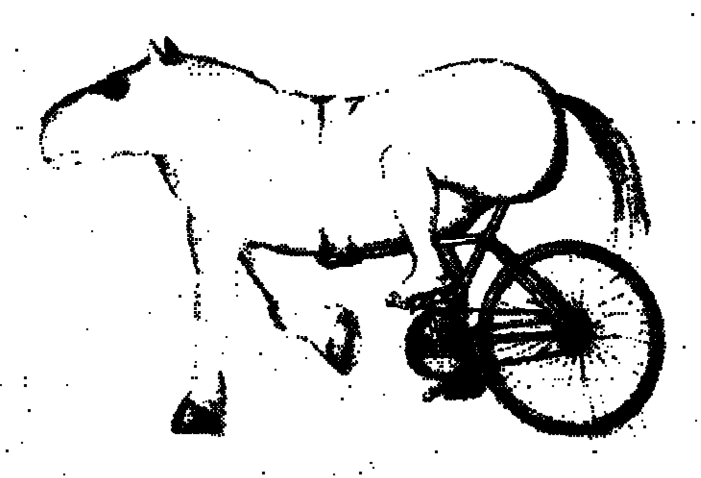
Eine andere Richtung schlug er ein, als er 1948 sein erstes Titelbild für „Vogue" entwarf. Es folgten Kinderbücher, Entwürfe für Bühnenbilder und -kostüme sowie Plakate – unter letzteren bekannt geworden sind vor allem jene für Citroën in den sechziger Jahren, wurde doch hier zum ersten Mal für ein Konsumgut geworben, ohne dieses selber darzustellen.

Seine geheime Liebe galt jedoch der Malerei. Aber erst 1960 gelang es ihm, die Sonntagsmalerei an den Nagel zu hängen und im Hauptberuf Maler zu werden, wobei er jedoch die graphische Arbeit, die ihm einen finanziellen Rückhalt gab, nicht völlig aufgab. Als Glücksfall erwies sich seine Mitarbeit bei dem Elitemagazin „The New Yorker", wo ihm bei seinen Entwürfen für die Titelseite völlig freie Hand gelassen wurde.

Die Ausstellung zeigt den Karikaturisten und Zeichner ebenso wie den Maler. Befreit vom Zwang zu illustrieren und aufzuzeichnen, kann François bei seiner Malerei sich ganz dem Träumen hingeben, das eine zarte Wehmut durchzieht. Und wie wenn er in seinen Karikaturen den Menschen, nicht zuletzt der Weiblichkeit, zu sehr auf den Grund der Seele geschaut habe, beschäftigt er sich dabei vor allem mit der Natur.

Seine Vergangenheit als Zeichner und Graphiker mit einer Vorliebe für das Dekorative vermag er nicht zu leugnen, wenn er in seine Bilder veritable Uhrenzifferblätter, mal mit, mal ohne Zeiger einfügt, als warnendes Tempus Fugit oder auch ganz konkret wie bei der Illustration des Ausdrucks *„Die Zeit fliegt". Über dem* Haupte eines vermenschlichten Zifferblattes ohne Zeiger, das ergeben die Hände faltet, fliegt da nämlich ein Schwarm von Zeigern in die Weite. (Bis 28. September, Katalog in Buchform 430 F.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER



Illustriertes Wortspiel à la André François: Die Zeichnung „L'Avant garde" (1976) aus der Pariser Ausstellung FOTO: MUSÉES NATIONAUX

JOURNAL

Brockhaus stellt neue Enzyklopädie vor

hs. **Hamburg**

Der Verlag F. A. Brockhaus beginnt in diesem Monat mit der Herausgabe einer neuen Enzyklopädie. „Die Halbwertzeit des Wissens wird immer kürzer", sagte Ulrich Porak, Geschäftsführer des Verlages, gestern bei der Präsentation des ersten Bandes in Hamburg. In den Band A - APT (704 Seiten, 165 Mark), in dem die Trennung zwischen Sach- und Sprachstichworten aufgehoben wurde, sind zahlreiche neue Stichwörter aufgenommen worden, wie etwa „Altlast" und „Apollo- Programm". Der letzte der 24 Bände umfassenden Enzyklopädie soll bis 1994 fertiggestellt sein. Sie enthält insgesamt 260 000 Stichworte mit 35 000 Abbildungen.

Deutsche Museumsleute attackieren Peter Ludwig

dpa, **Düsseldorf/Köln**

Rund 180 Künstler und Museumsleute haben den Vorschlag des Kunstmäzens Peter Ludwig scharf kritisiert, auch Nazi-Kunst in deutschen Museen zu präsentieren. Ludwig hatte unlängst erklärt, dieses „Tabu" vor dem öffentlichen Ausstellen von NS-Bildern oder -Plastiken sei ein Anzeichen von Konformismus und mangelnder Liberalität. Man könne auch aus der Kunstgeschichte nicht zwölf Jahre einfach ausradieren. Ludwigs Kritiker schreiben, ihnen sei eine Nazi-Kunst von musealer Qualität nicht bekannt. Zu den Unterzeichnern der Stellungnahme „Keine Nazi-Kunst in unseren Museen" gehören unter anderem die Künstler Anselm Kiefer, Georg Meistermann, Arnulf Rainer, Klaus Staeck und Günther Uecker. Auch zwei Dutzend Museumsleiter, darunter der Direktor der Berliner Nationalgalerie, Dieter Honisch, der Chef der Landessammlung Nordrhein-Westfalen, Werner Schmalenbach, und Manfred Schneckenburger als Leiter der nächsten Kasseler „documenta", haben die Resolution unterzeichnet.

Polen spart beim Denkmalschutz

JGG. **Breslau**

Die Haushaltsmittel für die Restaurierung von Kulturdenkmälern wurden in Polen um die Hälfte reduziert, berichtet die Untergrundzeitschrift „Kultura Nizalezna" („Unabhängige Kultur"). Auf Grund dessen werden in Zukunft nur noch Kulturdenkmäler „von größter historischer Bedeutung" subventioniert, nicht aber „fremde". Zu letzteren zählen auch deutsche Burgen und Schlösser, Altstädte in den „wiedergewonnenen Gebieten" (Schlesien, Ostpreußen und Pommern), ferner protestantische deutsche und orthodoxe Kirchen sowie jüdische Synagogen. Ausgenommen davon sind alte Piastenschlösser in Schlesien.

34. Filmfestspiele von San Sebastian

AFP, **San Sebastian**

In San Sebastian sind die 34. Internationalen Filmfestspiele eröffnet worden. In der offiziellen Auswahl sind 17 Filme aus dreizehn Ländern, darunter aus den USA „Short Circuit" von John Badham und „Hard travelling" von Dan Bessie, sowie „Hombre mirando al sudeste" von Elisea Subiela (Argentinien), „Welcome in Vienna" von Axel Corti (Österreich), „Francesca mia" von Roberto Russo (Italien) und „L'inspecteuer Lavardin" von Claude Chabrol (Frankreich).

Jossy Halland tot

dpa, **Amsterdam**

Die Kabarettistin Jossy Halland, mit bürgerlichem Namen Regina Carla Louise Eichner, ist im Alter von 70 Jahren in Amsterdam verstorben. Sie leitete dort mit ihrem Partner Jacques Halland von 1959 bis 1982 das jiddische Kabarett „Li-Lalo", das auch häufig in der Bundesrepublik gastierte.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Sehr hübsch aufgemacht kommt der Rokokoroman **„Leben und Meinungen des Herrn Magisters Sebaldus Nothanker"** in einer Neuauflage in den Ullstein Werkausgaben daher. Verfasser ist der Berliner Buchhändler des 18. Jahrhunderts, Lessingfreund und Aufklärer Friedrich Nicolai, der in der Erinnerung vieler nur noch als jener strohtrokkene Rechthaber lebt, als den ihn später Goethe und Schiller hinstellten. Hier lernt man Nicolai als einen höchst witzigen, aggressiven Schreiber kennen, der die heuchlerische Frömmigkeit gewisser orthodoxer Protestanten seiner Zeit aufspießt und diese Kritik mit einer abenteuerlichen Liebesgeschichte „aufpeppt". Der Mann konnte schreiben und wußte seine „Plots" sehr wirkungsvoll zu setzen. Eine echte Trouvaille!

A. W.

Friedrich Nicolai: Leben und Meinungen des Herrn Magisters Sebaldus Nothanker, Ullstein Werkausgaben, 543 S., 19,80 Mark

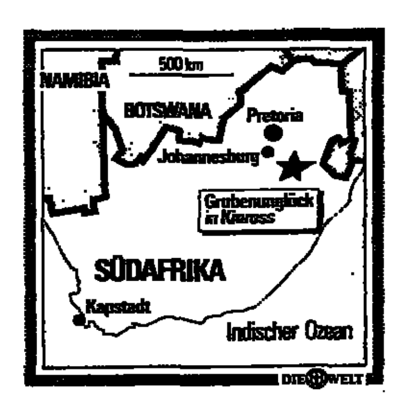
„Die Kumpel rannten in eine Mauer aus Rauch“

176 Tote bei Minenunglück in Südafrika / Nachrichtensperre

M. GERMANI/DW. Johannesburg

In dem zweitgrößten Minenunglück in Südafrika sind nach letzten Meldungen 176 Minenarbeiter ums Leben gekommen, 171 schwarze und fünf weiße. Für acht noch Vermißte besteht keine Hoffnung auf Rettung mehr. 235 Menschen wurden verletzt, doch befindet sich keiner von ihnen in Lebensgefahr. Zwölf Rettungsmannschaften bemühen sich weiterhin, die Vermißten zu bergen.

Das Unglück ereignete sich Dienstag morgen gegen 9.30 Uhr, als bei Schweißarbeiten offensichtlich ein Gasbehälter explodierte und sich ein



Feuer auf der gesamten 15. Sohle in einer Tiefe von 1600 Meter in der Kinross Gold Mine (etwa 100 Kilometer östlich von Johannesburg) ausbreitete. Elektrische Kabel gerieten in Brand und entwickelten giftige Gase. Zum Zeitpunkt des Unglücks befanden sich etwa 2200 Menschen in der Grube, die im vergangenen Jahr den 14. Rang unter den Goldminen Südafrikas einnahm. 1800 konnten evakuiert werden. Gegen Mitternacht brachten die Rettungstrupps noch 50 Bergleute lebend zu Tage, die sich im Unglücksbereich in Nischen verkrochen hatten. Nach acht Stunden war das Feuer unter Kontrolle.

Die Kumpel seien „in eine Mauer aus Rauch gerannt und vermutlich wie die Fliegen gestorben“, berichtete gestern der britische Bergarbeiter Dick Grenfell (38) über die Brandkatastrophe. Viele versuchten, den Schacht und den Förderkorb zu erreichen, wurden aber „vom Rauch überwältigt“.

Die „Gencor“-Minenleitung hat bisher zu dem Unglück keine Stellung genommen, Sprecher der Kinross-Minen waren selbst gestern nicht erreichbar. Die Untersuchungen des verantwortlichen *Regierungsinspektors* sind noch nicht abgeschlossen.

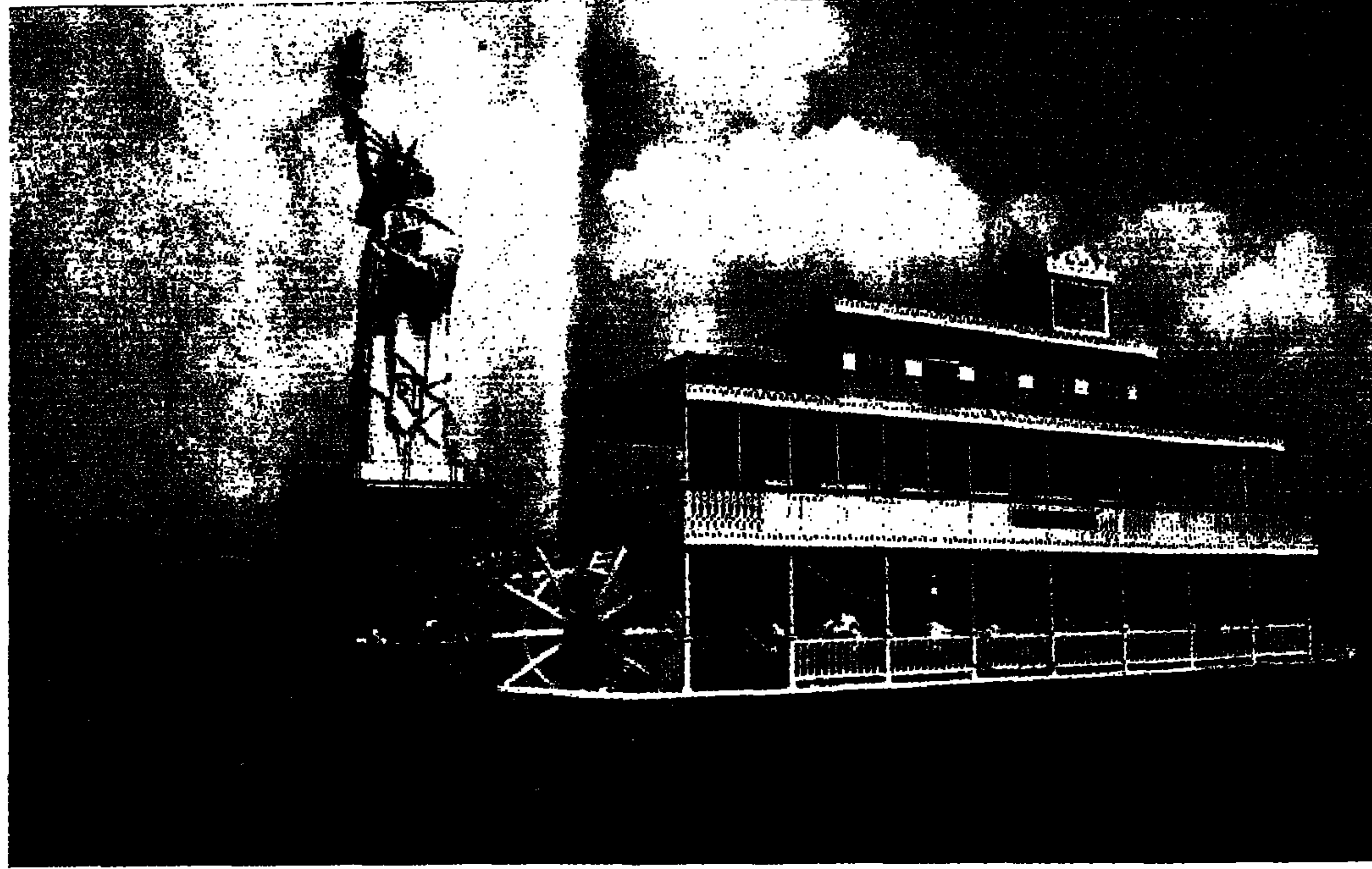
In einer Stellungnahme an die Minenleitung hat die schwarze Mine Workers Union (NUM) schwere Beschuldigungen erhoben. In ihrer Presseerklärung heißt es: „Das Unglück wirft uns in die dunkelste Zeit der Minengeschichte zurück.“ Der Vorsitzende des Verbandes, Cyril Ramaphosa, bezeichnete die *Sicherheitsvorkehrungen in den südafrikanischen* Bergwerken insgesamt als „unannehmbar“. Das Unglück zeige deutlich, daß die Behauptungen, Südafrika habe eine der niedrigsten Unglücksziffern der Welt, absurd seien.

Die NUM forderte eine amtliche Untersuchung der Sicherheit in allen Bergwerken des Landes. Die Sicherheitslage in der Goldmine von Kinross war, wie Grubendirektor Kobus *Olivier zugab*, kürzlich von fünf auf drei Sterne auf der internationalen Sicherheitsskala zurückgestuft worden.

Kobes van Zyl, der Vorsitzende des örtlichen Zivilschutzes in Evander, erklärte: „Man sagte uns, wir sollten mit einer großen Anzahl von Toten rechnen. Die Minenleitung hat eine totale Nachrichtensperre über das Unglück verhängt. Ich kann nur sagen, hier handelt es sich um ein riesiges Unglück.“

Das bisher größte Minenunglück in der südafrikanischen Geschichte hatte sich 1960 in der Kohlengrube Clydesdale bei Coalbrook ereignet. Bei einem Stolleneinsturz kamen damals 437 Minenarbeiter ums Leben.

Einem kürzlich von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf veröffentlichten Bericht zufolge sind zwischen 1973 und 1984 8500 *südafrikanische Bergleute* bei Grubenunglücken ums Leben gekommen.



Die 45 deutschen Freizeitparks (hier der in Soltau) rechnen 1986 mit 15 Millionen Besuchern FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

Mit der Mark Twain zur Heide-Liberty

Mit ständig neuen Attraktionen versuchen die 45 deutschen Freizeit- und Erlebnisparks Besucher anzulocken. 1985 waren es 13 Millionen. In diesem Jahr erwartet Verbandsgeschäftsführer Heinz Rico Schertleb rund 15 Millionen Gäste – wenn das *Wetter mitspielt*. Auch die Verhaltensweise „Einmal gesehen, abgehakt“ zwinge zu Investitionen, die sich bei den fünf größten Erlebnisparks auf acht bis zwölf Millionen Mark jährlich belaufen.

E. REVERMANN, Hannover

Mitten in der Lüneburger Heide das Wahrzeichen von New York und dazu noch Nostalgie aus den US-Südstaaten: Für Besucher des Heideparks Soltau sind die Nachbildung der Liberty-Statue und ein nachgebauter Mississippi-Dampfer eine willkommene Fotoattraktion. Sozusagen als Reverenz an Amerika im Jubiläumsjahr der Unabhängigkeit haben Künstler, Architekten und Bauleute aus der Heide eineinhalb Jahre lang nachgebastelt. Von der guten alten Liberty erhielten die Soltauer bereitwillig Originalpläne aus New York und ließen das weltberühmte Symbol um ein 28 Meter Stahlgerüst in Hartschaum und mit einem Kunststoffmantel neu erstehen – halb so groß wie das Original thront alles auf einem Acht-Meter-Sockel auf einer kleinen Insel im Freizeitpark. Als die Heide-Liberty feierlich enthüllt wurde, fand US-Präsident Ronald Reagan diesen Anlaß sogar ein Grußtelegramm wert.

Seit einigen Tagen hat diese Statue auch Gesellschaft aus Amerikas Vergangenheit: Eine originalgetreue Nachbildung eines Mississippi-Dampfers schippert unter dem klangvollen Namen „Mark Twain“ durch den künstlichen See dieses Parks – etwa ein Drittel kleiner als jene legendären Raddampfer, die früher auf den Gewässern der amerikanischen Südstaaten gefahren sind. Bildhauer Heinz-Jürgen Kuhr, Bauzeichnerin Ingrit Neuendorf und Ingenieur Edgar Schulze waren auf der Suche nach Vorlagen in Hamburg fündig geworden: In einem Antiquitätengeschäft im Hansa-Viertel stießen sie zufällig auf Modellbaupläne von Mississippi-Dampfern, die in der Tat nicht nur für einen Zwei-Meter-Nachbau, sondern gar für einen „richtig“ funktionierenden Dampfer umsetzbar waren. Der holländische Künstler Gerlacus Spee ergänzte Accessoires aus der US-Historie.

So dürfen sich heute zehntausend Besucher im Heidepark in der noch bis Mitte Oktober dauernden Saison in Soltau auf dem 22 Meter langen und sieben Meter breiten Klein-Mississippi-Dampfer, jeweils zu acht Personen, auf dem Nachbau aus Stahl, Holz und Polyester schippern lassen. Das typische Schaufelrad dreht sich symbolisch, zwei 100 PS starke Dieselaggregate bewegen den „Pott“ durch das Parkgewässer.

Die Amateurschiffsbauer aus der Heide basteln derzeit an einem zweiten Mississippi-Schiff, das von nächstem Frühjahr an unter dem Namen „Peter Pan“ ebenfalls die Heide-Liberty umkreisen soll.

Millionen warten auf Antworten aus dem Jenseits

***idea*, Innsbruck**

Die Zahl der Anhänger des Spiritismus ist weltweit auf mehr als 100 Millionen Menschen gestiegen. Darauf machte jetzt ein Experte auf diesem Gebiet, der Leiter des Instituts für Grenzgebiete der Wissenschaft in Innsbruck und Professor für klinische Psychologie in Rom, Andreas Resch, aufmerksam. Der Schwerpunkt des Spiritismus liegt nach seinen Angaben in Brasilien, wo sich allein elf Millionen Anhänger in der Gemeinschaft der Umbandisten organisiert haben. In Europa gebe es die meisten Spiritisten in Großbritannien. Die Zahl der Spiritisten in der *Bundesrepublik* werde auf etwa eine Million geschätzt.

Das starke Echo auf spiritistische Themen sieht Resch als eine Gegenbewegung zum herrschenden Materialismus und der allgemeinen Technisierung an. Es finde sich in allen Bevölkerungsschichten und Altersstufen, besonders aber unter Jüngeren. So etablierten sich unter Schülern immer mehr spiritistische Zirkel. „Die Flucht in Jenseits“ hänge zusammen mit der allgemeinen Hinwendung zu Ökologie, Naturheilkunde und den Grenzwissenschaften. Inzwischen hat, so Resch, der Spiritismus eine vollständige Weltanschauung aufgebaut und ist durch den Einfluß fernöstlicher Religionen selbst zu einer Art Religion geworden. So glaubten seine Anhänger nicht nur an den Kontakt mit Toten, sondern auch daran, sich durch einen Reigen von Wiedergeburten selbst erlösen zu können.

TÜV-Labor auf Rädern

dpa, München

Ein Strahlen-Meßwagen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) steht jetzt der Bevölkerung auf Anforderung für 3500 Mark pro Tag zur Verfügung. Dieses TÜV-Labor soll dort eingesetzt werden, wo Obst, Gemüse, Fleisch, Milch, Getreide, Heu oder Silage in größeren Mengen auf die radioaktive Belastung untersucht werden sollen.

Whirl-Pool im TEE

dpa, Baden-Baden

Reisende des TEE „Rheingold“ können vom 23. September bis zum 1. Oktober auf der Strecke Düsseldorf–München einen Hot-Whirl-Pool mit Thermalwasser benutzen. Außerdem steht ihnen ein Gymnastikraum zur körperlichen Ertüchtigung zur Verfügung. Ausgedacht hat sich die Werbeaktion die Bäder- und Kurverwaltung Baden-Baden.

Zehn Millionen Helfer

dpa, Peking

In der zentralchinesischen Provinz Henan sind mehr als zehn Millionen Bauern und freiwillige Helfer im Einsatz, um die von einer lang anhaltenen Trockenperiode gefährdete Getreideernte zu retten. Von der Dürre, die inzwischen zu einer akuten Trinkwasserknappheit geführt hat, sind 15 Millionen Hektar Ackerfläche betroffen. Trotzdem erwartet das Landwirtschaftsministerium in Peking, daß die Getreideernte das Vorjahresergebnis von knapp 380 Millionen Tonnen übersteigen wird.

Wieder fettere Schweine

dpa, Göttingen

Die deutschen Bauern sollten wieder fettere Schweine züchten. Das empfahl Professor Erhart Kallweit von der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde. Magere Schweine, wie sie in der Vergangenheit vielfach gezüchtet wurden, lägen an der Grenze zum gesunden Tier. Die deutschen Hausfrauen sollten von den Amerikanerinnen lernen, die nie Fleisch ohne Fett einkaufen. Marmoriertes Fleisch sei geschmacksintensiver als Fleisch, das ohne Fettanteil gebraten wird.

Hitze in Griechenland

dpa, Athen

Griechenland durchlebt gegenwärtig einen ungewöhnlich heißen Herbst. Gestern wurde in Athen eine Höchsttemperatur von 36 Grad Celsius im Schatten gemessen, die höchste Temperatur für die zweite Septemberhälfte in den vergangenen 30 Jahren.

ZU GUTER LETZT

„Als Torschütze zeichnete sich auch der Argentinier Valdano aus; er wurde danach von Real-Captain Camacho aber dermaßen stürmisch beglückwünscht, daß er mit einer Augenverletzung vom Platz mußte.“ Aus einem Fußballbericht der „Neuen Zürcher Zeitung“.

WETTER: Kühl, im Süden Regen

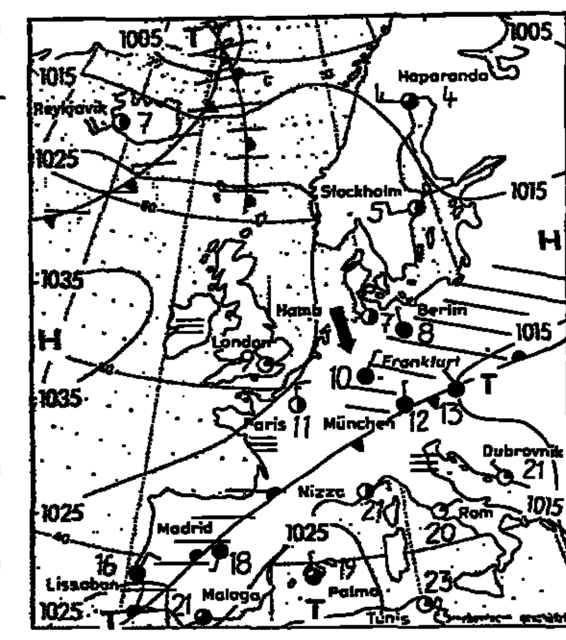
Lage: Die über Süddeutschland liegende Luftmassengrenze, die kühle Meeresluft im Norden von feuchtwarmer Luft im Süden trennt, verlagert sich *langsam südostwärts.*

Vorhersage für Donnerstag: Im Norden heiter bis wolkig und trocken. In der Mitte anfangs stark bewölkt, vereinzelt noch Regen, im Tagesverlauf Auflockerungen und dann niederschlagsfrei. Im Süden stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen. Nachmittags 12 bis 16 Grad, nachts bei Aufklaren 5 bis 2 Grad.

Weitere Aussichten: Im Südosten noch stärkere Bewölkung, sonst nach Frühnebel meist sonnig. Temperaturen leicht ansteigend. Nachts Bodenfrost möglich.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.02 Uhr*, Untergang: 19.29 Uhr; **Mondaufgang:** 19.58 Uhr, Untergang: 8.15 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 18. Sept., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Berlin	12	bd	Lübeck	12	bw
Bielefeld	10	R	Mannheim	12	R
Braunlage	6	R	München	22	bw
Bremen	11	bd	Münster	10	R
Dortmund	9	R	Norderney	10	bd
Dresden	10	R	Nürnberg	17	bd
Düsseldorf	10	R	Oberstdorf	21	bw
Erfurt	8	R	Passau	24	he
Essen	9	R	Saarbrücken	10	Sp
Feldberg/S.	11	IW	Stuttgart	19	R
Flensburg	12	bw	Trier	8	R
Frankfurt/M.	10	bd	Zugspitze	7	bw
Freiburg	18	bw			
Garmisch	24	bw			
Greifswald	11	bw			
Hamburg	12	bd			
Hannover	11	bd			
Kahler Asten	4	R			
Kassel	8	R			
Kempten	21	bw			
Kiel	13	bw			
Koblenz	10	Sp			
Köln-Bonn	11	R			
Konstanz	17	R			
Leipzig	9	R			
List/Sylt	13	bw			

Ausland:

Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter	Ort	°C	Wetter
Algier	31	bw	Faro	22	bw	Ostende	13	bd
Amsterdam	12	bd	Florenz	28	he	Palermo	29	he
Athen	29	wl	Genf	21	bw	Paris	11	bd
Barcelona	26	bw	Helsinki	10	bw	Peking	27	he
Belgrad	32	wl	Hongkong	30	he	Prag	11	R
Bordeaux	19	bw	Innsbruck	22	he	Rhodos	31	wl
Bozen	18	he	Istanbul	25	he	Rom	26	bw
Brüssel	11	R	Kairo	33	wl	Salzburg	25	he
Budapest	28	he	Klagenfurt	25	he	Singapur	30	bw
Bukarest	34	wl	Konstanza	27	wl	Split	28	he
Casablanca	25	bw	Kopenhagen	12	bw	Stockholm	12	he
Dublin	10	bd	Korfu	30	wl	Straßburg	15	bw
Dubrovnik	26	he	Las Palmas	24	bw	Tel Aviv	32	wl
Edinburgh	11	bd	Leningrad	9	bd	Tokio	27	wl
			Lissabon	24	bw	Tunis	28	bw
			Locarno	18	R	Valencia	27	bw
			London	11	bw	Varna	27	he
			Los Angeles	19	wl	Venedig	21	bw
			Luxemburg	8	bd	Warschau	14	bw
			Madrid	22	bw	Wien	29	he
			Mailand	24	bw	Zürich	18	R
			Malaga	27	he			
			Mallorca	28	bw			
			Moskau	12	bw			
			Neapel	30	he			
			New York	15	wl			
			Nizza	25	he			
			Oslo	11	bw			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; s = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Quasselstrippe und . . .

„Kodderschnauze“ oder „Quasselstrippe“ – liebevolle Bezeichnungen für **Wolfgang Gruner**. Der „Dauerbrenner“ des Berliner Kabaretts wird am Samstag 60 Jahre alt. Gruner, der nach dem Kriege nach einer Ausbildung als Steuerinspektor unter anderen mit **Horst Buchholz** und **Harald Juhnke** die Schauspielschule besuchte, steht – derzeit im 51. Programm der Berliner „Stachelschweine“ seit – 1949 auf der Bühne. Filme, Theater, viele Fernsehauftritte (so in **Wim Thoelkes** „Großem Preis“) haben seine Popularität weit über Berlin hinausgetragen. Er und der „Stachelschwein“-Chef **Rolf Ulrich** wollen noch so lange Kabarett machen, „bis uns halt nichts mehr einfällt“.

. . . Dauerredner

Ein 54jähriger Inder hat in der südindischen Stadt Cuddalore einen neuen Weltrekord im ununterbrochenen Reden aufgestellt. **Jayaraman**, Arbeiter in einer Zigarettenfabrik, redete *sieben Tage und Nächte* lang über alles quer durch den Gemüsegarten und übertraf mit 165 Stunden die bisher im Guinness-Buch der Rekorde verzeichnete Leistung des Ceylonesen **Kapila Kumarasinghe**, der 1981 über 159 Stunden lang über buddhistische Philosophie geplaudert hatte.

Palermos Fußballfans rufen Khadhafi um Hilfe an

KLAUS RÜHLE, Rom

Palermo ist im Aufruhr. Die Hauptstadt *Siziliens macht* ihrem Zorn durch Massendemonstrationen und Kriegserklärungen an die Adresse Roms Luft. Grund des Volkszorns ist der Entschluß des italienischen Fußballverbands, den Fußballklub Palermos *vom professionellen* Spielbetrieb auszuschließen und damit die Stadt praktisch von der Landkarte der italienischen Fußballstädte zu streichen. Die genannte Entscheidung ist wohlbegründet, denn der sizilianische Verein *steckt so tief in den* roten Zahlen, daß er statutengemäß ausgeschlossen werden mußte.

Doch das will man in Palermo nicht gelten lassen. Tausende von Demonstranten zogen durch die Stadt, zündeten den Inhalt von Mülltonnen an, stürzten Autos um, bauten Barrikaden auf. In Sprechchören beschimpften sie die römische Bürokratie. Man hörte Rufe wie „Khadhafi, Khadhafi nimm uns in die arabische Fußballiga auf!“ Der christdemokratische Bürgermeister von Palermo Leoluca Orlando vermutet, in dem Ausschluß des Vereins ein Manöver seiner parteiinternen Gegner, um ihn zum Rückzug zu zwingen.

Unterdessen haben Ermittlungen der Polizei und der örtlichen Staatsanwaltschaft Material geliefert, das eine strafrechtliche Verfolgung der Vereinsleitung zur Folge haben dürfte. Der Präsident des Fußballklubs, Salvatore Matta, bis zur Ermordung seines Vorgängers vor anderthalb Jahren noch Vizepräsident, wird beschuldigt, die *Vereinsfinanzen aus illegalen* Fußballtotogewinnen gespeist und Bilanzfälschungen vorgenommen zu haben.

Das umfangreiche Dossier über gekaufte Fußballspiele, undurchsichtige Geschäfte und Verbindungen mit der Mafia, wurde vom einstigen Polizeikommissar Giuseppe Montana zusammengestellt. Er wurde Ende Juli 1985 von Mafia-Killern umgebracht.

Der jetzt vor dem Konkurs stehende Fußballklub gehörte zum kleineren Teil dem genannten Präsidenten, während die Aktienmehrheit sich in Händen des Bauunternehmers Franco Schilleci befindet. Dieser soll die Mehrheit mit Hilfe nie bezahlter Wechsel erworben haben, die auf den Namen eines dreijährigen Waisenkindes namens Luciana ausgestellt waren. Luciana ist die Tochter eines von der Mafia umgebrachten Ingenieurs.

Voll Neid blickt der Norden auf den Süden

***AP*, Frankfurt**

„Am Donnerstag soll es auch in Südbayern regnen. Das ist der einzige Trost.“ Kurt Winkler vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach spricht aus, was 80 Prozent der Bundesbürger empfinden: blanken Neid. Während es in der Eifel stürmt, an der Ostsee fast friert und von Nürnberg bis Hannover dicke Wolken über dem Land hängen, genießen die Bayern im Voralpenland Hochsommertemperaturen von bis zu 27 Grad. In München liegen die Mädchen noch leicht bekleidet an der Isar, in Düsseldorf hüllen sie sich schon in die Wintermäntel. In Augsburg sind die Biergärten überfüllt, in Frankfurt stehen die Leute nach Glühwein an. „An Weihnachten ist's oft wärmer“, seufzte Winkler gestern.

So scharfe Temperaturabgrenzungen sind auch für die Wetterforscher Ausnahmen. Erst am Wochenende soll es auch außerhalb Bayerns etwas besser werden. Doch warm wird es deshalb noch lange nicht. Es sei mit Nachttemperaturen von zwei oder drei Grad und Nebel zu rechnen. Vielleicht, macht Winkler Hoffnung, gibt's am Wochenende einen richtig schönen Altweibersommer – für ein paar Stunden wenigstens.

Blick in das Leben der Samen

Durch ihre einfachen Lebensbedingungen haben die Bewohner Lapplands, die Samen, seit Jahrtausenden eine besonders enge Bindung an die Natur. Aus dieser Abhängigkeit zwischen Mensch und Natur hat sich eine ganz eigenständige und eigenwillige Kultur entwickelt. „Die Kunst der Lappen“ ist das Thema einer Wanderausstellung, die zur Zeit in Bonn im Museum Koenig zu sehen ist. Träger der Ausstellung ist das Nordische Kunstzentrum in Helsinki.

Der Besucher soll aus der Vielzahl von Gebrauchsgegenständen, Schmuckstücken und Gemälden, die aus nordischen Museen zusammengetragen oder bei den Künstlern direkt angefordert wurden, einen Einblick in die Kultur und Lebensweise der Samen gewinnen. So sieht man sowohl Luxusartikel, wie Gürtelschnallen, Nadeldosen oder reichverzierte Schnupftabakdosen als auch Gegenstände aus dem Alltag der Samen, etwa die Trinkkelle oder das Zaumzeug der Rentiere – dies alles mit sparsamem Dekor.

Ein besonders schönes Beispiel des samischen Kunsthandwerks sind die Arbeitsmesser, die am Gürtel getragen werden und auch als Schmuck dienen. Die Messerscheide ist durch die ursprünglichste samische Kunstform, das Einritzen von Horn, Knochen oder Holz, verziert. Mit feinen Messerschnitten werden kunstvolle Motive in das Material eingeritzt (Foto).

Bekannt ist die samische Kultur nicht zuletzt durch ihre Volkstracht, die sich jedoch immer mehr zur reinen Festtagskleidung entwickelt hat. In der Grundform sind spätmittelalterliche Elemente lebendig. Charakteristisch ist vor allem die „Vierwindemütze“, eine buntgewebte, vierzipflige Kopfbedeckung, die nur von Männern getragen wird. **UTE SCHEFFER**

Die Ausstellung ist bis zum 12. *Oktober in Bonn zu sehen* und geht dann für sechs Wochen nach Düsseldorf. Anschließend wird sie in Lübeck, Bremen, Salzgitter und Bad Nauheim gastieren.



Goldene Nase verdient?

pje. – Das Image vom Apotheker, der sich eine goldene Nase verdient, trifft auf die Mehrzahl des Standes längst nicht mehr zu. Die Umsätze fallen, und 40 Prozent der Apotheken schreiben, betriebswirtschaftlich gerechnet, bereits rote Zahlen.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Da ist einmal die zunehmende Zahl der Apotheken bei gleichzeitig sinkender Bevölkerungszahl. Heute versorgt eine Apotheke durchschnittlich nur noch gut 3000 Einwohner. Daneben wirken sich natürlich die kostendämpfenden Eingriffe des Gesetzgebers aus, die die Renditeerwartungen durchkreuzten. Die Handelsspanne schließlich bröckelte durch die Preis- und Produktpolitik der Pharmaindustrie und nicht zuletzt auch durch das veränderte Verordnungsverhalten der Kassenärzte.

Die Restriktionen des Gesetzgebers gegenüber dem Pharmamarkt werden künftig eher noch zunehmen. Da im Krankenhausbereich, dem mit 35 Milliarden Mark teuersten Ausgabensektor, gegen den Widerstand der Bundesländer und Gewerkschaften kaum weiteres Kostenpotential in Sicht ist, Ärzte und Zahnärzte eine Reform der Krankenversicherung kaum auf ihre Kosten zulassen werden, wird vornehmlich der Arzneimittelmarkt betroffen sein, in dem die Apotheker weder auf den Preis noch auf Menge Einfluß haben.

Denn immerhin kostet die Arzneimittelversorgung aus Apotheken die Krankenkassen mittlerweile 16 Milliarden Mark jährlich. Die Hälfte dieser Kosten entfällt auf den Herstellerabgabepreis, 14 Prozent kassiert der Staat über die Mehrwertsteuer, den rund 17 000 Apothekern bleiben gut sechs Milliarden. Dies entspricht etwa 67 Prozent ihres Umsatzes; den Rest erzielen sie aus freiverkäuflichen Präparaten und aus dem Nebensortiment.

Die Chance des Standes liegt in der Rückbesinnung auf seine originäre Rolle als Berater des Patienten wie des unzureichenden pharmakologisch ausgebildeten Arztes. Der Apotheker, will er überleben, muß sich im Medizinbetrieb unentbehrlich machen.



Versuche über die Zerfalldauer von Tabletten sowie die Salbenproduktion gehören heute zur Qualitätskontrolle des Prüfinstituts der Apotheker. FOTOS: DIE WELT

Diagnose ohne Doktor, Tablette ohne Rezept

Selbstmedikation spart jährlich 1,4 Milliarden Mark

Der Trend ist offensichtlich: Immer weniger Deutsche konsultieren im Falle leichter Befindlichkeitsstörungen einen Arzt. Sie diagnostizieren ihr Wehwehchen und behandeln sich selbst. Das bedeutet nun nicht die Renaissance von Wadenwickel oder Schwitzkur. In der Regel werden Erkältungen oder Darmstörungen, Reise- oder sonstige Bagatellerkrankungen medikamentös behandelt – mit einer Tablette ohne Rezept. 20 Prozent aller in den Apotheken abgegebenen Medikamente werden heute bereits ohne ärztliches Rezept erstanden; den Ärzten entgeht so manches Honorar. Im vergangenen Jahr belief sich der Umsatz von freiverkäuflichen Präparaten auf gut 3,5 Milliarden Mark, davon etwa drei Milliarden in Apotheken.

Angesichts der exorbitanten Steigerungsraten der Ausgaben für den Medizinbetrieb kommt diese Entwicklung Krankenkassen und Politikern gerade recht. Hanna Neumeister (CDU): „Eine arztgestützte Selbstmedikation, abgesichert durch die unbedingt notwendige Beratungsfunktion des Apothekers, ist zu begrüßen. Sie wird sich kostendämpfend auf die gesetzlichen Krankenkassen auswirken, da durch eine verstärkte Kostentransparenz zugleich eine verbesserte verantwortliche Einbeziehung des Verbrauchers erfolgt."

Dies bestätigt auch Professor Fritz Beske, Leiter des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung: „Durch die Selbstmedikation sparen Wirtschaft und Krankenkassen jährlich mindestens 1,4 Milliarden Mark, weil bei leichten Befindlichkeitsstörungen keine Arbeitsausfälle durch Arztkonsultation entstehen."

Eine weitere Milliarde Mark wird gespart durch die Aufhebung der Verordnungsfähigkeit bestimmter Präparate im Rahmen der Negativ-Liste. Mit ihrem Erlaß nahm der Gesetzgeber Präparate gegen Bagatellerkrankungen aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Der Patient ist zur Selbstbeteiligung verpflichtet.

Das hat er anscheinend auch akzeptiert. Nach einer Allensbach-Umfrage versuchen immer mehr Bürger, leichte Beschwerden selbst zu behandeln. Der Anteil der Bevölkerung, der zum Beispiel Naturheilmittel verwendet, ist von 21 Prozent im Jahre 1970 auf 36 Prozent gestiegen. Bei Erkältungen, Kopfschmerzen, Schlaf- oder Darmstörungen nehmen mittlerweile 52 Prozent der Befragten ein Mittel, das man ohne Rezept erhält. Nur noch 43 Prozent lassen sich in jedem Falle vom Arzt etwas verschreiben, auch wenn sie das Rezept selbst bezahlen müssen.

Daß diese Entwicklung auf den Widerstand der Ärzte stößt, ist verständlich. Die Mediziner verweisen darauf, daß Krankheitsbilder verschleiert werden könnten, was wiederum zu irreparablen Schäden führen könne. Darüber hinaus ließen sich schädliche Nebenwirkugnen nicht ausschließen, zum Beispiel auch durch Interaktionen verschiedener, gleichzeitig eingenommener Präparate, die der Patient nicht beurteilen könne.

Freilich gibt es auch andere Stimmen. Kaspar Roos, vor wenigen Wochen verstorbener Ehrenvorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, hinterließ seinen Standeskollegen das Vermächtnis, „die Selbstbehandlung der Patienten als Realität zu akzeptieren". Die ablehnende Haltung der Ärzte erklärte Roos damit, daß die Mediziner davon ausgingen, „daß Selbstdiagnostik und Selbstmedikation Risiken haben müssen, weil sie als Ärzte ja gelernt haben, im Rahmen einer sauberen Diagnostik Symptome richtig einzuordnen. Sie wissen also, was man falsch machen kann; und da der Selbstmedikation betreibende Bürger diese Ausbildung nicht hat, muß er also etwas falsch machen."

Roos forderte Allgemeinmediziner und Internisten auf, sich mehr mit diesem Thema zu beschäftigen und in einen intensiven Dialog zu treten mit der Pharmaindustrie, mit Apothekern, Patienten und Selbsthilfegruppen, um die Selbstmedikation von ihren Risiken zu befreien.

PETER JENTSCH

Apotheker beraten Patienten und Ärzte

Im Dienste der Arzneimittelsicherheit spielen sie eine wichtige Rolle – Selbstmedikation erfordert mehr Informationen

Der Apotheker zählt zu den akademischen Heilberufen und spielt in unserem Gesundheitswesen eine wichtige Rolle. Seine Funktionen, Pflichten und Verantwortung sind gesetzlich geregelt. Das Apothekengesetz verpflichtet ihn, die Bevölkerung ordnungsgemäß mit Arzneimitteln zu versorgen. Auch Paragraph 1 der Bundesapothekerordnung beschreibt eindeutig die Rolle des Apothekers in unserer Gesellschaft: „Der Apotheker ist berufen, die Bevölkerung ordnungsgemäß mit Arzneimitteln zu versorgen. Er dient damit der Gesundheit des einzelnen Menschen und des gesamten Volkes."

Dieser Versorgungsauftrag bedingt eine enge Zusammenarbeit mit Arzt und Patient, besonders in Bereichen der Arzneimittelinformation und -beratung. Dem Arzt gegenüber, wenn es zum Beispiel darum geht, ihm das Arzneimittelspektrum transparent zu machen. Dazu gehört beispielsweise die Information über neue Arzneimittel sowie die laufende Information über Mittel, die er ständig seinem Patienten verordnet.

Im Interesse der Arzneimittelsicherheit übernimmt der Apotheker wichtige Informations- und Beratungsaufgaben auch gegenüber dem Patienten, wenn er zum Beispiel vor falscher oder übermäßiger Anwendung von Arzneimitteln warnt oder auf eventuell behandlungsbedürftige Erkrankungen hinweist. Dieser Teil seiner Arbeit ist von besonderer Bedeutung, wenn es um die Anwendung von Arzneimitteln ohne ärztliche Verordnung geht, also um Medikamente, die im Rahmen der Selbstmedikation eingesetzt werden.

Der Apotheker übernimmt aber nicht nur in der öffentlichen Apotheke wichtige Funktionen, sondern auch im Krankenhaus, in der Industrie, bei der Bundeswehr, in der Verwaltung und an der Universität.

In der pharmazeutischen Industrie zum Beispiel sind zur Zeit etwa sieben Prozent aller tätigen Apotheker beschäftigt. Hier sind noch weitere Arbeitsplatzpotentiale für Apotheker vorhanden. Ohne Zweifel ist der Apotheker mit seiner umfassenden naturwissenschaftlichen Ausbildung der geeignete Fachmann, auch in der pharmazeutischen Industrie, um den Werdegang eines Arzneimittels von der Forschung über Entwicklung und Herstellung bis zur Marktreife kompetent zu begleiten. Das breit angelegte Pharmaziestudium vermittelt ihm neben dem Wissen über Arzneimittelherstellung auch Kenntnisse zum Beispiel in den Bereichen Analytik oder Arzneimittelprüfung, Physik, Botanik und Pharmakologie.

Aus diesem Grund ist der Apotheker auch der einzige an der Hochschule ausgebildete Naturwissenschaftler, der die Arzneistoffzubereitung bis hin zu deren Anwendung am Menschen nachvollziehen kann. Diese Kenntnisse machen ihn auch zum geeigneten Gesprächspartner in Arzneimittelfragen gegenüber den anderen Heilberufen. So hat er als Mitglied in den Arzneimittelkommissionen der Krankenhäuser bei der Auswahl von Arzneimitteln und der Erstellung einer Arzneimittelliste für das Krankenhaus ein gewichtiges Wort mitzureden.

Eine Aufgabe indes haben die Apotheker heute kaum noch zu erfüllen: Arzneimittel selbst in der Officin herzustellen. Technologisch ausformulierte Fertigarzneimittel stammen heute fast ausschließlich aus den Produktionsanlagen der pharmazeutischen Industrie. Da Arzneimittel immer komplizierter, das heißt spezifischer wirksam sind, dadurch immer größere Nebenwirkungen verursachen können, und die große Serie hergestellter Fertigarzneimittel immer weniger die individuelle Situation des Patienten berücksichtigt, kommt dem Apotheker heute mehr als je zuvor eine überragende Bedeutung bei der Beurteilung von Arzneimitteln sowie bei der Erstellung unabhängiger Informationen zu. Er nimmt damit eine verantwortliche Stellung auf dem Felde der Qualitätsbeurteilung von Fertigarzneimitteln ein, dies auch im Interesse der Kostendämpfung im Arzneimittelbereich.

Es wäre zu wünschen, daß die Fähigkeiten und Möglichkeiten des Apothekers stärker in Anspruch genommen werden als bisher. Er ist nicht in erster Linie Verkäufer, sondern nimmt vor allem Vermittlerfunktionen gegenüber Arzt und Patient wahr.

In dem Zusammenhang wäre ebenfalls wünschenswert, daß wegen der zunehmenden Komplexität moderner Arzneimittel der Apotheker, wie in manchen Ländern bereits praktiziert, auch in der Bundesrepublik an der Begleitung der Arzneimitteltherapie im Interesse der Arzneimittelsicherheit und damit des Patienten beteiligt wird. Hierdurch würde er auch eine entscheidende soziale Funktion wahrnehmen.

Schließlich sollte die Gesellschaft auch Leistungen und Angebote der Apotheker in Anspruch nehmen, die außerhalb des Arzneimittelbereichs liegen. Beispielhaft seien hier nur erwähnt die Beratung in Fragen der Gesunderhaltung, der Körperpflege, der Ernährung, des Umweltschutzes, Versorgung von Behinderten und Langzeiterkrankten nach dem Krankenhausaufenthalt.

KLAUS STÜRZBECHER

DICHTES APOTHEKENNETZ IN DER BUNDESREPUBLIK GARANTIERT OPTIMALE GESUNDHEITSVERSORGUNG

Einwohner je Apotheke

Jahr	Apotheken	Einwohner je Apotheke
1950	6.510	8.046
1960	8.596	6.301
1970	11.077	5.406
1975	13.280	4.580
1980	15.622	3.873
1985	17.077	3.550

Der Weg in die nächste Apotheke ist in den vergangenen Jahren immer kürzer geworden. Immer mehr Apotheker haben sich selbständig gemacht. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland gut 17 000 Apotheken, etwa 4000 mehr als noch vor zehn Jahren. Was des Patienten Freud', ist aber des Apothekers Leid: Kamen 1975 noch 4580 Einwohner auf eine, so sind es heute nur noch 3550. Damit sank natürlich auch ihr Umsatz.

Vergleichsliste kommt noch im September

WR. Bonn

Noch in diesem Monat wird die Preisvergleichsliste, die dem Arzt den Vergleich therapiegleicher Präparate auf der Basis der mittleren Tagesdosis ermöglichen soll, erscheinen. Darauf haben sich die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung geeinigt.

Allerdings wird die Liste nicht mehr die Indikationsgruppe „durchblutungsfördernde Arzneimittel" enthalten, da die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft ihr Arbeitspensum aufgrund der vielen Einsprüche der Pharmaindustrie nicht schaffte.

Zur Zeit arbeitet die Pharmaindustrie an der Fehlerkorrektur der Liste, befristet bis zum 23. September. An diesem Tag wird der Bundesausschuß die Liste beschließen. Nach Informationen aus dem Arbeitsministerium wird Minister Blüm die Liste umgehend genehmigen, so daß sie zum 1. Januar 1987 den Ärzten zur Anwendung vorliegt.

Krebstod an zweiter Stelle

WR. Nürnberg

An der Spitze der Ursachen für Sterbefälle in Europa liegen Herz- und Kreislauferkrankungen mit durchschnittlich 46,3 Prozent. Mit 22,1 Prozent der Sterbefälle ist Krebs auf dem alten Kontinent die zweithäufigste Todesursache. Spitzenreiter bei den Todesfällen durch Herz-Kreislauferkrankungen ist Österreich mit 54 Prozent, gefolgt von der Bundesrepublik mit 51 Prozent.

Wie die GFK Marktforschung (Nürnberg) nach Auswertung statistischen Materials aus 17 europäischen Ländern ermittelte, liegen Frankreich mit 36 Prozent und Spanien mit 40 Prozent am Ende der Liste dieser Todesursache. Bei den Krebstoten liegen die Niederlande mit 27 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Dänemark mit 26 Prozent. Die Bundesrepublik rangiert mit 22 Prozent auf dem elften Platz.

Noch keine mündigen Pillenschlucker

Studie: Jeder zweite nimmt täglich Medikamente ein

Jeder zweite Deutsche schluckt täglich seine Pille. Genauer gesagt: 63 Prozent des 60-Millionen-Volkes. Und 43 Prozent nehmen täglich sogar zwei bis fünf Medikamente ein. Jeder 20. schluckt täglich fünf Tabletten oder mehr. Das geht aus einer Studie des Instituts für Publizistik und Information in Zürich hervor, das die repräsentative Bevölkerungsbefragung im Auftrag der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände durchführte.

Angesichts dieses Arzneikonsums kommt der Leiter des Instituts, J. E. Morf, zu einem vernichtenden Urteil: „Der deutsche Patient nimmt im Umgang mit Arzneimitteln nicht jene vorsichtig-umsichtige Haltung ein, die für eine bestmögliche Arzneimitteltherapie vorausgesetzt werden muß. Oft fehlt ihm auch das Wissen um die Bedeutung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse." Zu deutsch: Der Patient ist noch lange kein mündiger Pillenschlucker.

Während in der Schweiz 61 von 100 in der Apotheke verkauften Medikamenten rezeptfrei zur Selbstbehandlung abgegeben werden, sind es in der Bundesrepublik nur gerade 35. Das bedeutet, daß der Deutsche öfter bei sogenannten Befindlichkeitsstörungen den Arzt aufsucht als sein südlicher Nachbar.

Tatsächlich ergab die Erhebung, daß bis zu 29 Prozent aller Befragten schon bei geringfügigen Gesundheitsstörungen den Arzt konsultieren und damit unnötige Kosten verursachen (Medikamente, Arzthonorare, Arbeitsausfallzeiten).

Alte Präparate wirkungslos

Dafür betreiben 44 Prozent aller an Bagatellerkrankungen Leidenden mit ursprünglich vom Arzt verschriebenen Arzneimitteln Selbstmedikation. Und das kann gefährlich werden, weil ältere Präparate in ihrer Wirkung nachlassen oder gar schädlich sein können.

Nahezu 50 Prozent der vom Arzt mit Heilmitteln behandelten Patienten betreiben zusätzlich Selbstmedikation; aber nur gerade zwei Prozent halten es für angezeigt, den Apotheker über die ärztliche Therapie zu orientieren. Das bedeutet, daß sich täglich Millionen von Bürgern unnötig dem Risiko aussetzen, eine ärztlich verordnete Arzneimitteltherapie zu stören, unerwünschte Interaktionen von Arzneistoffen zu bewirken und Kontraindikationen zu übersehen.

58 Prozent der Patienten, die mehr als einen Arzt konsultieren, sagen dies ihrem Apotheker nicht, wenn sie ihre Rezepte einlösen; 18 Prozent unterrichten nicht einmal ihre Ärzte darüber. Auch diese Patienten beschwören die Gefahr von Interaktionen und Kontraindikationen, die bei einem Gespräch mit dem Apotheker vermieden werden können.

Beratung in der Apotheke

Schließlich glauben 51 Prozent aller Selbstmedikation betreibenden Patienten selbst zu wissen, welche Medikamente ihnen helfen; nur 35 Prozent nennen dem Apotheker ihre Beschwerden und lassen sich von ihm beraten. Zwölf Prozent sagten spontan, sie würden ihre Rezepte nicht oder nicht immer einlösen.

Wer generell besser über Arzneimittelrisiken informiert ist, zeigt nicht nur im Umgang mit Arzneimitteln eine positiv kritischere Haltung; er erwartet vom Apotheker auch häufiger eine Arzneimittelberatung und ist als Patient öfter bereit, dem Apotheker seine persönliche gesundheitliche Situation mitzuteilen, damit Arzneimittelrisiken vermieden werden können. Zwei Drittel der Deutschen haben eine Stammapotheke.

35 Prozent der Bevölkerung sind der Auffassung, sie würden von ihrem Arzt ausreichend über das verschriebene Medikament aufgeklärt, 51 Prozent finden sich von ihm ungenügend beraten. Zwar lesen 96 Prozent aller Bundesbürger den Beipackzettel, aber 58 Prozent geben an, diesen nicht oder nicht immer zu verstehen. Und nur 20 Prozent sind überzeugt, die richtige Anwendung eines Medikamentes immer zu kennen.

Morfs positiv zu bewertendes Fazit: „Die Studie hat eindeutig ergeben, daß die deutsche Bevölkerung lernfähig ist: Wenn ihr Arzneimittelprobleme verständlich dargelegt werden, ist sie bereit, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und sich im Umgang mit Arzneimitteln vorsichtiger zu verhalten."

PETER JENTSCH

Der „ungehorsame" Patient

Compliance – ein Problem für den behandelnden Arzt und Gefahr für den Kranken

Schon Hippokrates hatte das Problem der Compliance erkannt, als er feststellte: „Der Arzt soll sich immer der Tatsache bewußt sein, daß Patienten oft lügen, wenn sie behaupten, eine bestimmte Medizin eingenommen zu haben."

Was der „Vater" der Ärzteschaft zu seiner Zeit so kraß formulierte, ist mehr denn je ein Thema unserer Zeit:

Die besorgniserregende Diskrepanz zwischen der ärztlichen Verordnung und dem tatsächlichen Verhalten des Patienten. Oder per definitionem:

Das Sich-Fügen des Patienten in das therapeutische und diagnostische Regime, seine „Mitarbeit".

„Compliance" bedeutet demnach „konsequentes Befolgen", wobei der Begriff im eigentlichen Sinne keine Bewertung des Verhaltens beinhalten soll. Obwohl der Therapeut, der Patient oder die jeweiligen Umstände in bestimmten Fällen sinnvoll des Nicht-Befolgens getadelt werden können, beinhaltet die Definition als solche kein „Fehlverhalten".

Natürlich bleibt es jedermann selbst überlassen, ob er einen gesundheitlichen Rat annimmt oder ablehnt. Doch wie sehen die Folgen aus, wenn das nicht geschieht?

Höchstens die Hälfte aller verordneten Medikamente wird überhaupt eingenommen. Das bedeutet finanziell, daß von den durch die gesetzlichen Krankenkassen bezahlten Arzneimittelkosten in Höhe von 15 Milliarden Mark pro Jahr 7,5 Milliarden verschwendet werden.

Aber nicht nur bei der ambulanten, sondern auch bei der stationären Behandlung ist die Compliance überraschend schlecht. Die Folge davon sind Verlängerungen von Krankenhausaufenthalten, Krankheitsdauer und Arbeitsunfähigkeit.

Zu diesen unnötigen Sachkostensteigerungen kommt dann noch die Unzufriedenheit sowohl beim Arzt als auch beim Patienten. Einerseits fühlt sich der Erkrankte (paradoxerweise) schlecht behandelt, andererseits kann sich das Krankheitsbild für den Mediziner „verschleiern".

Besonders zu wünschen übrig läßt die Einnahmezuverlässigkeit, wenn der Leidensdruck durch die Krankheit gering ist oder wenn die Verordnung zur Verhinderung künftiger Komplikationen erfolgt, also prophylaktisch und dadurch meist langfristig angelegt ist.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß bettlägerige Patienten ihre Medikamente zum Teil in WC und aus dem Fenster werfen, wie die Reinigungsleute jeden Morgen feststellen können. Wie das Deutsche Ärzteblatt vor kurzem mitteilte, führte das Kantonalskrankenhaus in Lausanne an Diabetes-Patienten ohne deren Wissen Urinanalysen durch, um die Verläßlichkeit der verordneten Medikamente zu überprüfen: 49 Prozent nahmen regelmäßig ihre Medikamente, 36 Prozent manchmal, neun Prozent gar nicht und sechs Prozent die doppelte Menge. Nach einer schwedischen Untersuchung verzichten 66 Prozent von 2322 Hochdruckkranken auf die regelmäßige Einnahme.



Ist die Packungsbeilage verständlich, so befolgt der Patient eher die Einnahme. FOTO: DIE WELT

Alle neuen Untersuchungen zum Thema „Compliance" haben ergeben, daß Patienten ihre Verordnung um so zuverlässiger befolgen, je besser sie über ihre Krankheit und die verordneten Arzneimittel Bescheid wissen. Dabei ist der Informant aber von großer Bedeutung: also der verordnende Arzt. Seine Information sollte begründen, warum gerade dieses spezielle Medikament für den Betroffenen ausgesucht worden ist, welche unerwunschten Wirkungen auftreten können und wie lange die Behandlung gegebenenfalls fortgeführt werden muß.

Dann wird sich ein Patient besonders individuell betreut fühlen. Er wird sich von Nebenwirkungen weniger bedroht fühlen, wenn er die Nutzen-Risiko-Abschätzung nachvollziehen kann. Das Informationsbedürfnis des Patienten ist größer, als der Arzt glaubt. Vorraussetzung für einen optimalen Informationsfluß ist ein gutes Arzt-Patienten-Verhältnis. Dabei scheinen der zeitliche „Aufwand" und verständliche Erklärungen dem Kranken wichtiger zu sein als die tatsächliche ärztliche Kompetenz. Wen wundert es da, wenn Patienten heute immer häufiger zusätzlichen Rat bei Heilpraktikern suchen. Man schätzt, daß in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit zehn Millionen Kranke in regelmäßiger Behandlung beim Heilpraktiker stehen.

Ein Hindernis auf dem „Weg zum Patienten" ist der Beipackzettel. Wegen möglicher juristischer Folgen sind alle nur denkbaren Risiken aufgelistet. Folge: Der Patient nimmt aus Angst vor den Nebenwirkungen das Medikament erst gar nicht oder er suggeriert sich die unliebsamen Begleiterscheinungen ein. Abhilfe werden hierbei in der Zukunft sicherlich die getrennten Informationsbogen für Arzt und Patient schaffen.

Umfragen haben ergeben, daß ein Kranker besonders zur Mitarbeit motiviert wird, wenn eine das Leben gefährdende Krankheit vorliegt und wenn er den Nutzen der Mitarbeit erkennt. Zusätzliche Handlungsanreize können für ihn sein ein schriftlicher Behandlungs- und Medikationsplan mit wenigen Präparaten und festen Einnahmezeiten.

Dr. med. VERA ZYLKA

Schluß mit dem Ärger über die Beipackzettel

Neues Arzneimittelgesetz schafft bald mehr Klarheit

Jeder wird das Problem kennen: Das soeben in der Apotheke gekaufte Arzneimittel enthält einen Beipackzettel, der für viele Bürger gar nicht oder nur teilweise verständlich ist. Folge dieses Nichtverstehens oder der Aufzählung aller möglichen (auch sehr seltenen) unerwünschten Wirkungen sowie der zumeist zahlreichen Gegenanzeigen ist eine Verunsicherung des Patienten und nicht selten die Verweigerung der Arzneimittelanwendung. Je nach Schwere beziehungsweise Behandlungsbedürftigkeit der Krankheit kann diese sogenannte „Non-Compliance" schlimme Folgen für den Patienten haben.

Warum sind Beipackzettel häufig so unverständlich, wie könnten sie verbessert werden?

Das Arzneimittelgesetz legt fest, welche Angaben in welcher Reihenfolge die Gebrauchsinformation von Arzneimitteln enthalten muß. Der Beipackzettel richtet sich in erster Linie an den medizinischen Laien und sollte daher in patientengerechter Sprache über den richtigen Umgang mit dem Medikament aufklären.

Die Gebrauchsinformation hat aber noch zwei weitere Funktionen, die es schwierig machen, diese selbstverständliche Forderung des Verbrauchers zu erfüllen. Da der Beipackzettel die einzige schriftliche Äußerung des Herstellers ist, auf die das Bundesgesundheitsamt als oberste Aufsichtsbehörde direkt Einfluß nehmen kann, bedient es sich dieses Weges, um auch den Arzt über spezielle Risiken oder Verdachtsmomente bei bestimmten Arzneimitteln zu informieren. Dadurch werden Hinweise, die der Arzt für den sicheren Einsatz des Medikamentes benötigt, auch dem Patienten zur Kenntnis gebracht.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wenn ein Patient durch ein ordnungsgemäß hergestelltes Arzneimittel bei bestimmungsgemäßem Gebrauch Schaden erleidet, dann haftet der pharmazeutische Unternehmer nur, falls „... der Schaden infolge einer nicht den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Kennzeichnung oder Gebrauchsinformation eingetreten ist" (Paragraph 84 AMG). Das bedeutet, tritt eine unerwünschte Wirkung auf, die im Beipackzettel nicht erwähnt ist, obwohl sie in der internationalen medizinischen Literatur schon einmal beschrieben wurde, dann ist der Hersteller dem Patienten gegenüber zu Schadenersatz verpflichtet. Daher die Aufzählung der Nebenwirkungen.

Wir haben daher den unhaltbaren Zustand, daß die Lektüre der Gebrauchsinformation den Patienten häufiger von der Anwendung auch von lebenswichtigen Arzneimitteln abschreckt, als ihn zu motivieren, aktiv an der Wiederherstellung seiner Gesundheit mitzuarbeiten.

In der jetzt beschlossenen Novelle zum Arzneimittelgesetz wurde dafür gesorgt, daß eine Trennung der Information für Patienten und für Fachkreise erfolgt. Nun muß versucht werden, einerseits den Laien über den Beipackzettel, andererseits den Arzt und Apotheker über eine spezielle Fachinformation in einer angemessenen Ausdrucksweise so zu unterrichten, wie es für die sachgerechte Anwendung von Arzneimitteln erforderlich ist. Bis dahin sollte jeder Patient ohne Scheu Arzt oder Apotheker fragen, wenn Unklarheiten bestehen.

V. DINNENDAHL

Impfmüdigkeit kann Seuchen wieder lebensgefährlich machen

Appell der Apotheker: Prophylaxe besonders bei Kindern nicht vernachlässigen

Die Suche nach einem Arzneimittel oder einem Impfstoff gegen das Aids-Virus läuft weltweit auf Hochtouren. Wer als erster in der Lage ist, ein wirksames Mittel gegen die „größte Seuche des 20. Jahrhunderts" zu präsentieren, kann mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Nobelpreis rechnen. Ein lebensrettender Aids-Impfstoff würde als Meilenstein in die Geschichte der Medizin eingehen.

Vergleichbare Leistungen erbrachten die Forscher Jenner, Pasteur, Calmette und Guérin sowie Salk und Sabin. Dem Engländer Jenner gelang im Jahre 1796 die erste Impfung gegen Pocken, der Franzose Pasteur konnte 1885 erstmals erfolgreich gegen Tollwut impfen, die beiden Franzosen Calmette und Guérin züchteten 1921 den ersten Impfkeim gegen Tuberkulose, und den Amerikanern Salk und Sabin gelang 1954 mit ihren Polio-Impfstoffen der Durchbruch gegen die weltweit so gefürchtete Kinderlähmung.

Die Impfstoffe befreiten die Menschheit von Seuchen, unter denen zuvor Generationen mit großen Opfern gelitten hatten. Dank der Schutzimpfungen konnten die Pocken weltweit ausgerottet werden, und auch Tollwut und Kinderlähmung sind durch sie beherrschbar geworden. Dasselbe gilt für andere Infektionskrankheiten wie zum Beispiel Diphtherie, Tetanus, Masern, Mumps und Röteln. Sie alle haben ihre Schrecken verloren. Durch jahrzehntelange, teilweise staatlich verordnete Schutzimpfungen ist die Erkrankungsrate an diesen Infektionskrankheiten so drastisch zurückgegangen, daß sie heute praktisch als besiegt gelten können.

Dieser Sieg birgt aber neue Gefahren in sich. Anstelle der früher bestehenden Erkrankungsangst macht sich heute eine nicht zu unterschätzende Gleichgültigkeit gegenüber vorbeugenden Impfungen in der Bevölkerung breit. Das hat sicher mehrere Gründe. Die Eltern, deren Kinder heute im Impfalter sind, haben die Schrecken einer Diphtherie- oder Kinderlähmungsepidemie nicht mehr erlebt. Sie kennen die Krankheiten nur noch vom Hörensagen und halten sie zudem für ausgerottet. Ein weiterer Grund für die nachlassende Impfbereitschaft mag in der allgemeinen Angst vor den Nebenwirkungen von Medikamenten liegen.

Aus welchem Grund aber auch immer Eltern ihre Kinder nicht oder nur unvollständig impfen lassen – gefährlich ist dieses Verhalten allemal. Alle durch Impfungen beherrschbaren Krankheiten können nämlich nur so lange als ausgerottet gelten, wie ein genügend hoher „Durchimpfungs-Grad" der Bevölkerung sichergestellt ist. Werden notwendige Impfungen unterlassen, wächst die Gefahr, daß die ausgerottet geglaubten „Geißeln der Menschheit" wieder an Boden gewinnen.

Während die genannten Impfungen quasi als Pflichtprogramm gelten müssen, gibt es Impfungen, die jeder seinen Lebensumständen gemäß zusammenstellen und anwenden kann. Gemeint ist die Prophylaxe gegen Malaria, Gelbfieber, Typhus, Cholera und Hepatitis A. Außer diesen für Fernreisen wichtigen Impfungen können für den einzelnen bei entsprechendem beruflichen Risiko noch Impfungen gegen Hepatitis B, gegen Tollwut und gegen die von den Zekken übertragene Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) nützlich sein. Auch wenn diese Impfungen lediglich eine Auswahl-Impf-Palette darstellen, so sollte von jedem erwartet werden, daß er im Bedarfsfall davon Gebrauch macht, um sich vor einer möglichen späteren Erkrankung zu schützen.

HELMUT FETT



Tabletten gehen „baden"

Kontrolle von Medikamenten ist die Hauptaufgabe des Deutschen Arzneiprüfungsinstituts in München. Es wurde vor rund 30 Jahren auf Initiative der deutschen Apotheker gegründet. Zweck war, Ordnung in den Arzneimittelmarkt zu bringen und die damals weit verbreiteten „Wundermittel" zu bekämpfen. Heute überprüft das Institut Präparate, die von Apothekern eingesandt werden, führt Reihenuntersuchungen durch und beurteilt die Haltbarkeit von Medikamenten. Mit seiner Arbeit leistet das Deutsche Arzneiprüfungsinstitut einen wesentlichen Beitrag zur Arzneimittelsicherheit. Foto: Bestimmung der Zerfallzeit von Tabletten.

Apotheker praktizieren lebenslanges Lernen

Entwicklung zwingt Pharmazeuten zu ständiger Fortbildung

Dem Apotheker obliegt die ordnungsgemäße Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Hierdurch erfüllt er eine öffentliche Aufgabe." Dieses Zitat aus der Berufsordnung für Apotheker bildet die ethische Grundlage seines beruflichen Handelns.

Zur ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln benötigt der Apotheker aktuelle und umfassende Kenntnisse über das Arzneimittel, seine physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften. Deshalb ist er verpflichtet, sich ständig beruflich fortzubilden.

Die Apothekerkammern als Zusammenschlüsse aller Berufsangehörigen müssen eine gleichbleibend hohe Leistungsqualität aller apothekerlichen Tätigkeiten sicherstellen. Dieser Verantwortung können die Apothekerkammern der Länder und die Bundesapothekerkammer nur nachkommen, indem sie ein finanziell und intellektuell eigenständiges und unabhängiges Fortbildungsangebot für alle Apotheker regelmäßig erarbeiten und organisieren.

Die Inhalte dieser Fortbildung orientieren sich einerseits am aktuellen wissenschaftlichen Stand der medizinischen und pharmazeutischen Erkenntnisse – dienen also der Aktualisierung des beruflichen Wissens – sowie andererseits am anerkannten Leistungsstandard der Pharmazie – dienen also der Auffrischung des bereits Gelernten.

Die Fortbildungsinhalte sind somit vielfältig; in ihr finden sich alle pharmazeutischen Bereiche wieder.

Neue Analysen erstellen

Beratungs- und Informationsinhalte, die der Apotheker dem Patienten in der Selbstmedikation vermitteln muß, werden ebenso berücksichtigt wie die Möglichkeiten des Apothekers, den Arzt über Wirkungen, Nebenwirkungen, Interaktionen, Neueinführungen von Arzneimitteln zu informieren.

In Praktika übt der Apotheker alte und neue Methoden der Herstellung von Arzneimitteln, lernt neue Analysenmethoden kennen, übt den Umgang mit den in der Apotheke zur Verfügung stehenden Informationsmaterialien.

Neue Tendenzen in der Arzneimitteltherapie, beispielsweise die Betrachtung des „Schicksals" des Arzneimittels im Organismus – die Pharmakokinetik – sowie die Entwicklung neuer Arzneiformen, wie zum Beispiel Pflaster oder Dosieraerosole sind ebenso Gegenstand der Fortbildung wie Fragen der gesunden Ernährung und Diätetik oder aber alternativer Heilmethoden, wie die Homöopathie oder Anthroposophie.

Unabhängige Schulung

Die derzeitige Hinwendung der Bevölkerung zur bevorzugten Behandlung von Mißbefindlichkeiten mit Tees beziehungsweise pflanzlichen Arzneimitteln findet ihren Niederschlag in der stärkeren Betonung pharmazeutisch-biologischer Fortbildungsthemen sowie der außerordentlichen Beteiligung der Apotheker an vielfältig angebotenen Arzneipflanzenexkursionen.

Gerade für den Apotheker ist die Kenntnis der Grenzen und Möglichkeiten alternativer Arzneimitteltherapien wichtig, sind sie doch in dieser Frage häufig erster Ansprechpartner der Bevölkerung.

Wesentlich ist, daß sich die Apotheker industrieunabhängig, also selbständig und ohne finanzielle Unterstützung, fortbilden. Dadurch ist sichergestellt, daß die Apotheker ihre Entscheidungen in allen Arzneimittelfragen gegenüber Patient und Arzt unbeeinflußt und kritisch treffen können.

Die Apotheker sind im übrigen sehr fortbildungswillig, was sich an Zahlen beweisen läßt. Die drei Kongresse der Bundesapothekerkammer, die jeweils eine Woche dauern, wurden in der Zeit von September 1985 bis August 1986 von 2418 Apothekern besucht.

Zusätzlich zu den Kongressen der Bundesapothekerkammer wurden bundesweit von den verschiedenen Apothekerkammern der Länder 314 Fortbildungsveranstaltungen in Form von Wochenend-, Halbtags- oder Abendkursen angeboten. Diese Veranstaltungen wurden von etwa 38 120 Apothekern besucht.

Wenn man davon ausgeht, daß es zur Zeit bundesweit rund 40 000 Apotheker gibt, dann beweisen diese Zahlen, wie ernst der Berufsstand die Fortbildung nimmt. H.-G. FRIESE



Durch die zunehmende Selbstbehandlung mit Medikamenten hat die Beratung des Apothekers wieder an Bedeutung gewonnen. Das bestätigen auch in letzter Zeit durchgeführte Umfragen. FOTO: DIE WELT

Den Ärzten deutlich überlegen

Apotheker kennen Wirkungen, Neben- und Wechselwirkungen der Präparate besser

Ständig kommen neue und differenzierter wirkende Arzneimittel auf den Markt. Zugleich helfen sich immer mehr Menschen bei leichteren Erkrankungen mit Selbstmedikation. Für den Apotheker bedeutet dies alles, daß er als Experte und Berater wie selten zuvor gefragt ist.

Das kann man am besten an folgenden Beispielen erkennen:

● Ein Patient überreicht dem Apotheker zwei Rezepte. Eins ist von einem Internisten, das andere von einem Orthopäden ausgestellt. Der Apotheker wird nachdenklich und fragt den Patienten schließlich vorsichtig, ob er dem einen Arzt nicht erzählt habe, daß er auch bei einem anderen Arzt in Behandlung sei. Der Patient verneint.

Was war geschehen? Dem Patienten waren Arzneimittel verordnet worden, die sich in der Wirkung gegenseitig beeinflussen. Der Apotheker wird sich also mit den Ärzten in Verbindung setzen und ein Medikament mit anderem Wirkstoff, aber gleicher Wirksamkeit vorschlagen, von dem er weiß, daß es sich mit dem zweiten Arzneimittel verträgt. Ein therapeutisch unerwünschtes bis gefährliches Zusammenwirken zweier Arzneimittel (Interaktion) wurde durch Aufmerksamkeit und Sachkunde des Apothekers verhindert.

● Ein anderer Patient möchte in der Apotheke ein bestimmtes Arzneimittel kaufen. Er hat darüber in einer Zeitschrift gelesen. Zum Glück kennt der Apotheker den Patienten. So weiß er, daß dieser regelmäßig Tabletten gegen eine chronische Krankheit einnehmen muß.

Der Apotheker wird von den gewünschten Tabletten abraten, weil sie die Wirkung der anderen beeinflussen. Statt dessen wird er den Patienten auf andere Behandlungsmöglichkeiten hinweisen oder ihn sogar auffordern, zum Arzt zu gehen.

● Einem Apotheker fällt auf, daß eine junge Frau in immer kürzeren Abständen bestimmte Kopfschmerztabletten verlangt. Offensichtlich muß sie immer mehr davon einnehmen, damit sie überhaupt wirken.

Schließlich spricht der Apotheker die Frau an und erklärt ihr, daß die Dauereinnahme dieser Tabletten gerade das Gegenteil bewirke, sie würde nämlich erst recht Kopfschmerzen davon bekommen. Sie würde in einen Teufelskreis geraten, aus dem sie nur schwer wieder herausfinden könne. Durch die Aufmerksamkeit des Apothekers wurde hier gesundheitsgefährdender Arzneimittelmißbrauch erkannt und verhindert.

● Der Apotheker hätte sicherlich auch jenen tragischen Fall verhindern können, der einer jungen Frau das Leben gekostet hat. In der Annahme, Heilkräuter seien immer harmlos, hatte sie sich im Selbstbedienungsmarkt Kräuter-Abführtee besorgt und in großen Mengen getrunken, um schlanker zu werden.

Der Abführtee bewirkte bei der Frau einen so hohen Flüssigkeitsverlust, daß sie kurz darauf an einer schweren Störung des Mineralstoffwechsels und des Wasserhaushalts starb. Ohne Beratung sollten auch pflanzliche Arzneimittel wegen ihrer zum Teil stark wirksamen Stoffe nicht eingenommen werden.

Nach einer Umfrage hat der Bürger ein hohes Vertrauen in die Kompetenz des Apothekers. 86 Prozent der Befragten waren der Ansicht, daß der Apotheker aufgrund seiner Ausbildung in der Lage ist, eine gute Arzneimittelempfehlung abzugeben. 46 Prozent trauen dem Apotheker sogar einen besseren Arzneimittelüberblick zu als dem Arzt. J. GRAUE

Heilung aus der grünen Hölle am Amazonas

Pflanzliche Mittel sind weltweit auf dem Vormarsch

Richard Evans-Shultes und Mark Plotkin, Wissenschaftler an der Harvard-Universität in Cambridge, sammelten in der grünen Hölle am Amazonas Pflanzen und befragten Indios über deren Erfahrungen im Umgang mit Pflanzen als Heilkräuter. Am Ende ihrer Expedition, die sie mit Unterstützung des World-Wildlife-Fund durchführten, hatten sie mehr als 1000 Gewächse gesammelt, die dem Menschen medizinisch nützlich sein können.

Von den rund 350 000 verschiedenen Pflanzenarten auf der Erde sind erst vier bis fünf Prozent, also rund 40 000, auf ihren möglichen Nutzen als Lieferanten von Heilmitteln untersucht worden.

Die beiden Botaniker fanden einige neue, darunter zum Beispiel

● sechs verschiedene Pflanzen, die erfolgreich von den Eingeborenen zur Empfängnisverhütung angewendet werden. Frauen, die Blätter der „Dieffenbachia seguine" kauen, sind zwei Tage lang unfruchtbar;

● einen Extrakt aus dem Harz der Muskathölzer „Virola", den Evans-Shultes als „ein extrem wirksames Mittel gegen verschiedene Pilzinfektionen der Haut" lobt;

● die Milch aus dem Wolfsmilchstrauch „Croton lechleri", mit der Indios Magengeschwüre behandeln.

Professor Herbert Oelschläger, Direktor des Instituts für Pharmazeutische Chemie der Universität Frankfurt, sieht in dem Bemühen der Wissenschaftler am Amazonas keine Rückbesinnung auf gestern, sondern vielmehr einen Nutzen für morgen. „Das Pflanzenreich", sagt er, „stellt eine Fundgrube für künftige Heilmittel dar." Er fügt hinzu: „Mit der Entwicklung genauerer Testsysteme und bei der Verbesserung der Möglichkeiten, Wirkstoffe zu gewinnen, ist es geradezu eine Herausforderung geworden, jetzt diese Naturheilschätze zu heben. Und zwar in dem Sinne, daß wir sehr weitgehend auch bisher noch wenig erforschte Pflanzen explorieren, um verborgene Wirkungsprinzipien in ihnen zu entdecken."

Zu den Substanzen, die mit Sicherheit in Pflanzeninhaltsstoffen zu erwarten sind, gehören laut Oelschläger sowohl Pharmaka gegen Krebserkrankungen und Wirkstoffe gegen Entzündungen als auch Präparate zur Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, etwa zur Stärkung des insuffizienten Herzens und zur Senkung des erhöhten Blutdrucks.

Auch Präparate mit einer psychotropen (auf die Psyche gerichteten) Wirkung werden aus Pflanzen entwickelt. „Die Melisse", so berichtet der Internist Professor Rudolf Fritz Weiss aus Aitrach (Württemberg), „ist zum Beispiel deshalb so interessant, weil nachgewiesen worden ist, daß sie ihren Angriffspunkt in besonderen Gebieten des Zwischenhirns besitzt, die für die Steuerung vegetativer Vorgänge und auch für das gesamte Befinden des Menschen von ausschlaggebender Bedeutung sind." Das heißt, die Wirkstoffe der Melisse,

beispielsweise im Arzneimittel Klosterfrau Melissengeist, beruhigen zwar, machen aber nicht müde. Denn sie beeinträchtigen nicht die Funktion der „kleinen grauen Zellen" in der Großhirnrinde. Sie setzen tiefer an, im Zwischenhirn, und schirmen übermäßige, aufregende Reize von außen ab. Die Folge: Mehr Ruhe, mehr Gelassenheit, bei allerdings voller Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit.

Bei all diesen Anwendungsmöglichkeiten wird ein spezieller Vorteil der Phytopharmaka erhofft: Die Heilmittel aus Pflanzen sollen mindestens ebenso gute Wirkungen, jedoch eindeutig weniger unerwünschte Nebenwirkungen haben als vergleichbare Präparate aus der Retorte.

PETER JENTSCH

Sicherheit: Datenbank erleichtert Zugriff auf aktuelle Informationen

Informationen zu mehr als 17 000 Arzneimitteln sind im ABDA-Computer gespeichert

Den in den letzten Jahren – zunehmend auch von sensibilisierten Patienten – vorgetragenen Forderungen nach mehr Sicherheit, Effizenz und Transparenz im Gesundheitswesen, dabei insbesondere im Arzneimittelbereich, hat die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) Rechnung getragen.

Um ihren Informationsstandard zu erhöhen und zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Apotheker und Arzt einerseits und Patient andererseits, startete sie 1983 ein Pilotprojekt, in dem neue Technologien, zum Beispiel computergestützte Informationssysteme, einbezogen wurden.

Nach intensiver Entwicklungsarbeit und mit vier Millionen Mark finanziellem Aufwand ist jetzt die ABDA-Datenbank vor Journalisten erläutert worden. Im September auf dem Deutschen Apothekertag wird sie dann in Düsseldorf den künftigen Anwendern vorgestellt werden.

Insgesamt sind in der ABDA-Datenbank Basisinformationen zu weit über 17 000 Fertig-Arzneimitteln abgespeichert. Für ein Drittel des Bestandes können zusätzlich Textinformationen mit detailierten Arzneimittel-Beschreibungen abgerufen werden. Bei der Zusammensetzung der Medikamente ist der Rückgriff auf eine Sammlung von 14 000 Stoffbezeichnungen möglich. Diese Daten sind mit über 55 000 ausländischen Warenzeichen verknüpft. Das erlaubt auch eine stoffliche Identifizierung *von Präparaten, die nicht aus der* Bundesrepublik stammen.

Rasche Unterrichtung über neue Präparate

Immer mehr ausländische Arbeitnehmer und Touristen legen Rezepte für Arzneimittel aus ihren Heimatländern vor, die in der Bundesrepublik Deutschland unter ihrem Handelsnamen unbekannt sind. Über ein Raster von mehr als 1000 Indikationsgruppen und Stoffklassen sind Recherchen möglich.

Hiermit lassen sich gezielte Auswertungen innerhalb der Grundgesamtheit aller aufbereiteten Fertig-Arzneimittel durchführen. Zu den Basisdaten der mehr als 17 000 inländischen Fertig-Arzneimittel wird eine Verknüpfung zu einer Dokumentation über Arzneimittel-Interaktionen bereitgestellt. Von einer Arzneimittel-Interaktion wird dann gesprochen, wenn eine Kombination von Arzneistoffen einen anderen pharmakologischen oder klinischen Effekt hervorruft, als man in Kenntnis der primären Wirkung oder Nebenwirkung der einzelnen Arzneistoffe annehmen würde.

In praxisgerechter Form sind Verweisungen von etwa 8500 interaktionsrelevanten Arzneimitteln auf etwa 180 gezielt selektierte Interaktions-Monographien aufbereitet. Bei der hohen Anzahl von Mehrfachverordnungen und der stark angestiegenen Selbstmedikation sind die Möglichkeiten von Wechselwirkungen verstärkt angewachsen.

Zudem wird der Apotheker zukünftig im Dialog mit der Datenbank ganz aktuell über neueingeführte Arzneimittel, Risikomeldungen über Medikamente sowie Arzneimittelrückrufe informiert werden.

Um die an diesem System interessierten Apotheker und ihre Assistenten nicht zu einem Abendstudium zur Erlernung einer schwierigen Computersprache zu zwingen, ist bei der Ausgestaltung der Datenbank darauf geachtet worden, die Abfragesprache ohne aufwendige Lernprozesse und permanente Übung beherrschbar zu machen. Die Datenbank wurde fachspezifisch ausgerichtet und berücksichtigt die Rezeptionsgewohnheiten *der Nutzer. Darüber hinaus wurde die* Datenhaltung, -pflege und -abruf kostengünstig und unproblematisch angelegt.

*Um die Dienste des computerge*stützten Informationssystems, das primär über Bildschirmtext (Btx) abgerufen werden kann (über Personalcomputer oder Microcomputer ist die Nutzung der Datenbankdienste ebenfalls möglich – leidet aber unter mangelnder Aktualität und eingeschränktem Datenzugriff), in Anspruch nehmen zu können, muß in der Apotheke ein Datenendgerät vorhanden sein.

Das Datenendgerät kann sein:

- mulitfunktionales Bildschirmtelefon;
- Btx-fähiger Fernsehempfänger;
- Dialogstation oder
- Btx-fähiger Microcomputer.

Die monatlich auftretende finanzielle Belastung beim Btx-Zugriff ist gering: Für die Nutzung von ABDA müssen 25 Mark bezahlt werden, das *Modem kostet acht Mark; dazu kom*men dann noch die Telefongebühren. Bei Nutzung über Personalcomputer ist eine einmalige Gebühr von 1800 Mark für den Grundbestand der Daten zu zahlen. 25 Mark monatliche Nutzungsgebühr und 25 Mark für die Diskettenerstellung.

Fast alle Präparate im Programm

Diese Gebühren gelten nur für die Benutzergruppe der Apotheker. Will ein Arzt von der Datenbank profitieren, so muß er im Btx-Betrieb eine höhere Gebühr (50 Mark) zahlen. Für die pharmazeutische Industrie und für Softwarehersteller werden die Gebühren individuell gestaltet.

Die mit der Datenbank erhoffte Festigung der Funktion des Apothekers als Arzneimittel-Fachmann und kompetenten Patientenbetreuer ist nur ein positives Resultat, das erreicht werden soll. In der heutigen stark angestiegenen Konkurrenzsitutation im Apothekenwesen erhofft man sich durch einen Anschluß an das Informationssystem auch einen Wettbe*werbsvorteil, der ungleich ernster zu* nehmen ist, als das ausufernde Verteilen von Gratis-Proben.

Heute gehören bereits 300 Apothe*ker zum geschlossenen Benutzerkreis* der ABDA-Datenbank. Die Betreiber schätzen, daß pro Woche zehn bis 15 Apotheken dazu gewonnen werden *können. In den nächsten beiden Jah*ren sollen rund ein Drittel der 17 000 deutschen Apotheken angeschlossen sein. Der Datenbestand soll im Endausbau nach Umsatzwert gerechnet rund 98 Prozent abdecken.

Hartmut Morck von der Arzneimittel-Informationsstelle der ABDA sieht in der Datenbank eine Einrichtung zur bestmöglichen Unterstützung der Informations- und Beratungstätigkeit des Apothekers. Diese Informationen beschränken sich aber nicht nur auf die Beratung des Patienten, sondern vornehmlich auch auf die des Arztes im Krankenhaus wie in freier Praxis.

HARALD WATERMANN

Ein Paß für die Medikamente

J. G. Bonn

Der Mensch erreicht heute dank des Fortschritts von Medizin und Pharmazie ein höheres Lebensalter. Damit verbunden ist allerdings, daß er oft im Alter an mehreren Krankheiten gleichzeitig leidet. Er muß deshalb verschiedene Medikamente einnehmen, deren Wirkungen sich nicht gegenseitig behindern dürfen.

Aus diesem Grunde soll ein Medikamentenpaß eingeführt werden, in dem benutzte Medikamente eingetragen werden. Dieser Paß wird jedem Patienten die freie Apothekenwahl erhalten und dennoch jedem Arzt und jedem Apotheker überall und zu jeder Zeit ermöglichen, die Arzneimitteltherapie zu verfolgen und damit Arzneimittelsicherheit zu gewährleisten.

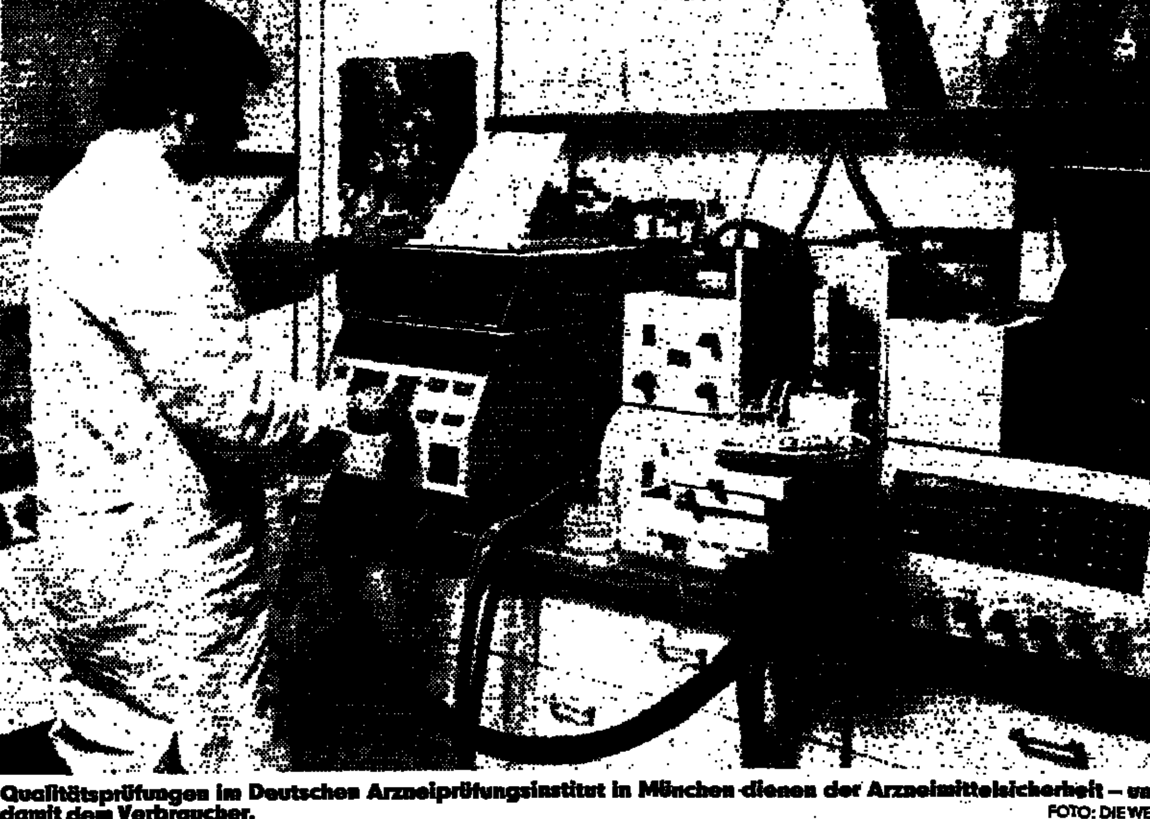
Mehr Markt in das System

pje, Bonn

Geht es nach den Vorstellungen des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), dann soll künftig die *Krankenhausapotheke als privater* Betrieb geführt werden. Das ist eine der Forderungen aus dem BFB-Privatisierungskatalog, der jetzt den Regie*rungen in Bund und Ländern sowie* den Städteparlamenten zugestellt wurde.

Für Privatisierungen im Medizinbetrieb sieht der Verband ein weites Feld: Amtsärztliche Gutachten und Zeugnisse etwa sollten in erster Linie von niedergelassenen Medizinern erstellt werden, die als Sachverständige öffentlich bestellt und vereidigt werden könnten. Privatisierungsmöglichkeiten sehen die BFB-Experten auch bei Schutzimpfungen, der Diagnose und Behandlung von Tuberkulose sowie im Bereich des Jugendgesundheitsdienstes.

Da sich das Belegarztsystem an den Krankenhäusern bewährt und zur Kostendämpfung beigetragen habe, schlägt der Verband einen weiteren Ausbau dieses Systems vor. Gleichzeitig sollen öffentliche Kliniken verstärkt in private Trägerschaft überführt werden, um auch hier mehr Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten zu schaffen.



Qualitätsprüfungen im Deutschen Arzneiprüfungsinstitut in München dienen der Arzneimittelsicherheit – und damit dem Verbraucher. FOTO: DIE WELT

Billige Generika bleiben umstritten

Zentrallabor prüft Originalpräparate und namenlose Ersatzmedikamente

Die „Kostendämpfung" dominiert den Medizinbetrieb. Und Kassen und Politiker entdeckten als „Mittel zum Zweck" zumindest auf dem Arzneimittelmarkt den verstärkten Einsatz von billigeren „Generika" anstelle der „Originalpräparate" mit ihrem höheren Preis.

*Die Forderung scheint verständ*lich. Was sollte schon zu befürchten sein, wenn von einem bestimmten Arzneimittel auf ein anderes Präpa*rat, das denselben Wirkstoff in glei*cher Dosierung enthält, gewechselt wird, weil letzteres erheblich preisgünstiger ist?

Indes weiß man schon lange, daß nicht der Wirkstoff allein ein Medikament macht, sondern daß dessen Wirkung, sein therapeutischer Nutzen, *in starkem Maß von der* „technologischen Verarbeitung" der Substanz, der sogenannten „Galenik" des Arzneimittels, beeinflußt wird.

Nicht vergessen sind zum Beispiel die Vergiftungsfälle in den USA: Durch Veränderung der Galenik eines Digitoxin enthaltenden Arzneimittels war die Bioverfügbarkeit des Herzglycosids so drastisch verändert worden, daß bei gleichbleibender gewohnter Anwendung Vergiftungen auftraten.

Heute freilich weiß man mehr, kennt man den hohen Rang einer optimal galenischen Verarbeitung. Ein Wirkstoff „macht" also noch lange kein Arzneimittel. Und folglich müssen auch *Präparate mit gleichem* Wirkstoffgehalt nicht von vornherein „therapeutisch gleichwertig" sein.

Will man ein Präparat gegen ein wirkstoffgleiches, *billigeres Alterna*tivmedikament ersetzen, kommt eben dieser Frage zentrale Bedeutung zu: Beide Medikamente sollen ohne *Beeinträchtigung der optimalen The*raphie des Patienten substituierbar sein.

Die Problematik wird dadurch be*sonders schwierig, daß man* den Arzneimitteln normalerweise ihre gute oder mangelhafte Qualität nicht ansehen kann. Meistens lassen weder Geruch oder Form, Farbe oder Geschmack der „Pille" Rückschlüsse auf ihren therapeutischen Nutzen oder die Unbedenklichkeit zu.

Das haben die Apotheker bereits vor 15 Jahren erkannt. Seither prüfen sie vergleichend in den von ihnen gegründeten und finanzierten Qualitätskontrolleinrichtungen, dem Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker, Eschborn, und dem Deutschen Arzneiprüfungsinstitut, München, die Qualität von Generika und den entsprechenden Originalpräparaten. *Diese Analysen sowie die in Koopera*tion mit den Unikliniken Frankfurt, Heidelberg, Erlangen durchgeführten „Bioverfügbarkeitsstudien" sind wichtige Grundlage für eine optimale medikamentöse Therapie.

Die Ergebnisse dieser Studien werden den Fachleuten durch Veröffent*lichung zur Verfügung gestellt.* Der Apotheker kann die Studienergebnisse qualifiziert interpretieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in seine praktische Tätigkeit umsetzen.

Auf diese Weise können die Apotheker gemäß dem gesetzlichen Anspruch sowie dem Auftrag durch die Gesellschaft durch entsprechende firmenunabhängige Information des Arztes und fachliche Beratung der Patienten zu einer sachgerechten, sicheren und kostenorientierten Therapie beitragen.

HENNING BLUME

Der Apotheker soll für die Therapie das notwendige Vertrauen schaffen

Sein Beitrag zur besseren Compliance und Ausgabensenkung der Krankenkassen

Information und Beratung zum Arzneimittel ist als ein Teil der Arzneimittelsicherheit zu verstehen. So erscheint es nur als konsequent, daß der Gesetzgeber die Voraussetzung dazu schafft, den Informationsfluß unter den Beteiligten im Arzneimittelverkehr sicherzustellen. Beteiligte sind der Hersteller, der ein Arzneimittel in den Markt bringt, der Arzt, der das Arzneimittel verschreibt, der Apotheker, der es abgibt, und letztendlich der Patient, der es einnimmt.

Der Patient besitzt im allgemeinen nicht die Fachkenntnisse, um die wissenschaftlichen Informationen zu verstehen oder sogar zu werten. Der Beipackzettel, der vom Gesetzgeber eigentlich als *Informationsmittel* des Herstellers für den Verbraucher vorgeschrieben ist, erfüllt die an ihn gestellte Aufgabe der Aufklärung eher im negativen Sinne, *so daß* es den Heilberufen obliegt, den Verbraucher sinnvoll über das Arzneimittel zu informieren.

Da der Apotheker *der letzte Fach*mann in der Informationskette vor dem Patienten ist, kommt ihm eine besondere Aufgabe zu. Seine Infor*mation und Beratung* soll beim Patienten Vertrauen zum Arzneimittel schaffen; Vertrauen, daß dieses Arzneimittel für seine speziellen Beschwerden genau das richtige ist. Wird dieses Vertrauen geschaffen, wird es den Patienten motivieren, den Vorschriften des Arztes oder des Apothekers entsprechend das Arzneimittel einzunehmen, das heißt, die Therapie richtig durchzuführen. Das ist laut Umfrage aber nur bei jedem Zweiten der Fall.

Die Konsequenzen einer nicht richtig befolgten Therapievorschrift sind längere Behandlungszeiten oder auch der Wechsel zu anderen, teuren Medikamenten. Beides wird letztlich höhere Kosten verursachen. Der volkswirtschaftliche Schaden dieser sogenannten Non-compliance (Nichtbe*reitschaft zur Therapie*) läßt sich nur annähernd schätzen. Kein Wunder, daß die Kostenträger, in erster Linie die Krankenkassen, unter anderem auch auf die Information des Apothekers bauen und nach konsequenter Durchführung dieser Beratung eine Kostendämpfung erwarten.

Daß diese Interventionen durch den Apotheker Erfolg haben können, wurde in einer englischen Studie gezeigt, in der die konsequente Befolgung der Einnahmevorschriften nach intensiver Beratung durch den Apotheker von 50 auf 90 Prozent stieg.

Die Bedeutung der Arzneimittelinformation und -beratung durch den Apotheker liegt aber auch im sicheren Einsatz des Arzneimittels. Der Apotheker hat häufig, insbesondere bei seinen Stammkunden, einen genaueren Überblick über die eingenommenen Arzneimittel als der Arzt. Außerdem weiß er, ob der Patient nur bei einem Arzt oder bei mehreren in Behandlung ist.

Über die Medikamente sind ihm auch die Krankheiten bekannt. Auf der Basis dieser Kenntnisse kann er übersehen, ob ein vom Patienten gewünschtes zusätzliches Medikament überhaupt sinnvoll ist. Er kann eventuell vorhandene Risiken sicher abschätzen. So wird er einem Patienten mit Magengeschwüren beispielsweise von der Einnahme einer acetylsalicylsäurehaltigen Schmerztablette abraten, da die Gefahr besteht, daß die Grundkrankheit negativ beeinflußt wird.

In dieser Beziehung lassen sich unzählige Beispiele aufführen, die die Bedeutung der Information durch den Apotheker und die große Verantwortung des Apothekers in der Selbstmedikation unterstreichen.

Neben den möglichen Nebenwirkungen müssen die Wechselwirkungen der Arzneimittel untereinander sowohl bei verschriebenen als auch bei den in Selbstmedikation eingenommenen Arzneimitteln beachtet werden. Aufgrund seiner Ausbildung ist hier der Apotheker eher als der Arzt in der Lage, Wechselwirkungsrisiken abzuschätzen. So wird er aufgrund der Möglichkeit einer Wirkungsverminderung einer „Zuckertablette" (Antidiabetikum) durch ein harntreibendes Mittel (Diuretikum) dem Patienten raten, durch zeitlich versetztes Einnehmen diese Wechselwirkung auszuschließen.

Der Apotheker, als Naturwissenschaftler ausgebildet, beurteilt ein Arzneimittel aus einer anderen Sicht als der Arzt, der in erster Linie den therapeutischen Erfolg bewertet. Beide Betrachtungsweisen ergänzen sich zu einem objektiven Bild, was eine rationalere Therapie, die in den meisten Fällen auch kostengünstiger sein wird, zur Folge hat. – Das ist eine Zusammenarbeit, die zum einen dem Patienten hilft und zum anderen der Gesellschaft Geld spart.

Wertet man die Bedeutung der Arzneimittelinformationen und -beratungen durch den Apotheker, so wird deutlich, daß der Apotheker im Informationsgeschehen eine zentrale Position innehat, die Sicherheit und einen sinnvollen Einsatz der Arzneimittel garantiert.

HARTMUT MORCK



Sie dient der Sicherheit – die mit Kosten von vier *Millionen Mark* installierte Datenbank der Apotheker, die Informationen zu mehr als 17 000 verschiedenen Medikamenten enthält. Diese Informationen können auf elektronischem Wege, zum Beispiel über *Bildschirm*, jederzeit vom Apotheker abgerufen werden. Die Datenbank wird jetzt auf dem Apothekertag vorgestellt. Bisher haben sich 300 Apotheken angeschlossen. In den beiden nächsten Jahren sollen rund 6000 Apotheken angeschlossen sein. Der Datenbestand soll dann nahezu alle Präparate umfassen. FOTO: DIE WELT